Heft 6 Juni 2000 8,– DM

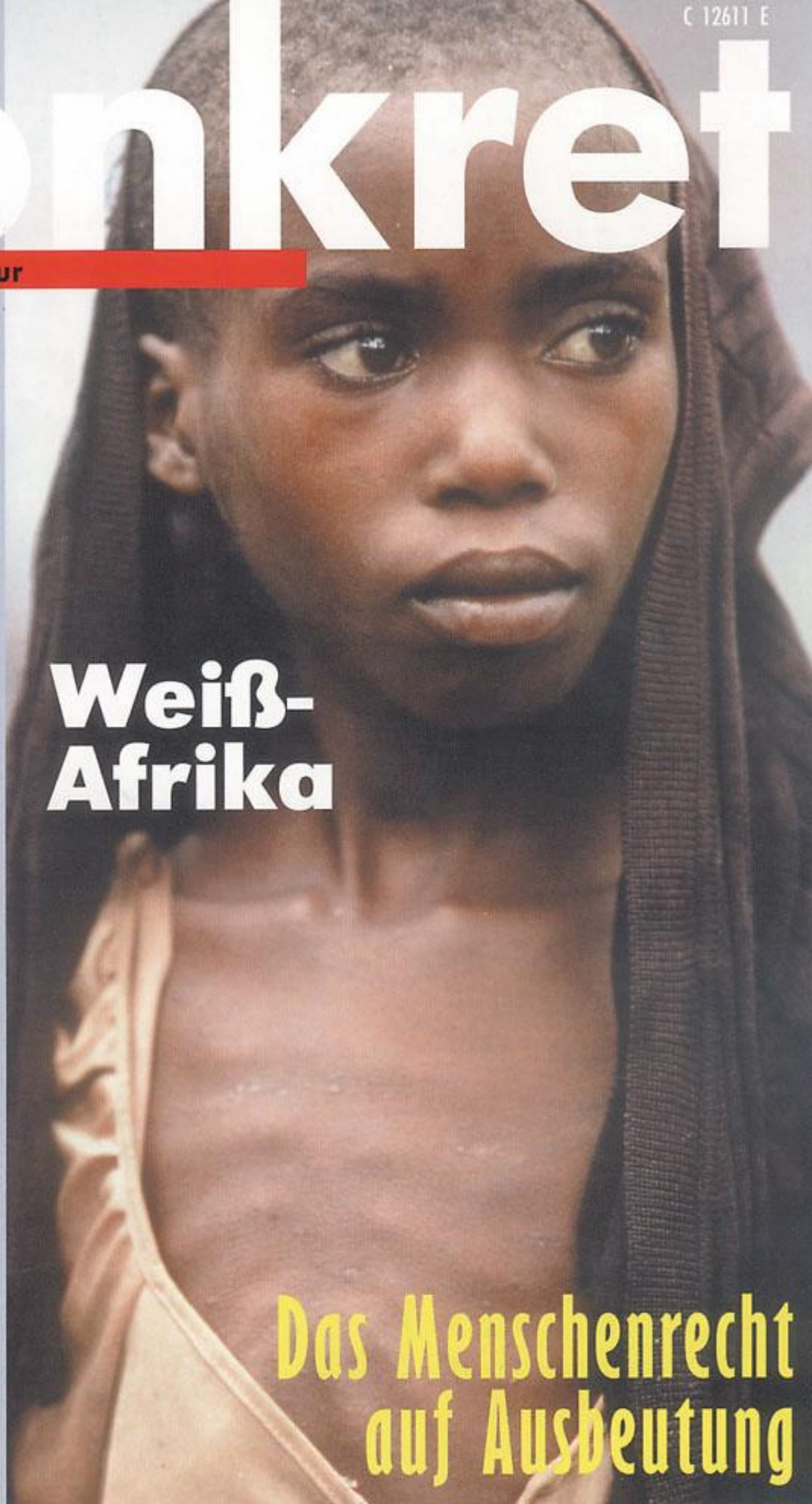
C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

- Buschkrieg: Das Kapital in seinem Kral
- PDS: Politik mit Rotz und Tränen
- Schlanker Faschismus: Vom System Kohl zum Modell Haider
- Todesstrafe: Wenn der Staat Amok läuft
- PKK: Ein Aussteiger erzählt
- Castorfs Vaterland



Weiß-Afrika

Das Menschenrecht auf Ausbeutung

06

4 391202 706006

in konkret Juni 2000

hier konkret von Jorgos Alexandros Mangakis

Geht es nach der Bundesregierung, werden die noch lebenden Opfer des deutschen Faschismus bald die Dead-line erreichen, und das nicht nur metaphorisch. Bezahlt wird fast nichts, und wer damit nicht einverstanden ist, wird wohl ohne einen Pfennig sterben müssen. Griechenland stemmt sich gegen diese Erpressung. Jorgos Alexandros Mangakis ist Parlamentsabgeordneter der regierenden Pasok und vertritt als Vorsitzender des »Vereins der Vereinten Widerstandskräfte« und als Rechtsanwalt Nazi-Opfer vor Gericht. Er selbst hat als Partisan gegen die deutschen Besatzer gekämpft. Nach dem Sturz der Militärjunta bekleidete er bis heute fast ununterbrochen Regierungsämter: ab 1974 als Arbeitsminister, 1982 bis 1986 als Justizminister, 1988 als Gesundheitsminister, 1995 bis 1997 als Außenminister für europäische Fragen. Daneben lehrt er Strafrecht und Rechtsphilosophie in Heidelberg und Athen

von konkret

an konkret

Alle Staatsgewalt gähnt vom Volke aus von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Mythen hüten mit Mugabe von Ralf Schröder

Die übliche Personifizierung übler Verhältnisse: Nachdem in seinem Land weiße Farmer zu Schaden kamen, steht der Präsident Simbabwes am Pranger des Westens. Angeblich hat er schlecht regiert

Goldrausch von Stephan Günther

Obwohl Afrika das Schlußlicht der Weltwirtschaft ist, haben westliche Konzerne ein ungebrochenes Interesse an der Plünderung seiner Rohstoffvorkommen. Der Kampf um Einflußsphären wird zunehmend kriegerisch ausgetragen

Law and Murder von Konrad Ege

Der Staat als Amokläufer: Über Klassenjustiz und Exekutionswahn in den USA

Dietmar, bleib doch! von Horst Pankow

Politik mit Rotz und Tränen – Eine Nachbetrachtung zum Münsteraner Parteitag der PDS

Chaoten, Fixer, Kommunisten von Oliver Tolmein

In Hamburg macht ein Mitte-Rechts- Bündnis gegen das Stadtteilzentrum Rote Flora mobil. Vom liberalen Bürgertum, das einst die Hafenstraße verteidigte, ist nichts zu sehen

Monetäres Mutterkreuz von Renate Göllner

Wie die neue österreichische Regierung Rassismus qua Familienpolitik betreibt

Schlanker Faschismus von Uli Krug

Stammtischdemokratie statt Parteienproporz, schaffendes Volk gegen raffenden Staat, Volksaktie statt Volkswagen: Das Modell Haider ist die Alternative zum System Kohl

Auschwitz als Alibi? von Robert Kurz

Der Autor des »Schwarzbuchs Kapitalismus« antwortet seinen Kritikern. Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie

Neues von der Versöhnungsfront von Tjark Kunstreich
55 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation: endlich Menschenrechte für Nazi-Mörder

Die Sache mit Röhm von Georg Fülberth
Nachdem nunmehr die dreibändige Nachlaß-Ausgabe der Schriften von Reinhard Opitz vorliegt, kann von der Opitz-Propaganda zur Opitz-Kritik übergegangen werden

Schlappe für Blair von Oliver Tolmein
Über den Sieg des Linkssozialisten Ken Livingstone bei den Londoner Bürgermeister-Wahlen

Zurück in die Zukunft von Selahattin Celik, Nora Mielke
KONKRET-GesprächEin Gespräch mit Selahattin Celik über die Entwicklung der PKK vor und nach der Verhaftung Abdullah Öcalans

Buch des Monats von Joachim Rohloff
Eckhard Henscheid, Gerhard Henschel: Jahrhundert der Obszönität. Eine Bilanz. Alexander Fest Verlag, Berlin 2000, 608 Seiten, 39,80 Mark

In diesem Sinne - Pinochet in Kiew von Thomas Becker

In diesem Sinne - BND im Kaukasus von Klaus von Raussendorff

In diesem Sinne - Fücks und Foxi in Teheran von Justus Wertmüller

em eutschen olke von Peter O. Chotjewitz
Kulturkolumne

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Lachen mit Eichmann von Joachim Rohloff
Wie Frank Castorf aus Robert Harris' Roman »Vaterland« einen Witz auf Auschwitz machte

»Holz bildet, Eisen erzieht« von Frank Schäfer
Über die Ausstellung »Deutsche Kunst 1933 bis 1945 in Braunschweig«

Buch & Deckel von Alexander Bogner
Wolfgang Menz/Steffen Becker/Thomas Sablowski: Shareholder-Value gegen Belegschaftsinteressen. Der Weg der Hoechst-AG zum »Life-Sciences«-Konzern. VSA-Verlag, Hamburg 1999, 219 Seiten, 32,80 Mark

Buch & Deckel von Jürgen Roth
Matthias Eckoldt: Moment of Excellence. Roman. Eichborn Verlag, Frankfurt/Main 2000, 227 Seiten, 34 Mark

Buch & Deckel von Oliver Maria Schmitt
Holger Rust: Die Revolution des Spießertums. Wenn Dummheit epidemisch wird. Quadriga Verlag, Berlin 1999, 240 Seiten, 29,90 Mark

»Außerhalb unserer Produkte« von Marion Oxfort
Wie versichere ich ein jüdisches Grab gegen Schändung? wollte unsere Autorin wissen und fragte bei deutschen Versicherungen nach. KONKRET dokumentiert den daraus entstandenen Briefwechsel

Kein Denkmal für Magnus Hirschfeld? von Andreas Pretzel
Replik auf eine Polemik von Peter Kratz (»Der Streicher des Sex«, KONKRET 4/2000)

Schwarzbuch für Anspruchsvolle von Gerhard Scheit
Nicht ganz gewollt ist dem Autor Gerd Koenen beim Unterfangen, den Stalinismus zu beschreiben, eine höchst brauchbare Analyse des NS-Systems gelungen

Binäre Artefakte von Peter O. Chotjewitz
Die Werke des Computerkünstlers Kiwus haben kein Programm. Sie sind selber eines

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Kai Degenhardt: Dekoholic; Plattenbau

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
Wolf-Rüdiger Mühlmann: Letzte Ausfahrt Germania. Ein Phänomen namens Neue Deutsche Härte. Iron Pages Verlag, Berlin 1999, 288 Seiten, 34,90 Mark

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit
Oval: ovalprocess. Form & Function/ZombaFunkstörung: Appetite For Disctruction. Stud!o K7/Zomba

Melodie & Rhythmus von Hartwig Vens
Searchlight (Hg.): White Noise. Rechts-Rock, Skinhead Musik, Blood & Honour – Einblicke in die Neonazi-Musik-Szene. Unrast, Münster 2000, 128 Seiten, 19,80 Mark

FilmTheater von Marit Hofmann
Crazy

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Good VibrationsScream 3

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/00, S. 3

Jorgos Alexandros Mangakis

hier konkret

Geht es nach der Bundesregierung, werden die noch lebenden Opfer des deutschen Faschismus bald die Dead-line erreichen, und das nicht nur metaphorisch. Bezahlt wird fast nichts, und wer damit nicht einverstanden ist, wird wohl ohne einen Pfennig sterben müssen. Griechenland stemmt sich gegen diese Erpressung. Jorgos Alexandros Mangakis ist Parlamentsabgeordneter der regierenden Pasok und vertritt als Vorsitzender des »Vereins der Vereinten Widerstandskräfte« und als Rechtsanwalt Nazi-Opfer vor Gericht. Er selbst hat als Partisan gegen die deutschen Besatzer gekämpft. Nach dem Sturz der Militärjunta bekleidete er bis heute fast ununterbrochen Regierungsämter: ab 1974 als Arbeitsminister, 1982 bis 1986 als Justizminister, 1988 als Gesundheitsminister, 1995 bis 1997 als Außenminister für europäische Fragen. Daneben lehrt er Strafrecht und Rechtsphilosophie in Heidelberg und Athen

konkret: Das Urteil des Landgerichts Livadia ist kürzlich vom Areopag (Oberster Gerichtshof Griechenlands) bestätigt worden. Es spricht den 269 noch lebenden Opfern des SS-Massakers von Distomon eine Entschädigung von 56 Millionen DM durch die Bundesregierung zu. War das das erste griechische Urteil, das Opfern von Kriegsverbrechen Entschädigungen zuspricht?

Mangakis: Nein es gibt andere, aber zum Beispiel im Falle des Massakers von Kalavrita hat sich das griechische Gericht der deutschen Auffassung angeschlossen, die griechischen Gerichte seien nicht zuständig. In beiden Fällen entsandte der deutsche Staat keine Repräsentanten vor Gericht. Doch jetzt vor dem Areopag erschien ein Regierungsvertreter und verlangte die Revidierung des Urteils von Livadia aus einem einzigen Grund: Er bestritt nicht die Sache, das heißt die Massaker selbst, sondern das Recht der griechischen Justiz, über Verpflichtungen des deutschen Staates zu urteilen.

konkret: Wie beurteilen Sie das?

Mangakis: Es ist ein Skandal, daß die deutsche Seite versucht, den Areopag mit dem Argument fehlender Zuständigkeit zu blockieren, während gleichzeitig deutsche Gerichte Klagen von griechischen Opfern ebenfalls wegen fehlender Zuständigkeit nicht annehmen und an die griechischen Gerichte verweisen. Trotzdem ist das Erscheinen der deutschen Seite vor unserem Verfassungsgericht schon eine Anerkennung der Entscheidung des Areopag. Positiv ist auch zu vermerken, daß im deutschen Gesetzentwurf zur Zwangsarbeiterentschädigung der Artikel gestrichen wurde, der vorsah, daß keine weiteren Entschädigungsansprüche mehr geltend gemacht werden könnten. Vielleicht ist das ein Zeichen, daß die Bundesregierung darüber nachdenkt, in bilateralen Gesprächen mit Athen zu einer Einigung zu kommen. Immerhin sind in Griechenland noch viele Verfahren gegen die Bundesregierung anhängig.

konkret: Wie sollen die Opfer zu ihrem Recht kommen? Wie kann Deutschland zur Entschädigung gezwungen werden?

Mangakis: Für uns kommt eine Zwangsvollstreckung zum Beispiel gegen deutsche Kultureinrichtungen wie das Goethe-Institut in Griechenland nicht in Frage. Eine Entschädigung muß in bilateralen Verhandlungen geregelt werden. Wenn es gar nicht anders geht, könnte Griechenland das Geld von der EU-Kommission fordern, die es dann von den Zahlungen, die Deutschland aus Brüssel erhält, abziehen müßte. Sollte die EU-Kommission Zweifel haben, müßte der Europäische Gerichtshof angerufen werden. Auch Zwangsvollstreckungen in Deutschland selbst sind vorstellbar. Aber das wäre ein Risiko, da man sich dann auf die deutsche Justiz verlassen müßte.

konkret: Wie hat denn die deutsche Justiz bisher über deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland geurteilt?

Mangakis: Kein einziger Kriegsverbrecher wurde abgeurteilt. Das ist eine schlimme Sache. Das lief alles so ab, wie im Fall des deutschen Offiziers Merten. Merten war für die Vernichtung der Juden in Saloniki verantwortlich. Von den 45.000 griechischen Juden kamen nur 3.000 zurück. Die anderen wurden in den deutschen Vernichtungslagern umgebracht. Merten wurde 1959 in Saloniki erkannt und verhaftet. Er wurde zu über 40 Jahren Gefängnis verurteilt und dann auf Antrag nach Deutschland überstellt, um auch dort verurteilt zu werden. Das geschah aber nie. Die griechische Regierung hatte leider zuvor akzeptiert, daß die Zuständigkeit für die strafrechtliche Verfolgung bei der deutschen Justiz liegt.

konkret: Bundespräsident Rau war vor kurzem in Kalavrita. In deutschen Medien wurde berichtet, er habe sich für die deutschen Verbrechen während der Besatzungszeit entschuldigt. Gleichzeitig machte er keine Zusagen über Entschädigungen.

Mangakis: Er bat nicht um Verzeihung. Er sagte, er fühle Schmerz und Schande. Das Wort Schande wurde im Sinne eines Schuldbekenntnisses ausgelegt. Der griechische Präsident hat mit Genugtuung diese Erklärung zur Kenntnis genommen und die Hoffnung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung nun Taten folgen läßt.

Aber in Saloniki ist Rau nicht zum Denkmal der jüdischen Opfer gegangen. Es hatte den Anschein, als wollte er die möglicherweise daraus entstehenden Probleme hinsichtlich der Anerkennung von Entschädigungsforderungen vermeiden. Als er in der deutschen Schule von Saloniki von einigen Schülern nach der Entschädigung für die Opfer gefragt wurde, antwortete er: Da gibt es keine Frage mehr. Er stellte sich auf denselben Standpunkt wie Schröder im Bundestag: Es soll

keine Reparationen geben.

Konkret 06/00, S. 4

von konkret

KONKRET beschäftigt den Landtag von Baden-Württemberg. In einer Kleinen Anfrage der Republikaner-Fraktion heißt es: »Nach Auffassung des Antragstellers kann die Mitarbeit des in der linksextremistischen Szene einschlägig bekannten Oliver Tolmein in einem öffentlich-rechtlichen Sender wie dem Deutschlandfunk nicht länger hingenommen werden. Tolmein vertritt als ständiger Autor der einschlägig bekannten linksextremistischen Publikation KONKRET Positionen, die mit dem Gebot der journalistischen Neutralität nicht in Einklang zu bringen sind. Deshalb erscheint es aus Sicht des Antragstellers dringend geboten, daß der Vertreter der Landesregierung im Rundfunkrat des Deutschlandradios daraufhin wirkt, Herrn Tolmein den Deutschlandfunk als Agitationsplattform zu entziehen.« Über die Antwort der Landesregierung und evtl. Reaktionen des Senders werden wir berichten.

Zumutungen 1: Namens der Chefredaktion der »Welt am Sonntag« läßt ein Herr Schnitzler anfragen, ob Hermann L. Gremliza nicht das Hamburger Restaurant Cuneo in der »WamS« vorstellen möchte. Der KONKRET-Herausgeber sei von Stefan Aust empfohlen worden. Gremliza wollte nicht. »Es hat sich in den letzten Jahren vieles und es haben sich viele geändert. Dafür, daß ich keine Zeile für ein Blatt aus Ihrem Konzern schreibe, gilt das nicht.«

Zumutungen 2: Ein Dennis Kaupp von der Abteilung »Journalistische Unterhaltung« des Südwestrundfunks schickt ein Fax:

Sehr geehrter Herr Gremliza,

wir sind die Produzenten der Talksendung »Nachtcafé«, die seit zwölf Jahren im Südwest-Fernsehen, WDR, SFB und auf 3sat ausgestrahlt wird. Unser Moderator Dr. Wieland Backes unterhält sich 14tägig mit interessanten Zeitgenossen zu gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Themen. Das Nachtcafé geniesst auch über den Senderaum hinaus einen sehr guten und seriösen Ruf.

Für Donnerstag, 25. Mai, planen wir eine Sendung zum Thema: »Ist die Zukunft weiblich?« Wir wollen dabei unter anderem den Aspekt betrachten, daß Frauen in vielen Bereichen des Lebens den Männern den Rang ablaufen. Trendforscher Matthias Horx, der uns als Gast bereits zugesagt hat, geht sogar soweit, daß er behauptet, in 30 Jahren werde der Mann zum Samenlieferanten degradiert sein. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere renommierte Talk- und Diskussionsrunde bereichern. Eingeladen sind außerdem die türkische Boxerin Fikriye Selen, die Krimiautorin Thea Dorn, der Playboy-Chefredakteur Peter Lewandowski und MTV-Geschäftsführerin Christiane zu Salm und die Schauspielerin Suzanne von Borsody ...

Gremliza wollte schon wieder nicht:

Sehr geehrter Herr Kaupp,

es ist schön für Sie, daß die Talksendung »Nachtcafé«, in der sich ihr Moderator Dr. Wieland Backes 14tägig mit interessanten Zeitgenossen zu gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Themen unterhält, auch über den Senderaum hinaus ein sehr guten und seriösen Ruf genießt. Die von Ihnen eingeladenen Damen und Herren Horx, Selen, Dorn, Lewandowski, Salm und Borsody werden mit ihren Antworten auf die Frage, ob die Zukunft weiblich ist, diesen Ruf gewiß ausbauen und vertiefen. Da dieses Ergebnis durch meine Teilnahme nur geschmälert werden könnte, muß ich Ihre Einladung leider ausschlagen.

Um Ihnen und mir auch für die Zukunft Korrespondenz dieser Art zu ersparen, bitte ich Sie, mich von der Liste interessanter Persönlichkeiten, die Ihre renommierte Talk- und Diskussionsrunde bereichern könnten, zu streichen ...

»Blätter wie zum Beispiel KONKRET blamieren sich regelmäßig durch digitalen Metaphernsalat«, schreibt Diedrich Diederichsen im Berliner »Tagesspiegel«. Im April-Heft »soll die Überblendung von zwei Teletubby-Gruppen mit Gregor Gysi zum Ausdruck bringen, daß sich die PDS vom Sozialismus verabschiede, dazu die Zeile: ›Winke, winke Sozialismus!‹« Als Alternative lobt Diederichsen die »Londoner Szene- und Mode-Zeitschrift ›i-D‹« und »von Haus aus eher extreme Jungdesignerblätter wie ›Dazed and Confused‹« sowie »erfolgreiche Neugründungen im Mode- und Lifestyle-Bereich wie ›Dutch‹ oder ›Wall Paper‹«. Genauer hätten wir nicht sagen können, was uns von einer Szene trennt, in der das Design das Bewußtsein bestimmt.

KONKRET in Österreich: Am 2. Juni wird der Ende Mai erscheinende Band 26 der **konkret-texte**-Reihe, das *Braunbuch Österreich – Ein Nazi kommt selten allein* in Wien VI, Literaturhaus, Seidengasse 6 unter anderem von seinem Herausgeber Gremliza, Michael Scharang und Wolfgang Purtscheller vorgestellt (Beginn 19 Uhr). Das Buch enthält Originalbeiträge u. a. über Geschichte, Programm und Personal der rechtsradikalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), über die Geburt ihres Anführers Jörg Haider aus dem Geist des Fernsehens und über seine unaufhaltsame Karriere, über Rassismus und

Antisemitismus in Österreich seit 1986, über den Umgang der österreichischen Gesellschaft mit dem materiellen und ideologischen Erbe des Nationalsozialismus, über die Unterstützung Haiders durch deutsche Politiker und über die Reaktionen der Linken auf die Erfolgsgeschichte eines smarten Nazis.

Vom 5. bis 7. Juni wird im Wiener Künstlerhaus das Stück »Hawking's Dream« des Schriftstellers und KONKRET-Autors Erwin Riess in einer englischen Inszenierung von H. P. Kellner aufgeführt (Beginn: 20 Uhr). Das Stück lief zuvor drei Wochen im Londoner Theatro Technis. Die weibliche Hauptrolle spielt Katharina Stemberger.

KONKRET in Jugoslawien: Die Belgrader Tageszeitung »Politika« – das serbische Pendant zur »FAZ« – druckte in ihrer Ausgabe vom 1. Mai auf der Titelseite Jürgen Elsässers Beitrag über Scharpings »Tödliche Lügen« aus KONKRET 5/2000 nach. Von 28. Mai bis 1. Juni ist Elsässer für die KONKRET-Redaktion zu einer internationalen Journalistenkonferenz nach Belgrad eingeladen. Erste Ergebnisse sind abrufbar unter www.juergen-elsaesser.de.

Veranstaltungshinweis: Am 14.6. findet ein Diskussionsabend mit den KONKRET-Autoren Günther Jacob und Tjark Kunstreich statt. Thema: Die deutsche Bewältigung der Vergangenheit: Denkmal für die Opfer – Straffreiheit für die Täter. Ort: Detmold, Alte Pauline, Bielefelder Straße 3, 20 Uhr.

Konkret 06/00, S. 6

an konkret

Selbst prüfen

KONKRET 5/2000: Beiträge zum Kosovo-Krieg und zu Jugoslawien von Jürgen Elsässer

Ich danke Ihnen für Ihre Artikel zu Jugoslawien und dem Krieg der Nato gegen das Land. Die Art, wie dieser Krieg propagandistisch geführt wurde, ist mir um einiges deutlicher geworden. Gerade deshalb bitte ich Sie aber, in Zukunft noch sorgfältiger mit den Quellenangaben zu sein. Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie Quellen immer so ausführlich angeben könnten, daß es leicht ist, sie selbst zu überprüfen. So ist weder die zentrale Quelle in Heinz Loquais Artikel für mich klar (Anm. 3: Was ist »O.V.«?) noch in Jürgen Elsässers »Geheimakte Racak« (wo und wann stand zu lesen, daß für die Verzögerungen »das deutsche Außenamt die Verantwortung übernommen« habe und wo, daß Frau Ranta sagte, es habe »natürlich Druck von verschiedenen Seiten« gegeben?).

Geärgert habe ich mich hingegen über Jürgen Elsässers Gespräch mit Mihailo Markovic. Elsässer ist am zweiten Teil des Memorandums lediglich aufgestoßen, daß dort »an zwei Stellen vom ›Völkermord‹ an den Serben im Kosovo die Rede ist«. Der gesamte zweite Teil ist die Darstellung einer dramatischen Bedrohung der Serben, die bis ins königliche Jugoslawien zurückreiche. Er ist bereits in einer Rhetorik des Krieges geschrieben, weil nur noch aus einem einzigen, absolut gesetzten Blickwinkel heraus argumentiert wird. Darauf, wie Menschen die Lage in den anderen Republiken sehen, wird überhaupt nicht mehr eingegangen. Eine solche Argumentation in der damaligen bereits recht vergifteten innerjugoslawischen Atmosphäre konnte nur dazu führen, die Situation weiter zu verschärfen, und das durch die Institution mit der größten Autorität in Serbien. Die Akademie hat sich auch nie von diesem Text distanziert und ist ab 1989, als er auch in den Medien gelobt wurde, in ihren öffentlichen Äußerungen stolz darauf gewesen (vgl. Olivera Milosavljevic: »Der Mißbrauch der Autorität der Wissenschaft«, in: *Serbiens Weg in den Krieg*. Hg.: Thomas Bremer u. a., Berlin 1998, S. 159-182). Ärgerlich ist das Gespräch aber auch deshalb, weil Markovic weiter die Illusion aufrechterhält, die Arbeiterselbstverwaltung sei ein »fortschrittliches« Modell gewesen, das nur konsequent hätte weiter entwickelt werden müssen. Die Arbeiter konnten die Entscheidungen kaum beeinflussen, da ihnen die leitenden Techniker und Wirtschaftsleute mit ihren Kenntnissen meist weit überlegen waren und die Probleme bereits in ihrem Sinn darzustellen verstanden. Die Arbeiterselbstverwaltung setzte den »neuen Menschen« des Sozialismus bereits voraus (vgl. hierzu Ernst Lohoff: *Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg*. Bad Honnef 1996). Es nützt nichts, immer wieder die Überlegenheit des Sozialismus zu behaupten, wäre er nur richtig und konsequent umgesetzt worden. Er ist es eben nicht. In Jugoslawien unter anderem, weil die Partei nicht bereit war, ihre Macht Schritt für Schritt nach unten abzugeben. Wer aber einmal in einem selbst verwalteten Projekt gelebt und gearbeitet hat, weiß vielleicht, wie aufreibend und zäh Selbstverwaltung sein kann. Mir scheint es weit wichtiger diese Schwierigkeiten einmal genauer zu analysieren, als immer über die leider kaputt gemachten oder vertanen Chancen zu lamentieren.

Carl Polónyi

Berlin

Selbst sehen

KONKRET 4+5/2000: »Magnolia« und »Operation Omerta« von Kay Sokolowsky

Ich wollte eigentlich von Kay Sokolowsky die 14 Mark für den Eintritt ins Kino zurückverlangen, nahm aber innerlich davon Abstand, weil ich dachte, KONKRET tut mir so viel Gutes an Hirn und Herz, daß wir diesen Ausrutscher vergeben wollen. Nur weil KONKRET und in persona Kay Sokolowsky den Film »magnolia« so über den Klee lobte, zog ich ihn mir anstelle der »Drei Chinesen auf dem Kontrabaß« rein an dem einzigen freien Abend der Woche, und ich konnte es nicht fassen, ich wollte das Kino verlassen, aber meine Freundin sagte, nein, das müssen wir jetzt durchstehen. Und im Mai-Heft reißen Sie die Wunde wieder auf, indem Sie unter »Operation Omerta«, womit ich wieder voll und ganz d'accord gehe, schreiben: »Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 4/2000 über das Meisterwerk ›magnolia‹«. Leute, es ist kein Meisterwerk.

Ich mußte mich ja schon letztes Jahr an vieles gewöhnen, zum Beispiel daran, daß Grass sagt »Ich ziehe meinen Hut vor Scharping und Fischer«, der gleiche Grass, der kurz vor der Bundestagswahl eine scharfe Analyse der Asylgesetzgebung in der »FR« veröffentlicht hatte, der lobte nun die deutschen Bomben auf Belgrad. Ich dachte letztes Jahr:Ist halt doch ein

Scheiß-SPDler. Aber von Euch kann ich so nicht denken, Ihr seid ja keine Scheiß-SPDler, Ihr seid doch kluge Menschen, drum geht doch bitte mal alltogether ins Kino und schwört nachher ab und sagt, Kay war sturzbesoffen und depressiv an dem Tag.

Mirjam Glaser

Frankfurt am Main

Selbst bilden

KONKRET 5/2000: »Das 18. Kamel« von Peter O. Chotjewitz

Ihre Schwanitz-Besprechung hat mir sehr gefallen: Auf den Punkt genau, mit ironischer Distanz und jener Form intellektueller Häme, die in einem Halbsatz mehr Bildung enthält, als Schwanitz in seinem ganzen mißlungenen Buch beschwören kann.

Prof. Dr. Erhard Meueler

Groß-Umstadt / Raibach

Zu Ihrem Artikel über das 18. Kamel teile ich Ihnen mit, daß es sich um eine Denksportaufgabe handelt, die keinesfalls zur Bildung gehört, da man sie noch heute etwa in der sechsten Klasse lernt. Ein Scheich hinterläßt seinen Söhnen 17 Kamele und verfügt auf dem Sterbebett: Der älteste erhält die Hälfte, der zweite ein Drittel, der dritte erhält ein Neuntel. Da alle Versuche, die 17 Kamele entsprechend zu teilen, scheitern, wenden sie sich an einen Nachbarn, der ihnen ein Kamel überläßt. Dies ist das 18. Kamel. Die Teilung kann nunmehr problemlos vonstatten gehen, und der neunte Nachbar erhält sogar sein Kamel zurück, da noch eins übrig bleibt.

Bessern Sie sich!

Alban Kniffel

Knobelsdorf

Selbst lesen

KONKRET 4/2000: »Buch des Monats« von Ralf Blendowske

Woher kommt es, daß gerade linke Autoren sich so häufig als Apologeten der herrschenden Wissenschaft hervortun? Vielleicht, weil sie so im Mainstream schwimmen und doch – vermeintlich – linke Essentials (Aufklärung etc.) verteidigen können. Zum Kampf gegen »Relativismus« und »Postmoderne« bedient Ralf Blendowske sich einiger der dümmsten Klischees, die die Diskussion zu bieten hat. Ich meine hier nicht die Kritik am pseudonaturwissenschaftlichen Vokabular postmoderner AutorInnen, deren Schriften ich im übrigen nicht kenne. Ich meine den unkritischen Bezug auf das Selbstverständnis der herrschenden Wissenschaft als ideologiefrei, das Blendowske der Kritik entgegenhält.

Toni Menninger

per e-mail

Selbst denken

KONKRET 4/2000: Leserbrief von Valentin J. Umbach

Auch ich schätze KONKRET, weil unter anderem meine »Emotionen«, der mehr oder weniger »latente Gewalt- und Zerstörungstrieb«, angesprochen werden. Das ist eine, nicht die ganze Sache. Der Behauptung nämlich, es würde »nicht analysiert, noch nicht einmal kritisiert«, muß ich widersprechen. Während das Gros der deutschen Journaille, die Brotkrumenklauber, Claqueure – oder wie man das demente Gesocks sonst noch nennen mag – mit Moralpistolen herumfuchtelte und das Lob der violent pacification der Herren Schröder und Co. anstimmte und vorm Herrn Kriegsminister den Bückling machte, fand ich in KONKRET genau die Hintergrundanalysen, die nötig waren, um der allgegenwärtigen Verlogenheit und Dummheit etwas mehr entgegenzusetzen als einen schwammigen Humanismus.

Fazit: In KONKRET wird der Ton angeschlagen, der den Verhältnissen angemessen ist, meistens, und das ist gut so: Auf »moderat im Ton und Ernst in der Sache« à la Sabine Christiansen ist eh geschissen, Unflat, wem Unflat gebührt. Meine Birne jedenfalls wird durch Polemik ganz nebenbei auch zum Vergleichen und Selberdenken stimuliert. Und das ist gut so.

Daniel Lehmann

per e-mail

Konkret 06/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Alle Staatsgewalt gähnt vom Volke aus

Jeder zweite Souverän steht erst gar nicht mehr auf, wenn seine Stimme gerufen wird, und auch der Pflichtbewußteste malt sein Kreuzchen lustlos. Daß Wahlen verboten wären, wenn sie was ändern könnten, ist nicht neu. Es sieht aber so aus, als hätten es mittlerweile fast alle gemerkt.

Und darum haben ganz, ganz viele, nämlich fast jeder Zehnte von jedem Zweiten, also 5,8 Prozent der Wahlberechtigten, den Jürgen Möllemann gewählt. Der »Fallschirmclown«, wie ihn das grüne Zentralorgan säuerlich nennt, repräsentiert das Unabänderliche in seiner bestgelaunten Form. Er weiß, »was Deutschland braucht«. Er weiß es so gut wie alle andern, vom Deutschen Industrie- und Handelstag: billige, gut (vom Staat) ausgebildete, leicht zu heuernde, leichter zu feuernde Arbeitskräfte, kleine Steuern auf Gewinne, sehr kleine Renten, fast gar keine Sozialhilfe, Vollgas auf allen Straßen und jenen, so da ihr Auto ihrem Intelligenzquotienten angepaßt und also tiefer gelegt haben, ein Wohlgefallen.

»Deutschland hat endlich eine Jugendpartei: die FDP. Die neuen Liberalen können unfallfrei das Wort Internet buchstabieren, sie können Bungee- und Fallschirmspringen«, lästert die Parteizeitung am Tag danach, und ahnt nicht, wie sehr der Hohn den eigenen Verein trifft – und sein Blatt, dessen einst gerühmte Frechheit am Tattag die Pointe setzt, das Foto eines dirigierenden Ministerpräsidenten mit der Unterzeile »Einen kleinlauten Blues dürfen die Grünen jetzt nur mehr tanzen – den Takt geben ihnen Wolfgang Clement und die SPD vor« zu schmücken, haha. Vorwitz verrät dagegen am selben Tag die Zeitung der Herren Eltern mit der Meldung, »jüngere Mitglieder des FDP-Bundesvorstands« zeigten »Mitgefühl für Außenminister Fischer« und hätten »reformorientierten Grünen Politikern Asyl« angeboten, namentlich »den Abgeordneten Özdemir, Berninger, Schulz und Metzger«.

Warum nicht auch Röstel, Kuhn, Künast, Vesper und Trittin? Der Sozialstaat wird sowieso um die Ecke gebracht, ob Andrea Fischer Kranke zu Sozialfällen macht oder Möllemann Rentner zu Moorhühnern. Eine irgendwie andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, von der 1959 das Godesberger Programm der SPD geraunt, oder »mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht«, über die das Berliner Grundsatzprogramm anno 1989 geschwafelt hatte, will keiner mehr. Schröder hat, unter nichts als Beifall, die »Umverteilung von oben nach unten« abgesagt, Clement will »unsere Gerechtigkeitsideale überdenken«, und Wirtschaftsminister Müller findet wie alle andern, daß »eine Gesellschaft dynamischer lebt, wenn es Ungleichheiten gibt«. Die Stammtischvorlage hat der Chef selber verfaßt: »Es gibt keine rechte und linke Wirtschaftspolitik, sondern nur eine moderne und unmoderne.« Und modern ist – so'n Schiet – die rechte. Die CDU hat die christliche Soziallehre in Frührente geschickt, die Grünen haben ihren antikapitalistischen Betriebsausflug von Böblingen nach Alzheim verlegt.

Allein im Osten hat die »Soziale Gerechtigkeit« überlebt – als eine Parole der PDS, die Sozialismus in Sozialneid auflöst bis zu dem Tag, da endlich auch in Chemnitz die Bananen blühn. (Kleine Entdeckung nebenbei: Die Rechtschreibprüfung von Microsoft Word 97 markiert Chemnitz als Schreibfehler, Karl-Marx-Stadt als korrekt. Wenn das rauskommt, dann gnade Gates Gauck.) Aller anderen Parteien liebstes Argument ist, daß der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie bzw. das »Handelsblatt« die Beschlüsse des jeweils jüngsten Parteitags sehr gelobt haben. Und auch Gysi, dem das noch nicht geschieht, prahlt gern damit, daß in den östlichen Bundesländern ein Drittel der Unternehmer seine Partei wähle.

Wenn also die grüne Landesministerin Höhn aus dem Debakel die Lehre zieht, ihre Partei müsse »stärker als bisher auf Gemeinsamkeiten setzen«, und der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Struck am Wahlabend hofft, es werde bei den großen Reformen (Steuern, Gesundheit, Einwanderung) einen »ganz breiten Konsens« auch mit der CDU und der FDP geben, erklären sie nur, was längst Realität ist, zum Programm. Alle führen Krieg, alle exportieren Waffen, sperren Flüchtlinge aus, schieben Asylbewerber ab, kürzen Arbeitslosengeld, bauen Autobahnen, erweitern Flughäfen, drücken Löhne, erleichtern Kündigungen, machen Ärzte und Pharmaindustrie gesund. Alle wissen, »wie wir Deutschland nach vorn bringen«, ein Ziel, das den Liberalen Brüderle mit jedem grünen Schwesterle verbindet.

Der allen gemeine Standpunkt ist der Standort, den es *fit* zu machen gilt, wie von Schröder und Fischer vorgesehen. Ab sofort aber mit *fun*. Auch Möllemann hätte, da das Marketing für den Weltmarkt einen Auftritt als Weltmacht verlangte, Bomben auf Belgrad geworfen. Aber er hätte dazu nicht Fischers sorgenvolle Dackelfalten gezogen. Die haben vor ein paar Jahren, als das schlechte Gewissen noch was galt, den Erfolg gemacht, doch die Schmerzensmiene, der wieder mal ein Herzensanliegen unter den Dienstwagen gekommen ist oder ein letztes evangelisches Scham-Haar in der Suppe schwimmt, will heute niemand mehr sehen. Wer im wirklichen Leben bei keiner der Parteien etwas zu lachen hat, will wenigstens im virtuellen seinen Spaß. Dadde hadde Mölle da. Frau Höhn weniger.

Es ist nicht so, daß unter den fünf bis sechs Parteien, die im Bundestag sitzen, eine wäre, die einem fehlen würde. An dem, was dort »hinten rauskommt« (H. Kohl), ändert sich so gut wie nichts, wenn die eine FDP, die grüne, von der andern, der gelben, abgelöst wird. Für die Prominenz der einen wäre gesorgt. Und daß das grüne Milieu die Trümmer des Sozialstaats von unten besichtigen dürfte, an dessen Demolierung es so fleißig mitgewirkt hat, wäre der schlechteste Trost nicht.

Die Seite ist noch nicht voll? Aber mehr ist zu diesem Thema wirklich nicht zu sagen.

Letzte Meldung über den Stand der inneren Einheit (16. Mai, 10 Uhr 06):

Berlin (AP) – Der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble hat die jüngste europapolitische Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer gelobt ... Er sei ganz sicher, daß Fischer in den wesentlichen Fragen wie dem Verfassungsvertrag, den differenzierten Geschwindigkeiten der Integration sowie der stärkeren Subsidiarität richtig liege. »Nur so wird Europa gelingen, andernfalls scheitert es«, sagte Schäuble, der dem CDU-Präsidium angehört.

Konkret 06/00, S. 10

herrschaftszeiten

Goldstück (1)

15. April, »Tagesspiegel«:

Goldene Zeiten brechen an für Deutschlands Zahnärzte: Die Schweiz will ab Mai die Hälfte ihrer gesamten Goldreserven verkaufen. Die Regierung billigte jetzt ein Gesetz, das den Verkauf des Goldes erlaubt. 1.300 Tonnen sollen veräußert werden, um den Franken zu stützen. Auch Großbritannien und der IWF wollen Teile ihrer Edelmetallreserven verkaufen. Dabei reichen die Schweizer Vorräte aus, um mehr als eine Milliarde Backenzähne zu füllen. Grund genug also für Zahnklempner, sich die Hände zu reiben. bb

Goldstück (2)

17. April, Leserbrief an den »Tagesspiegel«:

Sehr geehrte Damen und Herren, ein kurzer Kommentar zu der Glosse »Parkettgeflüster« von bb im Wirtschaftsteil Ihrer Ausgabe vom 15.4.2000 scheint mit erforderlich. Daß bb (Alter und Vorbildung entziehen sich leider meiner Kenntnis) den Film »Der Marathon-Mann« (Schlesinger 1976) nicht kennt, wird man ihm nicht vorwerfen können. Ich möchte ihm aber diesen Film nachträglich empfehlen. Da verschafft nämlich Sir Laurence Olivier in der Rolle eines SS-Zahnarztes dem Zuschauer eine Assoziation zum Begriff »Zahngold«, die dieser für den Rest seines Lebens nicht mehr los wird. – Jedenfalls aber hätte bb als Wirtschaftsredakteur mal was davon gehört haben müssen, daß die Schweiz während des 2. Weltkriegs ständig Nazi-Gold aufgekauft hat, unter anderem nachgewiesenermaßen Zahngold, das aus den Kiefern ermordeter Juden herausgebrochen worden war. Wer so etwas weiß und dann sich im Rahmen von Börsenklatsch über feixende (deutsche) Zahnärzte amüsiert, die in den Genuß von billig abgestoßenem Schweizer Depot-Gold kommen, muß nicht ganz bei Trost sein. Ich nehme daher an, daß es sich um bloßes Unwissen handelt und lege zu Aufklärungszwecken die Zusammenfassung des Reports »Switzerland and Gold Transactions in the Second World War« bei.

Bernhard Schröder, Berlin

Atomkrieg

17. April, AFP:

Zwölf britische Soldaten planen wegen Gesundheitsproblemen nach dem Kosovo-Krieg eine Klage gegen das Verteidigungsministerium. Ärzte führten die Beschwerden der Soldaten auf den Einsatz von Uran-Munition zurück.

Most friendly fire

22. April, DPA:

Ein deutscher Kfor-Soldat ist in der Kosovo-Stadt Prizren durch einen Schuß aus seiner Dienstwaffe ums Leben gekommen. Fremdverschulden sei auszuschließen.

Von Scharping lernen heißt siegen lernen

Gerhard Schröder

Schwarzfront

23. April, »Welt am Sonntag«:

Katholische Bundestagsabgeordnete wollen künftig über die Parteigrenzen hinweg für eine christlich orientierte Politik zusammenarbeiten. Das haben Wolfgang Thierse (SPD), Christa Nickels (Grüne), Hermann Kues (CDU) und Jörg van Essen (FDP) in einem gemeinsam verfaßten Grundsatzpapier angekündigt. Die vier Politiker gehören zu den Initiatoren des »Politischen Clubs« bei der Katholischen Akademie Berlin. Mitglieder des Clubs: Andrea Fischer (Grüne, Bundesgesundheitsministerin), Barbara Hendricks (SPD, Finanz-Staatssekretärin), Reinhard Loske (Grüne), Oswald Metzger (Grüne), Claudia Nolte (CDU), Rudolf Scharping (SPD), Christine Scheel (Grüne), Werner Schulz (Grüne) ...

Hamma klein Preis. Kamma nicht mekka

Werbung der Firma MakroMarkt für ihre »Arabischen Wochen«

Fischers Friends (1)

25. April, »Junge Welt«:

In der Woche vor Ostern veröffentlichte das britische Institute for War and Peace Research (IWPR) einen detaillierten Bericht über illegale Gefangenenlager der offiziell aufgelösten »Kosovo-Befreiungsarmee« (UCK). In diesen Lagern würden bis zu 1.200 entführte Serben unter menschenverachtenden Bedingungen zur Sklavenarbeit gepreßt. Geleitet würden die Lager von dem legalen Ableger der UCK, dem Kosovo-Schutz-Korps (KSK).

Ansichten eines Weichkäses

30. April, »Tagesspiegel«:

Die PDS wird nach Ansicht ihres Europaabgeordneten André Brie politisch nur überleben, wenn der Reformkurs fortgesetzt wird. »Links von uns ist nur der Abgrund«, sagte der als Vordenker der Reformer geltende Brie.

Sexuelle Revolution

8. Mai, »Der Spiegel«:

Karin Clement, 57, freute sich schier zu Tränen gerührt über eine Bemerkung ihres Ehemannes auf einer Veranstaltung des Wählerinitiative »Pro Clement« in Bochum. Dem CDU-Slogan »30 Jahre SPD sind genug« pflegt Clement, 59, auf Kundgebungen seine lange Ehe entgegenzuhalten: »Ich bin jetzt 34 Jahre verheiratet und kann nur sagen, es wird immer besser.« Diesmal änderte er den zweiten Teil des Satzes in »das sieht man meiner Frau doch nicht an, oder?« Nach dieser Liebeserklärung überreichte Clement auf der Bühne dem Überraschungsgast Verona Feldbusch, 32, – in orangenem Lederanzug, darunter ein schwarzes Bustier – einen Strauß roter und gelber Rosen und küßte sie. Die kluge Ehefrau hatte bereits vor der Übergabe aus dem reichhaltigen Gebinde eine rote Rose stibitzt. Die verehrte sie nun ihrem Mann mit den Worten »Die hast du dir verdient« und küßte ihn ihrerseits.

Bodenreform-Partei

8. Mai, »Der Spiegel«:

Robina Hood – Von den Sowjets nach 1945 enteignete Junker erhalten neuerdings unerwarteten Beistand – aus der PDS. Dem Kampf um entgangenen Familienbesitz im Osten widmet Wolfgang Haars aus Salzgitter viel Zeit und Papier. Immer wieder schreibt er Behörden und Politiker an – stets in der Hoffnung, sie könnten ein »schreiendes Unrecht« wieder gutmachen: Die Enteignung von 107 Hektar Land samt Gutshaus im thüringischen Etzdorf … Gehör fand der verhinderte Agrarier ausgerechnet dort, wo er es nie vermutet hätte – bei der SED-Nachfolgerin PDS. Die Dresdner Bundestagsabgeordnete Christine Ostrowski (PDS) äußerte in ihrer Antwort nicht nur großes Verständnis für das Schicksal der Familie Haars, sondern schlug gleich noch parlamentarische Aktivitäten in Sachen Bodenreform vor. Einen detaillierten Fragenkatalog an die Bundesregierung legte sie als Anlage bei. Haars war begeistert.

10 Prozent Wahrheit

8. Mai, »The Independent«:

Das Nato-Bombardement während des Kosovo-Konflikts war sehr viel weniger erfolgreich als damals behauptet. Nur ein Teil der Luftschläge hat sein Ziel erreicht. Ein interner Bericht der US-Luftwaffe verbucht nur 58 zielgenaue Treffer – gegenüber den 744 Treffern, die von der Nato bei Ende des Krieges als »bestätigt« gemeldet worden waren. Die neuen Zahlen wurden von einem speziellen Untersuchungsteam aus den USA und anderen Nato-Staaten zusammengetragen, das nach Kriegsende wochenlang das Kosovo zu Fuß und mit Helikoptern auf der Suche nach Bombenschäden durchkämmt hat. Während die Nato behauptet hatte, in 78 Kampftagen »etwa 120 Panzer«, »etwa 220 bewaffnete Fahrzeuge« und »bis zu 450 Artillerie-Einheiten« außer Gefecht gesetzt zu haben, lagen die wahren Zahlen bei weniger als einem Zehntel der genannten. Nach dem Bericht traf die Nato nur 14 Panzer, 18 bewaffnete Fahrzeuge und 20 Artillerie-Einheiten. Diese Zahlen kommen den von der serbischen Armee bei Kriegsende zugegebenen Verlusten, die von der Nato als »Desinformation« zurückgewiesen worden waren, sehr viel näher. Dennoch war nach Angaben des Untersuchungsteams das Bombardement aus großer Höhe im Kosovo erfolgreich, aber hauptsächlich gegen zivile Ziele.

Nicht immer die Juden

8. Mai, Otto Graf Lambsdorff:

Ich habe versucht, mit den Möglichkeiten, die ich hatte, dafür zu sorgen, daß der Löwenanteil der Entschädigung auf die Zwangsarbeiter entfällt, die es am nötigsten haben, die nämlich bisher nichts bekommen haben. Das sind die in Osteuropa, von denen der größte Teil nichtjüdischer Religion ist.

Alle Preise schon runtergehandelt

Werbung der Firma MakroMarkt für ihre »Arabischen Wochen«

Mit Haider gen Belgrad

9. Mai, DDP:

Eine Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Österreich verlangt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Hans-Ulrich Klose (SPD). »Die Sanktionen widersprechen Geist und Buchstaben des EU-Vertrags«, sagte der SPD-Politiker. Zudem sei die Stimme Österreichs notwendig für eine gemeinsame Politik der EU auf dem Balkan und für die Ost-Erweiterung.

Schilys Grenzregime

9. Mai, »Frankfurter Rundschau«:

Schily nach Tod einer Asylbewerberin am Flughafen unter Druck / Pro Asyl wirft Innenminister »tödliche Untätigkeit« vor – Eine 40jährige algerische Asylbewerberin hat sich in der Flüchtlingsunterkunft des Flughafens Rhein-Main erhängt ... Die Algerierin saß bereits seit sieben Monaten im Transitbereich des Flughafens fest. Aus Algerien war sie nach eigenen Angaben geflohen, weil ihr Mann dort als »Terrorist« gesucht wurde und sie von algerischen Polizisten mehrfach vergewaltigt worden war. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte ihren Asylantrag aber ab. Auch das Frankfurter Verwaltungsgericht befand ihn Ende September für unglaubwürdig ... Für die 40jährige begannen nun – mangels Ausweispapieren – Monate des Wartens auf die gefürchtete Rückführung nach Algerien, und das »unter haftähnlichen Bedingungen« ... Bereits bei ihrer Ankunft sei es der Frau schlecht gegangen; im Februar berichtete der Flughafensozialdienst, sie habe stundenlange Weinkrämpfe. Am 26. Februar brach sie zusammen und mußte in die Klinik. Kurz zuvor hatte ihr Anwalt Andreas Metzner ans Bundesinnenministerium appelliert, die Einreise von Naimah H. aus humanitären Gründen zuzulassen – bis heute ohne Reaktion ... Immerhin registrierten die Kirchenverbände seit 1997 insgesamt 18 Selbstmordversuche von Flüchtlingen am Frankfurter Airport.

Fischers Friends (2)

9. Mai, Stratford Institute:

Zwei der höchsten Kommandeure der früheren UCK, Besim Mala und Ekrem Rexha, sind im letzten Monat ermordet worden. Obwohl die exakten Gründe für ihren Tod unklar sind, weisen sie auf Kämpfe unter den mächtigsten ethnischen Albanern hin ... Es scheint, als seien die Morde Folge von Kämpfen um politische oder kriminelle Macht oder um beides. Es wird berichtet, daß der frühere UCK-Führer Hashim Thaci durch gewaltsame Beseitigung seiner Konkurrenten an die Macht gekommen ist. Die Morde jetzt könnten Resultat einer zweiten Welle von Thacis politischer Paranoia sein ... Mala soll im Autoschmuggel tätig gewesen sein, Rexha in Schutzgelderpressung.

Sozialismus light

10. Mai, »Rheinische Post«:

In den neuen Ländern wählt bereits ein Drittel aller Unternehmer PDS«, berichtet der Anwalt (Gysi). Höchste Zeit also, daß die West-Kapitalisten die Vorzüge des Sozialismus schätzen lernen: »Vom Verstaatlichungsgedanken haben wir uns ja zum Glück gelöst.« Sagt's und mokiert sich käsestangenkauend über ein Wahlplakat der DKP: »Da stand drauf ›Arbeit statt Profit‹. So ein Blödsinn. Wenn's keinen Profit gibt, gibt's auch keine Arbeit mehr.«

Das Martyrium der hl. Angelika

10. Mai, »Bildzeitung«:

Eine tote Ratte lag schon vor ihrer Tür und ein Brief: »Als nächstes du!« Seitdem sie den Kosovo-Krieg befürwortete, bekommt die Grünen-Bundestagsabgeordnete Angelika Beer (42) aus Neumünster anonyme Drohungen: »Kriegstreiberin, Imperialistenschwein, wir kriegen dich.« Vor einer Woche fand sie in einem Knöllchen am Auto auch einen Zettel: »Gute Fahrt.« Nach einigen Metern war der Hinterreifen platt, in dem eine Krampe steckte ... Kurz vor der Landtagswahl Ende Februar im Kieler Veranstaltungszentrum »Pumpe« ... war die Störtruppe von 18- bis 50jährigen Autonomen nicht mehr zu besänftigen. Angelika Beer schlug blanker Haß entgegen. »Die Stimmung hat mich irritiert«, sagt Beer. Sie hat Angst, in ihrer Nähe sind stets Bodyguards.

Frage an Angelika

10. Mai, »Bildzeitung« (Peter Boenisch):

Nein Freunde, so kommt ihr nicht von der Parade. Im Kosovo-Krieg habt ihr gemeldet: 93 Panzer vernichtet. Jetzt heißt es: nur 26 getroffen. Das ist kein Zahlenspiel. Hier geht es um Glaubwürdigkeit. Haben die Militärs sich nur verzählt, oder haben sie betrogen?

Marktwirtschaft

10. Mai, »Bildzeitung«:

Neuer Verdacht in der CDU-Spendenaffäre! Eine Mitarbeiterin der CDU-Schatzmeisterin hat angeblich erklärt, Mitte der 90er Jahre sei es üblich gewesen, beim Bundesverteidigungsministerium auf eine Freistellung vom Bund für die Kinder von Spendern zu drängen. Nach dem Eingang von Spenden sei regelmäßig »per Dienstpost« ein Brief aus der CDU an das Ministerium gegangen – mit »Bitte um eine dringende Bearbeitung«. Allein 1994 rund 30mal!

Du ein', ich ein'

11. Mai, Reuter:

Bundespräsident Rau hat Havel wegen dessen Verdienste um die Beziehungen beider Länder mit der höchsten deutschen Auszeichnung geehrt. Havel sei ein Vorkämpfer der Freiheit, Wahrheit und Demokratie und ein Fackelträger des Widerstands in der Diktatur gewesen. Er erhielt die Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Der tschechische Präsident zeichnete Rau mit dem höchsten Orden seines Landes, dem »Orden des weißen Löwen«, aus.

Konkret 06/00, S. 12

Ralf Schröder

Mythen hüten mit Mugabe

Die übliche Personifizierung übler Verhältnisse: Nachdem in seinem Land weiße Farmer zu Schaden kamen, steht der Präsident Simbabwes am Pranger des Westens. Angeblich hat er schlecht regiert

Kennen Sie Mugabe? »Der 76 Jahre alte Mugabe repräsentiert heute die Kleptokratie und Machtversessenheit afrikanischer Eliten« (»SZ«). »Nun tritt der 76jährige zu seinem (vielleicht) letzten Gefecht um die Macht an – mit allen, auch den erbärmlichsten Mitteln« (»FR«). »Um sich an der Macht zu halten, treibt Präsident Mugabe sein Land an den Rand eines Bürgerkrieges« (»Spiegel«). »Mit Hilfe von Schlägertrupps klammert sich Präsident Mugabe an die Macht« (»FAZ«). »Das einzige, was Mugabe bleibt, ist der Machterhalt« (»Taz«). »Ein Mann verpaßt den Zeitpunkt eines einigermaßen ehrenhaften Rückzuges und setzt sein Land aufs Spiel, um die Macht zu halten« (»Woz«). »Robert Mugabe hat die Anarchie als finale Herrschaftsform entdeckt« (»Freitag«). »Mugabe nutzt Landbesetzungen und Jagd auf MDC-Mitglieder zum Machterhalt« (»Junge Welt«).

Aha, ein Präsident also, der unbedingt an der Macht bleiben will. War der Mann schon immer so engstirnig? »Simbabwes Robert Mugabe wurde jahrelang nicht nur im eigenen Land als Freiheitsheld verehrt. Ohne Unterschied feierten den bekennenden Marxisten und Katholiken auch Linke, Dritte-Welt-Engagierte und Kirchenleute weltweit als Gallionsfigur des Anti-Kolonialismus« (»SZ«). »Als Robert Mugabe vor 20 Jahren zum Regierungschef des gerade unabhängig gewordenen Simbabwe ernannt wurde, war der Mann mit der kultivierten Stimme und der schweren Brille ein Hoffnungsträger Afrikas« (»FR«).

Was tut der ehemalige Hoffnungsträger, um an der Macht zu bleiben? Er droht weißen Farmern die Enteignung ihrer Besitzungen an. Und er schickt (u.a. laut »FAZ«: bezahlte) Trupps aus arbeitslosen Jugendlichen, nichtuniformierten Soldaten und Kriegsveteranen als Landbesetzer auf die Farmen, um seiner Drohung Nachdruck zu verleihen und seine Popularität bei der schwarzen Wählerschaft zu erhöhen. Die weißen Grundbesitzer beschimpft er als »Staatsfeinde« und »Söhne Englands«. »Aller Trümpfe beraubt, spielt Mugabe nun die letzte ihm verbliebene Karte: die Rassenkarte« (»SZ«).

Warum bleibt dem ehemaligen Hoffnungsträger nichts anderes übrig, als zur Rettung seiner Macht die Rassenkarte zu spielen? Zum einen, weil die Untertanen die »Korruption«, die »Eitelkeit« und den »Personenkult« (»FR«) nicht länger dulden mögen. Zum anderen: »Mugabe trieb die Arbeitslosigkeit auf 50 und die Inflation auf 70 Prozent ... Mugabe präsidiert über Mißwirtschaft, Korruption und 1.200 Aids-Tote pro Woche« (»SZ«). »Um von den Folgen seiner Diktatur und verfehlten Wirtschaftspolitik – sechzig Prozent Inflation und fünfzig Prozent Arbeitslosigkeit – abzulenken, sind dem Präsidenten offenbar alle Mittel recht« (»FAZ«). »Mugabe und die Staatspartei Zanu-PF ... haben es geschafft, das Land in die tiefste ökonomische Krise seit der Unabhängigkeit zu befördern. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent, die Inflation bei 70 Prozent, und die Bevölkerung ächzt unter immer höheren Steuern und Abgaben« (»Taz«). Kurz: »In Tat und Wahrheit haben Mugabe und die Zanu-PF in den letzten 20 Jahren kaum etwas erreicht, auf das sie zu Recht stolz sein könnten« (»NZZ«).

Diskurs: aus einem Guß

Daß der aktuelle Simbabwe-Diskurs hierzulande ohne die geringsten Abweichungen von der Mugabe-muß-weg-Linie geführt wird, hat mit einem der berühmten »Paradigmenwechsel« zu tun. Verkünden Politologen, Philosophen oder Sozialwissenschaftler einen Paradigmenwechsel, dann wollen sie in aller Regel anzeigen, die Dinge müßten nun anders erklärt werden als bisher. In den Reihen der mit dem afrikanischen Kontinent befaßten Fachleute war das zu Beginn der neunziger Jahre der Fall. Anlaß war – wie bei anderen Paradigmenwechseln auch – der Kollaps des realsozialistischen Lagers.

Angesichts einer Vielzahl von – sehr unterschiedlich motivierten – Protestbewegungen in schwarzafrikanischen Staaten überzeugten damals die amtlichen Politikberater des Westens ihre Auftraggeber von der schönen Idee, der in Osteuropa beginnende Siegeszug von Demokratie und Marktwirtschaft sei ein brauchbares Muster auch für die Elends-, Bürgerkriegs- und Diktaturregionen Schwarzafrikas. Exemplarisch die »SZ« 1991: »Drei Jahrzehnte nach der Entkolonisierung befindet sich der Kontinent in einer Phase des Umbruchs: Die diktatorischen Ein-Mann-Regimes, die es sich nach dem Abzug der Fremdherrscher an der Macht gemütlich gemacht hatten, geraten überall unter Druck. Auf einmal wird, auch unter dem Eindruck von Umwälzungen in Osteuropa, nach Demokratie, nach Meinungsfreiheit und politischem Pluralismus gerufen.« Die Entwicklungspolitiker, allen voran die Deutschen, knüpften in der Folge die Vergabe von Finanzmitteln nach Afrika an die Bedingung, die Empfänger müßten Mehrparteiendemokratie, Rechtsstaat und vor allem das freie Unternehmertum fördern.

Die Linke, und nicht zuletzt die sich in regierungstreue Nichtregierungsorganisationen transformierende Solidaritätsbewegung, die bis dahin eher über (neo-)koloniale Abhängigkeit, ungleichen Tausch, erzwungene Verschuldung und politische Erpressung debattiert hatte, machte mit. Das Stichwort hieß »Zivilgesellschaft«. In der ehedem kolonialkritischen Zeitschrift »Peripherie« war bereits 1990 nachzulesen, wie man der Misere der Dritten Welt vielleicht doch noch Herr werden könnte. Man brauche einen »Demokratiebegriff, der Demokratie als Entwicklung im Sinne zunehmender kollektiver und persönlicher Selbstbestimmung versteht und versucht, die Strukturen kapitalistischer Gesellschaft und das humanistische Ideal von Selbstverwirklichung im Rahmen eines repräsentativ-demokratischen Systems miteinander zu versöhnen«.

Neben der Versöhnung von Kolonialkapitalismus und Demokratie stand aber der Mensch im Zentrum des Paradigmenwechsels. Die »FAZ« schrieb 1990, die Afrikaner seien am Desaster ihres Kontinents selbst schuld, weil sie von »Verantwortungslosigkeit, Korruption und Habgier« geleitete Regierungen duldeten. In der »Taz« empfahl H.C. Buch 1991, »an Stelle der Weltbank, des US-Imperialismus oder der Nord-Süd-Kommission der EG« die »Korruption der einheimischen Eliten in den Blick« zu nehmen und die »vermurkste Geschichte« der Dritten Welt »nicht auf eine einzige Ursache namens Kolonialismus oder Imperialismus« zurückzuführen. In der »FR« prangerte der Politologe Ulrich Menzel »korrupte Eliten« an, die »ihre Länder ausbeuten«, und forderte, daß mit jenen »härter umgegangen werden muß«. In die westliche Klage über korrupte Eliten stimmten als nützliche Idioten nicht selten prominente Afrikaner ein. Der nigerianische Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka äußerte 1991 in der Debatte über europäische Kolonial-Reparationen an Afrika, man müsse zuvor »das Konzept und die Praxis der Macht auf unserem Kontinent überprüfen«.

So stand, nachdem der Paradigmenwechsel vollzogen war, nun der korrupte und zum ordentlichen Regieren unfähige Afrikaner am Pranger. Diese Feststellung negiert keinesfalls, daß es korrupte afrikanische Führer gab und gibt. Aber bedeutsam an der innovativen und mittlerweile durchgängig etablierten Methodik der Analyse ist die simple Personifizierung sozialer und (welt-)politischer Verhältnisse. Sie täuscht nicht zuletzt darüber hinweg, daß beim Ein- und Absetzen afrikanischer Dikatoren und sonstiger Staatsmänner in der absolut überwiegenden Mehrzahl (teils konkurrierende) westliche Interessen Regie führten und immer noch führen.

Exkurs: Darling Chiluba

Selbstverständlich lebte auch der Paradigmenwechsel von Personen. Eine kam aus Sambia, dem Nachbarland Simbabwes. Sambia wurde von 1964 bis 1991 von Kenneth Kaunda regiert, laut »Taz« (1991) herrschten in seinem Einparteienstaat »Korruption, Vetternwirtschaft und Unterdrückung jeglicher Opposition«, die Wirtschaft sei »kaputt« gewesen. »Jede Sanierung der Wirtschaft«, berichtete die »Taz«, »muß mit der Streichung von Subventionen beginnen.« Auf Druck des Internationalen Währungsfonds verdoppelte Kaunda demgemäß 1990 die subventionierten Maispreise, es kam sofort zu Riots, die »zu Demonstrationen für eine Demokratisierung und einen Vielparteienstaat wurden. Der Druck der Bevölkerung ebenso wie internationaler Druck zwang Kaunda im Dezember 1990, Oppositionsparteien wieder zuzulassen. Sofort wurde die MMD gegründet.« Chef der MMD und Darling der westlichen Politik und Medien wurde der Gewerkschaftsführer Frederick Chiluba. Als sein Vorbild nannte er Lech Walesa. »Das Programm der MMD«, lobte neben vielen anderen die »Taz«, »verspricht Privatisierung, Dezentralisierung, freie Marktwirtschaft, Öffnung des Landes für ausländische Investoren.«

Unter den westlichen Beobachtern, die im November 1991 bei Chilubas Wahlsieg vor Ort waren, befand sich Jimmy Carter. Unmittelbar vor der Wahl äußerte der ehemalige US-Präsident, faire Wahlen und ein friedlicher Übergang könnten Sambia zu »einem der führenden Hoffnungsträger Afrikas« machen. In einem »FR«-Interview sagte Präsident Chiluba ein Jahr später: »Das wichtigste ist, daß jeder Sambier und jede Sambierin heute unabhängig von ihren politischen Überzeugungen, Freiheit genießen – Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit ... Umfassende Pressefreiheit und abweichende Meinungen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie ... Wir richten uns jetzt nach den Gesetzen der Marktwirtschaft, nach Angebot und Nachfrage.« Und was, fragt die »FR«, ist mit der Korruption? Chiluba: »Ich versichere Ihnen, daß es bisher keinen einzigen erwiesenen Korruptionsfall gibt. Sonst würde ich nicht zögern zu handeln.« So etwas hört man im Westen gern.

Simbabwe funktioniert

Als in Sambia der Hoffnungsträger Chiluba an die Macht gewählt wurde, regierte Robert Mugabe bereits seit elf Jahren in Simbabwe. Seit 1891 britisches Protektorat und seit 1923 britische Kolonie mit Selbstverwaltung, hatte sich »Südrhodesien« 1965 unter Ian Smith für »unabhängig« erklärt. Das Siedlerregime führte die Apartheid ein. Der von Mugabe und Joshua Nkomo kommandierte bewaffnete Befreiungskampf kostete 27.000 Menschenleben und endete 1979 mit einem Kompromiß. Als Preis für die Unabhängigkeit mußten die Befreiungsbewegungen das Londoner Lancaster-House-Abkommen als Grundlage einer neuen Verfassung akzeptieren. Der stockrassistischen weißen Minderheit, die nie

mehr als drei Prozent der Bevölkerung ausgemacht hatte, wurden in dem Vertrag politische Sonderrechte eingeräumt. Enteignungen wurden für einen Zeitraum von zehn Jahren untersagt.

Im Zuge des aktuellen Mugabe-Bashings schrieb die »FAZ« jetzt im Rückblick auf den Amtsantritt des Präsidenten: »Dabei schienen die Voraussetzungen günstig zu sein. Die Wirtschaftslage stellte sich erfolgversprechend dar, die Infrastruktur war in gutem Zustand, und es fehlte nicht an Ressourcen zum weiteren Ausbau des Landes.« Mugabe habe von Beginn an alles vermasselt. Ein Witz. Nicht nur in diesem, auch in allen anderen Rückblicken fehlt zufällig jeder Hinweis darauf, was in den achtziger Jahren im gesamten südlichen Afrika los war: Im Rahmen seiner »Total Strategy« und mehr oder weniger offen unterstützt von den westlichen Staaten machte sich das südafrikanische Apartheid-Regime energischer als je zuvor daran, die gesamte Region systematisch zu destabilisieren. Die großenteils mit Söldnern und Zwangsrekruten geführten »Bürgerkriege« gegen die linken Regierungen Angolas und Mosambiks wurden eskaliert, südafrikanische Kommando- und Terrortrupps operierten regelmäßig auch in Simbabwe. Nachdem Mugabe 1986 erklärt hatte, er werde der benachbarten mosambikanischen Regierung »bis zum letzten Mann« gegen die brutale Banditenguerilla Renamo beistehen, erklärten deren Führer, man werde künftig auch Ziele in Simbabwe angreifen. Zudem war Mugabes Regierung gezwungen, 10.000 Soldaten zum Schutz des über mosambikanisches Gebiet führenden Korridors zum Seehafen Beira abzustellen. Dieser nicht erklärte Krieg verschlang damals täglich die für Simbabwe enorme Summe von zwei Millionen Dollar – in Devisen.

Trotz dieser Belastungen investierte Mugabes Regierung in einen kostenlosen Basis-Gesundheitsdienst, der auch in den dünn besiedelten ländlichen Gegenden eine Grundversorgung gewährleistete. »Auch die Verbesserungen im Bildungswesen«, so die »Taz« 1987, »sind frappierend. Besuchten 1979 lediglich 850.000 Schüler eine Primarschule, so sind es heute fast 2,5 Millionen.« Die verbliebenen weißen Siedler verhielten sich still und verdienten gutes Geld, vor allem mit dem Export von Tabak. Ian Smith' rassistischer Partei Rhodesian Front blieben sie treu. 1979 erhielt die Truppe alle der zwanzig für die weiße Minderheit reservierten Parlamentssitze, bei den Wahlen 1985 fünfzehn. Die »Versöhnungspolitik« Mugabes kam damals im Westen gut an, sie diente später als Folie für die Post-Apartheid-Ära in Namibia und Südafrika.

Simbabwe goes IWF

Die Auslandsverschuldung der afrikanischen Staaten betrug Anfang der siebziger Jahre ca. acht, 1991 über 160 und gegenwärtig fast 350 Milliarden Dollar. Beginnend mit dem Senegal (1980) hatten sich bis 1991 alle schwarzafrikanischen Länder gezwungen gesehen, zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Bedienung der Schuldzinsen mit dem Internationalen Währungsfonds und/oder der Weltbank »Strukturanpassungsprogramme« zu vereinbaren. Simbabwe war keine Ausnahme, Anfang 1991 war es soweit. Die Zwischenbilanz bis 1994: Rückgang der Ausgaben für Grundschulerziehung um 29 Prozent, Rückgang der Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit um 34 Prozent, Rückgang der Verteilung von Kondomen um 43 Prozent, nachdem hierfür wie für die medizinische Versorgung Gebühren eingeführt wurden. Ende der achtziger Jahre lebten in Simbabwe ca. 25 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, 1997 waren es 62 Prozent. Im September 1999 faßte die von der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung herausgegebene Zeitschrift »E+Z« aktuelle Uno-Studien zur Strukturanpassung (SAP) zusammen – unter ausdrücklicher Erwähnung Simbabwes: »So wird die zumeist mit SAPs einhergehende Zunahme der Armut vor allem mit deren deflationärer Zielsetzung erklärt: Beschäftigungsraten und Löhne sinken zum gleichen Zeitpunkt, zu dem auch Einsparungen im sozialen Sektor vorgenommen werden und Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen werden.«

In diesen Zusammenhang gehört auch das Problem der Landreform, die mit einer monströsen Fortschreibung der rassistischen Kolonialwirtschaft konfrontiert ist. »Le Monde Diplomatique« 1997: »Wer hätte gedacht, daß siebzehn Jahre nach der Unabhängigkeit die Wirtschaft des Landes noch immer von den weißen Landwirten beherrscht wird, die mit ihren 4.000 Farmen über 60 Prozent der besten Böden verfügen? ... Auf diesen Farmen arbeiten 20 Prozent der Bevölkerung unter Bedingungen, die genauso hart sind wie jene, deretwegen die vorherige Generation den bewaffneten Kampf begonnen hatte. Die Konzentration der Reichtümer in den Händen der Großgrundbesitzer hat das Land auf ein Wachstumsmodell verpflichtet, das die Masse der Landbevölkerung ausschließt.«

Nicht nur aktuell die deutsche Presse, auch seine Untertanen machen selbstverständlich Mugabe persönlich für die wirtschaftliche Krise der letzten zehn Jahre verantwortlich und werden renitent. Mit seiner faktischen wirtschaftspolitischen Entmachtung durch die Architekten der Strukturanpassung ging Mugabe stets phantasievoll um. Er mißachtete die Vorgaben, die eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise zur Folge gehabt hätten, immer wieder so lange, bis der Kredithahn zugedreht wurde, dann zeigte er sich wieder ein wenig gefügig. Während der neunziger Jahre kündigte er immer wieder Landenteignungen an, mal mit, mal ohne Entschädigung. Jedesmal drohten die ausländischen Geldgeber mit Kontensperre, und jedesmal lenkte Mugabe ein. Angesichts der faktischen IWF-Hoheit über den Staatshaushalt Simbabwes ist der nun reihenweise erhobene Vorwurf, Mugabe habe im Budget die Rückstellung von Entschädigungsmitteln für weiße Farmer versäumt, an Komik kaum zu übertreffen: »Allein an den lächerlich niedrigen

Summen«, schrieb exemplarisch der »Freitag« (28.4.2000), »die im Staatshaushalt für Entschädigungen vorgesehen waren ..., ließ sich erkennen, der Regierung Mugabe fehlte die nötige Konsequenz.« In der kirchlich orientierten entwicklungspolitischen Zeitschrift »Der Überblick« war im Gegensatz dazu schon 1998 resigniert festgestellt worden: »Inzwischen hat die Regierung nur noch sehr wenig Spielraum. Ihr Landreformprogramm ist vom IWF und der Weltbank im Grunde vereitelt worden.« Im Klartext: Der Westen wird auch weiterhin jede wirkliche Landreform verhindern.

Immerhin aber hat Simbabwe jetzt einen Hoffnungsträger, von dem man noch hören wird. Morgan Tsvangirai ist Gewerkschaftsführer, leitet die neue Oppositionspartei MDC und ist im Westen wohl gelitten.

Exkurs: Wie geht's Chiluba?

Der Gewerkschaftsführer und Hoffnungsträger Chiluba, der im Nachbarland Sambia das korrupte Einparteiensystem Kaundas abgelöst hatte, siehe oben, ist noch an der Macht. Die Zeitschrift »Afrika Süd« konnte bereits 1998 eine kompakte Zwischenbilanz ziehen: »Chiluba war mit einem Programm radikaler Reformen angetreten ... Er forderte erhebliche Opfer, doch versprach er nach der Roßkur auch zügige Verbesserung. Das Strukturanpassungsprogramm, das er einleitete, galt bald als eines der konsequentesten in Afrika. Der Bevölkerung hat es bisher wenig gebracht. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 370 US-Dollar gehört Sambia zu den ärmsten Ländern der Erde. Zwei Drittel der etwa 10 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze. Und die Arbeitslosigkeit in den Städten kletterte auf über 50 Prozent.« Und was ist mit Demokratie und Zivilgesellschaft? »Wurde das Wirtschaftsprogramm unnachgiebig durchgezogen, so wurden die Versprechen einer Demokratisierung, Transparenz und Rechenschaftspflicht nicht eingelöst. Korruptionsskandale und die Verwicklung von hohen Regierungsmitgliedern in Drogengeschäfte wurden bekannt ... Chiluba hat sich um Kritik wenig geschert. Er nutzte repressive Gesetze seines Vorgängers, um Oppositionsparteien zu schikanieren und Kritiker mundtot zu machen. Die kritische Presse steht ständig unter Druck.« Eine schöne Interpretation bot hierzu jetzt die »Taz« an: »Heute ist Chiluba ebenso korrupt und machtversessen wie sein Vorgänger, den komplexen Anforderungen einer Mehrparteiendemokratie hat er sich nicht gewachsen gezeigt.«

Die Hoffnungsträger kommen und gehen, die Verhältnisse bleiben. Der Nächste bitte.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 4/2000 über die deutsche Tschetschenien-Propaganda

Konkret 06/00, S. 15

Stephan Günther

Goldrausch

Obwohl Afrika das Schlußlicht der Weltwirtschaft ist, haben westliche Konzerne ein ungebrochenes Interesse an der Plünderung seiner Rohstoffvorkommen. Der Kampf um Einflußsphären wird zunehmend kriegerisch ausgetragen

Während die asiatischen Tigerstaaten oder das »chilenische Modell« die Möglichkeit einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung ehemaliger Dritte-Welt-Staaten zu bestätigen scheinen, gilt Afrika weithin als verlorener Kontinent. Häufig ist von der »(Zwangs-)Abkopplung« afrikanischer Ökonomien vom Weltmarkt die Rede. Zu gering sei das Interesse multinationaler Konzerne, zu gering auch die Wirtschaftskraft der meisten afrikanischen Staaten. Lediglich Südafrika werden in absehbarer Zeit ökonomische Wachstumsraten zugetraut, die für ausländische Investoren interessant sein könnten.

Doch die These von der Abkopplung übersieht, daß Schwarzafrika keinen einheitlichen Block darstellt, sondern die einzelnen Staaten sehr unterschiedliche Perspektiven haben. Außerdem sind multinationale Konzerne seit langem auf dem Kontinent präsent. Vor allem die ehemaligen Kolonialmächte pflegen nach wie vor enge Wirtschaftskontakte zu ihren Ex-Kolonien, und mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe aus Afrika sind sehr begehrt. Der Leipziger Afrikanist Robert Kappel sieht daher sehr unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten für afrikanische Staaten: »Für einen vorsichtigen Optimismus spricht, daß trotz teilweise negativer Terms-of-Trade einige Länder in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht haben. Diese Länder werden als *Emerging African Economies* (EAE)« bezeichnet. In Anlehnung an die asiatischen »Tiger« sehen andere Autoren etwa Südafrika, Botswana, Ghana und Côte d´Ivoire als »aufstrebende afrikanische Löwen«; Mali, Eritrea, Tansania, Uganda, Mosambik und Benin gelten immerhin als »strebsame Löwen«. Kongo, Nigeria und der Sudan sind nach dieser Kategorisierung »Giganten in der Krise«, Länder wie Somalia und Sierra Leone »gescheiterte Staaten«. Unhinterfragt bleibt in dieser Liste freilich die ökonomische Zielrichtung. Denn sie orientiert sich nicht an sozialpolitischen Entwicklungen, sondern ausschließlich an makroökonomischen Daten und der Integration in den Weltmarkt.

Einig sind sich die Ökonomen – entgegen der Auffassung von Weltbank-Experten – in der Analyse, daß die vom Internationalen Währungsfonds erzwungene Liberalisierung der Märkte kaum die erhofften bzw. versprochenen Erfolge bringen konnte. Im Gegenteil: »Liberalisierung und Strukturanpassungsprogramme haben die Umwälzung des Kontinents weiter vertieft, ohne daß sie tiefgreifendes Wachstum erzeugt haben. Globalisierung fördert die doppelte Denationalisierung des Staates, die Schwächung von staatlichen Institutionen und damit der Potentiale eines Entwicklungsstaates« (Kappel). Zwar sind auch die ökonomisch relativ erfolgreichen afrikanischen Staaten nach wie vor vom Export meist nur weniger Rohstoffe abhängig, sie haben darüber hinaus jedoch eine binnen- oder regionalorientierte Wirtschaft aufgebaut. Die SADC (Southern African Development Community) etwa, zu denen mit Mauritius, Südafrika oder Botswana die Länder mit den höchsten Wachstumsraten des Kontinents gehören, geht in ihrem Konzept davon aus, daß eine konventionelle Marktintegration von sehr ungleich entwickelten Staaten nur zur Polarisierung zwischen den stärkeren und den schwächeren führen könne und deshalb der Region nicht dienlich sei. Sie plädiert daher für die Förderung einer Neustrukturierung regionaler Industrie, für Investitionen zur Reduzierung der Transaktionskosten regionaler Produzenten, für den Zugang der unterentwickelten Länder zu günstigen Krediten von Regionalbanken oder für den bevorzugten Zugang ökonomisch schwächerer Staaten zu regionalen Märkten. Gottfried Wellmer sieht in seiner Studie über die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den SADC-Staaten daher einen Konfliktherd. Denn es gehe »der SADC nicht vorrangig um die Frage, wieweit der integrierte regionale Markt sich externen Handelspartnern öffnet. Das genau war und ist aber die vorrangige Sorge der EU, der Weltbank und des IWF.« Allerdings entspricht auch die Zielsetzung der SADC kaum der Realität: Die Dominanz Südafrikas im Freihandel mit den kleinen Partnerstaaten läßt Ausgleich und Umverteilung kaum zu.

Die internationalen Finanzinstitutionen und die Industriestaaten sind tatsächlich weniger an der in ihren Konzepten so schön formulierten »nachhaltigen Entwicklung« der afrikanischen Staaten interessiert als vielmehr an einem möglichst unbeschränkten Zugang zu deren Märkten. Die neoliberalen Konzepte des Internationalen Währungsfonds sehen die Exportförderung als primäres Ziel von Entwicklung an. Die gleichzeitig vorgeschriebenen Einsparungen in den Staatshaushalten haben soziale Gegensätze weiter verstärkt, der Aufbau von Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystemen wurde so schon im Ansatz wieder zerstört. Die Kriege und Bürgerkriege im Kongo, in Ruanda, Angola, Sierra Leone und die Auseinandersetzungen um die Landfrage in Simbabwe, Kenia oder Südafrika sind – und das wird bei der Analyse der Konflikte selten bedacht – auch Ausdruck sozialer Kämpfe und des Strebens nach Kontrolle der wichtigsten Exportquellen.

Diamantenfieber

Beispiel Angola: Der Bürgerkrieg des südwestafrikanischen Landes ist auch ein Krieg Öl gegen Diamanten. Denn während die Regierung die Erdölförderung an der Küste und auf Plattformen kontrolliert, stellen Diamanten die Haupteinnahmequelle für die Unita-Contra dar. Drei Viertel der Staatseinnahmen stammen aus dem Verkauf von Rohöl. Mit dem Verfall der Rohölpreise wurde es für die Regierung notwendig, auch Zugriff auf das zweitwichtigste Exportprodukt zu bekommen: auf die besagten Edelsteine. Denn die lange Zeit von Südafrika und dem Westen unterstützte, rechtsgerichtete Unita hatte Zugriff auf 70 Prozent der Diamantenproduktion. Mit den Einnahmen von etwa vier Milliarden US-Dollar konnte die Organisation die mit dem Ende der Apartheid schwindende Hilfe aus Südafrika teilweise kompensieren. Längst ist der Bürgerkrieg kein Kampf der Systeme mehr, er ist zu einem Verteilungskampf geworden.

Auch in dem westafrikanischen Sierra Leone geht die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Rebellen um den Zugriff auf die Diamantenvorkommen des Landes. Nachdem die Revolutionäre Vereinigte Front (RUF) die Kontrolle über die Lagerstätten gewonnen hatte, gingen der Regierung fast alle Exporteinnahmen verloren.

War es früher der Ost-West-Konflikt, der die Staaten in die Stellvertreterkriege zog, verlaufen die Fronten heute weniger deutlich. Frankreich, die USA und Südafrika sind es in erster Linie, die ihren Einfluß vor allem in den Rohstoffgebieten zu sichern trachten. Seit Jahren erreicht der US-amerikanische Afrika-Handel zweistellige Zuwachsraten – vor allem mit Südafrika, Angola, Nigeria, Ghana und Gabun, allesamt Staaten, die große Öl-, Diamanten- oder Goldvorkommen haben. Der US-Import beschränkt sich im wesentlichen auf diese Produktpalette. Zunehmend geraten die US-Interessen dabei in Konflikt mit Frankreich. Erste bewaffnete (Stellvertreter-)Konflikte wurden in Ruanda, dem Sudan und Kongo-Brazaville ausgetragen. Während Frankreich die damalige ruandische Regierung selbst nach Beginn der Massaker 1994 noch mit Waffen belieferte, unterstützten die USA die Tutsi-Rebellen. Heute unterhält die US-Regierung enge – auch militärische – Kontakte zur neuen ruandischen Staatsführung. Umgekehrt siegte 1997 in Kongo-Brazaville die von Frankreich unterstützte Seite. Einen Tag, nachdem die gewaltsame Machtübernahme des Generals Sassou-Nguesso geglückt war, erhielt der französische Ölmulti Elf Aquitaine neue Konzessionen von der Regierung.

Neben den alten Kolonialstaaten und den USA engagiert sich auch Südafrika in den nördlichen Nachbarländern. Schon zu Apartheid-Zeiten hatte Südafrika als wirtschaftliches und politisches Zentrum Einfluß auf das gesamte südliche Afrika. In Namibia, Angola, Mosambik oder Simbabwe wurden die Stellvertreterkriege des Ost-West-Konflikts ausgetragen. Dabei ging es auch damals nicht nur um die politische Hegemonie, sondern ebenfalls um handfeste ökonomische Interessen. Vor allem im Mineralhandel ist der britisch-südafrikanische Rohstoffriese Anglo American Corporation (AAC) auf dem ganzen Kontinent aktiv. Schon während des Ersten Weltkriegs hatte der Brite Ernest Oppenheimer Gold- und Diamantenfelder um Johannesburg und Kimberly erworben. Die Tochtergesellschaften des Konzerns – De Beers (Diamanten), Anglogold (Gold) und Anglo American Platinum (Platin) – sind jeweils weltweite Marktführer, außerdem läßt das Unternehmen noch Kupfer und Kohle schürfen. Mehr als 60 Jahren lang gingen 90 Prozent aller Rohdiamanten durch den »einzigen Kanal«, wie AAC sein Monopol selbst nennt. Heute ist der Anteil auf 60 Prozent zurückgegangen, da Konkurrenten in Afrika, aber auch in Australien und Kanada hinzugekommen sind.

Im letzten Jahr hat Anglo American seinen Firmensitz nach London verlagert und gleichzeitig den Gang an die Börse angetreten. Zwar wird ein Großteil der Geschäfte weiterhin vom Kap aus betrieben, doch der Rückzug nach Europa ist auch eine Reaktion auf die Umverteilungsforderungen, die in Südafrika immer lauter werden. Andererseits ist die Verlagerung nichts Außergewöhnliches für einen transnationalen Konzern wie AAC. Über Beteiligungen und Tochterfirmen war der Multi ohnehin mit anderen Konzernen verbunden. In den 80er Jahren genehmigte das britische Kartellamt AAC die Beteiligung am zweitgrößten Goldproduzenten Consolidated Gold Fields, doch die komplette Übernahme wurde von einem US-Gericht untersagt. Auch im Platin-Geschäft scheiterte der Versuch der Monopolbildung. Die Europäische Kommission erlaubte dem Konzern die Beteiligung an der Platin-Firma Lonrho nicht. Daher will AAC jetzt bei Nicht-Edelmetallen einsteigen.

Zum aktuellen Brennpunkt Simbabwe: Mit den zahlreichen Fusionen, Firmenverlagerungen und -übernahmen verschwimmen auch die Einflußsphären konkurrierender Nationalstaaten. Als Anglo American kürzlich 70 Prozent der sambischen Kupfer- und Kobaltminen aufkaufte und auch ein Auge auf die »Sengamines« im Kongo warf, trat es in Konkurrenz zum kongolesisch-simbabwischen Konsortium, konnte sich dabei aber der Unterstützung Großbritanniens und der USA sicher sein. Sowohl Kongo als auch Simbabwe gelten als destabilisierend in der Region, vor allem weil beide kein Interesse an einer Privatisierung ihrer Minen zeigen.

Kampf ums Öl

Auch für die Ölmultis sind afrikanische Staaten begehrte Handelspartner. Zwar sind die Erdölvorkommen in Westafrika verglichen mit denen im Nahen Osten oder in Zentralasien relativ gering. Das hohe Interesse der Ölmultis gründet eher auf dem geringen staatlichen Einfluß. Während die Golfstaaten die Förderung des Rohstoffes kontrollieren, verkaufen Nigeria, Tschad oder Senegal ihre Rechte an multinationale Konzerne. Die Gewinnspannen sind entsprechend hoch. Wie massiv die Konkurrenten dabei vorgehen, zeigt die Geschichte der französischen Ölgesellschaft Elf Aquitaine, die in einer arte-

Reportage am 12. April anhand von zahlreichen Interviews mit aktuellen und ehemaligen Mitarbeitern, Geheimdienstlern sowie afrikanischen und französischen Staatsvertretern nachgezeichnet wurde. Nachdem Frankreich 1962 die algerischen Ölvorkommen hatte abschreiben müssen, wurde die zunächst rein staatliche Firma gegründet, um in den ehemaligen afrikanischen Kolonien Erdölfelder zu erschließen. Mit Unterstützung des französischen Geheimdienstes wurde der Zugriff auf die Ölfelder Gabuns gesichert, indem der Staatschef Omar Bongo vor Militärputschen geschützt wurde. Im Biafra-Krieg unterstützte Frankreich dann die Sezession der Provinz, um die Konkurrenten Shell und BP zu schwächen. In Kongo-Brazaville, Kamerun und Angola ist der Konzern ähnlich aktiv. Die Konkurrenz verfährt im gleichen Stil: Bekannt ist vor allem die Unterstützung des nigerianischen Militärregimes durch Shell, um die Erdölgebiete vor Rebellen zu schützen. Unliebsame Anwohner, die Widerstand gegen die Landnahme und Umweltzerstörung geleistet haben, sollen aus den angrenzenden Regionen vertrieben werden.

Inzwischen agieren die Multis weniger gegeneinander als gemeinsam gegen Proteste aus der Bevölkerung. Die Ölvorkommen im Süden des Tschad soll gemeinsam ausgebeutet werden. Ein Konsortium von Exxon, Elf und Shell, der Weltbank und der Regierungen des Tschad und Kameruns will für knapp vier Milliarden Dollar eine mehr als tausend Kilometer lange Ölpipeline bauen. Die Anwohner indes werden nicht viel davon haben. Die Exxon-Mitarbeiter etwa werden direkt aus den USA versorgt, nicht einmal Agrarprodukte werden im Tschad gekauft. Und entlang der Pipeline befürchten Umweltschützer gravierende Umweltverschmutzungen durch austretendes Öl. Entschädigungen sind im Finanzplan nicht vorgesehen.

Je nach Voraussetzung kann also sowohl die Stabilisierung von Nationalstaaten wie auch ihre Destabilisierung maximale Profite bringen. Während die Ölförderung und vor allem der Transport durch lange Pipelines eines sicheren Umfelds und eines starken Staats zum Schutz der Produktion bedarf, kann der Gold- oder Diamantenabbau oft lukrativer in instabilen Staaten sein. Zur Perfektion entwickelt wurde diese Schaukelpolitik wiederum durch Elf: Neben dem US-Multi Chevron ist vor allem der französische Monopolist auf die Ausbeutung der Ölvorkommen Angolas aus und unterhält entsprechend gute Kontakte zur Regierung. Auf der anderen Seite hat Elf die Unita und damit die Fortsetzung des Bürgerkrieges finanziert. Ob damit eventuelle spätere Rechte im Falle eines Sieges der Unita erkauft werden sollten oder aber ein Zugriff auf die von den Rebellen kontrollierten Diamantenfelder, ist unklar. Klar indes ist, daß die transnationalen Konzerne Afrika keinesfalls abgeschrieben haben. Im Gegenteil wirken sie sehr aktiv an der politischen Gestaltung der Länder mit – mit allen Konsequenzen für die Betroffenen.

Stephan Günther ist Redakteur der Zeitschrift »Iz3w«, deren nächste Ausgabe einen Afrika-Schwerpunkt hat. Infos: www.iz3w.org

---

Kasten Seite 16

Außenhandelsorientierung afrikanischer Staaten

Die Prozentzahlen geben den Anteil der jeweiligen Produkte an den gesamten Exporterlösen des Landes an

Ölexportierende Länder

Äquatorialguinea (daneben Kakao, Kaffee, Holz)

Angola (94 %)

Gabun (daneben Edelhölzer, Mangan)

Kamerun (50 %, daneben Kaffee, Kakao und Holz)

Kongo-Brazaville (90 %)

Nigeria (mehr als 90 %)

Mineralienexportierende Länder

Botswana (78 % Diamanten, 6 % Kupfer-Nickel-Konzentrate)

Guinea (85 %, v.a. Bauxit und Gold)

Kongo, ehemals Zaire (Kobalt, Industriediamanten, Kupfer, Kohle, Uran)

Liberia (Gold, Eisenerz, daneben Kaffee, Kakao und Kautschuk)

Namibia (50 % Diamanten, Uranerz und Buntmetalle, daneben Vieh und Fische)

Niger (75 % Uranerz)

Sierra Leone (Diamanten mehr als 50 %, daneben Bauxit, Eisenerz)

Togo (Phosphat, bis zu 40 %)

Sambia (v.a. Kupfer, daneben Kohle, Zink-, Blei-, Silber-, Golderze)

Länder mit Export von landwirtschaftlichen Produkten

Benin (80 % Baumwolle)

Burkina Faso (Baumwolle, Vieh, daneben Gold)

Burundi (70 % Kaffee, daneben Tee)

Côte d'Ivoire (insgesamt 80 % Kaffee, Kakao und Edelhölzer)

Gambia (50 % Erdnüsse und Erdnußöl)

Guinea-Bissau (98 % Palmöl, Cashew-, Kokos- und Erdnüsse)

Kap Verde (50 % Fische, daneben Salz, Bananen, Pflanzenöle)

Madagaskar (insgesamt 80 %, Kaffee 45 %, Vanille 20 %, Gewürznelken, Zucker)

Malawi (insgesamt 90 %; Tabak 70 %, Tee 7 %, Zucker 7 %)

Mali (40 % Baumwolle, daneben Erdnüsse)

Mosambik (Zucker, Tee, Sisal, Baumwolle)

Ruanda (Kaffee, ca. 50 %)

Swasiland (Rohzucker, Coca-Cola-Konzentrat)

Sudan (90 %, Baumwolle, Erdnüsse, Sesam)

Tschad (bislang Baumwolle, Erdölförderung im Bau)

Tansania (85 %, v.a. Kaffee, Baumwolle, Tee, Tabak, Cashewnüsse, Sisal)

Länder mit Orientierung auf Tourismus

Kenia (daneben Tee, Kaffee, Obst, Blumen, Gemüse)

Senegal (daneben Erdnüsse, Phosphat)

Seychellen (80 % der Deviseneinnahmen)

Länder mit diversen Deviseneinnahmen

Mauritius (Textilien und Unterhaltungselektronik, zusammen etwa 70%, daneben Zucker, Fisch, Tourismus)

Südafrika (Industrieprodukte, Bergbau von Gold, Diamanten, Platin, Kohle, Kupfer, Eisenerz, Mangan, Chrom Uran, landwirtschaftliche Produkte)

Simbabwe (40 % Fertigwarenindustrie, Tourismus, Bergbau von Chrom, Asbest, Nickel, Zinn, Kupfer, Gold, Edelsteine, Kohle etc., landwirtschaftliche Produkte)

Kasten Seite 17

Multinationale Konzerne im Afrika-Geschäft

Diamanten De Beers (AAC/RSA) weltweit, v.a. Angola, Südafrika

Gold Anglogold (AAC/RSA) südl. Afrika

Consolidated Gold Fields Südafrika
(GB)

Öl Elf (F) Gabun, Angola, Tschad,
Kongo-Brazaville, Kamerun

Shell (NL/GB) Nigeria, Tschad

Chevron (USA) Angola, Nigeria

Exxon (USA) Tschad, Nigeria

BP (GB) Tschad, Nigeria

Konkret 06/00, S. 18

Konrad Ege

Law and Murder

Der Staat als Amokläufer: Über Klassenjustiz und Exekutionswahn in den USA

Das Hinrichtungstempo nimmt zu in den USA. 1998 68 Exekutionen, 98 im Jahr 1999, und dieses Jahr vermutlich an die 150. Nur eine Frage der Zeit, bis wieder ein Unschuldiger umgebracht wird. Das verunsichert selbst engagierte Verfechter der Todesstrafe. So werden Forderungen nach einem Hinrichtungsmoratorium immer lauter. Erster Erfolg: Der republikanische Gouverneur von Illinois hat im Februar ein Moratorium verhängt.

George Ryan ist entsetzt über die vielen Fehlurteile. 13 Todeshäftlinge sind in Illinois in den letzten Jahren freigelassen worden. Noch ist Ryan allein unter den US-Gouverneuren, aber in Baltimore, Philadelphia, San Francisco und knapp einem Dutzend weiterer Orte haben sich die Stadträte ebenfalls für ein Moratorium ausgesprochen. Die katholischen Bischöfe sind ebenso dafür wie der Anwaltsverband National Bar Association. Insgesamt sind in den USA seit 1980 mehr als 80 Todeshäftlinge im Berufungsverfahren freigesprochen worden – nach langen Jahren in Todeshaft und oft nur dank außerordentlicher Arbeit von Journalisten, Studenten und anderen Aktivisten wie dem »Innocence Project« in New York (geleitet von O. J. Simpsons Staranwalt Barry Scheck).

Rolando Cruz kam 1995 in Illinois frei, nachdem ein Polizist gestand, er habe beim Prozeß gelogen. Clarence Brandley, verurteilt in Texas wegen Vergewaltigung und Mord, konnte den Todestrakt in Jahr 1990 verlassen. Der Staatsanwalt hatte entlastende Informationen zurückgehalten, ein Hauptzeuge Meineid begangen. Anthony Porter aus Illinois kam 1998 mit Hilfe von Journalismusstudenten frei. Sein Verteidiger hat inzwischen zugegeben, daß er sich keine Mühe gemacht hatte, weil er zu wenig Geld bekommen hätte. Walter McMillian wurde 1993 nach sechs Jahren im Todestrakt als unschuldig entlassen. Der Staatsanwalt hatte meineidige Zeugen für ihre Aussagen bezahlt. Und so weiter und so fort.

Der Moratoriumskampagne (im Internet unter www.quixote.org) geht es nicht nur um Unschuldige. Wohl die meisten Todeshäftlinge haben die ihnen zur Last gelegten Verbrechen tatsächlich begangen. Bessere Verteidiger hätten aber mildernde Umstände geltend gemacht oder die Geschworenen überzeugt, daß andere Täter bei ähnlichen Fällen nur Haftstrafen bekommen. Pro Jahr werden in den USA 15.000 Morde verübt, aber nur 300 Täter mit dem Tod bestraft. Diese Willkür scheint dem Verfassungsprinzip zu widersprechen, daß alle Angeklagten vor Gericht gleich seien. Schwarze, Mittellose, Geisteskranke und Angeklagte mit schlechten Verteidigern sind aber weniger »gleich«. Vor allem die mit schlechten Verteidigern. Hat doch das Oberste US-Gericht geurteilt: Jeder habe zwar das Recht auf einen Verteidiger, aber keinen Anspruch auf einen guten Verteidiger.

Im Namen des Volkes

Nicht einmal Anspruch auf einen Verteidiger, der beim Prozeß nicht einschläft (wie ein Gericht in Texas urteilte) oder nüchtern zur Arbeit kommt. Nach Angaben des Nationalen Anwaltsverbandes kostet eine gute Verteidigung bei Kapitalverbrechen mindestens 250.000 Dollar. In Mississippi bekommen staatlich bestellte Verteidiger bei Mordfällen oft nicht mehr als tausend Dollar. Deswegen werden diese Fälle manchmal von unfähigen Anwälten übernommen, die sonst keine Klienten bekommen. Dabei ist der eigentliche Prozeß und nicht die Berufung ausschlaggebend. Nach einem Schuldspruch muß dann nicht mehr der Staatsanwalt die Schuld, sondern der Verurteilte seine Unschuld beweisen – ein denkbar schwieriges Unterfangen, selbst wenn der Todeshäftling von einem kompetenten Anwalt »pro bono« verteidigt wird.

Oft sieht es aber auch bei Berufungsverfahren bitter aus. Etwa 200 der 3.600 Todeshäftlinge haben zur Zeit keinen Berufungsanwalt. Nach einem Urteil des Obersten US-Gerichtes vom vergangenen Herbst haben Todeshäftlinge bei der Berufung kein Anrecht auf einen Verteidiger. Die Richter wiesen die Verfassungsbeschwerde des behinderten Todeshäftlings Exzavious Lee Gibson zurück, er habe 1996 bei seiner Niederlage im Berufungsverfahren keinen Rechtsbeistand gehabt. Erfolglos blieb auch der Berufungsantrag des 1994 in Virginia hingerichteten Johnny Watkins. Sein Anwalt hatte sich bei den Geschworenen entschuldigt, daß er einen so schlimmen Mörder wie Watkins vertrete. Dem Anwalt wurde wenig später die Lizenz abgenommen.

Die texanische Urgroßmutter Betty Lou Beets hat in den letzten Jahren viel gehäkelt. Bis sie dann Ende Februar »im Namen des Volkes« vergiftet wurde. (Vergiften ist z. Zt. die bevorzugte Hinrichtungsmethode.) Beets hatte 1983 allem Anschein nach ihren Ehemann ungebracht. Laut Urteil wollte sie dessen Lebensversicherung kassieren. Mit einem kompetenten oder wenigstens ehrlichen Verteidiger hätte Beets schlimmstenfalls lebenslänglich bekommen. Ihr Verteidiger verschwieg nämlich, daß Beets zur Mordzeit überhaupt nichts von der Lebensversicherung wußte.

Zum Todesurteil konnte es nach texanischem Recht nur kommen, weil Beets ihren Mann angeblich aus »Habsucht« umgebracht hatte. Ein »einfacher Mord« hätte höchstens zu »lebenslänglich« gereicht. Der Anwalt hat sich offenbar

zurückgehalten, weil er ein Buch über den Fall schreiben wollte. Er hat auch nichts vorgebracht über Beets' lange Leidensgeschichte: Sie war als Kind vergewaltigt worden, heiratete mit fünfzehn, schlitterte von einer schlechten Ehe in die nächste. Die Männer haben sie mißhandelt und vergewaltigt. Sie leide an post-traumatischem Streß-Syndrom und sei wegen der vielen Schläge gehirngeschädigt, erklärten Beets' Berufungsanwälte. Bald nach dem Verfahren wurde der Verteidiger Staatsanwalt. Auch in diesem Amt hatte er keine Skrupel. 1994 bekam er schließlich dreieinhalb Jahre Gefängnis, weil er einem Mörder angeboten hatte, bei Zahlung von 300.000 Dollar nicht die Todesstrafe zu fordern.

Gnadengesuch geprüft

Der texanische Gouverneur George W. Bush, der im nächsten Jahr der neue US-Präsident sein könnte, lehnte Beets' Gnadengesuch kurz vor der Hinrichtung ab. Er prüfe nur, »ob die Geschworenen mit allen Fakten vertraut gewesen sind, ob der Verurteilte schuldig ist und ob er ein vollständiges Berufungsverfahren hinter sich hat«. Er sei von Beets' Schuld überzeugt. Also bitte. Jeder der 122 unter seiner Amtsführung als Gouverneur Hingerichteten sei schuldig gewesen, sagte Bush. Was er freilich nicht sagte: Der ihn beratende Gnadenausschuß trifft seine Entscheidungen über Leben und Tod im Schnellverfahren, meist ohne Anhörung.

Bei den meisten Hinrichtungen finden Mahnwachen mit ein paar Leuten statt. Für ein paar erlesene Häftlinge gibt es nationale oder sogar internationale Kampagnen. Prominente aus dem Ausland unterzeichnen Appelle für amerikanische Todeshäftlinge; allein der Papst schon mehr als dreißigmal. Internationale Proteste, Briefe an Clinton und die Gouverneure haben aber gewöhnlich keine erkennbare Wirkung.

Die Moratoriumskampagne ist vielleicht ein Licht am Ende des Tunnels. Bereits in mehreren Bundesstaaten beraten die Parlamente über Moratoriumsgesetze. Menschen mit weit auseinandergehenden Meinungen könnten bei der Kampagne mitmachen, erklärte Anthony Amsterdam von »Moratorium Now!«. Todesstrafenbefürworter freilich wollen das Begehren in erster Linie nutzen, um die Hinrichtungsmaschinerie effizienter zu gestalten. Was nach einem Moratorium käme, sei aber noch kein Thema, betont Amsterdam. Erst müsse man den Automatismus des Tötens stoppen. Doch selbst wenn das Moratorium nicht mit der Abschaffung der Todesstrafe enden würde, sondern nur mit einem »besseren« Todesstrafensystem, das das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf ein faires Verfahren wirklich durchsetzt und den Angeklagten kompetente Anwälte sichert, würden viel weniger Todesurteile gefällt werden.

Zwei Millionen

Besuch bei einem pensionierten Sheriff in einem der Südstaaten. Ländlich. Konservativ. Verarmt. Schwerverbrechen gibt es wenige im Landkreis, Schlägereien halt, Einbrüche, Autodiebstähle. Und ein Rechtssystem besonderer Art. Vor Prozessen habe der örtliche Richter gelegentlich beim Staatsanwalt angerufen, erzählt der Sheriff: Was denn der nächste Angeklagte kriegen solle. Die beiden Herren hätten sich dann auf das Strafmaß geeinigt. Tags darauf der Prozeß mit seinen Formalitäten: Plädoyer des Verteidigers, der Staatsanwalt spricht, und der Richter verkündet das abgekartete Urteil. Ein bißchen krasser als anderswo, vielleicht. Das Problem der Fehlurteile und der Verstöße gegen elementare Regeln der fairen Prozeßführung multipliziert sich im Justizalltag, wenn es nicht um Leben und Tod, sondern »nur« um ein paar Jahre Haft geht. Ebenso das Problem der Polizeikorruption: Die Stadt Los Angeles bereitet sich zur Zeit auf Schadensersatzklagen von Hunderten Millionen Dollar vor. Von Häftlingen angestrengt, die jetzt entlassen werden: Polizisten hatten unter Eid gelogen.

Mitte Februar ist in den USA der zweimillionste Häftling weggesperrt worden. Viermal so viele Menschen wie vor zwanzig Jahren und fast doppelt so viele wie vor zehn sitzen jetzt in den mehr als 3.000 amerikanischen Haftanstalten. Und es werden immer mehr. Nirgendwo auf der Welt werden so viele Menschen eingesperrt. Strafgesetze sind in den letzten Jahren verschärft worden, obwohl die Kriminalitätsrate zurückgeht. Vor sieben Jahren hat Kalifornien ein Gesetz eingeführt, nach dem jeder, der zum zweiten Mal schuldig gesprochen wird, automatisch die doppelte Strafe bekommt. Beim dritten Mal mindestens 25 Jahre. 23 US-Bundesstaaten haben inzwischen ähnliche Gesetze.

Auch der »Krieg gegen Drogen« hinterläßt Opfer. 1997 wurden in den USA 1,6 Millionen Menschen wegen mutmaßlicher Drogenvergehen festgenommen, dreimal so viele wie 1980. Viele wandern in den Knast. 1980 saßen 19.000 Häftlinge wegen Drogen in den Anstalten der Bundesstaaten, 1996 waren es 238.000. Viele Bundesstaaten haben jetzt auch ihre Vollzugsgesetze verschärft. In der Hälfte der Staaten müssen Häftlinge mindestens 85 Prozent ihrer Strafe absitzen. Von Rehabilitierung der Gefangenen ist in den USA keine Rede mehr.

Das Justizsystem prägt die gesamte Gesellschaft – das geht von den niedrigen Arbeitslosenzahlen, von denen man in Deutschland schwärmt, bis zum allseits beklagten »Familienzerfall«. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie wäre die offizielle amerikanische Arbeitslosenrate bei Einbeziehung der Häftlinge um zwei Prozentpunkte höher. Knapp drei Prozent aller Kinder in den USA haben den Papa oder die Mama im Knast. Und dann wundert man sich: Der Sechsjährige

aus Michigan, der im Februar seine gleichaltrige Klassenkameradin erschoß, konnte seinen Vater bestenfalls im Besuchszimmer des örtlichen Gefängnisses sehen. Fast 2,5 Prozent der Männer zwischen 18 und 65 sitzen im Knast.

Die amerikanische Justizpolitik setzt deutliche Signale: Die Knäste sondern die Menschen aus, die man nicht »braucht« und nicht haben will. Gut 60 Prozent der amerikanischen Häftlinge gehören ethnischen Minderheiten an, die allermeisten haben kein Geld und keine Ausbildung. Mit der Todesstrafe aber beweist der Staat seine absolute Macht gegen die ganz unten.

Konrad Ege schrieb in KONKRET 3/92 über Oliver Stones »JFK«

Konkret 06/00, S. 20

Horst Panko

Dietmar, bleib doch!

Politik mit Rot nd Tr nen Eine Nachbetracht ng m M nsteraner Parteitag der PDS

»Wenn ich verreist bin, glaube ich, ich bin schon so etwas wie ein Weltbürger. Ich könnte überall irgendwie leben, wenn ich nicht so ein Fremdsprachenmuffel wäre. Ich fühle mich in der Kommunikation wohl, wo die gewährleistet ist, ist für mich auch irgendwie Heimat.«

Gregor Gysi

In einem hat die Partei unbestreitbar Westniveau erreicht: In Sachen Betroffenheit läßt sich die PDS inzwischen von niemandem mehr die Schau stehlen. Es sei ein »Triumph voller Tränen« gewesen, schrieb das parteinahe »Neue Deutschland« über den entscheidenden Redebeitrag auf dem Münsteraner Parteitag und badete genußvoll im Sturzbach der Emotion: »Zum Schluß versagte Sylvia-Yvonne Kaufmann gar die Stimme. Tränenüberströmt verließ sie nach der, wie sie bekannte, ›schwierigsten Rede‹ ihres zehnjährigen PDS-Lebens das Rednerpult.« Die kathartische Wirkung des Tränenlassens führte sogar zu bei solchen Anlässen seltener Milde und Generosität: So will die »Taz« beobachtet haben, daß die Rednerin »dem Kronprinzen Bartsch die Worte ›Dietmar, bleib doch‹ hinterherrief, weil dieser nach der Abstimmungsniederlage verärgert den Saal verlassen hatte«.

Gleichwohl irrt, wer glaubt, die Delegierten hätten einander schluchzend in den Armen gelegen und sich »Mut zum Träumen« (Kaufmann) gemacht. Denn auch in einer anderen Angelegenheit hat die PDS offenbar die Zielvorgabe ihres »Vordenkers« André Brie – endlich »in der Bundesrepublik anzukommen« – nahezu übererfüllt: Der taktisch geschickt kalkulierte Einsatz von Rotz und Tränen dient der knallharten Durchsetzung politischer Positionen. Wie das funktioniert, beschrieb die »Berliner Zeitung« mittels emphatischen Hineinversetzens in ihren demokratisch-sozialistischen Lieblingshelden: »Als Sylvia-Yvonne Kaufmann am Samstagnachmittag vom Rednerpult tritt, rauschenden Beifall bekommt und dann lange vor laufenden Kameras weint, weiß Gregor Gysi: ›Die Sache ist verloren.‹ Kaufmann hat gewonnen.« Wer zuerst heult, lacht am längsten, scheint ein verborgenes Motto solcher Veranstaltungen zu sein. Dem Verlierer war klar, daß eine anständige Revanche nicht drin ist, aber ein eindrucksvoller Abgang schon. Wie er das hinkriegte, übermittelt uns die »Taz«: »Als Gysi nach einer Stunde von seinem kleinen Sockel abtrat, mit dem ganz und gar unsozialistischen Wunsch nach Gesundheit und persönlichem Wohlergehen für seine Freundinnen und Freunde in der Partei auf den Lippen, schossen der gesamten Führungsriege in der ersten Reihe die Tränen in die Augen: Christa Luft, Rosemarie Hein, Gabi Zimmer, Sylvia-Yvonne Kaufmann sowieso. Sogar Lothar Bisky schniefte.«

Obgleich die PDS mit dem tränenreichen Parteitag ihrem Vorsatz, mindestens so dumm zu sein wie der deutsche Durchschnitt, noch einmal hinreichend genügt hatte, insistierten die Wortführer dieses Durchschnitts auf einem Unbehagen gegenüber den vergossenen Tränen und unterzogen sie einer peniblen Analyse. Konnte es nicht sein, daß manche Träne gar nicht echt war, weil einige Weinende zu solch authentischer Gefühlsregung aufgrund politischer Verblendung unfähig sind? Zwei Tage nach dem Parteitag ließ der »Tagesspiegel« die Leistungen der Darsteller noch einmal Revue passieren: »Gabi Zimmer hatte Tränen in den Augen. Christa Luft lief die Wimperntusche. Dietmar Bartsch biß auf seine Unterlippe. Nur Sahra Wagenknecht saß ungerührt, wobei sich die Kommentatoren fragten, ob nicht auch Sylvia-Yvonne Kaufmann eher ungerührt dasaß und nur so tat, als weine sie, ebenso wie Petra Pau und Petra Sitte.« Die Analyse ergibt schließlich das folgende Resultat: »Gabi Zimmers Tränen waren echt, sie ist Realpolitikerin. Das gleiche gilt für Christa Luft.« Jedoch nicht für die Person, welche die Heul-Orgie erst in Gang brachte, »Sylvia-Yvonne Kaufmann, die weint, aber vermutlich innerlich lächelt«. Die hatte nämlich durch den Einsatz der Tränen-Waffe einen Erfolg erzielt, der dem deutschen Durchschnitt als Anlaß zum wahren Weinen gilt: Eine deutliche Mehrheit der Delegierten hatte gegen den vom Parteivorstand auf Initiative der PDS-Bundestagsfraktion vorgelegten Antrag einer Befürwortung von Uno-Militärexpeditionen – selbstverständlich nur in »Ausnahmefällen« – gestimmt.

Für den deutschen Durchschnitt schien dies ein politischer Super-Gau zu sein. Nicht nur, daß dem Publikumsliebling Gysi angeblich ein »Politikverbot« (»Taz«) erteilt worden sein sollte, was für sich genommen schon als eine kleine Katastrophe empfunden wurde, schlimmer noch: Durch die vorläufige Verweigerung der bedingungslosen Kriegsfähigkeit »droht die PDS die Erfolge der vergangenen Jahre mit einem Schlag zu verspielen« (»Berliner Zeitung«). Deutlich war, daß nicht nur Wahlerfolge gemeint waren, sondern vor allem die Fortschritte der Partei bei der Verinnerlichung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Glaubensbekenntnisse. »Vor die Wahl gestellt zwischen Politik und Verweigerung«, klagte die »Berliner Zeitung«, »entschieden sich die Delegierten des Parteitages für die Rückkehr in das vertraute Idyll der Dogmen, die Heimstatt des Verweigerers«. Hätte man sich ein wenig mehr um Inhalte denn um Tränen gekümmert, wäre allerdings bald aufgefallen, daß es mit Verweigerung, erst recht mit Kriegsdienstverweigerung, nun doch nicht so ernst gemeint war.

Nach der Ablehnung des Vorstandsantrages stimmten die Delegierten einem Vorschlag ihres »Ehrenvorsitzenden« Hans Modrow zu, demzufolge »der Ablehnung aller Einsätze jedoch die Prüfung auch der Einzelfälle« (»ND«) zu folgen habe. Ein solches Verfahren dürfte wohl in den meisten Fällen die Ergebnisse zeitigen, die der Antrag des Vorstandes intendiert: »Ja« zur Militärexpedition wegen »Völkermord«, »Menschenrechtsverletzung« usw.

Doch darauf kam es weder den Sprechern des deutschen Durchschnitts noch dem in der Abstimmung unterlegenen Parteivorstand an. Es ging um die Verweigerung der Bedingungslosigkeit eines »Ja« zur staatlichen Kriegführung. Wer sich die Prüfung jedes Einzelfalls vorbehält, zeigt damit offenbar immer noch zuviel Eigensinn, denn er drückt damit ja auch aus, daß die eigene Interpretation der demokratischen Heiligtümer nicht in jedem Fall dem deutschen Mainstream folgen müsse. Zuviel Eigensinn jedenfalls für den möglichen Juniorpartner einer sozial- oder christdemokratischen Regierungspartei der deutschen Weltmacht.

»Ich habe einem Politiker jetzt in China gesagt, die kommunistische Geschichte ist 150 Jahre alt, die des Buddhismus mehrere tausend.«

Gregor Gysi

Die schnelle Zustimmung der Delegierten zum Modrowschen »Kompromißvorschlag« zeigt, daß auch der Vorstand das gewünschte Ergebnis mit einer geschickten Argumentation wahrscheinlich hätte erreichen können. Doch statt dessen begnügte er sich im wesentlichen mit Appellen, eine »moderne Partei« darzustellen und den Anforderungen der »Moderne« gerecht zu werden. Wenn dann Vorstandsvertreter in ihren Reden doch einmal das dem Thema vermeintlich zugehörige Terrain der Militärhistorie betraten, wurde es richtig peinlich. Die Themenwahl war an sich nicht ungeschickt, denn Traditionslinke erklären sich gegenwärtige Ereignisse, Zusammenhänge und Vorhaben gern mittels historischer Analogien. Doch als Lothar Bisky erklärte, die PDS dürfe sich nicht »in einer Position einbetonieren«, die sie »zwingen würde, den Einsatz der Vietnamesen gegen Pol Pot, die Eröffnung der zweiten Front gegen Hitlerdeutschland und den Kampf gegen den Holocaust abzulehnen«, war das zwar mit der rhetorischen Kombination von Massenmorden von rechts und links hübsch antitotalitär formuliert – und möglicherweise wird nur einer Minderheit aufgefallen sein, daß im Zweiten Weltkrieg die Guten ja gegen Deutschland und nicht mit ihm den Holocaust bekämpften – , doch wie man über den vietnamesischen »Einsatz« schließlich zur Rechtfertigung von Uno-Einsätzen kommen kann, wird wohl den meisten schleierhaft gewesen sein. Wohl nicht zuletzt aufgrund der altersmäßigen Zusammensetzung der PDS dürfte den meisten Delegierten die harsche Verurteilung des vietnamesischen Einmarsches nach Kambodscha durch die United Nations als »völkerrechtswidrige Aggression« erinnerlich sein. Den UN galten schließlich noch Jahre nach ihrem Sturz durch vietnamesische Truppen die staatlichen Massenmörder der Roten Khmer als einzig legitime Vertreter Kambodschas.

Die Richtung, in die sich eine erfolgreiche Einschwörung der PDS-Mehrheit auf eine Zustimmung zu deutscher Kriegspolitik hätte entwickeln können, wurde hingegen von Kritikern außerhalb der Partei angedeutet. Christian Semler beispielsweise hat seine produktive Weiterentwicklung vom deutsch-maoistischen Ultrastalinisten zum wehrhaften Demokraten schon vor nunmehr zwei Jahrzehnten absolviert. Dennoch hat er noch nicht vergessen, wie eine historisch-materialistische Argumentation in einer Ansprache an Traditionslinke gestaltet sein will: Wie wird eigentlich bei euch diskutiert, fragte er nach dem Parteitag die »Taz«-lesenden PDSler: »Analysiert man die internationale Politik nach den gußeisernen Maßstäben der Leninschen Imperialismustheorie« – und *gußeisern* wird hier die einzige Denunziantenvokabel bleiben – »oder unterzieht man sich der Anstrengung, das emanzipatorische Potential, das in einer von den Vereinten Nationen garantierten internationalen Friedensordnung liegt, zu verstehen, zu entwickeln, es programmatisch umzusetzen?« Über so etwas würde wohl auch Sylvia-Yvonne Kaufmann nicht nur mit sich reden lassen; sie hat eine solche Verständnisdebatte auf dem Parteitag geradezu gefordert. Laut »ND« sprach sie »von einem ›ungeheuer schwierigen‹ Rechts- und Wertekonflikt zwischen Schutz und Bewahrung grundlegender Menschenrechte einerseits und der Achtung staatlicher Souveränität, Nichteinmischung und Gewaltverbot, die die Gemeinschaft aller Völker und Staaten dieser Welt zusammenhalten, andererseits. Und die Frage sei, wie die PDS diesen Konflikt als einzige Antikriegspartei auflöse.«

Eine zumindest ebenso wichtige Frage ist aber, wer vom PDS-Führungspersonal sich überhaupt in der Lage befindet, bei der Beantwortung einer solchen Frage, auf die Bedürfnisse der Fragenden einzugehen? Die Semlersche Argumentation, derzufolge Krieg Frieden bedeutet und Repression eigentlich Emanzipation ist oder zumindest ein »emanzipatorisches Potential« enthält, müßte doch sowohl den ostsozialisierten »SED-Nachfolgern« als auch den BRD-Linken mit zumeist parteimäßiger politischer Vergangenheit durchaus vertraut klingen. Sie würden zudem gern »verstehen«, »entwickeln« und »umsetzen« – alles grundlegende Elemente linksaktivistischer Subjektivität – , wüßten sie nur, was da verstanden usw. werden soll. Es dürfte doch nicht allzu schwer sein, Leuten, die ihr ganzes politisches Leben lang gelernt haben, noch den bedrückendsten sozialen Verhältnissen eventuell zukunftsweisende Elemente abzugewinnen, den übelsten Regierungen progressive Aspekte und den niederträchtigsten politischen Bewegungen revolutionäre Tendenzen anzuhängen, die

Großmacht BRD als – gerade durch die Existenz einer PDS dazu berufene – Friedensmacht schmackhaft zu machen.

»Wie soll ich widerlegen, daß ich Minister werden will, selbst wenn ich es wirklich nicht will? Schon die Vorstellung, da 3.000 Beamte am Hals zu haben, nein, wirklich nicht! Aber wie soll ich das beweisen?«

Gregor Gysi

Es besteht also ein dringender und durchaus zu bewältigender Handlungsbedarf, doch steht derzeit dafür niemand bereit. Weder der »Integrationist« Lothar Bisky, der, nach Abschied von seinen Ämtern, bis zum nächsten – auf den kommenden Oktober vorverlegten – Parteitag sich wohl in Klausur dem Studium von Texten der Bundeszentrale für politische Bildung widmen wird, noch der »Zentrist« Hans Modrow, zuständig vor allem für die ehrenhafte Heiminsreichführung verdienter DDR-Deutscher auch gegen Bedenken der Gauck-Behörde. Erst recht nicht Gregor Gysi, den zu Unrecht von Linken als Fischer der PDS gescholtenen »charismatischen Fraktionsführer«. Anders als der Fischer Joseph, der von niemandem wirklich gemocht wird – auch nicht von den vor seinen politischen Erfolgen resignierenden Publizisten und Emnid-Befragten, geschweige denn von sich selbst – , erfreut sich Gysi großer Beliebtheit bei westdeutschen Medienkonsumenten. Die mögen ihn aber nur deshalb, weil der Brabbel- und Quatschkopf offenbar ein deutsches Ideal des *Sozialismus mit menschlichem Gesicht* verkörpert: so menschlich, so alltäglich und eitel in seinem Auftreten, mindestens so dumm und inhaltsleer in seinen Äußerungen wie jeder beliebige Journalist und Stammtischredner, dabei allerdings niemals dümmer als die Polizei erlaubt. Für Orientierungssuchende innerhalb der PDS galten die Gysischen Hohlheiten hingegen nie als Quelle der Inspiration. Bliebe noch André Brie, von den Massenmedien abwechselnd als »Vor- und als Chefdenker« der PDS bezeichnet.

Brie hatte schon vor dem Parteitag in einem »Taz«-Artikel über Robert Kurz' *Schwarzbuch Kapitalismus* dessen Autor »Verantwortungslosigkeit« und eine »fragwürdige und gefährliche Reduzierung auf jeweils ein Prinzip, eine Seite, eine Erscheinung« vorgeworfen. Eine derart grundsätzliche Kapitalismuskritik, wie Kurz sie vorlege, bedeute »nicht nur den Bruch mit der Kapitaldominanz und ihren Konsequenzen, sondern den vollständigen Zivilisationsbruch«. Hat da jemand was von *Steinzeitkommunismus* gesagt? Es ist klar, daß Brie mit seiner Beschwörung »jahrhundertelanger zivilisatorischer Entwicklung« auf Kurz einprügelte, aber die linken PDS-Mitglieder meinte. Das ist zumindest eine Denkweise und eine Rhetorik, die Altlinke verstehen. Die Beschwörung der Geschichte und ihrer angeblich stetig sich vollziehenden Entwicklung in Richtung größerer zivilisatorischer Errungenschaften, die Deklarierung des Verzichts auf fundamentale Kritik und ihre Konsequenzen als Verantwortung – alte Genossen kennen dies noch als Einsicht in die Notwendigkeit – , mit all dem kann man deutschen Linksaktivisten schon kommen, man darf nur nicht den Fehler begehen, der Brie im Überschwang der Affirmation von Markt und Staat unterlief.

Abgenervt erklärte der Vor- und Chefdenker, der in dem von ihm bevorzugten, oft ins Antikommunistische abdriftenden Jargon eigentlich als *Chefideologe* bezeichnet werden müßte, er habe »keine Lust, Fehler zweimal zu machen, solche mit derart desaströsen Folgen (wie sie eine Aufhebung des Kapitalismus mit sich brächte, H.P.) schon gar nicht«. Vielleicht wären ihm viele der Angesprochenen darin sogar gefolgt oder hätten dies als durchaus respektable Ansicht eines Mannes mit schlechten Erfahrungen akzeptiert. Doch dann verlor er schließlich die Contenance: »Keine Ahnung, ob die PDS Lust dazu hat. Eine Chance, ihr nachzugehen, würde ihr die Bevölkerung dieses Landes jedoch nicht geben. Auch das gehört zu den Vorzügen der Gesellschaft, die im Ringen um eine Alternative zu bewahren wären.« Diese Rechtfertigung der antikommunistischen Grundhaltung der deutschen Bevölkerungsmehrheit dürfte wohl bei den meisten der Angesprochenen äußerst schmerzhafte Erinnerungen hervorgerufen haben. Das Umlügen der Bevölkerungsstimmung in eine objektiv fortschrittliche, aber subjektiv von irgendwelchen finsteren Kapitalfraktionen oder dubiosen rechten Kreisen mißbrauchte Haltung sind sie gewohnt, eine Argumentation in diese Richtung hätte Erfolg haben können. Aber die Erfahrung von Isolation und Verfolgung, die vielen PDSlern, auch solchen aus der Ex-DDR, noch frisch im Gedächtnis ist, als Vorzug dieser Gesellschaft zurechtzubiegen, also nee ...

»Wieso kann diese Nation nicht stolz sein, daß sie solche Männer wie Marx und Engels hatte. Ich kenne kein anderes Land, das nicht stolz darauf wäre. Also die Briten wären wie verrückt stolz, und die Franzosen auch.«

Gregor Gysi

Folgerichtig ist Brie nicht sehr beliebt beim PDS-Fußvolk. Der einzige prominente Führungskader, der für die vollständige staatsbürgerliche Integration der Reste kapitalismuskritischen Denkens in der PDS geeignet wäre und dies ja oft schon in passender Form vorgedacht hat, gilt der Parteimehrheit zu Recht als arroganter Apparatschik, einer, der zwar seine politischen Positionen um 480 Grad gewendet hat, der aber als politisch agierende Person der alte, selbstgerechte Funktionär geblieben ist – immer den Wind der Geschichte in den Rockschößen. Ebenso folgerichtig geriet Brie auf dem

Parteitag denn auch »unter schweren verbalen Beschuß« (»ND«). Der Parteiführung, unfähig zur Überzeugung der Delegierten, blieb also das alte Problem. Wie kann man mit einer störrischen und verstockten Anhängerschaft allseits akzeptierte Stütze einer BRD mit weltpolitischer Verantwortung werden.

Aber guter Rat muß nicht immer teuer sein. In diesem Fall wurde er sogar gratis geliefert. Ausschluß der »Extremisten«, »Dogmatiker« und »Sektierer« lautete der unisono vom gekränkten Gysi und den Kommentatoren des deutschen Durchschnitts gelieferte Vorschlag. Das PDS-Programm sei »inkonsistent« und spiegle die früheren »Probleme der Partei mit der Bewältigung der DDR-Vergangenheit und dem Umgang mit dem sozialistischen Erbe«, stellte der an der Berliner FU beamtete Politikwissenschaftler Richard Stöss im »Tagesspiegel« fest. An der einst »wohl unumgänglichen parteiamtlichen Festschreibung des extensiven innerparteilichen Pluralismus« seien die »Reformer« nun gescheitert. Die demokratische Schlußfolgerung ist konsequent und alternativlos: »Weniger Demokratie wagen«. Also Parteiausschluß für die »heterogene Oppositionsfront, die einem ideologischen Faschingszug gleicht«.

Als wollten die Verantwortlichen sich einen solchen Rat von außen nicht zweimal erteilen lassen – dennoch wird er bis heute vielfach erteilt – , fand am 29. April der erste Ausschluß wegen Linksabweichung statt. Es traf zunächst eine eher randständige Person des Parteilebens: Der aufgrund seiner skurrilen Publikationen von vielen als komischer Heiliger und verkannter Prophet angesehene Gerhard Branstner hatte sich die »Majestätsbeleidigung« – so wörtlich im von Michael Brie, dem Bruder des verhinderten Chefideologen, verfaßten Ausschlußantrag – zuschulden kommen lassen, in einem satirischen Text für die »junge Welt« Gysi als »Eitelbeule« und Bisky als »Mehrwegflasche« zu bezeichnen. Branstners Ausschluß soll als ein warnendes Signal in Richtung der – vor allem westdeutschen – Parteilinken verstanden werden. Sollten sie dem angedrohten Schicksal nicht bald durch Austritte zuvorkommen, dürften sie auf dem nächsten Parteitag im Oktober wohl noch die eine oder andere publikumswirksame Heul-Orgie veranstalten, doch wenn die Tage dann wieder kürzer werden, wird wohl auch in dieser Disziplin wohltuende Stille einkehren.

»Sie wissen doch von Marx, daß man den Kapitalismus am besten kauft. Das ist die sicherste Methode. Dazu muß man viel Glück bei Aktien haben. Da wäre ich nicht so pingelig.«

Gregor Gysi

Horst Pankow schrieb in KONKRET 1/2000 über ein rekordverdächtiges Schwarzbuch

Konkret 06/00, S. 23

Oliver Tolmein

Chaoten, Fixer, Kommunisten

In Hamburg macht ein Mitte-Rechts- Bündnis gegen das Stadtteilzentrum Rote Flora mobil. Vom liberalen Bürgertum, das einst die Hafenstraße verteidigte, ist nichts zu sehen

»Stört die öffentliche Ordnung, wo Ihr sie trefft.« Das Transparent, das an der seit vielen Jahren besetzten Roten Flora in Hamburg hängt, hat sein Ziel weitaus schneller und effektiver erreicht, als sich seine Urheber/innen gedacht haben mögen. »Herr Staatsanwalt, reißen Sie das Gewaltplakat von der Flora!« fordert »Bild« und legt einige Tage später nach: »Herr Senator, kennen Sie Ihre Gesetze nicht? Hier druckt ›Bild‹ ab, was Sie gegen das Chaoten-Plakat an der Flora unternehmen können!«

Der ungewöhnliche Schritt der »Bildzeitung«, ihre Leser mit einem, wenngleich nicht gerade differenziert geratenen, Hintergrund-Artikel über die Finessen des Polizeirechts zu behelligen, ist Vorlauf für den anstehenden Wahlkampf in der Hansestadt, der ganz im Zeichen von »Law and Order« geführt werden soll. »Bild«, die sich als Sprachrohr des Rechtsaußen-Richters Schill versteht und offensichtlich dessen neuer Partei den Weg in die Bürgerschaft ebnen will, hat dafür die Rote Flora als Zielpunkt gesucht. Das seit vielen Jahren besetzte autonome Stadtteilzentrum kommt seit dem kleinen Riot im Schanzenviertel, den ein brutaler Polizeieinsatz mit über 120 Festgenommenen und einigen Schwerverletzten nach einer langen Nacht beendete, nicht mehr aus den Schlagzeilen. Kein Tag vergeht, ohne daß das Massenblatt wie in alten Zeiten den Volkszorn anstachelt, so gut es kann (und das kann es gut): Eindrucksvoll ist eine als Reportage getarnte Phantasie des »›Bild‹-Reporter(s) in Hamburgs Drogennest«: »Im Hof sitzen vier Chaoten. Sie sehen verwahrlost aus, trinken Johnny Walker. Red Label. Einer der Männer steckt seine Hände durch das Gitter: ›Was willst du hier?‹ Sein Gesicht ist eingefallen. Der ›Bild‹-Reporter zeigt ihm ein kommunistisches Flugblatt, die Eintrittskarte in die Welt der Gewalt.« – »Sie fixen, sie dealen – und rufen zur Gewalt auf!« ist der Text überschrieben. Andere Schlagzeilen dieser Tage lauten: »Rote Flora: Wir zahlen sogar für ihren Dreck! – Aber den kleinen Gastwirt zapft der Staat an« – »›Bild‹-Ted – 94,6 Prozent der Anrufer fordern: Reißt die Rote Flora ab!« – »Eine Orgie der Gewalt – und die Verbrecher sind wieder frei!«. Neben einem Mustertext, wie man Anzeige gegen »die Chaoten« erstatten kann, versorgt das Springer-Blatt seine in Stimmung gebrachten Leser auch mit den vollen Namen der Vorsitzenden des gemeinnützigen »Vereins Rote Flora e.V.«

In der Hamburger Bürgerschaft war die Zukunft der Roten Flora Thema einer von allen Fraktionen einberufenen Aktuellen Stunde. CDU-Chef Ole von Beust, der noch im letzten Wahlkampf als Modernisierer gegen einen innenpolitischen Hardliner-Kurs seiner Partei stand, erklärte, daß nur eine sofortige Räumung des Gebäudes Ruhe und Ordnung wiederherstellen könne. Eine Erkenntnis, die seine Parteifreunde vielfach variierten und die am 4. Juni von Neonazis mit einer Demonstration unter dem Motto »Räumt die Rote Flora!« im Schanzenviertel auf die Straße getragen werden soll. Die rot-grüne Koalition des Hamburger Senats hat den vehementen Attacken von rechts vor allem die Feststellung entgegengesetzt, man habe die effizientesten »Law and Order«-Politiker in den eigenen Reihen, für eine Räumung sei die Zeit aber noch nicht gekommen.

SPD und GAL setzen seit langem auf eine Legalisierung der Roten Flora. Der Mietvertrag soll dann als Hebel fungieren, das Projekt politisch unter Kontrolle zu bringen – eine Strategie, die bei den ehemals besetzten Häuser in der Hafenstraße aufgegangen ist. Die Floristen allerdings zeigten sich bislang an einem Vertrag mit der Stadt nicht sonderlich interessiert. Auch die Aussicht auf Subventionen für die vielfältigen kulturellen und stadtteilpolitischen Aktivitäten in den nach einem Großbrand mühselig wiederaufgebauten Räumen motivierte die Aktiven des Projektes nicht, mit der Stadt auf vertraglicher Basis zu kooperieren. Zwar wurden zeitweilig Verhandlungen geführt, aber die Rote Flora ist entschlossen, keine knebelnden Bestimmungen hinzunehmen.

Die Rote Flora, deren Aktive sich Ende der 80er Jahre nachsagen lassen mußten, eine unverbindliche und wenig entschlossene Hippie-Politik zu machen, hat, was politische Standhaftigkeit angeht, etliche ihrer Kritiker/innen überlebt. Die Mischung aus Kultur und Politik – nach Beobachtungen des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz beträgt der Kulturanteil 80 Prozent – sichert auch finanziell das Überleben in Unabhängigkeit und eröffnet Möglichkeiten wie die Herausgabe der Florazeitung »Zeck«, die in der nur noch dünnen linksradikalen Zeitschriftenlandschaft Beachtung verdient hat.

Die Kampagne von »Bild«, der sich die CDU anschließt und die Neonazis und Rechtsaußen-Populisten wie Amtsrichter Schill für sich zu nutzen wissen, gefährdet das Projekt Rote Flora in seinem Bestand – zumal sich bislang nicht abzeichnet, daß sich dem offenen Ressentiment von rechts eine nennenswerte Kraft aus dem Zentrum der Gesellschaft entgegenstellt. Dabei ist die Flora für die Konservativen vor allem ein Symbol. Das »Hamburger Abendblatt«, ebenfalls aus dem Hause Springer, hat im Zuge der Auseinandersetzungen nüchtern festgestellt: »Von der Millionenstadt Hamburg kann weiß Gott nicht gesagt werden, daß es auf der Krisenkarte dieser Welt mit einem roten Stecknadelkopf markiert ist. Hamburg rangiert

ganz oben bei den Wohlhabenden und Krisenfreien.« Der Kolumnist fordert gleichwohl hartes Durchgreifen – offensichtlich wird das zunehmend zum Selbstzweck. Die Formierung des Projekts »autoritäre Demokratie« schreitet voran.

Die Frage ist, ob sich dagegen in dem, was die Dazugehörenden stolz als deutsche Zivilgesellschaft bezeichnen, noch Kräfte mobilisieren lassen. Hamburg brächte dafür beste Voraussetzungen mit: In der gutsituierten Metropole, die sich als »Tor zur Welt« bezeichnet, war in den 80er Jahren mit der GAL der Linksaußen-Flügel der Grünen erfolgreich, hier hat im Zuge der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße immer wieder ein liberales Bürgertum gegen den konservativen Zeitgeist interveniert. Könnte ein Projekt wie die Rote Flora nicht mehr weiterexistieren oder die weitere Arbeit nur mit der Unterschrift unter einen knebelnden Miet- und Nutzungsvertrag erkaufen, wäre das nicht nur ein Lokalereignis, sondern Ausdruck dafür, daß es in Deutschland – anders als in anderen europäischen Ländern – zur Neuen Sozialdemokratie und dem verbreiteten Rechtstrend gerade keine gesellschaftliche Gegenbewegung gibt. Auch wenn der neue Londoner Bürgermeister Livingstone nicht der linksradikale Bürgerschreck ist, vor dem die Konservativen schon immer gewarnt haben (vgl. S. 36), so steht er immerhin für eine linke Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer rechten Zuspitzung. In Hamburg könnte er mit seinen Positionen derzeit nur mit Mühe Hinterbänkler bei der GAL werden.

Oliver Tolmein hat gerade das Buch »Welt Macht Recht« (Konkret Literatur Verlag) veröffentlicht

Konkret 06/00, S. 24

Renate Göllner

Monetäres Mutterkreuz

Wie die neue österreichische Regierung Rassismus qua Familienpolitik betreibt

Es waren keine neuen Töne, als Jörg Haider Mitte der achtziger Jahre in seinem »Plädoyer für die Dritte Republik« verkündete, daß »die feministische Illusion« gescheitert sei. Es gelte nun, Frauen zu ihren »ureigensten Anliegen« zu ermutigen – Aufzucht der Kinder, die gefälligst groß und tüchtig werden sollen, das sei ihre wahre Aufgabe. Schon Jahre zuvor hatte Haider Partnerschaften ohne Trauschein als »denaturiert« bezeichnet; es entspreche nicht dem »Ideal im nationalen Sinn«. Sechzehn Jahre später sind die Freiheitlichen an der Regierung, und es stellt sich die Frage, wie dieses »Ideal« umgesetzt und wie der »Denaturierung« begegnet werden kann. Dank eines Koalitionspartners, der sich mehr denn je zu seinem christlich-sozialen Weltbild bekennt, war die Abschaffung des Frauenministeriums – eine eigene Abteilung des Bundeskanzleramtes und ein Symbol der Kreisky-Ära – , eine der ersten Maßnahmen, die von der neuen Regierung gleich nach Amtsantritt durchgeführt wurde. Sogenannte Frauenangelegenheiten wurden kurzerhand in das neue Ministerium »Soziale Sicherheit und Generationen« überstellt, wo sie mittlerweile unter Leitung der freiheitlichen Ministerin Sickl neben Jugend, Familie, Behinderte, Umwelt und Senioren rangieren. Zu glauben, daß Frauenagenden künftig wenigstens einen gleichberechtigten Platz neben jenen der Familie einnehmen werden, wäre freilich ein grober Irrtum. Sickl geht es um eine grundlegende Neubewertung der Familie, vor allem aber der »Familienarbeit«. Und um die Bäuerinnen, die ihr, die auf dem Land aufgewachsen ist, ganz besonders am Herzen liegen.

Elisabeth Sickl, ehemalige Schuldirektorin, Haider-Intima und Mitbegründerin der rechten Ökopartei VGÖ, war zwar mehrere Jahre in der Kärntner Landesregierung, wird aber nicht nur in Journalistenkreisen als äußerst unerfahren, inkompetent und heillos überfordert beschrieben. Wiederholt entzog sie sich unangenehmen Interviews, indem sie durch den Hintereingang ihres Ministeriums floh. Sie, die in einem Nazi-Umfeld groß geworden ist – ihr Sohn ist seit einiger Zeit bekennender Nazi – , möchte über einschlägige Themen lieber nicht befragt werden. Spricht sie dennoch, gibt sie gleichsam zwanghaft preis, was sie doch so gerne verbergen möchte: »Die Überfremdung«, sagt sie beispielsweise, »ist bei uns kein Thema, wenn man die im Land befindlichen Ausländer integriert.« Während eines informellen Treffens der EU-Sozialminister in Lissabon setzte man die Neue, mit der ohnehin kaum jemand sprechen wollte, neben Giampiero Alhadeff, Nachkomme einer der angesehensten jüdischen Familien von Rhodos und Chef der NGO »Solidar«. Ein inszenierter Smalltalk? Alhadeff jedenfalls erzählte Sickl während eines Essens von seiner Heimatinsel, auf der Ende der dreißiger Jahre 2.000 Juden lebten. Nach dem Krieg waren es nur noch sechs. Was die österreichische Ministerin prompt mit der Frage quittierte: »Wohin ist der Rest gegangen?«

Doch mit dergleichen Vergangenheitsproblemen muß sich Sickl ohnehin nur herumschlagen, wenn sie fern der Heimat weilt. Bleiben die EU-Sanktionen in Kraft, dürften ihr Auslandsaufenthalte künftig weitgehend erspart bleiben, und sie kann sich mit ganzer Energie der Umsetzung ihrer Agenden widmen. Was den Bereich der Familie betrifft, so gibt es im Regierungsprogramm bereits eindeutige Aussagen, ein Kapitel, das übrigens zu den wichtigsten und politisch aufschlußreichsten des gesamten Programms gehört. Nicht daß hier einer SPÖ-ÖVP Koalition nachgetrauert wird, die bereits seit Jahren rassistische Ausgrenzung betrieb und zudem viele der jetzt geplanten Maßnahmen ebenso beschlossen hätte. Dennoch markiert der Regierungswechsel einen Bruch: Gerade am Beispiel der Rolle, die die Familie künftig spielen soll, wird die ideologische Stoßrichtung der neuen Koalition besonders deutlich.

Einer der wesentlichen Punkte des neuen Familienprogramms ist die Verankerung der Unterstützung der Familien als »Staatsziel« in der Verfassung, als »sichtbares Zeichen der Anerkennung« ihrer »Leistungen« für die Gesellschaft. Welche »Leistungen« die Institution Familie erbringt, ist hinlänglich bekannt: Wird doch in ihrem Kreis der Staatsbürger in spe zuallererst mit einem Großteil jener Tugenden vertraut gemacht, die ihn später einmal auszeichnen sollen. Hier lernt er oder sie in der Regel, wer zu befehlen und wer zu gehorchen hat, lernt zwischen mein und dein zu unterscheiden, erfährt, wer Freund und wer Feind ist, wer dazugehört und wer draußen zu bleiben hat. Solcherart Training soll ab dem Jahr 2002 auch durch eine Neuregelung des Karenzgeldes honoriert werden, das nun treffender als Kinderbetreuungsgeld, analog zum Muttergeld der Nazis, bezeichnet wird. Nicht nur an jene soll es ausbezahlt werden, die vor der Schwangerschaft berufstätig waren, sondern an alle Frauen. Es handelt sich also tatsächlich nicht mehr um Karenz: Während es in diesem Fall um eine bloß kurzfristige Unterbrechung einer beruflichen Tätigkeit geht, ist mit dem Begriff des Kinderbetreuungsgeldes eine besondere Aufgabe und Kompetenz gemeint, die im wesentlichen der Frau und Mutter obliegt und die auch nicht prinzipiell zeitlich begrenzbar ist. Zwar sollen dieses Geld alle Mütter und Väter, die ihre Kinder betreuen, beziehen können, doch besteht kaum ein Zweifel, wer in Zeiten prekärer Arbeitsmarktsituationen Haus und Kinder wird hüten müssen. Und es gibt absolut keinen Grund anzunehmen, daß die lächerlich geringe Zahl der 1,5 Prozent Kinder betreuender Väter steigen wird.

Neu ist auch, daß das Kinderbetreuungsgeld länger als bisher ausgezahlt werden soll: Während es bislang einem Elternteil für 18 Monate zugestanden wurde, sind es nunmehr 24 Monate, der Partner/die Partnerin soll nun 12, statt bisher 6 Monate

zu Hause bleiben können. Dafür stehen ihr bzw. ihm monatlich läppische 6.000 Schilling zu, das sind ca. 860 Mark, Rentenanspruch inbegriffen. Darüber hinaus wird nicht nur die Grenze des anrechnungsfreien Zuverdienstes um nahezu 200 Prozent erhöht werden, auch eine Einkommensobergrenze, wie sie bis dato bestand, soll es künftig nicht mehr geben. Als Leitlinie ist erkennbar: Dem österreichischen Staat sollen alle verheirateten Mütter gleich viel wert sein. Egal, ob Putzfrau oder Millionärsgattin. Für Ausländerinnen sind zwei Varianten im Gespräch: Frauen, die nicht im Besitz eines österreichischen Passes sind, müssen entweder einen Aufenthalt von fünf Jahren oder eine mindestens dreijährige Beschäftigung in Österreich nachweisen, bevor sie in den Genuß dieses Geldes kommen. Kriegen sie früher ein Kind, haben sie Pech gehabt. Und ob tatsächlich auch arbeitslose Mütter und Sozialhilfeempfängerinnen das Kinderbetreuungsgeld in Anspruch nehmen dürfen, wird sich erst noch zeigen. Weiterhin diskriminiert bleiben auch Alleinerziehende, weil sie das dritte Karenzjahr, mangels Ehegatten, nicht in Anspruch nehmen dürfen. Begünstigt werden soll offenkundig, wer sein Kind in der »natürlichen Gemeinschaft« einer ostmärkischen Familie bekommt.

Das Kinderbetreuungsgeld, das früher eine Art Versicherungsleistung darstellte, ist nun eine Familienleistung und unmittelbar an den Mutter-Kind-Paß gekoppelt. Nur die Frau, die bestimmte Untersuchungen vor und nach der Geburt absolviert, hat auch Anspruch auf seine vollständige Auszahlung. Verzögert sich der Arztbesuch, wird ein Malus in Abzug gebracht. Was früher freiwillig war, geschieht also künftig unter Zwang. Dadurch aber wird einer lückenlosen Überwachung und Erfassung von Krankheit und Behinderung Tür und Tor geöffnet. Dies ist wahrscheinlich die gravierendste und folgenschwerste Maßnahme; sie kommt den eugenischen Andeutungen Haiders ziemlich nahe: »Lohnend«, schrieb er in *Die Freiheit, die ich meine*, »wäre eine Untersuchung, aus welchen Familien die Kinder mit Alkohol-, Gewalt- und Drogenproblemen kommen und aus welchen Familien Persönlichkeiten hervorgehen, bei denen keine Tendenz zum Abbruch der Ausbildung und zum beruflichen und moralischen Scheitern besteht.«

Nehmen Frauen, verlockt durch das Kinderbetreuungsgeld, eine verlängerte Karenzzeit in Anspruch, werden sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich verringern. In Zukunft wird es für sie noch schwieriger werden, ihre berufliche Tätigkeit wieder aufzunehmen, zumal anzunehmen ist, daß ein Großteil der Gelder für Wiedereingliederungsmaßnahmen und Frauenförderungsprogramme gestrichen wird und auch der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen höchst ungewiß ist. Geplant ist hingegen eine »Ausweitung von Teilzeitarbeit« und die »Entwicklung von Meßkriterien zur Nutzbarmachung von in der Familienphase erworbenen Qualifikationen« zwecks Anwendung etwa bei der Personalrekrutierung im öffentlichen Dienst. Daß noch dazu das Angebot an Frauenberatungsstellen einer Evaluierung unterzogen und damit grundsätzlich in Frage gestellt, dafür aber das Angebot an Familienberatungsstellen vergrößert wird, zeigt zudem, wem künftig unter die Arme gegriffen bzw. wessen Interessen gewahrt werden sollen. Zwar wurde von seiten des Sozialministeriums immer wieder versprochen, daß es keine Kürzungen bei Frauenprojekten geben werde, dennoch bangen seit Antritt der ÖVP/FPÖ-Regierung zahlreiche Projekte um ihre Existenz – viele haben seit Monaten keine Subventionen erhalten und wissen nicht, wovon sie Miete und Gehälter bezahlen sollen.

Es ist der übliche Ablauf: Gerät der Staat in die Krise und werden Arbeitsplätze rar, sind Frauen stets die ersten, die aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert werden sollen. Rückholung an Heim und Herd heißt die Parole, weibliche Reproduktion ist wieder gefragt. Auf der Strecke bleiben all jene, die über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen. Und wer gar versucht, vom Arbeitslosengeld zu leben, wird künftig zu staatlich verordneter Zwangsarbeit eingeteilt, muß Taubenscheiße entfernen oder Hundekot einsammeln. Denn auch das ist Teil der neuen rechten Ordnung. Wenn künftig in Österreich die Unterstützung der Familie in der Verfassung verankert sein wird, so wird damit allerdings nur nachgeholt, was in verschiedenen anderen EU-Staaten zum Teil geschehen ist – nur kommt es eben auf den Kontext an. Ist es nicht gespenstisch, wenn ausgerechnet in einem Land, in dem man sich so lange weigerte, die Verbrechen seiner Eltern und Großeltern überhaupt wahrzunehmen und zu thematisieren, plötzlich die Familie, ein wichtiger Bestandteil der Naziideologie, staatlich so auffällig gepäppelt und zugerichtet wird?

Der Idealisierung der Familie entspricht umgekehrt die Dämonisierung sexueller Straftäter als »Kinderschänder«, ein Begriff, der erst durch Haider in Österreich gleichsam »salonfähig« gemacht wurde. Ebenso offenkundig wie die Projektionen derjenigen, die diesen Begriff verwenden, ist ihre Verlogenheit:Der Begriff kaschiert die alltägliche Gewalt in der Familie. Denn daß der überwiegende Teil sexueller Straftaten innerhalb der angeblich so heilen familialen Welt bzw. in deren Umfeld begangen wird, daß die Täter sich vorwiegend aus dem Kreis der männlichen Verwandten rekrutieren und daß darüber nach wie vor beharrlich geschwiegen wird, ist gerade von der Frauenbewegung immer wieder thematisiert worden. Statt therapeutischer Maßnahmen aber ist eine massive Verschärfung des Sexualstrafrechts geplant, im Gespräch sind längere Freiheitsstrafen und die öffentliche Bekanntmachung der Identität von Vergewaltigern.

Der neue Kanzler ist stolz auf diese Familienpolitik, die, so sagte er, nun nicht mehr im Gegensatz zur Frauenpolitik stehe. Und obwohl dem Österreicher seine Familie immer schon besonders viel bedeutete und die Familienförderung in diesem Land zu den üppigsten der Welt zählt, sollen nun dafür gleich sieben Milliarden Schilling (= eine Milliarde Mark) mehr berappt werden. Ob diese Form der »Gebärprämie« angesichts der Haushaltslage tatsächlich finanzierbar ist, bleibt abzuwarten. In Wirklichkeit aber geht es gar nicht um die tatsächliche Durchsetzung von sozialpolitischen Maßnahmen, sondern vielmehr um Reklame für Babys made in Austria, um die mediale Propagierung und Inszenierung einer

bestimmten Abstammungsgemeinschaft, die den »Ausländern« entgegengestellt werden soll. Krisenbewältigung durch einen »schlanken Staat«, von Haider immer wieder beschworen, hat nicht nur einen sozialen Kahlschlag zur Folge, sondern fördert und verstärkt in erhöhtem Maße rassistische Einstellungen. Die Familienpolitik ist nur die andere, gleichsam »positive Seite« der rassistischen Ausländerpolitik; mit ihr werden hierzulande jene Projektionen mobilisiert, die die neoliberale Politik flankieren, denn auch diese Regierung wird die Sehnsucht nach volksgemeinschaftlicher Sicherheit nicht erfüllen können.

Die Projektionen folgen dieser Logik: Sind die Grenzen erst einmal dicht und ist die Zuwanderung gestoppt, muß die Kinderproduktion im eigenen Land angekurbelt werden. Wurden bislang je nach Bedarf billige Arbeitskräfte aus dem Ausland angekarrt, so soll die Nachwuchssicherung nun zur nationalen Aufgabe gemacht werden. Statt »Überfremdung« kleine Ostmärkler. Gebären muß wieder attraktiver werden, Anreize müssen her, etwa durch die längere Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes: eine Art monetäres Mutterkreuz. Bedeutete Sozial- und Familienpolitik immer schon einen Zugriff auf weibliche Reproduktion, so wird sie jetzt in ihrer rassistischen Konsequenz weiter getrieben. »Familie und Volk sind organisch gewachsene Gegebenheiten, die in der Politik Berücksichtigung finden müssen«, heißt es im Programm der FPÖ von 1985. Tatsächlich, es geht ums Volk, genauer um die deutschsprachige Mehrheit der Österreicher, das »deutsche Mehrheitsvolk«. Und um dieses ist es, glaubt man demographischen Prognosen, langfristig gar nicht gut bestellt, zumal der Geburtenrückgang seit 1993 mit fünf Prozent einen innerhalb Westeuropa überdurchschnittlich hohen Wert erreicht hat und ein Viertel bis ein Fünftel aller Frauen in Österreich den sogenannten »biologischen Aufgaben« erst gar nicht nachkommt, sondern es vorzieht, kinderlos zu bleiben. Dauert die freilich auch strukturell bedingte Babyflaute weiter an, so werden in den kommenden Jahren erstmals mehr Menschen in Österreich sterben, als Kinder geboren. Den Bevölkerungsrückgang zu stoppen ist daher sowohl die ideologische als auch materielle Voraussetzung, um die Grenzen noch dichter machen zu können. So wird jede Mutter (und jeder Vater), ob sie das nun will oder nicht, in neuer Weise staatstragend im buchstäblichen Sinne des Wortes, Mittel zum Zweck rassistischer und nationalistischer Ziele. Jedes Kind, das als Bürger/in dieses Staates das Licht der Welt erblickt, hilft indirekt mit, Migranten und Migrantinnen aus Österreich fernzuhalten.

Literatur:

Brigitte Bailer-Gallanda: *Haider wörtlich. Führer in die dritte Republik*. Wien 1995

Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer: *Haider und die »Freiheitlichen« in Österreich*. Berlin 1997

Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*. Frankfurt a. M. 1993

Renate Göllner lebt als freie Autorin in Wien

Konkret 06/00, S. 27

Uli Krug

Schlanker Faschismus

Stammtischdemokratie statt Parteienproporz, schaffendes Volk gegen raffenden Staat, Volksaktie statt Volkswagen: Das Modell Haider ist die Alternative zum System Kohl

Wer Haider rundweg als Nazi bezeichnet, wird von den Gralshütern des linken Ökonomismus des Alarmismus geziehen. Wie kann einer als Wiedergänger Adolf Hitlers bezeichnet werden, der seine Wirtschaftspolitik von Tony Blair abgeschrieben hat? Anders gesagt: Ist eine Neuauflage der faschistischen Autarkiewirtschaft, in der der starke Staat mit Fünfjahresplänen die Produktion kommandiert, in der Zeit des deregulierten und globalen Marktes nicht hoffnungslos anachronistisch? Ist Haiders Liberalismus dieser neuen Epoche des Kapitalismus nicht weitaus adäquater als der Antiliberalismus der Nazis, und muß man nicht deswegen auch davon ausgehen, daß dieser Liberalismus ganz ernst gemeint ist? Kann vor diesem Hintergrund also Entwarnung gegeben werden?

Wer so argumentiert, ignoriert die Formveränderung des faschistischen Bewußtseins, die den ökonomischen Umbrüchen seit den dreißiger Jahren korrespondiert. Weiterhin steht »schaffendes« gegen »raffendes« Kapital, doch die Antipoden werden neu definiert: Statt der Börse figuriert der »keynesianische Leviathan« (Bossi), der defizitäre Staat, als Blutsauger aus dem Reich des Bösen; nicht mehr die Rendite, sondern die Steuern und Abgaben sind des Übels Grund. Gerade in dieser Dichotomie aber zwischen der Produktivgemeinschaft hie und eines ihr äußerlichen, rein privativen Störenfrieds da lebt die faschistische Stereotypie fort. Wie zum Hohn auf jene Historiker, die noch im Spätkapitalismus auf die zivilisierende Kraft des Universals Geld setzten, führte in Deutschland die frei konvertible D-Mark bloß zu einer Verschiebung des faschistischen Ressentiments, das im Namen der ehrlichen Arbeit gegen die Zirkulationssphäre opponiert: Die D-Mark ersetzt den Reichsarbeitsdienst als Garanten der gesicherten Reproduktion für die Volksgenossen.

Damit entsteht aber auch ein neuer Typ des alten Wahns: Der autoritäre Etatist hitlerischen ist im autoritären Antietatisten haiderischen Typs aufgehoben. Dessen Konjunktur nahm mit dem Auftauchen des »Steuerrebellen« Mitte der 70er Jahre ihren Anfang. Die Selbstverständlichkeit der Reproduktionsgarantie durch das Deutschsein des Geldes wie das seiner Derivate, des Zinses und der Rendite, verändert das Verhältnis zum bestehenden Steuerstaat, ohne daß dieses weniger autoritär ist. Mit hartem, deutschem Geld zu spekulieren, soll gerechten, garantierten Gewinn nach sich ziehen, wie einstmals gerechte, deutsche Arbeit nützlich, d. h. mit Reproduktionsgarantie ausgestattet, sein sollte. Einerseits wird der postfaschistische Staat mitsamt seiner technischen und administrativen Infrastruktur und der von ihm erwarteten Überlebensgarantie zu einer selbstverständlichen, wie selbsttätigen Naturgegebenheit. Andererseits tritt der Staat, statt bloß kostenlose Lebensvoraussetzung zu sein, Natur eben, auch als Fordernder auf. Er übernimmt damit im Bewußtsein die Rolle des Beschneiders des gerechten Ertrages, des verschwenderischen Wucherers.

Daß der Staat, um weiterhin die gesellschaftliche Naturbedingung darstellen zu können, notwendig defizitär sein muß und deswegen notwendig stets fordernder, erscheint als willkürliche Anmaßung. Eine Anmaßung seines Personals, der Politiker und ihrer Parteiorganisationen, das die Institutionen zur ihrer Eigenversorgung bzw. zur Alimentierung ihrer Klientelen mißbraucht. Der einfache Gedankengang, daß die technologische Rente, auf die mit der Volksaktie von Telekom spekuliert wird, durch den nächsten Rationalisierungsschub die Sozialversicherungssysteme und damit Beitrags- und Steuerzahler belastet, leuchtet weder Otto-Normalsteuerzahler noch der »FAZ« ein. Diese freut sich über den bevorstehenden Untergang des etatistischen Molochs in Österreich nach gelungener ÖVP/FPÖ-Regierungsbildung mit unterschwellig antisemitischer Stereotypie: Die SPÖ »hat ihre Tentakel in so gut wie alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ausgestreckt – von den Banken, den Versicherungen, den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt bis in das Schul- und Hochschulwesen und in die Bundestheater. Eine ganze Generation von Österreichern, Unternehmer eingeschlossen, wurde im Geist des paternalistischen sozialdemokratischen Etatismus erzogen und verbogen. Es entstand eine riesige, sündteure Umverteilungsmaschinerie, welche die Unternehmen wie die Bürger auf unzumutbare Weise belastet, die Sozialbürokratie aufbläht und die Gelder von Hinz zu Kunz und von Kunz zu Hinz verschiebt.« Der »kalkulierte Wahn« der Europäer, von dem in der »FAZ« die Rede ist, die Aufregung um Haider, verhindere nur, daß das neue Österreich »die Überlegenheit einer liberalen wirtschaftlichen Ordnung gegenüber dem kontinentalen Etatismus vor Augen führen (könne) ... Die durch die unverhohlene Mißachtung der demokratischen Willensbildung zustande gekommene ideologische Überregulierung der EU durch die Paladine des Etatismus von Chirac bis Schröder ... ist eine vorzügliche Waffe des seinem Wesen nach totalitären Machtanspruchs der Linken.« In der Abwehr des »totalitären, kontinentalen Etatismus« erscheint Haider als liberaler Racheengel, als Verwalter des Erbes von Montesquieu, Say und Tocqueville, das die Franzosen verraten haben: »Weder die Sozialisten noch die Gaullisten wollen vom paternalistischen Vorsorgestaat lassen. Daß es sich Haider in den Kopf gesetzt hat, die österreichische Proporzbürokratie zu zerschlagen, kann in einem Land, in dem jeder vierte Beschäftigte aus dem Staatssäckel besoldet wird, nur Widerwillen erregen« (»Tagesspiegel«).

Haiders Programm des autoritären Anti-Etatismus – Steuersenkung, Privatisierung und »Verschlankung« – gleicht aufs Haar der Liquidationslust, die einst der DDR galt und mit der nun der »Bonner Republik« zu Leibe gerückt wird. Die »Taz« postuliert: »Das System selbst ist der Fehler ... Der Osten führte vor, wie schnell die Erosion eines Systems dieses auch beenden kann. Warum also nicht die Bundesrepublik von ihrem Ende her denken? Auch das Wirtschaften und Dienstleisten hat mit dem alten rheinischen Kapitalismus nichts mehr gemein. Warum sollte sich nicht auch das politische System drastisch verändern? Warum soll es für den Politiker alten Typs einen Bestandsschutz geben, den der herkömmliche Facharbeiter schon lange nicht mehr hat?« Wie ganze Industriezweige die Verfallszeit ihrer ökononomischen Daseinsberechtigung durch staatliche Subventionen zum Schaden der (steuerzahlenden) »Allgemeinheit« überschreiten, so auch die Parteien: »Ihre schwindende Verwurzelung in der Gesellschaft haben die deutschen Parteien in den vergangenen Jahrzehnten durch die Umwandlung in halbstaatliche Subventionsbetriebe kompensiert« (»Zeit«). Wer denkt da nicht an Altlasten, Kohlepfennig, Politbürokratie und Planwirtschaft? Als ein solcher Hemmschuh des Fortschritts erscheint auch der »Parteienstaat«. Die allgemeine Abneigung gegen ihn hat schon längst nichts mehr mit den ursprünglichen Tatbeständen des »Skandals« zu tun; nein, »Parteienstaat« ist zum Synonym des langen Siechtums des Sozialkorporatismus, zum Synonym auch der Sehnsucht nach Durchlüften, nach dem Zerhauen des gordischen (Schulden)knotens, die die Bürger umtreibt, geworden. Eine denk- wie merkwürdige Allianz aus staatsproletarischem Bonzenhaß und steuerbürgerlichen Deregulierungswünschen im Zeichen des »unverfälschten« Volkswillens scheint sich abzuzeichnen.

Als eine »Therapie gegen die Staatsgläubigkeit« erscheint T. Straubhaar, Präsident des HWWA-Instituts in Hamburg, der »CDU-Politskandal ... (Er) beinhaltet »eine zwar schmerzhafte, aber notwendige Lehre ... Sie kann übereifrige Staatsgläubigkeit eindämmen. Sie kann gesundes (!) Mißtrauen wachsen lassen gegenüber dem leichtfertigen Delegieren von Kompetenzen an Politiker, Funktionäre oder Interessenvertreter. Sie kann Vorbehalte gegenüber einem schleichenden Zentralismus in der Europäischen Union wecken ... Möglicherweise gewinnen damit auch in Deutschland Eigenverantwortung, Privatvorsorge, das individuelle Versicherungsprinzip oder auch die kommunale Steuerhoheit stärkeres Gewicht. Vielleicht beginnen sich auch mehr Arbeitnehmer zu fragen, welchen Interessen eigentlich nationale Gewerkschaftsbünde heute noch dienen ... Könnte es nicht hier – wie in der Politik – sein, daß die Vertreter zwar vorgeben, die Interessen ihrer Mitglieder zu verfolgen, letztlich aber primär ihre eigenen Interessen im Auge haben? Auch hier dürften persönliche Einkünfte, Wiederwahl, Macht, Prestige wichtige Rollen spielen ....« Damit aber gerade »für die von den Gewerkschaftsfunktionären verratenen Arbeitslosen ... in Bedienung, Beratung, Wartung und Reparatur neue Jobs entstehen, bedarf es einer flexiblen Lohnfindung, die sich an der tatsächlichen individuellen Produktivität orientiert und nicht an den abstrakten Kompromissen, die an fernen runden Tischen von Funktionären vereinbart werden« (»Süddeutsche Zeitung«). Die Struktur des Ressentiments gegen das Abstrakte als Quell des Übels wird genau getroffen – mittlerweile sind es jedoch eher Gewerkschaft und Flächentarifvertrag als Börse und Rendite. Dagegen steht das Konkrete, der Glaube an die eigene Verwertbarkeit. Die Bestätigung des Nichtüberflüssigseins durch Niedriglohn-Jobs, die deregulierte Variante des Arbeitsdienstes, wiegt schwerer als die halbstaatliche Bestandsgarantie von Tariflöhnen um den Preis der Arbeitslosigkeit – das zeigt die Leichtigkeit, mit der der Flächentarifvertrag in Ostdeutschland quasi abgeschafft werden konnte. Es spricht einiges dafür, daß zumindest dort eine Neuauflage der Deutschen Arbeitsfront im Hire-and-fire-Niedriglohnsektor der Konstitution des verstaatlichten Tauschsubjektes besser entspricht als die Alternative zwischen ausreichender Bezahlung oder Randständigkeit.

Der herkömmliche »Parteienstaat« schadet der Volksgemeinschaft aber nicht nur durch Steuererhebung und Deficit spending, sondern auch durch die Entscheidungsschwäche, die ewige Kompromißlerei. Wenn, wie die »FAZ« klagt, der »Staat (zur) Beute der Parteien« geworden ist, wenn also »Amtsträgern im Zweifel das eigene Hemd näher ist als der gemeinwohlorientierte Rock, verliert die bisher übliche einseitige Herausstellung des Repräsentationsprinzips ihre Schlüssigkeit. Dann gilt es, nach wirksamen Kontrollmechanismen Ausschau zu halten, und diese liegen eben in einer Aktivierung des Common sense der Bürger.« Hinweg die exklusiven Schwatzbuden, dem Volk das Wort: »Ohne Aktivierung des Volkes als der Reservepotenz in der repräsentativen Demokratie wird eine wirkliche Reform kaum zustande kommen.« Das Volk, der reale Gesamtstammtisch, wäre sicherlich nicht skrupulös, »Reformstau« wäre unbekannt (das Verbot der Todesstrafe vermutlich auch). »Wir sind das Volk«, krakeelt die »Zeit« auf der Titelseite: »Ein »Bündnis« täte not »gegen das lastende und lasterhafte Übergewicht der Parteien. Das Wahlvolk kann auf diese Weise das Kartell der Parteien überspringen ... Es kommt gar nicht darauf an, ob das Wahlvolk alle Gesetze selber beschließt, sondern lediglich darauf, daß auf politische Problemlagen überhaupt zügig reagiert wird. Allein die Möglichkeit eines Plebiszits würde dem Gesetzgeber Beine machen. Ein solches Modell würde gewiß dazu beitragen, die parteipolitischen Blockaden jeder größeren Gesetzgebung – etwa in der Steuerreform oder bei der Umstellung des Rentensystems – aufzubrechen.«

Am lautesten ruft der alternde Basisdemokrat Claus Leggewie nach der österreichischen Lösung, ohne jedoch das Unwort »Haider« in den Mund zu nehmen. Der »Bruch mit dem Staat der Eltern«, den Leggewie fordert, bezieht sich natürlich nicht auf den Staat seiner eigenen Eltern, ganz im Gegenteil. Nein, Leggewie macht sich zum Fürsprecher der »Generation Berlin«, zwang- wie lachhaft als 50jähriger nochmals die Losung seiner eigenen Jugend »Trau keinem über 30« vor sich

her tragend: »Nötig ist aber ein scharfer Bruch mit der politischen Kultur der alten Bundesrepublik ... Überholt ist der historische Dauerkompromiß vor allem in der Renten- und Gesundheitspolitik und die Beharrung der Sozial- und Tarifpartner im ›Bündnis für Arbeit‹ auf vermeintlich angestammten Rechten. Der Proporz, dessen Agonie man in Österreich gerade beobachten kann, darf nicht weiter durchgefüttert werden« (»Taz«).

Haiders Agitation – wie die der so ungemein viel respektierlicheren Politikwissenschaftler – gegen den »Parteienstaat« kombiniert und variiert zwei Grundkomponenten: die Handgreiflichkeit von Herrschaft, das Abstellen auf ihre Unmittelbarkeit im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, und den Rückzug des paternalistischen Interventionsstaates. Basisdemokratisch im Sinne von »Volkes Stimme«, »populistisch«, war der Faschismus von je her. Der Verzicht auf die Staatskonjunktur aber widerspricht dem Bild des klassischen Faschismus. Haider gelingt es, den Haß auf das Abstrakte zu nutzen, gleichzeitig aber den Faschismus von seinem sozialdemokratischen Vexierbild zu lösen, den militarisierten Interventionsstaat durch den militanten »schlanken Staat« zu ersetzen.

Daß der »ehrliche Jörg« sich »weniger als Vertreter einer Partei als einer Bewegung« (»Spiegel«) verkaufen kann, überrascht vor diesem Hintergrund nicht. Und sein Bekenntnis »Wir sind Österreichs neue soziale Demokratie« verweist auf das Ende der »alten sozialen Demokratie«, des sozialdemokratischen Keynesianismus, der die Bedürfnisse, die der klassische Faschismus rabiat befriedigt hatte, in zivileren Formen ruhigstellte (also den Rassismus durch Vollbeschäftigung sistierte), aber mittlerweile unterm Schuldenberg erstickt ist. Übrig bleibt allein das Bedürfnis, das nur allzu genau weiß, daß es nicht mehr sistiert werden kann, und deswegen aufs Abreagieren drängt. Glaubte ein Großteil der Deutschen und Österreicher tatsächlich, daß der »jüdische« Finanzkapitalismus ihr Unglück wäre, so hat sie 50 Jahre später die Verschiebung des »deutschen« Prinzips vom schützenden Staat hin zum guten Geld dessen belehrt, daß nicht die Rendite an sich, sondern die Staatsschuld und die Abgabenlast das Problem seien. Die klassische Projektionsfläche »Jude« ist deswegen in keiner Weise vergessen worden; dennoch scheint das modernisierte Ressentiment anders justiert zu sein als sein historischer Vorläufer: nämlich auf die »übermäßige« Konsumtion der vom Staat a) jenseits des unbedingt Lebensnotwendigen und b) jenseits der »richtigen« Volkszugehörigkeit subventionierten Klientel: Ausländer, Künstler, Parteien (hier tauchen dann auch die vom Staat »gehätschelten« Juden wieder auf).

Unter dem Motto »Wer ruiniert den Steuerzahler?« tobt sich die zeitgemäße Bestimmung des Völkischen aus: gegen die »multikulturelle Überfremdung, gegen die Bonzen in Bürokratie und Parteienkartell, gegen die freischwebenden Intellektuellen« (»Zeit«). Der direkte Volkswille regiert nicht mehr im Sinne der »positiven« Benutzung von Staat und Geld, sondern ausschließlich im Sinne ihrer »negativen« Benutzung als Erfüllungsgehilfen des Ressentiments – statt großangelegter Beschäftigungsprogramme gibt es die Abschaffung des Asyls, den Einwanderungsstop und – noch wichtiger – die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft erst nach zehn Jahren. Geschickt macht Haider sich das Phänomen zunutze, daß gerade diejenigen, die vom sozialen Abstieg am meisten gefährdet sind, jene verabscheuen, denen ein solcher bereits offensichtlich widerfahren ist. Welcher »Populist« außer Haider würde es wagen vorzuschlagen, die gesetzlichen Renten- und Krankenkassen in ein offenes Mehrklassensystem zu überführen? Und dabei ständig von »Eigenverantwortung« und »Selbständigkeit« zu sprechen, ohne zu kaschieren, daß, wer viel Risiko vermeiden wolle, eben auch viel bezahlen müsse? Schon der Nationalsozialismus selber war weniger eine sozialstaatliche Präventionsmaßnahme als vielmehr praktizierter Sozialdarwinismus: Den Volksgenossen wurde nicht vom Staat der Wohlstand oder die materielle Egalität garantiert, sondern sie wurden nur »von Natur aus« von »den anderen« unterschieden. Erst durch deren Vernichtung versicherten sich jene ihrer Gleichheit.

Für den Nationalsozialismus war eines noch prägender als Staatskonjunktur und Vollbeschäftigung, die natürlich zu Recht als klassische Kennzeichen des Faschismus der 30er/40er Jahre betrachtet werden müssen: das Bündnis von Mob und Elite. Der schreckliche Kern der »Wertegemeinschaft«, den der repräsentativ-demokratische Korporatismus der alten BRD ummantelte, liegt wieder offen zutage. Das Bündnis zwischen dem sozialneidischen Mob und der Elite, die es nach direkter, unrestringierter, nicht durch Kompromißlerei behinderte Durchsetzungsgewalt gelüstet, wird als »Berliner Republik« oder »neues Österreich« wieder geschmiedet. Das Ende der »Zwangsdemokratie« (Haider) läßt eine plebiszitär durchgesetzte Deregulierung erwarten, zu deren Kompensation immer neue Opfer für den mordlüsternen Neid und das Ressentiment gebracht werden müssen; symbolisch halten Berufsbeamte, Politiker und Verbandsfunktionäre her – real, also an Leib und Leben, trifft es »Tschuschen«, sexuell »Abartige« und sozial »Minderwertige«.

Eine ausführlichere Studie Uli Krugs über den autoritären Antietatismus erschien in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Bahamas«

Konkret 06/00, S. 30

Robert Kurz

Auschwitz als Alibi?

Der Autor des »Schwarzbuchs Kapitalismus« antwortet seinen Kritikern. Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie

Natürlich kann die zähe Weigerung, sich dem unausweichlichen wertkritischen Paradigmenwechsel der Kapitalismuskritik zu stellen, auch andere Formen annehmen als die einer klassenkämpferischen Nostalgie wie bei MG-Huisken. Der größere Teil der Restlinken hat es längst vorgezogen, sich von der expliziten Kritik der politischen Ökonomie leise zu verabschieden. Als Ersatzhandlung versuchen nicht wenige ideologische Heimwerker, die Ruine des unaufgehobenen Arbeiterbewegungsmarxismus mit allerlei inkompatiblen, vermeintlich »modernisierenden« Anbauten und Stützbalken zu verzieren: vom popkulturellen Räsonnement über die Kultursoziologie eines Bourdieu bis zum poststrukturalistischen »Diskurs«.

Der an sich berechtigte Impuls, den in der traditionell »ökonomistischen« (genauer: soziologistischen) Linken unterbelichteten kulturellen Aspekt kapitalistischer Vergesellschaftung kritisch aufzugreifen, hat in diesen Erscheinungsformen nichts mit einer Überwindung des obsolet gewordenen Arbeiterbewegungsmarxismus zu tun. Denn die postmodernen »Kulturmarxisten«, die eigentlich schon keine mehr sind, befinden sich höchstens mit ihren extravaganten Sonnenbrillen auf der Höhe der Zeit; theoretisch können und wollen sie sich in gar keiner Weise mit dem als historische Aufgabe anstehenden Übergang vom klassensoziologisch verkürzten zum wertkritischen Rahmen radikaler Gesellschaftstheorie vermitteln. Ganz im Gegenteil erleben sie diese Aufgabe genau wie die sitzengebliebenen Klassenkämpfer als Bedrohung. Die kulturelle Thematik erscheint nicht im neuen Kontext, sondern als dessen Abwehr, und verwandelt sich damit in eine reine Alibi-Veranstaltung. Der völlig unaufgearbeitete alte Ökonomismus wird so lediglich durch einen ebenso bornierten Kulturalismus ersetzt.

Besonders kraß tritt diese billige Auswechslung der theoretischen Reduktion beim Thema Auschwitz in Erscheinung. Der mehr oder weniger kulturalistisch orientierte Teil der Restlinken will ganz offensichtlich geradezu reflexartig jeden Versuch wegbeißen, die Faschismustheorie wertkritisch zu reformulieren. Hatte die Linke in der Vergangenheit das Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus vor allem auf krude sozialökonomische »Interessen des Kapitals« und/oder oberflächliche soziologische Transformationsprozesse des kapitalistischen Herrschaftsapparats in der Weltwirtschaftskrise zurückgeführt, während die Macht der biologistisch-antisemitischen Massenideologie ebenso unterbelichtet blieb wie die spezifisch deutsche Geschichte, so verschwindet nun genau umgekehrt der kapitalistische Bedingungszusammenhang des Nazi-Regimes in einem voraussetzungs- und zusammenhanglosen »rein deutschen« kulturell-ideologischen Sachverhalt.

Kein Wunder, daß aus dieser Ecke Günther Jacob das *Schwarzbuch Kapitalismus* besonders heftig attackieren muß. Denn darin wird ein systematischer Zusammenhang zwischen kapitalistischer Entwicklungsgeschichte und spezifisch »deutscher Ideologie« hergestellt (also nicht das eine gegen das andere ausgespielt). Als »marxistischen« Ausweis, beim einschlägig »geschulten« Publikum Einverständnis heischend, dekretiert Jacob, das *Schwarzbuch* sei »auf einer Revision der Marxschen Werttheorie aufgebaut« – ohne auch nur anzudeuten, was das heißen soll. Für das, was er selber noch zu sagen hat, braucht er allerdings überhaupt keine Werttheorie mehr, weder eine Marxsche noch eine revidierte. Mit der alten linksradikalen Kapitalismuskritik kokettiert er nur bei taktischem Bedarf; und der abgehalfterte 70er-Jahre-Marxismus wird als Spiel- und Vorzeigemarke allein zu dem Zweck hervorgeholt, den Begriff der politischen Ökonomie für die Entsorgung von deren Kritik zu bemühen.

Explizit figurieren bei Jacob die kritischen Begriffe der Wertvergesellschaftung nur noch als angeblich »durch den Holocaust unwahr gewordene Kategorien«. Fast hat es den makaberen Anschein, als fände die Ermordung von sechs Millionen Juden ausgerechnet darin ihren Sinn, daß gewissen deutschen Linken das Privileg beschert wird, die schäbig gewordene klassenkämpferische Identität locker kulturalistisch übertünchen zu können. Jacob ist kaltschnäuzig genug, Auschwitz nicht nur für die Beerdigung der radikalen Ökonomiekritik zu instrumentalisieren, sondern in diesem Sinne zu allem Überfluß auch noch Adorno als Kronzeugen aufzurufen, den er ansonsten in zentralen theoretischen Fragen als toten Hund behandelt. In Wahrheit hat die Kritische Theorie nie aufgehört, Auschwitz in vermittelter Beziehung zum warenproduzierenden System zu sehen, während Jacobs Position in genauer Umkehrung des bekannten Diktums von Horkheimer auf die Forderung hinausläuft: Wer von Auschwitz reden will, soll hinfort vom Kapitalismus schweigen.

Um seine Flucht in den Kulturalismus als überlegene Position darstellen zu können, greift Jacob zu einem fast unglaublichen Mittel: Er fälscht die Argumentation des *Schwarzbuchs* zum Nationalsozialismus um und lügt dem Publikum vor, dort stünde das exakte Gegenteil von dem, was tatsächlich gesagt wird. So behauptet er, das *Schwarzbuch* habe im Kern die »historisierende Erklärung« von Götz Aly mit positivem Bezug auf Nolte (!) übernommen, worin Auschwitz als singuläre Tat bestritten und in die allgemeinen Modernisierungsverbrechen des 20. Jahrhunderts eingeordnet wird. Genau umgekehrt arbeitet das *Schwarzbuch* gerade anhand der Geschichte der Zweiten industriellen Revolution die

entscheidende Differenz von Auschwitz zum sowjetischen Gulag wie zum Fordismus der USA heraus und rechnet dabei mit Nolte weitaus gründlicher ab als dessen linksdemokratische BRD-Hauskritiker. Jacob geht in seiner groben Fälschung noch weiter und behauptet, im *Schwarzbuch* werde die Vernichtung der Juden »funktionalistisch« als »Mittel zu einem anderen Zweck« (Modernisierung) dargestellt, aber dabei falle es dem Autor dann schwer, die »gewohnten Nutzenkalküle hinter den Erscheinungen« auszumachen, und »plötzlich« scheine »alles irrational«. Genau umgekehrt zeigt das *Schwarzbuch* (u. a. mit Bezug auf Moishe Postone), daß und warum Auschwitz mit keinerlei »Nutzenkalkül« erklärt werden kann, sondern in einer tiefen Irrationalität und in Ressentiments wurzelt, deren Elemente einerseits die Wertvergesellschaftung als solche von Anfang an gekennzeichnet haben, andererseits aber in Deutschland seit Herder und Fichte mit einem spezifischen Inhalt ausgebildet wurden: nämlich der kulturalistisch-rassistischen, blutsideologischen Legitimation der deutschen Nationbildung. Dieser Zusammenhang, der sich wie ein roter Faden durch das *Schwarzbuch* zieht, wird von Jacob vollständig eskamotiert.

Die Fälschung ist so offensichtlich, daß sie nicht als bewußtes denunziatorisches Kalkül unterstellt werden muß. Viel eher kann bei Jacob eine Art Wahrnehmungscrash vermutet werden, der auf sein eigenes Vorverständnis zurückzuführen ist. Als weiteres Opfer einstiger MG-»Schulung« hat er genau jenen positivistisch reduzierten Begriff von Wertvergesellschaftung, in dem diese wie bei Huisken in »rationalen Nutzenkalkülen« von »Klasseninteressen« aufgeht. Weil Auschwitz damit aber nicht erklärt werden kann, wird es für Jacob zur Widerlegung der Kapitalismuskritik. Jeder, der überhaupt einen Zusammenhang zwischen fetischistischer Wertform und Auschwitz herstellt, muß das Menschheitsverbrechen aus dieser Sicht auf »rationale Nutzenkalküle« reduzieren, und genau das liest Jacob dann in das *Schwarzbuch* hinein. Er merkt gar nicht, daß es sich um sein ureigenes Problem handelt, das er anderen anhängen will.

Deshalb erscheint ihm dann die Analyse des Antisemitismus mit Bezug auf die abstrakte Arbeit als »Einengung«, während es sich in Wirklichkeit um eine Erweiterung handelt. Denn dem Arbeiterbewegungsmarxismus mußte aufgrund seiner Positivierung und Ontologisierung der »Arbeit« nicht nur die antisemitische Projektion des negativ-abstrakten Charakters dieser »Arbeit« auf ein angebliches »jüdisches Wesen« entgehen, wobei seine Faschismustheorie auf »Klasseninteressen« verkürzt blieb; er enthielt auf diese Weise auch – und nicht erst seit den Ausfällen von Engels gegen die »Kuponschneider« – selber bestimmte Elemente der »politischen Ökonomie des Antisemitismus« (ohne damit einfach identisch zu sein). Erst eine radikale Wert- und damit Arbeitskritik kann diesen Zusammenhang aufdecken und gleichzeitig analog zu den allgemeinen Subjektformen von Konkurrenz und abstrakter Arbeit den klassenübergreifenden Charakter der antisemitischen Ideologiebildung (und der Ideologiebildung überhaupt) erklären. Die Marxsche Aussage, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, wird so von der klassensoziologischen Verkürzung befreit und auf die grundsätzliche kategoriale Formebene der Gesellschaft gehoben. Jacob dagegen läßt den analytischen Bezug zu dem auf einen »Wirtschafts«- und »Interessen«-Gegenstand reduzierten Wertbegriff bloß fallen, um das, was an Auschwitz erklärt werden kann, in eine kulturalistische Mystifikation zu verwandeln.

Nur im Sinne einer radikalen Kritik, die den Wert nicht wirtschaftstheoretisch verdinglicht, sondern als allgemeine Subjektform begreift, kann das Verhältnis von Kapitalismus, antisemitischer Ideologie und Holocaust überhaupt historisch bestimmt werden. Die moderne antisemitische Ideologie als solche ist dabei wie der Rassismus in der bürgerlichen Gesellschaft seit der Aufklärung nachzuweisen und insoweit ein universelles kapitalistisches Phänomen. Die Nazis integrierten nicht nur die sozialdarwinistische Ideologie des angelsächsischen Liberalismus, sondern eine ganze Reihe von repressiven Elementen der Modernisierung (darunter z. B. das Konzentrationslager). Insofern ist Auschwitz ein Bestandteil der gesamtkapitalistischen Geschichte. *Allein in Deutschland* aber wurde der Antisemitismus im Kontext der blutsideologisch legitimierten Nationsbildung ein *eliminatorischer*. Insofern ist Auschwitz ein wesentlicher Bestandteil der spezifisch deutschen Geschichte. Zur realen staatsprogrammatischen Praxis des industriellen Massenmords wiederum wurde dieser eliminatorische deutsche Antisemitismus eben nicht im 19. Jahrhundert, sondern erst im Kontext von Weltwirtschaftskrise und Nazi-Fordismus. Insofern ist Auschwitz *auch* ein Bestandteil der Zweiten industriellen Revolution. Es ist ganz falsch, diese Bezüge gegeneinander auszuspielen, wie etwa in der Suggestivfrage zum einschlägigen Workshop für das KONKRET-Sommergelage, ob der Holocaust »letztlich eine Folge der allgemeinen kapitalistischen Katastrophe« gewesen sei »oder« eine »Konsequenz des spezifisch deutschen Antisemitismus«. Das eine ist gar nicht ohne das andere zu denken.

In diesem Zusammenhang hat eine Analyse ihren Stellenwert, die wie Gerhard Scheits Buch *Verborgener Staat, lebendiges Geld* über die Dramaturgie des Antisemitismus im wertkritischen Kontext den spezifisch eliminatorischen Charakter dieser Ideologie durch die deutsche Kulturgeschichte hindurch verfolgt. Aber genau dazu ist Jacobs Kulturalismus grundsätzlich nicht in der Lage, denn in seiner poststrukturalistisch verflachten Weltsicht gibt es gar keine Geschichte mehr, jedenfalls nicht als Kontinuität eines sich entfaltenden Prozesses, sondern nur noch die Oberfläche einer bloß äußerlich aufeinander geschichteten »Jeweiligkeit« von zeitlichen Erscheinungen, die immer schon unmittelbar ihr eigenes Wesen sein sollen. In diesem Sinne löst Jacob Auschwitz nicht nur vom Kapitalismus, sondern sogar von der Kontinuität der deutschen Geschichte ab. Der Holocaust wird so gerade nicht polemisch gegen die apologetischen Historisierer als unaufgehobene

Geschichte begriffen, die nur durch eine kategorische Kritik der Wertvergesellschaftung zu überwinden wäre, sondern zu einem ahistorischen Spielzeug des »Diskurses« gemacht.

Auch das strukturelle Verhältnis von Wertform und Ideologiebildung kann erst der wertkritische Zugang erhellen. Weil für Jacob (wiederum im Einklang mit Huisken) die Beziehung von »automatischem Subjekt« und handelnden Menschen, von Subjektform und Willensinhalten ein Buch mit sieben Siegeln bleibt, muß er das *Schwarzbuch* so lesen, als würden darin nicht die Individuen, sondern die abstrakten Kategorien selber unmittelbar »handeln« und damit die realen Personen als willenlose Objekte »des Werts« entschuldigen. Während es aber hinsichtlich der sozialen Interessen gerade die subjektiven Willensinhalte selber sind, die in der objektivierten Subjektform der Konkurrenz weitgehend bewußtlos den Verwertungsprozeß exekutieren, verlangt die *Ideologiebildung* den Subjekten in derselben Form eine viel weitergehende Bewußtseinsleistung ab. Denn dabei handelt es sich ja nicht um den alltäglichen Vollzug, sondern um eine bewußt verarbeitende Reaktion auf die praktisch erfahrene Negativität und die Widersprüche der Wertvergesellschaftung.

Die ideologischen Willensinhalte sind deshalb im Unterschied zu den Institutionen von Geld, Markt und Staat auch keineswegs formal aus dem Wert »abzuleiten«. Wer die Irrationalität der Wertform projektiv antisemitisch und damit seinerseits irrational interpretiert, »will« das auch bewußt zwecks Entlastung von bedrohlichen Widersprüchen und ist insofern nicht argumentativ durch »Aufklärung« zu erreichen, sondern nur zu bekämpfen. Das ändert aber nichts daran, daß diese »frei gewählten« Inhalte erstens überhaupt nur in bezug auf das zu erklären sind, worauf sie eine keineswegs automatische oder zwangsläufige Reaktionsbildung des Bewußtseins darstellen, und daß diese Bewußtseinsinhalte zweitens immer eine bestimmte zusammenhängende (eben auch spezifisch deutsche) Geschichte haben. Jacob eliminiert beides; er löst die antisemitische Ideologiebildung wie ihre mörderische deutsche Variante von ihrem gesellschaftlichen Gegenstand ab und macht sie zu einem Akt der voraussetzungslosen Beliebigkeit. Damit landet er bei der reinen bürgerlichen Individualmoral, die Gesellschaftskritik durch ethische Imperative ersetzt – ein antireflexiv reduziertes Denken, das Konjunktur hat, weil es bestens zur mikroökonomischen »Wende« des Neoliberalismus paßt. Beim Blick durch die Thatcher-Brille kann dann nur noch das atomisierte Einzelsubjekt erscheinen – das »selbstverantwortliche Individuum«, und sonst gar nichts.

Fortsetzung im nächsten Heft. Thema: Krisentheorie

Robert Kurz verteidigte in KONKRET 5/2000 seine Thesen zum Thema Arbeit

Konkret 06/00, S. 32

Tjark Kunstreich

Neues von der Versöhnungsfront

55 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation: endlich Menschenrechte für Nazi-Mörder

55 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands im Zweiten Weltkrieg findet Deutschland endlich Frieden; jenen Frieden, in dem zu leben man den Nazi-Mördern ermöglicht hatte und auf den man selbst jahrzehntelang eben deshalb, selbst um den Preis außenpolitischer Beschränkungen, verzichtete.

Ein Beispiel gefällig? Im Mai feierte Carl-Friedrich Titho, der in Italien als Henker von Fossoli bekannt ist, im beschaulichen Horn-Bad Meinberg (Westfalen-Lippe) seinen 89. Geburtstag. Titho war Lagerkommandant des Konzentrationslagers Fossoli in Italien, nahe Modena, von dem aus Tausende Nazi-Gegner und Juden in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert und in dem Hunderte erschlagen und erschossen wurden. Ursprünglich war Fossoli ein italienisches Kriegsgefangenenlager gewesen. Die Deutschen kamen Mitte Februar 1943 und übernahmen, im Zuge des Zerfalls der Kollaborationsregierung und der Besetzung Italiens, das Lager. Mit der Ankunft der Deutschen beginnen die Deportationen der italienischen Juden. Primo Levi berichtet über die Deportation von Fossoli in seinem Bericht *Ist das ein Mensch?*: »Und es kam die Nacht, und man wurde gewahr, daß menschliche Augen so eine Nacht nicht erleben und überleben dürfen. Alle empfanden dies: Und keiner von den Wachen, kein Italiener und kein Deutscher, traute sich mitanzusehen, was Menschen tun, die wissen, daß sie sterben müssen ... Mit der absurden Präzision, an die wir uns später gewöhnen sollten, nahmen die Deutschen den Appell vor. □Wieviel Stück?□ fragte der Oberscharführer zum Schluß; und der Rottenführer stand stramm und meldete sechshundertfünfzig □Stück□, und alles stimme.« Nach der Zerstörung der Bahnverbindungen, wurde das Lager im Herbst 1944 in die Nähe von Bozen verlegt.

Zuvor war Titho in den besetzten Niederlanden tätig gewesen, wo er nach dem Krieg wegen der Beteiligung an der Ermordung von 70 sowjetischen Kriegsgefangenen und der Mißhandlung von holländischen Gefangenen zu insgesamt sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Er war unter anderem auch Fahrer des SD-Chefs in den Niederlanden, Wilhelm Harster. 1953 kam er, nach nur wenigen Jahren, frei. Seitdem genießt er die Zuwendung der örtlichen Volksgemeinschaft, die um seine Beteiligung an den Nazi-Verbrechen in Italien weiß und gern dabei »mittut« (G. Schröder), Sorge zu tragen, daß er dafür bis heute nicht vor einem deutschen Gericht erscheinen mußte. Vielleicht stieß Titho mit den Honoratioren von Horn anläßlich seines Wiegenfestes auf diese Erfolgsgeschichte an.

Der Durchhaltewille hat sich letztlich doch bezahlt gemacht. Die vormaligen Volksgenossen haben die vorübergehende Einschränkung ihrer Souveränität durch die Sieger mittels »Wirtschaftswunder« und Wohlfahrtsstaat kompensiert, bis sie mächtig genug waren, es mal wieder mit einem Krieg zu versuchen. Das Ende des Staatssozialismus und die Rückkehr der weltweiten innerkapitalistischen Konkurrenz waren die Voraussetzungen für die Wiedergeburt Deutschlands als Berliner Republik. Die will modern sein, aufgeklärt, demokratisch – mit einem Wort: zivilisiert. Um das zu beweisen, ist man bemüht, sich von der Nazi-Vergangenheit abzugrenzen, und hat zu diesem Zweck eine florierende »Erinnerungskultur« installiert. Aber das Ende des Schweigens zugunsten des Geplappers über die Vergangenheit fördert nur zutage, daß sich am Verhältnis zum deutschen Faschismus nichts geändert hat: Er ist und bleibt das beschädigte Ideal einer glücklichen Kindheit, etwas, das durchaus hätte gut gehen können, aber leider nicht hatte sollen sein.

Das gilt auch für Titho: 1963 war er von den Staatsanwälten der Dortmunder »Zentralstelle zur Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen« vernommen worden, die Ermittlungen wurden aber 1971 eingestellt. In dem Einstellungsbescheid heißt es, wie in so vielen anderen: »Dem Beschuldigten kann jedoch nicht mit hinreichender Sicherheit die Kenntnis davon nachgewiesen werden, daß die deportierten jüdischen Gefangenen später in den Konzentrationslagern getötet werden sollten.« Auch bei der Erschießung von 67 zu Geiseln erklärten politischen Gefangenen in Fossoli am 12. Juli 1944 (nach einem Partisanenangriff am 25.6.1944 in Genua) konnte das Gericht »keine Tatbestandsmerkmale des Mordes feststellen, insbesondere nicht niedere Beweggründe und keine grausame Tatausführung, so daß diese Exekution allenfalls als Totschlag anzusehen ist. Insofern ist die Strafverfolgung jedoch verjährt.«

Tithos Kamerad Erich Priebke hatte es nicht so leicht, hatte er doch den Fehler begangen, nicht rechtzeitig aus seinem argentinischen Exil ins wiedervereinigte Deutschland zurückzukehren. Aber auch er hat begriffen, was Demokratie und Menschenrechte für Mörder wie ihn bedeuten: wenn nicht Straffreiheit, so doch milde Behandlung. »Nach all diesen Verhören, endlosen Sitzungstagen und den schweren psychischen Belastungen, die ich erdulden mußte, ist es den Richtern der Strafvollzugsbehörde offenbar klar geworden, daß eine derartige Behandlung der italienischen Verfassung und dem Europäischen Abkommen über Menschenrechte widerspricht«, erzählte er in einem Interview der »Süddeutschen Zeitung« vom 3. Mai. »So haben sie mir im Februar 1999 Hausarrest bewilligt, weil es, ich zitiere, □eine sinnlose Strafverschärfung bedeuten und somit gemeingültiger Menschlichkeit widersprechen□ würde, □eine Person fortgeschrittenen Alters und zudem krank, wie das offenbar für Priebke zutrifft, in Haft zu halten.□«

Nach der Auseinandersetzung um die Auslieferung Priebkes an Italien und den späteren Prozeß, in dem er im Sommer 1996 zunächst freigesprochen, aber im Dezember 1998 doch noch zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, hatten italienische Journalisten eine Reihe alter Männer, die an den Verbrechen im deutsch besetzten Italien beteiligt waren, in Deutschland aufgespürt. So stellte die italienische Justiz 1995 Antrag auf Auslieferung des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Wolfgang Lehnigk-Emden, der zu dieser Zeit seinen Lebensabend als angesehener Ex-SPD-Bürgermeister und Ehrenvorsitzender des Karnevalsvereins der Kleinstadt Ochtendung in Rheinland-Pfalz verbrachte. Italienische Journalisten wurden mit Gewalt aus dem Ort entfernt, auch hier verteidigte man den hoch angesehenen Mörder. (Lehnigk-Emden hatte am 13. Oktober 1943 in Caiazzo bei Neapel ein Massaker unter Zivilisten angerichtet und 22 Menschen auf ungewöhnlich brutale Weise umgebracht, darunter fünf Frauen und zehn Kinder im Alter zwischen 4 und 14 Jahren – unter dem Vorwand, sie hätten dem Gegner Lichtsignale gegeben. Der Bundesgerichtshof entschied am 1. März 1995 nicht etwa, Lehnigk-Emden sei unschuldig, sondern seine Tat sei verjährt, gerade *weil* es sich um eine »Exzeßtat« gehandelt habe (s. Eberhard Rondholz in KONKRET 9/96).)

Im Sommer 1998 waren italienische Journalisten dann auch auf Titho aufmerksam geworden. In der Wochenzeitung »Cronache« erschien ein Interview mit dem Henker von Fossoli, in dem er seinen Eintritt in die SS 1932 damit begründete, daß er als Arbeiter in der Wehrmacht keine Chance auf eine Offizierskarriere gehabt hätte, und im übrigen bestritt, der Leiter des Lagers gewesen zu sein: »Ich war der Verwaltungsleiter, wie aus den Dokumenten klar hervorgeht.« Was kaum einen Unterschied macht, denn damit wäre er für die Zusammenstellung der Deportationslisten zuständig gewesen. Viel erschrockener waren die Journalisten über Tithos Nachbarn, die aus ihrem Wissen keinen Hehl machten: »Wenn man einen alten Mann verurteilt, besteht das Risiko, daß man ihn zum Opfer macht. Herr Titho hat schon seine Verurteilung gehabt. Er weiß, daß wir es wissen, alle. Niemand hat gefragt, und er hat nie darüber gesprochen«, gab einer von ihnen zu Protokoll.

Die Akten zu den Nazimorden in Italien waren erst im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Priebke vor drei Jahren zugänglich gemacht worden. Nun ermittelt das Militärtribunal in der Hafenstadt La Spezia seit 1998 gegen Titho wegen der Erschießung der Geiseln in Fossoli, und das Militärgericht Verona beantragte unlängst in Kanada die Auslieferung von Michael Seifert und Otto Seit. Beide waren in Fossoli Tithos Untergebene gewesen. Titho selbst aber wird nach Lage der Dinge auch seinen 90. Geburtstag in Freiheit verbringen. Eine Auslieferung ist nach dem Grundgesetz nicht möglich, und nach der Caiazzo-Entscheidung des BGH ist ein Prozeß in Deutschland mehr als unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist hingegen, daß Titho im nächsten Jahr mit Priebke wird anstoßen können: In der Hoffnung auf den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, der über seine Beschwerde bald befinden wird, verkündete Priebke, ganz alter Nazi, er wolle kein »Mitleid«, sondern »Gerechtigkeit«, auch wenn »die Drahtzieher der Inszenierung, die heute gegen mich stattfindet, die Wiesenthal-Zentren«, versuchten, das zu verhindern. Deswegen wende er, Priebke, sich »am Ende meiner Odyssee wieder dahin, wo mir das Leben geschenkt wurde. Ich denke an Deutschland, mein Heimatland.«

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 5/2000 über die kostengünstige Abwicklung der Folgen des deutschen Faschismus

Konkret 06/00, S. 34

Georg Fülberth

Die Sache mit Röhm

Nachdem nunmehr die dreibändige Nachlaß-Ausgabe der Schriften von Reinhard Opitz vorliegt, kann von der Opitz-Propaganda zur Opitz-Kritik übergegangen werden

Reinhard Opitz ist nicht wie ein Gemeinde-Denker zu behandeln, der gegen eine Welt von Feinden verteidigt werden muß. Seine Faschismus-Interpretation liegt nicht nur quer zum Mainstream, sondern auch zur Mehrheit der in der Linken vertretenen Positionen. Das muß diskutiert werden.

Was ist dran an der Monopolgruppen-Theorie?

Worum es dabei gehen muß, läßt sich anhand der unvollendet gebliebenen Expertise Opitz' zur Röhm-Affäre 1934 zeigen.1 Er widerlegt dort die These, damals sei ein sozialistischer Flügel der NSDAP ausgeschaltet worden. Röhm und Strasser waren seiner Meinung nach die Prätorianer eines Flügels des Monopolkapitals: Chemie- und Elektro-Industrie, Deutsche Bank. Bei der Kabinettsbildung am 30. Januar 1933 sei dieser nicht ausreichend zum Zuge gekommen und habe danach aussichtsreich auf eine Umgruppierung innerhalb des faschistischen Systems hingearbeitet. Im Juni 1934 aber habe die Gruppe Schacht-Thyssen-Göring (eine frankreichfeindliche Richtung vor allem der Montanindustrie) blutig zugeschlagen, nachdem es ihr gelungen sei, den bis dahin schwankenden Hitler auf ihre Seite zu ziehen.

Diese Interpretation ist nicht neu. Opitz übernahm sie, worauf er selbst hinweist, aus einer bei der Abfassung seiner Schrift (1979/81) noch ungedruckten Dissertation aus dem Jahr 1963 von Kurt Gossweiler2, mit dem er zusammenarbeitete. Sie beruhte auf der sogenannten Monopolgruppen-Theorie. Opitz stützte sich auf sie, war aber zugleich unzufrieden: »Diese politischen Fraktionen sind freilich nicht fest gegeneinander abgegrenzt, sie überschneiden sich vielfältig und verändern sich vor allem auch hinsichtlich ihres Umfanges entsprechend der jeweiligen politischen Situation. Daher sind gerade die bislang gründlichsten, von Historikern der DDR unternommenen Versuche, diese ›Monopolfraktionen‹ zu beschreiben und gegeneinander abzugrenzen, trotz der außerordentlich wichtigen archivalischen Materialien, die dafür erschlossen und vorgelegt wurden, auch durchaus problematisch und in der wissenschaftlichen Literatur zu Recht umstritten geblieben. (Dies gilt insbes. für die bisher bei weitem materialreichste Untersuchung über die Hintergründe der Röhm-Affäre, die bisher nicht als Buch veröffentlicht wurde, nur als Ms.Diss.)«.3 Gemeint war die Arbeit von Gossweiler.

Der Zweifel, welcher hier zum Ausdruck kommt, ist verständlich. Es handelte sich ja nicht etwa nur um zwei »Monopolgruppen«, sondern um mindestens drei mit mehreren Filiationen, Querverbindungen, schwankenden Gestalten und Überschneidungen. Die im Röhm-Band mit abgedruckten Exzerpte belegen Opitz' Anstrengungen, plausible und eindeutige Zuordnungen zu erreichen. Wer das nachvollziehen will, ist geneigt, nach einiger Zeit erschöpft den Griffel hinzulegen und Eric Hobsbawm zuzustimmen, welcher die Ansicht vertritt, daß der Faschismus »niemals Ausdruck des ›Monopolkapitalismus‹ oder Großunternehmertums gewesen«4 sei. Er führt im einzelnen aus:

»Was nun die ›monopolkapitalistische‹ These betrifft, so kann man nur sagen, daß das wirkliche Großunternehmertum mit jeder Art von Regime zurechtkommt, das nicht zu Enteignungsmaßnahmen greift, und daß jedes Regime mit dem Großunternehmertum zurechtkommen muß. Der Faschismus war kein stärkerer ›Ausdruck der Interessen des Monopolkapitals‹ als der amerikanische New Deal, die britischen Labour-Regierungen oder die Weimarer Republik. Das Großunternehmertum der dreißiger Jahre hat Hitler nicht ausdrücklich herbeigewünscht und hätte wohl auch einen orthodoxeren Konservativismus vorgezogen. Daher erhielt Hitler bis zur Weltwirtschaftskrise aus seinen eigenen Reihen auch nur geringe Unterstützung; und selbst in der ersten Zeit danach lief diese Unterstützung nur zögernd an und blieb relativ uneinheitlich. Aber als Hitler an die Macht kam, da kollaborierte das Großunternehmertum aus vollem Herzen und ging während des Zweiten Weltkriegs sogar so weit, Sklavenarbeiter und Häftlinge in den Konzentrationslagern für seine Geschäfte zu nutzen. Und das Großunternehmertum profitierte genauso wie die kleinen Geschäftsleute von der Enteignung der Juden.«5

Deutscher Sonderweg

Wir haben hier zwei Auffassungen von Marxisten, die einander strikt widersprechen. Wer unbedingt eine ideologische Einheit der Linken braucht, wird sich in Eklektizismus retten, etwa so: Mag das Großkapital mit sehr verschiedenen Formen bürgerlicher politischer Herrschaft zurechtkommen, so habe es die Weimarer Republik aber doch mehrheitlich abgelehnt und letztlich auf Hitler gesetzt.

Auf der Suche nach den Gründen für diese Besonderheit hält sich Opitz nicht bei Versailles auf, sondern greift weit zurück ins 19. Jahrhundert. Schon dort fand er eine spezifische Dynamik des deutschen Kapitals, welches anders als das britische,

französische und US-amerikanische sich nicht von Anfang an in einem bereits bestehenden Nationalstaat entfalten konnte, sondern dem das preußische Militär erst allerlei Königreiche, Kurfürsten- und Herzogtümer aus dem Weg räumen mußte und das dann, nach der Reichsgründung, auf die gleiche Weise das internationale System zu zertrümmern suchte.

Kann das Monopolkapital denken?

Damit kommen wir aber zu einer neuen Frage, nämlich: Wie soll man sich »das deutsche Kapital« als politisch handelndes Subjekt vorstellen? Geht das überhaupt ohne andere Akteure? Wie wichtig sind sie?

Unter den so zahlreichen Dokumenten des 1977 von Opitz herausgegebenen Bandes *Europastrategien des deutschen Kapitals* sind Äußerungen von fungierenden Kapitalisten weniger zahlreich als die Publikationen von Politikern und Intellektuellen. Was letztere angeht, so ist Bethmann Hollwegs Vorzimmer-Herr Kurt Riezler durchaus typisch für sie: ein halbliterarisches Talent, das sich zu Gedanken über die große Politik berufen fühlt. Ähnliches ließe sich über Heinrich Claß vom Alldeutschen Verband und den Sozialliberalen Theodor Heuss sagen. Im Vergleich zu den blutbeschwipsten Auslassungen des Pfarrers Friedrich Naumann während des Ersten Weltkriegs lesen sich die Memoranden der Herren Ballin, Duisberg, Röchling, Stinnes, Thyssen trotz der dort vorgebrachten großen Forderungen nachgerade buchhalterisch nüchtern. Die einzelnen Kapitalisten sind an ihren Unternehmenszweck gebunden, verlangen einen weiten Rahmen für diesen, aber sie schwärmen nicht. Wo sie allgemeiner argumentieren, wird allerdings schon jene deutsche nationaldarwinistische Rhetorik hörbar, die man nicht im Kontor lernte, sondern wenn man hauptberuflichen Ideologen zuhörte. Diese waren studierte und nichtstudierte Intellektuelle. Auch Hitler (in seiner Eigenschaft als Kommunikator) gehörte dazu, so sehr er auch gegen diese Menschengruppe hetzen ließ. Sie benutzten die für ihre Zeit typischen Medien: nicht nur Zeitungen, sondern auch Parteien und Verbände. Opitz weist nach, daß diese – auch die NSDAP – von Anfang an durch Großkapitalisten, die häufig sogar schon ihre Gründung unterstützten, finanziert und beeinflußt worden sind.

Dies bedeutet aber nicht, daß Monopolvertreter sich Vereine gehalten hätten, denen sie die Ideologie vorschrieben. Es wäre interessant, die Entstehungsgeschichten noch detaillierter zu eruieren, als Reinhard Opitz dies ohnehin tat. Dabei wird wahrscheinlich herauskommen, daß in der Regel intellektuelle Existenzgründer sich ihren Mäzen gesucht haben, von dem sie annehmen durften, daß die von ihnen propagierten Ziele mit den seinen übereinstimmten. (Eine Ähnlichkeit mit modernem »Fundraising« ist nicht ausgeschlossen.) Und auch da, wo Monopolisten selbst organisierend aktiv wurden, mußten sie nicht erst als Theoretiker auftreten – es genügte, wenn sie sich auf dem Markt aus dem schon vorhandenen Angebot bedienten. (Daß ein Industriekapitän zugleich selbständiger Ideologe gewesen ist, war sehr selten: Walther Rathenau.)

Die Deutsche Ideologie, auf welche zurückgegriffen wurde, entstand im Prozeß der später von Georg Lukács beschriebenen »Zerstörung der Vernunft«. Nietzsche war der gemeinsame Bezugs-Theoretiker – jetzt aber in einer zur chauvinistischen Tages-Agitation verkommenen Form.

Die herrschenden Gedanken waren nicht nur die Gedanken der herrschenden Klassen. Dies ergibt sich aus ihrem auch durch Opitz herausgearbeiteten demagogischen Zweck, gerade in der sozialen Frage. Antisozialismus und Expansionismus hatten die nichtmonopolistischen Klassen und Schichten zu berücksichtigen. Für deren Integration und Mobilisierung war eine relative Distanz zu jenen Eliten nötig, die auch einmal als »Plutokraten« und »Reaktion« beschimpft werden durften.

Um im Interesse der herrschenden Klassen funktional zu sein, bedurfte die faschistische Agitation eines Überschusses gegenüber dem letztlich zu verfolgenden ökonomischen Zweck. Sie hatte ein relatives Eigenleben und kann deshalb nicht ausschließlich als Nachvollzug bereits getroffener Entscheidungen der tatsächlichen Machteliten dargestellt werden. Dieses Moment der teilweisen Verselbständigung kommt bei Opitz nicht klar genug heraus.

Faschismus und Antisemitismus

Das wird unter anderem dort deutlich, wo er sich folgende Frage stellt: »Wie hingen im deutschen Faschismus der Antisemitismus, die Judenverfolgungspolitik und die Judenvernichtung mit den Interessen des Monopolkapital zusammen?«6 Auch hier behauptet er eine strenge ökonomisch und machtpolitische Funktionalität. Seine eigene Frage beantwortet er so: »Der für das Verständnis der Art des Zusammenhangs von ›Judenpolitik‹ und Kapitalinteressen im deutschen Faschismus schlechthin zentrale Punkt ist das von der Sache her tatsächlich zwanghafte Wechselverhältnis zwischen der demagogisch-antisemitischen Mobilisierung gegen die Arbeiterbewegung einerseits und der demgegenüber dann gleichsam ›nüchternen‹, jedenfalls hier keineswegs mehr die Funktion einer demagogischen Quid-pro-quo-Setzung erfüllenden Einschätzung der Juden aus großraumpolitisch-expansionistischer Sicht als ein reales ›Feind‹- oder Störpotential andererseits.«7

Diese Funktionsbestimmung erörtert nicht, daß das ideologische Material – der Antisemitismus – , welches in Deutschland in Bewegung gesetzt wurde, älter war als die politischen Zwecke, denen es jetzt diente. Nicht durch seine strategische Anbindung allein, sondern auch durch seine relative Selbständigkeit wurde es wirkungsmächtig.

Vier Ebenen

Das Problem, auf welches Opitz hier stößt und an dem er scheiterte, könnte klarer dargestellt werden, als er es tat, wenn vier Ebenen zu analytischen Zwecken auseinandergehalten würden, die historisch allerdings nicht völlig zu trennen sind.

Die erste besteht aus der monopolkapitalistischen Organisation einer bestimmten – im nichtfinalen Sinne »spä-

ten« – Phase der kapitalistischen Gesellschaft.

Die zweite sind die historisch und sozialräumlich (»national«) bedingten Mentalitäten, welche nicht ausschließlich auf diese zurückzuführen, aber mit dieser kompatibel und durch sie neu geformt sind. Im Falle Deutschlands zum Beispiel kann dabei an die dortige Art der Ausformung des Antisemitismus gedacht werden.

Wiederum hiervon zu unterscheiden, aber als mit beiden in einem Zusammenhang stehend zu betrachten ist – drittens – die Arbeit der Ideologen. Sie ist international gleichermaßen monopolkapitalistisch bedingt, aber auch durch nationale Besonderheiten geprägt.

Zuletzt – viertens – kommt die politische Aktion einschließlich der Propaganda, die einen Teil derselben darstellt. Sie macht sich die Mentalitäten zunutze, plündert das, was sie von den Ideologen gebrauchen kann, und bleibt zurückgebunden an die monopolkapitalistische Voraussetzung, ohne daß man dabei notwendigerweise an ein »Prinzipal-Agent«-Verhältnis (im akteurstheoretischen Sinne) denken muß.

Reinhard Opitz hat riesige Fakten-Massen über Ideologien und Organisationen ausgebreitet, um deren Funktionieren im monopolkapitalistischen Kalkül nachzuweisen. Er schuf dadurch die Möglichkeit, gerade diese seine Zentralthese zu relativieren, indem nämlich jener Überschuß sichtbar wird, der auf die Interessenwahrnehmung des Kapitals zurückwirkt.

Als Ideologie-Theoretiker war er am besten. Dies war sein Fach, nicht die Ökonomie.

Überarbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrags aus: Manfred Weißbecker/Reinhard Kühnl, (Hrsg.): Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen. Gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag. *PapyRossa Verlag, Köln 2000. 570 Seiten, 58 Mark*

Anmerkungen:

1 Reinhard Opitz: *Liberalismus, Faschismus, Integration.* Edition in drei Bänden. Band III: Die »Röhm-Affäre«. Herausgegeben von Roland Müller und Uwe Kawohl. Marburg 1999.

2 Kurt Gossweiler: *Die Röhm-Affäre: Hintergründe, Zusammenhänge, Auswirkungen.* Köln 1983.

3 Opitz: Die »Röhm-Affäre«, a.a.O., S. 172.

4 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.* 3. Aufl., München 1999, S. 166.

5 Ebd., S. 168.

6 Reinhard Opitz: *Faschismus und Neofaschismus.* Bonn 1996, S. 146.

7 Ebd., S. 152 f.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 5/2000 über die Gauck-Behörde und die Affäre Rosenbrock

Konkret 06/00, S. 36

Oliver Tolmein

Schlappe für Blair

Über den Sieg des Linkssozialisten Ken Livingstone bei den Londoner Bürgermeister-Wahlen

»Wir werden mit Ken Livingstone ein Stadtoberhaupt bekommen, dessen Herz bei Riots wie denen am 1. Mai, für die Seite der Steinewerfer schlägt, und nicht für die Polizei.« Auch diese Schreckensvision, die der Chef der britischen Konservativen zwei Tage vor den ersten Direktwahlen für das Amt des Londoner Bürgermeisters der Öffentlichkeit ausmalte, brachte keinen Stimmungsumschwung. Der Labour-Dissident Ken Livingstone, der als unabhängiger Kandidat angetreten war und dafür seinen Parteiausschluß in Kauf nahm, siegte mit überragender Mehrheit. Wofür diese Mehrheit steht, welche Optionen Livingstone in seiner Amtszeit wahrnehmen wird, sind Fragen, die die politische Diskussion auf der Insel beleben, die aber auch auf dem Kontinent wichtig werden können.

Livingstone ist eine schillernde Gestalt. Während seines Wahlkampfs kursierte eine immer länger werdende »best of«-Liste seiner Sprüche: Die Behauptung »Ich war immer ein Anhänger der direkten Aktion, und wenn wir damit gegen Gesetze verstoßen, dann sind die Gesetze eben falsch, und wir haben das Recht und die Pflicht, gegen sie zu kämpfen« charakterisiert ihn ebenso als Radikalen, wie sein Statement »Wir sind doch alle bisexuell« der anständigen, heterosexuellen Gesellschaft einen Schock verpaßte. Seine Erkenntnis, daß die IRA aus »Freiheitskämpfern« bestünde, hat er kürzlich erläutert: »So hat sich die IRA selbst gesehen. Sie waren bereit zu sterben – zehn haben sich zu Tode gehungert. Kriminelle machen so etwas nicht, das machen nur Menschen, die überzeugt sind, für ihre Freiheit zu kämpfen, und auf dieser Ebene muß man auch mit ihnen verhandeln.«

Weitaus weniger verständnisvoll beurteilt Livingstone die kapitalistische Weltwirtschaft. Für seine Feststellung »Jedes Jahr werden durch das internationale Finanz-System mehr Menschen ermordet, als im gesamten Zweiten Weltkrieg. Aber Hitler war wenigstens verrückt« wurde er von britischen jüdischen Gruppierungen scharf kritisiert, weil er den Holocaust damit verharmlost habe. Nicht weniger klare Worte hat Livingstone für den Kosovo-Krieg der Nato gefunden, den er unterstützte, und auch sein Eintreten für die schnelle Einführung des Euro in Großbritannien ist bei seiner linken Anhängerschaft auf Unverständnis gestoßen. Mit einer Zitatensammlung und einer Zusammenstellung seiner Positionen zu einzelnen politischen Themen ist dem Phänomen Livingstone nicht beizukommen.

Der Verweis britischer Kommentatoren auf Livingstones Hang zum Populismus und seinen enormen Drang zur Selbstdarstellung hilft, manchen politischen Schwenk dieses in der Labour-Partei groß und als Vorsitzender des Greater London Council (GLC) in der Ära Thatcher bekannt gewordenen Linkssozialisten zu verstehen. Die Konsequenzen seines gegen die eigene Partei durchgesetzten Erfolges für die Zukunft der Blairites lassen sich allerdings schlecht abschätzen.

Als Livingstone Anfang der achtziger Jahre dem Greater London Council vorstand, verfügte er über mehr Macht und Einfluß als heute mit der Position des direkt gewählten Bürgermeisters. Die City Councils waren einstmals die zentralen Schaltstellen für fast alle sozialpolitischen Fragen und die gesamte Infrastruktur, ausgestattet mit umfangreichen Kompetenzen, Steuern zu erheben und eigene Unternehmen zu gründen. Die Thatcher-Regierung und ihre Nachfolger, die Blairites, haben diese Kompetenzen systematisch zentralisiert. Livingstone hat als Londoner Bürgermeister zwar das Kommando über die Metropolitan Police, aber ansonsten sind ihm vor allem repräsentative Aufgaben geblieben und einige Kompetenzen, die früher die Bezirksverwaltungen hatten. Im Polizeibereich, der seit den Auseinandersetzungen wegen rassistisch geführter Ermittlungen hohe Aufmerksamkeit genießt, hat Livingstone denn auch gleich nach seiner Wahl ein deutliches Signal gesetzt: Er hat Lee Jasper, einen radikalen Vertreter der Black community mit der Zuständigkeit für die Metropolitan Police betraut. Jasper hatte noch vor wenigen Wochen erklärt, die Polizei sei nicht in der Lage, sich von innen heraus zu reformieren. Um den uniformierten Rassismus zu bekämpfen, müßte die Institution Polizei aufgebrochen werden.

Auch ein zweiter Mann in Livingstones Stadtkabinett, Kumar Murshid von der National Assembly against Racism, ist mit scharfen antirassistischen Attacken, insbesondere gegen Prinz Philipp, hervorgetreten. In anderen Personalfragen ist Livingstone deutlich weniger konfrontativ und sucht den Schulterschluß mit Labour, hat sich aber auch zur Aufnahme von Tory-Politikern in sein Stadtkabinett bereit erklärt. Seine auf die Größe der gemeinsamen Aufgabe und die Schaffung einer Großen Koalition zielende Rhetorik scheint durchaus nicht nur takisch motiviert. Livingstone hat erklärtermaßen zudem das Ziel, wieder in die Labour-Partei zurückzukehren.

Die Auseinandersetzung zwischen Blair und Livingstone über die Teilprivatisierung der Londoner Untergrundbahn wird die erste Probe darauf sein, wie weit der neue Bürgermeister die Konfrontation zu treiben bereit ist. Die Privatisierung verhindern zu wollen, war eine seiner wenigen klaren Aussagen während des Wahlkampfs. Mit der Regierung in dieser Frage zu kooperieren und sich nicht konsequent einer Privatisierung zu verweigern, ist dagegen eine Bedingung für die Kooperation, die die Labour-Fraktion in der Greater London Assembly Livingstone in Aussicht gestellt hat.

Die in nahezu allen Bereichen von »New Labour« initiierte Privatisierungspolitik, die unter dem Etikett »Public Private Partnership« (PPP) läuft, ist eines der zentralen Konfliktthemen zwischen der sozialistischen Linken in Großbritannien und den Blairites. Der Wahlsieg Livingstones hat die Auseinandersetzungen um diese spezifische Form der Deregulierung weit über London hinaus verschärft: Wenige Tage nach seinem Wahlerfolg haben Labour-Rebellen und Liberaldemokraten mit mehreren Aktionen im Parlament die Blair-Regierung in eine der ernstesten Krisen seit der Labour-Regierungsübernahme getrieben: Mit 99 Stimmen gegen 307 der Regierung (die Konservativen enthielten sich) erzielten sie einen Achtungserfolg gegen die geplante Teilprivatisierung der Luftverkehrskontrolle, 248 Stimmen brachten sie für einen Antrag zusammen, der den Transfer von staatlichem Eigentum, staatlichen Rechten und Verpflichtungen nur an Non-Profit-Unternehmungen erlauben und damit die Privatisierungspläne sabotieren sollte.

Beide Projekte zeigen aber auch, daß die Regierung Blair zwar angeschlagen, aber keineswegs handlungsunfähig ist. Zwar zeichnet sich in manchen Fragen ab, daß Blair nach so mancher auch innerparteilichen Schlappe nun gewisse Zugeständnisse an Old Labour zu machen bereit ist und die Modernisierungsrhetorik mit ein paar Formulierungen, die auf soziale Gerechtigkeit zielen, attraktiver gestalten wird. Eine grundlegende Kursänderung zeichnet sich jedoch nicht ab. Und daß Livingstone als neuer Star am Himmel von »Old Labour« einen Weg zurück nach vorne weisen könnte, erscheint unwahrscheinlich. Die Unruhe in Großbritannien wird größer, die Modernisierungspolitik bringt den Sozialdemokraten kein Glück. Aber die allgemeine Unzufriedenheit mündet noch lange nicht in einen Aufbruch.

Nach den Londoner Riots hat Livingstone sich klar auf die Seite von Law and Order gestellt: »Die Polizei hat angesichts des 1. Mai gezeigt, daß sie das Recht auf Demonstration schützt und daß sie ihre volle Kraft einsetzen wird, um diejenigen vor den Richter zu bringen, die Gewalt ausüben und Eigentum beschädigen wollen. Das ist genau die Balance, die eine gute Polizeiarbeit in London halten muß. Ich gratuliere den Verantwortlichen der Metropolitan Police für ihre besonnene und durchdachte Planung der Einsätze in den letzten Tagen.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 5/2000 über Gerichtsentscheidungen gegen die Kritik an Kriegsherren und -propaganda. Seine Homepage: http://www.tolmein.de

Konkret 06/00, S. 37

Selahattin Celik, Nora Mielke

Zurück in die Zukunft

KONKRET-Gespräch
Ein Gespräch mit Selahattin Celik über die Entwicklung der PKK vor und nach der Verhaftung Abdullah Öcalans

KONKRET: Vor genau einem Jahr fand auf der Gefängnisinsel Imrali der Prozeß gegen den PKK-Führer Abdullah Öcalan statt, der vor den Augen der erstaunten Weltöffentlichkeit beteuerte, er werde nun zum Wohl des türkischen Staates arbeiten. Er forderte die PKK zur Niederlegung der Waffen auf. Damals trösteten sich viele PKK-Anhänger mit der Hoffnung, es gäbe »hinter den Kulissen« einen Deal Öcalans mit dem Generalstab.

Celik: Zweifellos gibt es ein »Abkommen« zwischen Öcalan und der Türkei, allerdings handelt es sich dabei nicht, wie die PKK in ihrer Propaganda Glauben machen möchte, um ein Abkommen, in welchem die PKK als Verhandlungspartei akzeptiert worden wäre. Im Gegenteil: Der türkische Generalstab hat Öcalan dazu gebracht, sein Programm zu akzeptieren, und Öcalan hat es geschafft, dieses Konzept unter dem Etikett »demokratische Republik« auch der PKK aufzudrücken.

Sie selbst kennen Öcalan seit 1976 persönlich. Kam seine Wende für Sie überraschend, oder war sie eher die logische Konsequenz einer sich bereits vorher abzeichnenden Krise der PKK?

Die PKK hatte sich zu einer riesigen Organisation entwickelt, die während der 90er Jahre begann, das Kräfteverhältnis im Nahen Osten zu verändern. Sie verfügte über mehr als 10.000 Kombattanten und noch einmal soviel professionelle Kader und damit über Institutionen wie ein Staat mittlerer Größe, dazu gehörten eine eigene Fernsehstation, diverse Institute, Vertretungen in allen Teilen der Welt etc. Auch die Finanzen entsprachen in etwa dem Budget eines kleinen Staates. Gleichzeitig war der von der PKK geführte Aufstand der ausdauerndste und größte in der kurdischen Geschichte mit der breitesten sozialen Basis. Politisch war die PKK durch diesen Machtzuwachs überfordert und geriet so in eine Sackgasse. Dazu haben einige äußere Faktoren entscheidend beigetragen:

· In ihrer Anfangsphase als Guerillabewegung konnte die PKK von den Bedingungen des Kalten Kriegs profitieren. Infolge der Auflösung der Sowjetunion sowie des weltweiten Niedergangs der Befreiungsbewegungen wurde die PKK in dieser Region isoliert.

· Während des Golfkriegs 1991 haben die USA direkt militärisch in Kurdistan interveniert, und im Kurdistanplan der USA ist die PKK nicht vorgesehen.

· Das Militärbündnis zwischen Israel und der Türkei hat die PKK stark geschwächt, da es sich als ein Operationsbündis gegen die gemeinsamen »terroristischen« Feinde in dieser Region auch direkt gegen die PKK richtet.

· Die westlichen Bündnisse Nato und EU haben die PKK nie als politische Kraft akzeptiert, sondern lediglich als »Terrorproblem« behandelt, das mit polizeilichen Mitteln zu lösen sei.

· Auch innerhalb der Türkei erhielt die PKK keine Unterstützung der türkischen Linken oder der Werktätigen; der türkische Chauvinismus wirkt bis in die Reihen der Linken.

· Durch die massive Repressionspolitik, die Vertreibung der Landbevölkerung, die Entvölkerung der Dörfer sowie die unzähligen Morde der türkischen Contra wurde die Guerilla von ihrer Basis abgeschnitten. Auch die kurdischen Intellektuellen, die auf der legalen politischen Bühne eine Rolle hätten spielen können, wurden entweder umgebracht, vertrieben oder sonstwie mundtot gemacht.

Diese Faktoren brachten die PKK 1994/95 an einen Wendepunkt, an dem sie sich diesen Problemen hätte stellen und politisch darauf reagieren müssen. In dieser Situation war die Rolle Öcalans ausschlaggebend. Die PKK hätte die anstehenden Aufgaben nur lösen können, wenn sie eine Diskussion in ihren eigenen Reihen und eine wirklich kollektive demokratische Führung der entstandenen kurdischen Einrichtungen zugelassen hätte. Öcalan maßte sich bis zum Schluß an, sämtliche Fragen völlig selbstherrlich zu entscheiden, sogar die Entscheidung darüber, ob eine Frage überhaupt behandelt wird. Da diese Krise der PKK natürlich auch dem türkischen Generalstab bekannt war, der die Lage für sich auszunutzen verstand, wurde Öcalan zum Opfer des von ihm selbst geschaffenen Organisationsstils.

Am Tag nach Öcalans Verhaftung und Verschleppung ließ der Führungsrat der PKK verlauten, solange Öcalan sich als Geisel in Haft des türkischen Staates befände, wäre keiner seiner Aussagen bindend für die PKK. Nur wenige Wochen später schwenkte der Führungsrat der PKK auf Öcalans neue Linie ein.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Es gab keine Erfahrung, selbständig Entscheidungen zu treffen, über Jahre hatte Öcalan sämtliche Entscheidungen an sich gezogen, und niemand hätte es gewagt, auch nur einen Schritt zu tun, ohne sich zu fragen: »Was sagt der Vorsitzende dazu?« Bevor der Führungsrat sich überhaupt trauen konnte, die neue Lage ernsthaft zu

diskutieren, hatte Öcalan von Imrali aus »sein« Konzept geschickt. Letztlich hat sich der Führungsrat vor der Verantwortung gedrückt, die Probleme anzupacken, und das »Paket« aus Imrali akzeptiert.

Es kommt hinzu, daß ein Teil der heutigen Parteiführung sehr direkt von Öcalan abhängig ist. Diese Personen verdanken ihre Position dem Umstand, daß sie Öcalan bei seiner blutigen Herrschaft direkt unterstützt haben, indem sie z. B. bei der Ausschaltung anderer eine Rolle spielten. Sie sind quasi Geschöpfe Apos.

Im Januar dieses Jahres hat die PKK ihren 7. Kongreß durchgeführt und die meisten Forderungen aus Imrali akzeptiert: den bewaffneten Kampf dauerhaft einzustellen, die als »misaki milli« bezeichneten »unantastbaren« nationalen Grenzen der Türkei zu akzeptieren, die Auflösung der ARGK und der ERNK sowie den Verzicht darauf, die kurdische Frage gegen die Türkei auf die internationale politische Bühne zu bringen.

Angetreten war die PKK 1978 mit einem sozialistischen Programm, das in etwa den damaligen Programmen antikolonialer Befreiungsbewegungen in vielen Teilen der Welt entsprach. Im Laufe der Jahre hat sie sich immer weiter von diesen sozialistischen Zielen entfernt und auf eine stärker nationalistische Ausrichtung gesetzt. Warum und mit welchen Konsequenzen?

Die PKK hat sich während der 70er Jahre auf Grundlage der klassischen linken Thesen zum nationalen Befreiungskampf organisiert, was sich auch im Programm niederschlug. Vor allem die Arbeiterpartei Vietnams war ein Bezugspunkt für die PKK. Auf dem 3. Kongreß der PKK 1986 wandelte sich die Partei vollkommen zu einer nationalen Partei. Die sozialistischen Programmpunkte wurden gestrichen und durch eine nationale Programmatik ersetzt mit dem Anspruch, den Kampf in allen vier Teilen Kurdistans zu führen. Dies wirkte sich auch auf die Zusammensetzung der Partei aus, die starken Zulauf von Kurden z. B. aus Syrien bekam. Diese Linie galt bis etwa 1991. Dann führte das veränderte Kräfteverhältnis nach dem Golfkrieg zu einer wieder ausschließlich auf den türkischen Teil Kurdistans fixierten Politik; doch mit dem Verbot der Parteien HEP bzw. DEP (1993/94) erlebte die PKK auch dort starke Rückschläge. Faktisch schwankte die PKK seit 1995 je nach den Entwicklungen in der Region zwischen einer auf die Türkei und einer auch auf die anderen Teile Kurdistans gestützten Politik. Seit etwa 1993 versuchte die PKK mit allen Mitteln auf internationaler Ebene Druck auf die Türkei auszuüben, man bemühte sich verzweifelt um internationale Unterstützung z. B. aus den USA – vergeblich.

Inwieweit hat sich die soziale Basis der PKK im Lauf dieser Zeit gewandelt?

Von ihrer Gründung 1978 bis 1984 war die PKK eine Kaderorgansiation, die sich aus Jugendlichen, Studenten und Arbeitern zusammensetzte. Seit Aufnahme des Guerillakampfes 1984 kamen immer mehr arme Bauern und Jugendliche aus den Dörfern zur PKK. Und nach Beginn der Massenaufstände Anfang der 90er Jahre (Serhildan) schlossen sich dann mehr und mehr Menschen aus völlig unterschiedlichen sozialen Schichten der PKK an, Selbständige, Anwälte, Ärzte, Geschäftsleute etc. Auch die religiösen und kulturellen bzw. ethnischen Minderheiten Kurdistans schlossen sich der Partei an, Yeziden, Aleviten, Assyrer etc. Gleichzeitig erlebte die Partei einen Zustrom von Kurden aus anderen Gebieten, aus Syrien, dem Irak, aber auch aus Kasachstan oder Armenien. Dieser Massenzustrom führte zu einer völlig veränderten Zusammensetzung der PKK, was einerseits eine Bereicherung bedeutete. Aber gleichzeitig prallten nun unter dem Dach der PKK völlig unterschiedliche Erwartungen und Interessen aufeinander. Um all diese verschiedenen Gruppen lenken zu können, gründete die PKK diverse Institutionen – die legalen Parteien HEP, später die DEP, Berufsverbände, etc., sozusagen für jede der genannten Gruppen eine »eigene« Organisation. Die PKK wurde so zu einer populistischen Partei, schaffte es aber dabei nicht, sich zu demokratisieren. Die oben genannten Gruppierungen bildeten eine Art »Kasten-Allianz«: Öcalan und sein engerer Führungskreis stellten die oberste Kaste dar, was von allen anderen Kasten akzeptiert wurde. Aus Führung und Kadern dieser verschiedenen Organisationen entstand eine von der PKK bzw. Öcalan abhängige Aristokratie. So entfernte sich die Partei zunehmend von ihrer ursprünglichen sozialen Basis und den Interessen der Werktätigen bzw. der Landbevölkerung.

Wurde die PKK somit nicht letztlich Opfer ihrer eigenen Prinzipienlosigkeit? In der Anfangsphase als linke Organisation gab es doch auch Versuche, mit der türkischen Linken zusammenzuarbeiten?

Das ist eine zu harte Beschuldigung. Ich habe Faktoren aufgezählt, die die PKK zu einer Politik gebracht haben, die »prinzipienlos« erscheinen mag: das veränderte Kräfteverhältnis in der Region, die Präsenz der USA, das enorme Wachstum und die veränderte Zusammensetzung der Partei usw. Ein weiterer entscheidender Faktor liegt darin, daß die PKK in der Türkei wie auch im Nahen Osten allein gelassen wurde. Noch 1983 ging sie ein Bündnis mit der türkischen Linken ein, um eine gemeinsame Front zu schaffen – es war die türkische Linke, die dieses Bündnis aufkündigte. Während die PKK erstarkte, zur Massenpartei wurde und die Notwendigkeit einer politischen Lösung offenkundig machte, verlor die türkische Linke rapide an Einfluß, und in der türkischen Bevölkerung wurde der staatliche türkische Chauvinismus vorherrschend. Auch in den übrigen Staaten des Nahen Ostens gab es keine revolutionären Kräfte, die als Bündnispartner für die PKK in Frage kamen. So war sie gezwungen, allein zu agieren. Obwohl die PKK eine nationale Organisation ist, wäre es nicht gerechtfertigt, sie als nationalistisch zu betrachten. Das trifft weder auf ihre Ideologie noch auf ihre Praxis zu,

und die Solidarität und Teilnahme von Menschen anderer Völker an ihrem Kampf ist ein Beweis dafür. Derartige Anschuldigungen sind ein Vorwand, dem kurdischen Befreiungskampf die Solidarität zu verweigern.

Sie selbst sagten Ende Januar auf einer Veranstaltung in Hamburg, die kurdische Bewegung müsse lernen, ihren eigenen Chauvinismus zu überwinden. Was meinen Sie damit?

Da wir ein unterdrücktes Volk sind und in einer rückständigen Gesellschaft leben, in der uns elementare Menschenrechte vorenthalten werden, verlangen wir lautstark von anderen, uns diese Rechte zu gewähren. Dabei »vergessen« wir, diese Prinzipien in unserem eigenen »Machtbereich« ebenfalls zu akzeptieren. In den kurdischen Einrichtungen sowie in den Beziehungen der politischen Organisationen zur Bevölkerung steht immer das vermeintlich nationale Interesse an oberster Stelle. Das bedeutet in der Praxis, daß ein Kurde, dessen Rechte durch die PKK verletzt werden, sich an keinerlei Institution – auch an keine Menschenrechtsorganisation – wenden kann und z. B. in einer kurdischen Zeitung keine objektive Berichterstattung stattfindet, da dies als »Verrat an der nationalen Sache« angesehen würde. In der Realität sind diese vermeintlichen »nationalen« Interessen die Interessen der Organisation bzw. letztlich die persönlichen Interessen Öcalans. Wir Kurden müssen lernen, die demokratischen Rechte, die wir von anderen für uns verlangen, auch unter uns akzeptieren.

Aufgrund Ihrer Kritik an der neuen Linie wurden Sie im vergangenen August von einem »Strafkommando« überfallen und zusammengeschlagen; auch andere Parteikritiker wurden eingeschüchtert oder bedroht. Wie paßt das mit dem angeblichen »Demokratiekonzept« zusammen?

Seit einem Jahr wird in der Türkei ständig von Demokratie gesprochen: Sowohl der Staat und die türkischen Parteien als auch die PKK benutzen diesen Begriff, doch jede Seite versteht darunter letztlich nur die Fortführung der eigenen Politik und akzeptiert im Grunde demokratische Prinzipien nicht einmal im »eigenen Haus«. So hat der türkische Staat – auch unabhängig von der kurdischen Frage – kein Demokratiekonzept für die Türkei. Und die PKK müßte zunächst in ihren eigenen Reihen demokratische Umgangsformen zulassen. Aufgrund konstruierter, ungerechtfertigter Anschuldigungen wurden während der vergangenen 15 Jahre Hunderte von Mitgliedern der PKK getötet. Solange dieses dunkle Kapitel nicht aufgeklärt und aufgearbeitet wird und solange die betroffenen Familien nicht um Verzeihung gebeten werden, kann die PKK nicht von Demokratie sprechen. Weitere Hunderte (ehemaliger) Mitglieder wurden isoliert, verfolgt und bedroht, so daß sie sich nicht politisch betätigen können. Diese Maßnahmen müssen beendet und die Menschen rehabilitiert werden. Es ist absurd, wenn die PKK gegenüber dem türkischen Staat von Frieden spricht, aber die Drohungen gegenüber anderen kurdischen Organisationen nicht aufgibt.

Warum kommt es nicht zu einem Zusammenschluß der Opposition in der bzw. um die PKK?

Diese umfaßt ein sehr großes Potential: So gibt es heute mehr (ehemalige) Führungskader außerhalb der PKK als innerhalb. Allein in Europa leben sechs ehemalige Mitglieder des Zentralkomitees, zahlreiche Guerillakommandanten sowie weitere erfahrene Führungskader. Aus drei Gründen haben sie bis heute keine gemeinsame Oppsition gebildet: Zum einen gibt es, wie gesagt, in der PKK keine Tradition einer offenen Diskussion von Meinungsverschiedenheiten, es war innerhalb der Partei nicht möglich, gemeinsam einen alternativen Standpunkt zu vertreten. Zweitens wollten diese Oppositionellen, selbst wenn sie aus der PKK ausgeschlossen worden waren, sich nicht zum Werkzeug einer Spaltung der PKK machen lassen. Drittens waren die Chancen für eine vereinheitlichte Opposition bislang noch nicht so günstig wie zur Zeit.

Eine Opposition, wie ich sie mir wünsche, sollte keine neuen Spannungen schaffen und auf keinen Fall zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kurden führen, sondern auf Toleranz und gegenseitiger Achtung aufbauen. Wir wollen, daß die PKK ihre organisatorische Einheit behält, sich aber demokratisiert. Wir möchten, daß sie sich vom Imrali-Konzept verabschiedet und ein nationales demokratisches Programm entwickelt, das die anderen kurdischen Organisationen mit einschließt. Wir möchten, daß die PKK ihren auf die Werktätigen bezogenen sozialen Charakter zurückgewinnt und sich auch in ihren internationalen Beziehungen wieder auf linke und demokratische Kräfte bezieht.

Eine sehr wichtige Forderung ist, daß alle von der PKK verübten sogenannten Bestrafungsaktionen und Liquidierungen aufgeklärt werden und sie sich bei den Familien der Getöteten entschuldigt. Falls nötig, wären wir bereit, zu diesem Zweck eine nationale oder internationale Kommission zu bilden, um diese Ereignisse aufzuarbeiten. Anstelle der Spannungen und bewaffneten Auseinandersetzugnen zwischen den kurdischen Organisationen muß ein Dialog einsetzen, der auf gegenseitigem Respekt basiert. Leider hat die PKK bislang diesbezüglich keinerlei positive Signale gezeigt.

Mit Selahattin Celik sprach Nora Mielke

Zur Person:

Selahattin Celik gehörte der PKK seit ihrer Gründung an. Von 1980 bis 1986 war er Mitglied im Zentralkomitee, wurde jedoch von Öcalan von diesem Posten entfernt. Er blieb trotz oppositioneller Auffassungen bis 1997 in der PKK. 1997 kam es zum Bruch mit der Partei. Celik, der mehrere Bücher über den Krieg in Kurdistan veröffentlicht hat, wurde im August 1999 von einem »Strafkommando« der PKK überfallen und mißhandelt.

Konkret 06/00, S. 40

Joachim Rohloff

Buch des Monats

Eckhard Henscheid, Gerhard Henschel: Jahrhundert der Obszönität. Eine Bilanz. Alexander Fest Verlag, Berlin 2000, 608 Seiten, 39,80 Mark

Wer sich von ornithologischen Werken betrogen fühlt, weil es in ihnen so gut wie gar nicht ums Vögeln geht, den wird auch dieses Buch frustrieren; bedächtige Käufer des »Spiegel« hingegen sind gewarnt: Eckhard Henscheid, ein »giftiger Spaßvogel und Hanswurst in allen Gassen«, den »eine Nonsens- und promillehaltige Romanfolge« in den Siebzigern zum »Kultautor« machte, und Gerhard Henschel, der sich »die Sporen zum Satiriker« in der »Titanic« verdiente, zwei notorische »Humoristen« also, haben ein irgendwie enzyklopädisches »Pamphlet« geschrieben. *Jahrhundert der Obszönität* heißt es, aber »Sex – das könnte manch eiligen Käufer enttäuschen – spielt dabei nicht die Hauptrolle«.

Nun wissen wir wieder einmal mehr. Nämlich daß man sich, hält man nur lange genug beim »Spiegel« aus, zum Blödmann auch noch das Eichenlaub erwirbt. Obszön im hier zu beachtenden Sinne ist das wohl fast gar nicht. Wenn aber Rudolf Augstein, dessen einziges Verdienst darin besteht, daß ihm die Engländer eine Zeitungslizenz gaben, für seine unternehmerische Entscheidung, auf niedrigstem geistigen Niveau brumme das Geschäft am allerbesten, obendrein vom Bostoner Press Institute im Namen der Pressefreiheit und des investigativen Journalismus ausgezeichnet wird, dann müßte sich eigentlich irgend jemand schämen. Solange die Beteiligten nicht herangezogen werden, tritt ersatzweise die gesamte Gattung ein, und ein weiteres Stück Schamarbeit bleibt an unsereinem hängen, der zwar nicht schuldig ist, sich aber trotzdem schämt, nur weil er es gelesen hat und weiß.

Ob das soeben vergangene Jahrhundert das kurze oder das amerikanische war, das ideologische oder im Gegenteil das sozialdemokratische, das Jahrhundert des Wandels oder des Weltbürgerkriegs, womöglich sogar des Fußballs oder der Emanzipation, wird sich allen Bemühungen auch Henscheids und Henschels zum Trotz nicht endgültig entscheiden lassen. Einer aber hat ganz gewiß unrecht: »Mein Jahrhundert«, nämlich dem Günter Grass seins, war es nicht. Sondern vielleicht doch bloß das zwanzigste.

Fraglich bleibt also auch, ob der Begriff des Obszönen dazu taugt, das Jahrhundert auszuschöpfen. Obszönität übersetzen die Autoren ganz einfach mit Schamlosigkeit, und mehrfach zitieren sie Freuds Diagnose, der Verlust von Scham befördere im individuellen wie im kollektiven Leben den Schwachsinn. Die Auffassung davon, wessen man sich zu schämen habe, unterliege historischem Wandel: Während der ersten Jahrhunderthälfte galten vor allem die Sexualität und der nackte menschliche Körper als obszön. Erst in den sechziger Jahren, als die Studentenbewegung den Anspruch erhob, die Sexualität zu befreien, entstand ein Bewußtsein von der Obszönität herrschender Politik: »Nicht das Bild einer nackten Frau, die ihre Schamhaare entblößt, ist obszön, sondern das eines Generals im vollen Wichs.« (Ausdrücklich sei an dieser Stelle Beate Pinkerneil gedankt, weil sie Herbert Marcuses Satz in einem Beitrag für die »Kulturzeit« mit den Mitteln des Fernsehens illustrierte: Eine schöne Frau zog ihr Unterhöschen aus und lüpfte ihr Hemd so weit, daß ihre Schamhaare sichtbar wurden, und nach einem harten Schnitt paradierte ein amerikanischer Offizier. Da erst verstand ich. Denn ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Und hoffe nun auf jemanden, der mir mit ebensolchem pädagogischen Geschick den Kategorischen Imperativ und das Wertgesetz erklärt.)

Die Nackte wird endlich freigesprochen, fortan soll der General sich schämen. Und mit ihm jeder, sofern er nur ein bißchen blöd ist. Wer aber wäre das nicht? Den reformierten Obszönitätsbegriff wenden Henscheid und Henschel rückwirkend aufs ganze Jahrhundert an, schamlos wird dabei schließlich fast alles. Die großen Verbrechen jedoch muß dieser Begriff verfehlen, denn es wäre wohl einigermaßen albern, Hitler und Stalin vorzuwerfen, sie hätten sich ihrer Taten nicht geschämt. Obszön waren folglich nicht die Schwerstverbrechen, obszön waren die Propaganda, die Ausflüchte und die Gemütlichkeit in der Hölle.

Den Anspruch, eine Jahrhundertbilanz zu präsentieren, hätten die Autoren wohl besser ablösefrei Guido Knopp und dem »History Channel« überlassen, so wie sie die Suche nach einem »obszönitätsanalytischen Set, das in der immer noch strukturwandelnden Öffentlichkeit hätte gefunden werden können«, der »Süddeutschen Zeitung« überließen. Hinter diesem Anspruch steckt wohl auch der Wunsch, dem Millenniumsrummel mit einiger Verspätung hinterherzurummeln; zwei Kapitel mehr, und es wäre ein Jahrtausend der Obszönität herausgesprungen. Weil das Buch aber eine Unzahl gewichtiger Obszönitätsbrocken herbeischafft, lohnt sich die Lektüre allemal. Und mit fortschreitendem Alter, so scheint es, wird man sich selbst noch an Henscheids Neigung zur thematischen und stilistischen Redundanz gewöhnen.

Das deutsche Jahrhundert begann mit der zweiten Halbzeit der Regierung Wilhelms II., eines Rüpels, in dessen Oberstübchen wohl alleweil schwärzeste Finsternis herrschte. Die einschlägigen blutsäuferischen Reden sind bekannt, abseits der großen Politik, so zitiert Henschel die privaten Aufzeichnungen einiger Schranzen, ergötzten Seine Majestät sich an sadistischen Spielen: »Es ist überliefert, daß Wilhelm II. sich gelegentlich das Vergnügen machte, seine Ringe mit

den Edelsteinen nach innen aufzustecken, bevor er jemandem die Hand gab, um dann besonders kräftig zuzudrücken und sich an der Qual seines Opfers zu delektieren.« Spätestens 1914 vereinigten sich die Deutschen zur »Tumgemeinschaft« mit »Eigenpräge«, und es kam die große Zeit der Heldengesänge. »Französisch kann man bleiben auch im Verlumpen«, hieß es damals, »der verlumpende Deutsche wird undeutsch.«

In den zwanziger Jahren randalierte der deutsche Spießer auf obszönste Weise gegen den Sittenverfall. Es folgte »der allseits obszöne Nazikomplex«. Daß die Rote Armee in seinem Namen die Wehrmacht besiegte, sei das Beste, was sich über Stalin sagen läßt, sagt Henschel, und hält Ilja Ehrenburgs Aufruf, den Deutschen zu töten, doch für obszön. Gemeint waren aber nicht alle Deutschen, sondern nur alle Deutschen, deren die Rote Armee im Jahre 1942 habhaft werden konnte, also die Angehörigen der Wehrmacht, der SS und der Einsatzgruppen.

Einiges Schlechte, was man Stalin nachsagen kann, dichtete Johannes R. Becher: »Wenn sich vor Freude rot die Wangen färben, / dankt man dir, Stalin, und sagt nichts als: ›Du!‹ / Ein Armer flüstert ›Stalin‹ noch im Sterben / Und Stalins Hand drückt ihm die Augen zu.«

Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgten der kapitale Fall Strauß, der persische Schaft und seine deutschen Untertanen sowie allerhand spinnerte Maoisten fürs politisch Obszöne. Die Stasi, ein schwerstobszöner Betrieb von jahrzehntelanger Dauer, kommt bei Henscheid und Henscheleinzig im beiläufigen Zusammenhang Reiner Kunzes vor. Während der neunziger Jahre überwog, Henscheid zufolge, in der obszönen Abteilung allmählich erneut die Sexualität. Nicht weil sie plötzlich wieder an sich obszön geworden wäre, sondern weil die allgemeine Bereitschaft, auch noch das letzte intime Geheimnis auf den Markt zu werfen, sich mit dem beständigen Mediengequatsche vom Sex zu einem riesigen Verblödungsapparat aufbaute. Der Befund galt, solange Frieden herrschte.

Im Frühjahr 1999 aber trat an die Stelle der nackten Nervensäge wieder der General im vollen Wichs, und es stellte sich heraus, daß die obszönen Mechanismen der Kriegspolitik noch ebensogut funktionierten wie zu Beginn des Jahrhunderts. Milosevic war Alkoholiker, »meist sitzt er allein in einem dunklen Zimmer«, wußte die »B.Z.«. »Bis zu zwei Flaschen Schnaps trinkt er dort am Tag. Ganz allein.« Es sei doch ziemlich seltsam, kommentiert Henschel, »daß von Alkoholikern für Alkoholiker produzierte Zeitungen Frontstimmung gegen einen Politiker machen konnten, indem sie ihn als Alkoholiker bloßstellten«. Dessen Frau eine Hexe und dessen Sohn ein Playboy war: »Spirituosen, Betten, Hexen, Mädchen, Macht, Musik, schnelle Autos, Pistolen und Petticoats: Hier tat sich ein Sündenpfuhl auf, in welchem sich die lüstern und entrüstet davon Berichtenden und die verhinderten Lottokönige unter ihren Lesern ja nur zu gerne einmal gewälzt hätten. Da sie es nicht konnten, wollten sie den Pfuhl bombardiert sehen. Die Nachricht, daß Milosevic jr. schnelle Autos und schöne Frauen liebe, verschaffte der Kriegspolitik der Nato möglicherweise mehr Zustimmung als jedes Gerücht über Konzentrationslager.«

Natürlich begrüßt man auch in diesem Buch, wie schon in der *Kulturgeschichte der Mißverständnisse*, freudig oder widerwillig ein paar alte Bekannte. Oliver Schmitts wunderschöner Gastbeitrag über Roman Herzogs paradigmatische Ruck-Rede und ihre Rezipienten erschien vor Jahren in der »Titanic«, nun liest man sie mit Vergnügen ein zweites Mal. »Eliten müssen sich durch Leistung, Entscheidungswillen und ihre Rolle als Vorbild rechtfertigen«, hatte Herzog dekretiert, und Manfred Bissinger, den präsidialen Anstoß fortdenkend, bat einige vorbildliche Leistungs- und Entscheidungsträger um »Visionen gegen den Stillstand«. So kam ein revolutionäres Manifest in die Welt, seine Verfasser aber waren durch die Bank »professionelle Abräumer, Gewinnler und Bereicherer, Schnorrer und Mitnehmer«. Henscheid mag selbstredend auf seine Lieblingsfeinde nicht verzichten: Luise Rinser, Uta Ranke-Heinemann, Unseld, Grass, Reich-Ranicki usf. Vor drei Jahren waren sie noch irgendeinem Mißverständnis aufgesessen, diesmal werden sie halt sub specie obscenitatis hingemacht. Selbstverständlich sind sie alle dumm und schamlos, man kann es aber inzwischen nicht mehr hören.

Obwohl das Jahrhundert der Obszönität endlich vorüber ist, schreiben die Spießer und die Medienidioten das obszöne Tagebuch unermüdlich fort. Heute, am 8. Mai, steht in Frankfurt/Oder eine 24jährige Floristin wegen zweifachen Kindesmords vor Gericht. Die Nachbarn haben die Schreie zwar gehört, sich aber nichts dabei gedacht. Nun fordern sie, als wütender Mob auf den Fluren versammelt, die härteste Strafe. Der Pressesprecher nennt das Verhalten der Angeklagten, die ihre beiden Söhne verdursten ließ, »Egoismus pur«. Und nur ein »egoistisches Highlight« könnte noch um einen Zacken obszöner sein.

Konkret 06/00, S. 42

Thomas Becker

In diesem Sinne - Pinochet in Kiew

Die Demokratie bringt die Ukraine auf keinen grünen Zweig, entschied der Präsident zornig – ich schaffe sie ab. Jahrelang schon hatte sich Leonid Kutschma mit widerspenstigen Parlamentsabgeordneten herumgeschlagen. Als zu Beginn des Jahres der Internationale Währungsfonds und die Weltbank ungeduldig drohten, dem Land die Kredite zu streichen, packte den Präsidenten die Panik.

Im Januar enthob er kurzerhand den Parlamentssprecher der Opposition seines Amtes. Als sich die Opposition dieser Amtsanmaßung widersetzte und sich im Parlamentsgebäude verschanzte, ließ er dieses von der Polizei umstellen. Eine Volksbefragung entschied dann im April, daß der Präsident die Auflösung des Parlaments verfügen könne, falls es binnen eines Monats keine Mehrheit für das Regierungsprogramm zustande gebracht oder binnen drei Monaten keinen Haushalt verabschiedet habe. Eine unabhängige Kommission stellte zwar zahlreiche Manipulationen bei der Abstimmung fest, doch hatte die OSZE wohlweislich keine Beobachter in die Ukraine geschickt, die etwas hätten bemerken können.

Die deutsche Presse lobte die ukrainische Regierung für die »radikalen Reformen« (»Süddeutsche Zeitung«), der für die Erweiterung der Europäischen Union zuständige Kommissar Günter Verheugen stellte der Ukraine eine »partielle Mitgliedschaft« in Aussicht, und die amerikanische Außenministerin Madelaine Albright brachte bei ihrem Abstecher nach Kiew 200 Millionen Dollar zur Belohnung mit. Für die mächtigen Partner des von Armut und Aids gebeutelten Landes ist Kutschma der geeignete Handlanger. Seine Diktatur soll die Opposition, die auf ein Bündnis mit Rußland setzt, und die ein Viertel der Bevölkerung zählende russische Minderheit in Schach halten. Beim Zugriff der Nato-Staaten auf die Rohstoffe im Kaspischen Meer will Kutschma den Wächter an den Versorgungswegen spielen. Im April vereinbarte die Ukraine mit Georgien und Aserbaidschan den Bau einer Pipeline, die russisches Territorium umgeht. Zeitgleich unternahmen die drei Länder eine Militärübung, die einen fiktiven Angriff auf die geplante Pipeline abwehren sollte. Nato-Generalsekretär George Robertson sprach schon auf dem Treffen der Nato-Botschafter im März in Kiew von einem »historischen Ereignis«.

Konkret 06/00, S. 42

Klaus von Raussendorff

In diesem Sinne - BND im Kaukasus

Was trieb eine Delegation des Bundesnachrichtendienstes Mitte März nach Gudermes und Grosny zu Gesprächen mit ihren »Partnern« vom russischen Inlandsnachrichtendienst FSB? Ein Beweis dafür, »daß der BND von Anfang an auf Seiten der russischen Aggression gegen das tschetschenische Volk Partei ergriff«, wie sogar die DKP-Wochenzeitung »UZ«, ausgerechnet mit Verweis auf »bestens bewährte Zeugen: Claudia Roth und Cap Anamur«, feststellte?

Gegenseitige Besuche von Geheimdiensten seien die Regel, ließ der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums Büttner (CDU) nach Anhörung des BND-Chefs Hanning verlauten. Der Besuch Hannings habe »deutschen Interessen« gedient. Daß er der russischen Seite Informationen geliefert habe, die diese im Tschetschenien-Krieg verwenden könnte, wurde glaubhaft dementiert.

Nach Presseberichten ging es in den Geheimdienstgesprächen um die medizinische Behandlung verwundeter Tschetschenen in Deutschland (u.a. war der inzwischen vom FSB verhaftete Terrorist Rudajew mehrfach hierzulande operiert worden); ferner darum, »daß auf deutschem Boden ehemalige ›Spezialisten der Bundeswehr‹ tschetschenische Sprengmeister und Pioniere ausgebildet hätten« (Würzburger »Tagespost«); schließlich um westeuropäische Firmen, »die den Tschetschenen finanzielle Hilfe leisten«.

Bisher war der terroristische »Vorstoß in den weichen Unterleib Rußlands« (so die Kritik von CDU-MdB Wimmer) von engen US-amerikanischen Verbündeten wie der Türkei, Saudi-Arabien und Jordanien unterstützt worden. Die USA hatten die fundamentalistischen Banden seit Ende der 70er Jahre zu einem Faktor internationaler Politik gemacht. Doch kürzlich war die »Bedrohung der Stabilität der Region durch islamische Terroristen« das »zentrale Thema« (»FAZ«) der Reise der US-Außenministerin nach Mittelasien. Frau Albright versprach Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan Millionen von US-Dollars für Ausrüstung und Ausbildung von Kämpfern gegen die Mudjahedin. Gestern Bewaffnung von »Freiheitskämpfern«, heute Verfolgung derselben als »Terroristen« ...

Besagte »deutsche Interessen« in der Ölregion markierte der Bundeskanzler kürzlich mit seinem Auftritt in Georgien, dem Land, das Präsident Schewardnadse zu einer kaukasischen Nato-Bastion gegen Rußland ausbauen will. Von Tiflis aus warnte Schröder den russischen Präsidenten »vor einer Fortsetzung seiner Kaukasus-Politik« (»FAZ«). Hatte Putin doch gerade dem islamischen Terrorismus und dessen ausländischen Förderern eine schwere militärische Niederlage beigebracht. Damit hat Moskau seine Stellung in der Region gefestigt. Nun gilt es zur Schwächung Rußlands begleitend auch von innen anzusetzen – z.B. durch den BND

Konkret 06/00, S. 42

Justus Wertmüller

In diesem Sinne - Fücks und Foxi in Teheran

Es gibt Leute, die lernen es nie, zum Beispiel linke Exil-Iraner. Statt zu verzeihen und optimistisch in die Zukunft zu blicken, beharren sie haßverzerrt auf ihren dogmatischen Standpunkten. Ganz anders dagegen Ralf Fücks, früher KBW-Guru, heute Chef der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung. Als Hausherr einer Iran-Konferenz im April in Berlin hatte er neben rotgrünem Establishment auch Vertreter des sogenannten Teheraner Frühlings eingeladen. Man verstand sich, nicht ohne Grund: Gastreferent Akbar Gandschi etwa hat es von einer Spitzenkraft des revolutionären Terrors (Mitbegründer des Chomeini-Geheimdienstes 1980) zum reformfreudigen Journalisten gebracht, kann also auf etwa dieselbe Karriere wie der frühere Pol-Pot-Liebhaber Fücks zurückblicken.

Wer die Stimmung beim grün-grünen Honeymoon verdorben hätte, weil er selbst den Pasderan nur mit Mühe entkommen war oder eine zu Tode gesteinigte Freundin in Persien hatte zurücklassen müssen, war zur Konferenz gar nicht eingeladen worden. Als die ausgesperrten Exilanten sich dennoch massiv Beachtung verschafften, war das Urteil klar: »Auffällig war, daß die Redner aus dem Iran ein deutlich aufgeklärteres Demokratieverständnis erkennen ließen als ihre Gegner im Saal« (»Taz«).

Kaum in den Iran zurückgekehrt, wurde der Konferenzteilnehmer Akbar Ganij wegen des Zitats »Chomeini wird im Museum enden« – das nicht von ihm stammt, sondern ihm vom »Tagesspiegel« in den Mund gelegt wurde – in Haft genommen. Noch die ärgsten Vorwürfe der exilierten Kritiker hatten sich bestätigt: Deutsche Medien dichten zur Rechtfertigung des Schmusekurses den iranischen Reformern einfach an, was die gar nicht sagen wollen, und setzen ihre Hoffnungsträger dadurch skrupellos der Verfolgung aus. Doch Dialog mit dem Islam geht anders: Die linken Kritiker eines Terrorregimes werden schnurstracks mit ihm gleichgesetzt. Die Ex-Terroristen und langjährigen Mitmacher erscheinen als Opfer ihrer Opfer. »Verlust der Mitte«, titelte die »Süddeutsche« konsequent und faßte zusammen: »Iranische Extremisten von links und rechts bedrängen die Reformer.«

Zur Erinnerung: Über die »Extremisten von links« auf der Berliner Konferenz weiß die deutsche und iranische Öffentlichkeit eigentlich nur, daß eine Frau im Bikini getanzt und ein Mann sich nackt gezeigt hätten. Iraner, die nicht mit »Gesichtspelz und Kopfwindel« (Sokolowsky) oder einem Sack mit Sehschlitzen ausgerüstet sind, sind im neuen Kritischen Dialog Berlin-Teheran unerwünscht. Darauf gibt es Brief und Siegel vom zuständigen Imam, ob er jetzt Fischer heißt oder Chatami.

Konkret 06/00, S. 43

Peter O. Chotjewitz

em eutschen olke

Kulturkolumne

Manche Begriffe können einem leid tun: Das Wort »Österreicher« zum Beispiel. Wir denken an Thomas. Wenn es früher heikel wurde, sagte er einfach: »Was schaun Sie mich so an. Ich bin Österreicher.« Heute wäre er lieber ein Deutscher. Oder: Lange Zeit hörte man nichts über die Schweizer. Die Kumpanei ihres Bundesrates mit der Hitler-Regierung tat ihren Käsesorten keinen Abbruch. Heute errechnete ein Umfrager, daß sie zu 68 Prozent aus Antisemiten bestehen. Nun sind sie bald reif für die EU.

Im Interregio »Peter Vischer« traf ich einen Herrn Dr. Fischer aus Nürnberg. Er reichte mir seine Visitenkarte: »Mitglied im Bundesverband Holzpfähle, Palisaden und Zäune e.V.«. Wir kamen deshalb bald auf Fini, Haider und so weiter, und da ich sicher war, daß er, wie alle anständigen Deutschen und Europäer, was heutzutage dasselbe ist, die Sanktionen der EU gegen Österreich bejahen würde, machte ich einige vorsichtige Bemerkungen.

»Man darf den kleinen Mann auch nicht überfordern«, behauptete ich etwa. »Irgendwann merkt er, daß er lebenslänglich nie die Wahl hatte in Anbetracht der großen Koalitionen, die bei uns derzeit aus dem antagonistischen Doppelpunkt Schroider und Stöber bestehen und in Felix Austria aus der erprobten Klima-Schüssel, und da passieren solche Unfälle wie die FPÖ. Bei uns früher kriegten die Frauen auch immer neun Monate nach der Kirmes ein Kind, und keiner wollte der Vater sein.«

Daß ich vorsichtig war, hatte gute Gründe. Man ist ja selber ziemlich ratlos. Bin ich für die Sanktionen gegen Österreich, sitze ich in einem Boot mit Jacques Chirac, der eine Menge rechter Zecken im Pelz hat und nicht eben ein Linksliberaler ist. Bin ich dagegen, schickt mir die CSU einen Aufnahmeantrag, und ich krieg' womöglich noch den Preis der Adenauer-Stiftung, den ich eigentlich nie haben wollte.

Gefallen hat mir auch, wie Haider neulich die rundum populistischen Sülzen im Fernseh-Talk blamiert hat – also der mit Zitaten belegte Nachweis, daß er sich meinungsmäßig nicht von den bekannten Äußerungen führender Sozialdemokraten in der Ausländerfrage unterscheidet. Andererseits ist es irgendwie schizophren: Ich kann mich nicht über moralisch verkommene Charaktermasken wie Scharping, Otto Schily und Jörg Schröder (Verzeihung: Gerhard) echauffieren, und dann sage ich, was in einigen Lokalen im Bohnenviertel inzwischen fast jeder weiß, nämlich, daß ich die ganze Aufregung nicht verstehe.

Ich sagte also vorsichtig: »Immerhin ist er ja wohl gewählt worden, der Herr Haider. Und wenn ich mir Herrn Bush im amerikanischen Vorwahlkampf angucke – mit dem seinen Äußerungen könnte er nach den derzeitigen EU-Richtlinien für korrekte Xenophobie nicht mal Ortsvorsteher in Saumlos werden.«

Da hatte ich mich aber geschnitten. Natürlich ist auch der Verband der Palisadenbauer uneinig, aber Dr. Fischer war sich einig und rief: »Aber mein Lieber! Auch Hitler ist in freien Wahlen von knapp der Hälfte der Deutschen gewählt worden.«

Das war ein Argument. Seit Sokrates bzw. Platon wissen wir (wenn ich mich nicht irre), daß der Wählerwille des Volkes nicht die oberste Instanz sein kann und daß es noch darüber rangierende Rechtssätze gibt. Was Österreich betrifft, so belehrte er mich, sei es ein Fehler gewesen, den Staat in die EU aufzunehmen. »Schon Bismarck wollte die Österreicher notfalls mit Waffengewalt daran hindern, dem deutschen Bund beizutreten, als sein Chef, Wilhelm eins, meinte, er würde gerne hoch zu Roß an der Spitze der preußischen Truppen in Wien einmarschieren.«

»Und was ist mit Niedersachsen?« wandte ich ein. »Kennen Sie das Niedersachsen-Lied?« Er winkte ab. Ich insistierte unrein: »*Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen. Heil! Herzog Widukinds Stamm!* Wenn das keine ethnische Säuberung ist. Wie muß man sich da fühlen in Jever als Schwarzer oder auch nur als Rheinländer? Und aus diesem Land stammt unser Bundeskanzler und hat dem vermutlich auf tausend Dorffesten gelauscht, ohne zu protestieren, weil das Stimmen kosten würde.«

»Das ist billige Polemik«, konterte er, als ob es auch teure geben würde. »Was die Menschen denken, ist egal. Es ist aber die Aufgabe der Politik zu verhindern, daß ihr Denken zur Praxis wird.«

Ach, ich liebe Gespräche im Taxi oder in der Eisenbahn. Kein Philosoph, kein Romancier wird je in Worte fassen, was die Menschheit alles denken kann. Vermutlich deshalb ist die neue Kurzdiktion mit ihrem *echt, ey, cool, fett, voll, geil, alles klar* so erfolgreich, weil das Denkbare längst unsäglich ist.

Am Tresen in einer Nürnberger Vorstadtkneipe hatte ich erst gestern nacht wieder ein Gespräch über die Frage, ob Putins Handbewegung auf dem Bild in »Bild« mit der Unterschrift »Der neue russische Präsident grüßt das Militär« Ähnlichkeit mit dem Hitlergruß habe. Von Tripolis bis Moskau ist für einen deutschen Außenminister immer noch näher als von Berlin nach Sanssouci. Aber kommen wir zur Quintessenz:

Ich bin 1948 aus der Schule gekommen, wie man bei uns in Nordhessen sagen würde, und kann deshalb eins bestätigen. Die Bundesrepublik hat sich von Anfang an hohe Nazis und Verbrecher in hohen Regierungsämtern geleistet, und Walter Ulbricht meinte sinngemäß, ihm sei einer lieber, der sich mal auf der falschen Seite engagiert habe, als garnicht. Als Waldheim österreichischer Präsident wurde, erhielt er Einreiseverbot in den USA. Als ein deutscher Nazi Bundespräsident wurde (Carstens) und ein anderer Kanzler (Kiesinger) und ein Justizmörder Ministerpräsident (Filbinger) und der Kommentator der Nürnberger »Rassengesetze« bei Adenauer Chef des Bundeskanzleramts (Globke), passierte garnichts. Wann immer in der BRD ein Nazi ruchbar wurde, zog man ihn aus dem Verkehr, aber seine Gesinnung und ihr Anhang blieben.

Nun glauben Sie bitte nicht, ich hätte nichts gegen Nazis in der Regierung. Meine Abneigung geht weiter. Ich liebte Deutschland, als es in Trümmern lag. Mit jedem Neubau rückte das Land mir ein Stück ferner. Die Trümmerlandschaften nährten die Illusion, die Vergangenheit könnte auch physikalisch gelöscht worden sein. Am Reichstag liebte ich die Inschrift: *em eutschen olke*. Ich vermute, ein russischer Soldat erhielt den Auftrag, die Inschrift runterzuschlagen, begnügte sich aber mit der Entfernung der ersten Buchstaben. »Logisch löschen« nennt man das in der EDV. In Deutschland wurden die Dateien des Nationalsozialismus nie phsykalisch gelöscht, bis auf die paar Ausnahmen in Nürnberg, gleich nach dem Krieg.

Das ist es, was Stoiber meint, wenn er sagt, es dürfe rechts von ihm keine Partei geben. Chirac hat nichts gegen die Rechten, wenn er auf Fini, Haider und Le Pen schimpft. Ihn stört, daß sie nicht in seiner Partei sind. Es gibt vermutlich keine Zahlen über den Verbleib der vielen Millionen Nazis nach ’45. Die Mitläufer gingen zur SPD, die Soldaten, Ritterkreuzträger und Waffen-SSler zur FDP, die Beamten zur CDU, die Niedersachsen zur Deutschen Partei, die Sudentendeutschen zum Bund der Heimatvertriebenen, später auch zur CSU/CDU etc.

Der Streit um die Regierungsbeteiligung rechter Konsorten ist die übliche Augenwischerei. Wer protestiert gegen die Verelendung in Londons Osten, wer verhängt Sanktionen gegen Tony Blair? Klima, Haider, Fini, Fischer (unser), Blair, Bossi, Schüssel – ich kann diese Burschen nie auseinander halten. Sie sehen nicht nur gleich aus, sie sind auch politisch austauschbare Marionetten. Also, was soll’s?

Konkret 06/00, S. 45

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Pascal und ich,

er einer der Bigplayer an der Weltgeistbörse, ich am Neuen Markt eher flow bewertet, sind in betreff der möglichen Hintergründe des menschlichen Unglückszusammenhangs durchaus verschiedener Ansicht. Er meint, das Unglück rühre daher, daß der Mensch nicht in der Lage ist, allein mit sich selbst klarzukommen. Ich denke, das ist es nicht. Das Unglück kommt, wie schon die Stoa eruierte, von den Meinungen. Es gibt zu viele davon. Aber das ist natürlich auch nur eine Meinung. Toll.

Ich, Ich, Ich,

ich kann es gar nicht oft genug sagen, dachte sich wie immer Maxim Biller, als er in einer schier endlosen »Zeit«-Langstrekkenpredigt die Feigheit dieses Landes und die Schlappheit seiner Literatur geißelte und sich selbst als den Mann präsentierte, der zu allem eine Meinung hat: natürlich die richtige. »Wie sollte ICH ... Und wie, vor allem, konnte ICH nicht ... Ich habe ... Nicht daß ICH ... Denn während ICH ... Habe ICH nicht ... ICH weiß ... Daß ICH absolut recht habe ... So kam ICH ... ICH weiß nicht ... Es ist wirklich nicht viel, was Aristoteles und ICH wissen ... ICH bin absolut davon überzeugt ... Davon abgesehen, finde ICH ... ICH glaube ... ICH selbst jedenfalls empfinde es so ...« Man muß sich Maxim Biller als einen unsympathischen Menschen vorstellen. Es gibt praktisch nichts, wozu er nicht irgendeine entschiedene Rechthaber-Meinung hätte.

»Zu Brecht selbst fällt MIR noch etwas ein: wie sehr MICH sein falscher, schnurrender Brecht-Ton angewidert hat, dieses taktische Fordern und Zaudern eines Volkspädagogen, diese Überheblichkeit von jemandem, der glaubt, bloß weil er ein paar Theaterstücke geschrieben hat und ICH nicht, wäre ICH zu blöd, zu durchschauen, daß sein ewiges schmeichlerisches Moralgerede in Wahrheit reine Kommunistenpropaganda ist. Außerdem, was konnte das schon für eine Moral sein, wenn er sie nur deshalb ins Feld führte, um einer – so sah ICH es damals, so sehe ICH es heute – diktatorischen Gesellschaftsform wie dem Kommunismus zum Sieg zu verhelfen.«

Das ist ja nicht nur die gleiche Meinung wie die von Joseph McCarthy, dem berüchtigten Vorsitzenden im »Ausschuß für unamerikanische Tätigkeiten«. Das ist auch gleiche Ton.

Ein mir wichtiges Gesetz wäre die Wiedereinführung von Deutsch als Amtssprache

---

Schlagerstar Patrick Lindner in seiner »Regierungserklärung« als König von Deutschland

Harald Schmidt,

hatte der eigentlich eine Meinung zum Kosovokrieg? Ja, er fand ihn, sagte er damals dem »Spiegel«, ungefähr okay. Ist ja auch egal. Jetzt findet er, wie er wieder dem »Spiegel« erzählt, die Heimsendung »Big Brother« ungefähr okay. »Wer ›Big Brother‹ für mediale Verblödung hält, hat die gigantische Qualität der Sendung nicht erkannt. Man muß ja sagen, daß Jürgen und Sabrina letztlich die Basis für Müntefering und Schröder sind. Alle sind super drauf, locker, alles läuft tierisch ... Zugleich ist die Haltung der Bewohner ein Garant dafür, daß es nie mehr ein totalitäres System in Deutschland geben wird. ... Weil Sabrina und Jürgen sofort eine Meinung über jemanden hätten, der sie in den Krieg hetzen will.« Zählen wir eins und eins zusammen. Sie sind die Basis für Münterfering/Schröder. Sie sind Garanten für ein antitotalitäres System. Sie haben eine Meinung über Kriegshetzer – also über Müntefering/Schröder, deren Basis sie aber sein sollen. Geht irgendwie nicht auf.

Beiläufig

berichtet Michael Jürgs in »Spiegel Reporter« über eine ARD-Konferenz nach den »Tagesthemen«. »23.15 Uhr. Kurzkritik, sehr kurz: Chefs vom Dienst, Moderatorin, Redakteure. Das Ding aus New York war falsch aufgebaut. Richtig. Sagen wir dem Kollegen morgen. Gut reagiert auf die Lücke vor dem Fußball. Danke. Unser Exklusivbeitrag über das kriegsauslösende Massaker im Kosovo war sehr gut. Was? Sehr gut.« Heißt das, daß die ARD-Verantwortlichen schon unmittelbar nach der Sendung wußten, daß das Massaker, über das sie exklusiv berichteten und das, wie nicht erst seit heute bekannt ist, keines war, einen Krieg auslösen würde, der erst Wochen später stattfand? Hat sich da in der ARD

jemand verplappert, oder hat sich Jürgs bloß verschrieben?

Bild

Dir Deine Meinung!« Der tägliche Terror.

Gunship!

»Kurz nach der Jahrtausendwende steht die Welt wieder am Abgrund zum dritten Weltkrieg. Russischen Generälen und hohen Funktionären ist es gelungen, die Regierung durch einen Putsch zu entmachten und große Teile der Bevölkerung mit gezielter Propaganda davon zu überzeugen, daß allein die Rückkehr zu einer geeinigten Sowjetunion das Land aus der katastrophalen Wirtschaftslage führen kann. Nach dem Einmarsch russischer Kampfverbände in das benachbarte Polen, um dieses als Sicherheitszone zum Westen zu annektieren, bleibt der bisher zurückhaltenden Nato keine andere Wahl: Sie verlegt ebenfalls Truppen in das Krisengebiet – der Konflikt eskaliert ... Gunship! bietet Ihnen als Spieler die Möglichkeit, in dieses fiktive und zugleich doch realistische Szenario selbst einzugreifen und direkt Einfluß zu nehmen ... Mit dem AH-64D Apache der amerikanischen und britischen Streitkräfte, dem Mi-29 Havoc der russischen Armee und dem bisher nur als Prototypen vorhandenen deutschen Eurocopter stehen gleich drei Top-Helikopter unserer Zeit zur Auswahl, die darauf warten, in verschiedenen Krisengebieten eingesetzt zu werden. Dabei liegt es völlig in Ihrer Hand, sich zwischen Sortengefechten, Einzelmissionen oder einer der fünf Kampagnen zu entscheiden, bevor Sie sich entschließen, die vorgegebene Bewaffnung, Crew und Planung zu akzeptieren und diverse Änderungen vorzunehmen ...«

Das ist ein neues Computerspiel der Firma Hasbro Interactive. Aber schon Golfkrieg und Kosovokrieg sind, wie zu hören war, lediglich Computerspiele gewesen. Mit einem irgendwie »fiktiven und zugleich doch realistischen Szenario«.

1:0

für Pascal. Computerspiele werden zumeist allein zu Haus gespielt.

Katzenbaum

beiseite schieben!« lautete neulich eine Anweisung aus dem Off bei »Big Brother«, und sofort versammelten sich die Insassen um das Ding, schoben und zerrten, legten ‘nen Teppich drunter und schleiften es in die andere Ecke des Bildes. Es war wie bei den »Teletubbies«, wo immer sprechende Duschköpfe aus dem Boden emportauchen und ausrichten, was zu tun ist. »Achtung Teletubbies, Zeit für Winke-Winke! Achtung Teletubbies, Zeit für Winke-Winke!« Und sofort machen alle Teletubbies Winke-Winke. Oder wie bei der »Harald-Schmidt-Show«, wo auch nichts anderes als die permanente Subordination vor der Kamera inszeniert wird. »Ich bin«, sagt Schmidt dem »Spiegel«, »Unternehmer. Die Gäste sind für mich auch Geschäftspartner. Manchmal kommen die Leute und sagen, sie wollten Negatives über die Gäste hören. Ich sage: Nie im Leben. Das sind Partner. Ich lebe davon, daß sie gern kommen.«

Das Fernsehen ist der große Arsch, in den sie alle gern kriechen.

An Popularität

scheint »Big Brother« die ehemalige DDR ja klar zu übertreffen, aber warum? Worin unterscheiden sich diese beiden großartigen sozialen Experimente der Neuzeit? In beiden Fällen herrschen totale Überwachung und Bespitzelung, die absolute Diktatur der »Firma«, sind die Insassen nicht ganz freiwillig anwesend, umgibt Stacheldraht das Gelände, und ab und zu darf jemand ausreisen. Wie? Bei »Big Brother« haben wir Meinungsfreiheit, kann jeder zu allem seine Meinung sagen – in der DDR hingegen nicht. Glückliches Land!

1:1

Ausgleich. Danke, DDR!

1. Mai goes Pop,

aber darf er das? Die dazugehörige Debatte steht in der »Jungle World«. Es hängt, ist da zu lesen, »doch alles davon ab, wie man Pop buchstabiert. Geht’s um den neuen deutschen Spaßfaschismus von Platten hörenden Minderjährigen, die die Achtziger-Jahre-Subjektivitätsschreibe neu auflegen. Geht’s um die von ›Spex‹ gelabelte Angst vor dem *Mainstream der Minderheiten*, die Angst der Achtziger-Jahre-Popexegeten-Jungs, die den Sellout ihres coolen Wissens über Dissidenz-Styles erkannten und Pop zum Sound des Kapitalismus erklärten. Oder geht’s um Pop als Minipraxis, die weiß, daß Theorie, Politik und Sound zusammengehören.« Fragezeichen wären auch nicht schlecht gewesen. Wenn aber Pop

Minipraxis sein soll, dann ist Kapitalismus Hobbykeller. Nennen wir Pop statt dessen Marktwerdung des Menschen / Extremsubordination / Selbstgleichschaltung o. s. ä., wird vieles klarer.

Viele Sender

erzeugen nur Brei bzw. einen von Computerprogrammen erzeugten »Einheitssound«. Die Programme des modernen Erfolgsradios sind ständigen Umfragen und Marktforschungstests unterworfen, die den schönen Effekt haben, die Anzahl der etwa 150 bis 300 Titel, welche die Popwellen ohne Unterbrechung wegsenden, zu reduzieren. Denn nur bekannte Titel lassen sich bei den Umfragen überprüfen, und es werden auf diese Weise und durch natürliche Abnutzung (»Burn-Out-Effekt«) immer weniger. Der »Spiegel« spricht von »Format-Stalinismus«. Kommt jetzt das *Schwarzbuch des Dudel- und Quotenfunks*?

Big Brother

auf den Philippinen, »Bild berichtet«. Der Container hier: »zwei Käfige aus starken Ästen mitten im Dschungel«, und darin immer wieder in Nahaufnahme: die erkrankte deutsche »Dschungelgeisel« Renate Wallert, deren Leiden die Storyline für eine Doku-Soap bildet, die mit Sex und Crime, Tragik und Hoffnung alles hat, woraus sich »Bild«-Leser die Meinung bilden. Headline: »Wie lange hält sie das noch durch?« Darunter: »Ihr Blutdruck ist lebensgefährlich hoch. Ihr Herz rast.« Appell an die Leser: »Frau Wallert muß sofort in eine Klinik!« Geht aber nicht, denn »die Entführer bleiben hart«. Weiter hinten im Blatt: Großaufnahme von Wallerts Sohn Marc, der jugendliche Held, der wie »Big Brother«-Jürgen auf der Matratze rumhängt und einer libanesischen Mitgefangenen die Hand hält. Sie, »eine schöne Tochter«, eine »hübsche Frau«, ist in der sich anbahnenden Dschungel-Romanze für die Rolle der Prinzessin vorgesehen, und »einen Mann gibt es in ihrem Leben (noch) nicht«. In der Hängematte aber schlummert und kriegt vom jungen Glück nichts mit: Mutter Wallert. »Sie dämmert dahin.«

In seinem »tragischen Lob der ›Bild‹-Zeitung« (Bittermann / Roth (Hg.): *Journalismus als Eiertanz*. Berlin 1999) rühmte KONKRET-Kollege Christian Y. Schmidt die »große Zeitung« u .a. dafür, daß sie die »reinste Wahrheit« ausspreche und lediglich das, was in den Köpfen von Volk und Regierung ohnehin herumspukt, aufzeichne. »Zwar denken jene Köpfe dann auch wieder das, was sie in ›Bild‹ grad lasen, doch sind hier Ursache und Wirkung nicht mehr zu trennen.«

Das war schon vor dem »Bild«-Propaganda-Einsatz im Kosovo-Krieg, als Schmidts »nicht ganz astreiner Psalm« erschien, nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Die ungeschliffenen Untenrum-Ressentiments des Ottonormalfaschisten, der »Bild« wie eine richtig-echte, wahrheitsmonopolistisch zwischen Zugspitze und Helgoland unangefochtene Zeitung liest, werden durch die Lektüre unerhört be- und verstärkt, erhalten eine Art gesamtnationalen Ritterschlag. Sie werden überdies überhaupt erst einmal akkurat ausformuliert, sortiert und kampagnenmäßig zugespitzt. Und ihnen wird in der fragilen Hierarchie der Nachrichten eines Tages die allerhöchste Priorität eingeräumt. Was »Bild« leistet, ist nicht weniger, als den Stammtisch zum Verfassungsorgan der Republik zu machen. Der nach allen Regeln der Kunst kompostierte Trash der »Bildzeitung« nötigt dem Gebildeten nicht selten eine Art respektvolles Kopfschütteln ab – die »Opfer« (Wallraff) dieses »Seid nett zueinander«-Kampagnenjournalismus wissen allerdings ein anderes Lied davon zu singen.

Penislänge ist Penislänge. Dicke Titten sind dicke Titten. Wir sind die erste Show, die das Wort »Gesichtsvotze« artikuliert hat

---

Harald Schmidt, Träger des Medienpreises für Sprachkultur 1998 der Gesellschaft für deutsche Sprache

Konkret 06/00, S. 46

Joachim Rohloff

Lachen mit Eichmann

Wie Frank Castorf aus Robert Harris' Roman »Vaterland« einen Witz auf Auschwitz machte

Keine Idee ist so dumm, daß sie nicht irgendwann doch im Feuilleton stünde. Und weil es sich immer besonders gut macht, Inkommensurables in einen Topf zu werfen und hinter den Gegensätzen verblüffende Identitäten zu entdecken, die notfalls von einem Kalauer gestiftet werden, mußte spätestens nach fünfundfünfzig Jahren die »Zeit« zur Einsicht kommen, der Antifaschismus sowieso, aber auch die gutbürgerliche Vergangenheitsbewältigung erfüllten einen deutschen Wunsch nach Auslöschung und Vernichtung, wie man ihn bisher nur von den Nazis gekannt hatte: »Adolf Hitlers Dasein erscheint als der größte Einzelfehler, den die Schöpfung je beging. Alle politisch korrekten Wunschphantasien, die sich an ihm entzünden, sind Auslöschungsphantasien.« Solche unerfüllbaren Wünsche der Vergangenheit sind schlichtweg pervers, weil sie erst heute entstehen und diagnostiziert werden, obwohl doch Hitler und die Seinen längst von selbst erloschen sind und die Ahnung nicht ganz unbegründet scheint, »daß die Deutschen nie den Mut, den Witz, die Wut gehabt hätten, Hitler loszuwerden«.

Bekanntlich wurde er vom britischen Humor überwältigt, und deshalb konnte nur ein Engländer in aller Gemütsruhe ein Buch schreiben, »das an Hitler keine Vernichtungsphantasie abarbeitete, sondern eine Phantasie des Beharrens«. Gemeint sind Robert Harris und sein Roman *Vaterland*: Die Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg gewonnen und beherrschen ganz Europa, der Mord an den Juden ging nach 1945 weiter, er forderte nicht sechs, sondern elf Millionen Opfer, und zugleich ist die von Primo Levi überlieferte Prophezeiung eines SS-Offiziers wahr geworden: »Wie immer dieser Krieg auch enden mag, wir haben den Krieg gegen euch gewonnen; von euch wird niemand übrigbleiben, um Zeugnis abzulegen, aber selbst wenn jemand übrigbleiben sollte, würde die Welt ihm nicht glauben. Es wird vielleicht Verdacht geben, Diskussionen, Untersuchungen von Historikern, aber es wird keine Gewißheit geben, denn wir werden die Beweise zusammen mit euch zerstören. Und selbst wenn einige Beweise übrigbleiben und einige von euch überleben sollten, werden die Leute doch sagen, daß die Vorgänge, die ihr beschreibt, viel zu monströs sind, um glaubhaft zu sein: Sie werden sagen, daß das Übertreibungen der alliierten Propaganda sind, und uns glauben, die wir alles abstreiten werden, und nicht euch. Wir werden die Geschichte der Lager diktieren!«

Im April 1964, während die nach Speers Plänen erbaute Reichshauptstadt Germania für den 75. Geburtstag des Führers und den ersten Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten Joseph Kennedy hergerichtet wird, kommt der Sturmbannführer und Kriminalkommissar Xaver März einer Mordverschwörung auf die Spur. Alle Teilnehmer der Wannsee-Konferenz sollen beseitigt werden, damit die staatstragende Lüge, die Juden seien ostwärts umgesiedelt worden und lebten dort in bescheidenen, aber erträglichen Verhältnissen, nie mehr in Gefahr gerät. März entdeckt Dokumente, die den Holocaust beweisen, es gelingt ihm aber nicht, sie außer Landes zu schaffen, und so kommt es schließlich zu einem diplomatischen Arrangement zwischen Deutschland und der konkurrierenden Weltmacht USA.

Harris kombinierte historische Fakten mit Fiktionen, und während er seinen Thriller schrieb, wurden die Fiktionen allmählich wahr: »Das nun wiedervereinigte Deutschland bildet einen Staat von fast 80 Millionen Menschen, und Berlin wurde die neue Hauptstadt ... Man muß nicht die Ansichten von Nicholas Ridley oder Margaret Thatcher teilen, um die Ähnlichkeit zwischen dem, was die Nazis mit Westeuropa vorhatten, und dem, was sich in wirtschaftlicher Hinsicht augenblicklich in Europa abspielt, zu bemerken ... Die Deutschen planten einen Handelsblock, in dem die europäischen Währungen an die Reichsmark gebunden würden; die Geldpolitik sollte von einer europäischen Zentralbank kontrolliert werden, die ihren Sitz in Berlin hatte. Fünfzig Jahre später, und das Pfund, der Franc und die Lira sind in den Wechselmechanismus eingebunden, die nationalen Leitzinsen werden von den Deutschen festgelegt, Kanzler Kohl besteht auf Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank. In der Vorstellung des Nazi-Regimes sollten die britische, französische und italienische Wirtschaft kleine Satelliten sein, die um die Sonne Deutschland kreisen. Ist das etwa nicht eingetroffen? Als ich 1988 anfing, meinen Roman zu schreiben, fingierte ich eine Welt, in der die Sowjetunion von der Landkarte verschwunden war, als ich mein Buch Anfang 1992 beendete, hatte sich die UdSSR aufgelöst. Hitlers zentrale Kriegsziele sind eins nach dem anderen erreicht worden ... Schließlich könnte man der Liste erreichter Kriegsziele noch eine grausige Ergänzung hinzufügen: Hitler träumte von einem Europa ohne Juden. Ein halbes Jahrhundert später ist das deutsche und osteuropäische Judentum bis auf einen Bruchteil seiner Vorkriegsanzahl ermordet oder vertrieben, und russische und ukrainische Juden verlassen den Kontinent in so großer Zahl, daß Israel nicht damit fertig wird.«

Kein Wunder, daß Deutschland solcherart Fiktion übel aufnahm. Obwohl *Fatherland* in England und den USA schnell zum Bestseller wurde, verzichteten 25 deutsche Verleger lieber auf das Geschäft, als sich zum Instrument »antideutscher« Unterstellungen zu machen. Die deutsche Ausgabe erschien erst mit einiger Verspätung im Schweizer Haffmans Verlag. Der »Spiegel« sprach von »ein bißchen Holocaust für die Horror-Freunde« und nannte Harris »skrupellos«, die »Zeit«

fühlte sich von seiner »frivolen Geschmacklosigkeit« beleidigt und warf ihm vor, er betreibe seine literarische Karriere auf Kosten der Deutschen.

Seitdem es als ausgemacht gilt, daß man Proust nicht nur lesen, sondern auch tanzen kann, taugt jeder Stoff fürs Theater. Die Frage aber, was Frank Castorf bewog, Harris' Roman fürs Hamburger Schauspielhaus und für die Berliner Volksbühne zu dramatisieren, weckte einige Befürchtungen: Vor Jahren erlag er dem Charme »faschistoider, vitaler Gedankengänge« und sehnte

sich nach einer Apokalypse und ein paar reinigenden Stahlgewittern. Die Hamburger Premiere fand ausgerechnet am 20. April statt. Auf der Homepage der Volksbühne durfte man lesen, Castorf habe endlich »einen theatralischen Stoff entdeckt, an dem ihn jenseits von Historikerstreit und Totalitarismusdebatte vor allem auch die spielerischen Parallelen zwischen den Alltagserfahrungen der imaginierten Nachkriegsnazizeit und der realexistierenden DDR reizen. Eine Ostalgie unter anderen Vorzeichen: Die Sehnsucht nach geordneten diktatorischen Verhältnissen, in denen die Ideale von Freiheit und Selbstbestimmung noch einem selbst gehören, in Abgrenzung gegen ein System, dem man zwar äußerlich nicht entkommt, das einem aber das eigene Innere vielleicht nicht in dem Maße enteignet wie die sozialökologische Marktwirtschaftsdemokratie.« In der DDR mußte er faschistisch auftrumpfen, um überhaupt wahrgenommen zu werden, im neuen Deutschland rettet er faschistisch seine Seele. Anders, so scheint es, weiß sich der Mann nicht zu helfen.

Zum Glück inszenierte Castorf weder die Alltagserfahrungen noch ihre spielerischen Parallelen und auch die Rettung seines Inneren nicht, sondern bloß den üblichen Klamauk. Neuerdings treibt man auch mit dem Holocaust allerhand Scherze, und so hätte Castorfs Stück statt *Vaterland* auch »Dick und Doof in Auschwitz« heißen können. Man rennt mit Schmackes gegen geschlossene Türen, und durch eine offene Tür drängeln sich gleichzeitig sechs Männer. Neben allem anderen, was sie sonst noch waren, soll das wohl heißen, waren sie ja auch irgendwie ganz schön komisch, diese Nazis. Xaver Märzens geschiedene Frau schwenkt ausgiebig ihren nackten Silikonbusen über die Bühne. Und natürlich dürfen auch solche Dialogsätze nicht fehlen: »Zieh deine Hose aus! Ich will dich in den Arsch ficken!« Martin Luther, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und Organisator der Deportation von Juden aus West- und Südeuropa, ist ohnehin schon komisch, noch komischer wird er, wenn der Schweizer Bankdirektor, in dessen Tresor das Protokoll der Wannsee-Konferenz lagert, ihn »Ulrich Zwingli« nennt.

Irgendwann während der langen zweieinhalb Stunden fragte man sich doch, ob es, wenn es denn unbedingt gemacht werden mußte, nicht besser das »Theater am Kurfürstendamm« gemacht hätte. Womöglich wäre ein spannendes Kriminalstück herausgekommen, und am Ende hätte Heinz Drache den Führer verhaftet. Statt dessen bestaunte man einen Gag, der gewiß nicht jedem eingefallen wäre, aber doch fast jedem, und den jeder andere als Castorf sogleich wieder vergessen hätte: Eichmann sang Randy Newmans »Short People« und tanzte dazu.

Die Hamburger Uraufführung dauerte vier Stunden und endete mit einer Lesung aus dem Protokoll jener »Konferenz über die Judenfrage«, in der Goebbels, Göring und ein Vertreter der »Allianz« sich drei Tage nach der Pogromnacht von 1938 darauf einigten, den Schaden hätten die Juden zu bezahlen. Eine solche Darbietung aber war dem Hamburger Publikum unerträglich und dem Berliner kaum mehr zuzumuten – nicht wegen ihres bestürzenden Inhalts, sondern wegen ihrer übertriebenen Dauer. Für die Berliner Fassung wurde also das dokumentarische Material, das schon Harris verwendet hatte, entschieden gekürzt. Die wenigen Bruchstücke, die übrigblieben, wirkten inmitten der szenischen Ausstellung von Regieeinfällen nur noch peinlich. Soeben wollte Gauleiter Globocznik den Studenten Jost ficken, nun trat er in Görings Prachtuniform an die Rampe und deklamierte Himmlers berüchtigten Ausspruch vom niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatt der SS: den Anblick Tausender Leichen ertragen zu haben und dabei anständig geblieben zu sein.

Den Höhepunkt der Handlung, nämlich die Entdeckung der letzten Spuren des Vernichtungslagers Auschwitz, hat Castorf gründlich vergeigt: März und sein Kollege Jäger spielen Auto, machen brummbrumm und richten die Nebelmaschine in den Zuschauerraum. Das war's. Sein Gespür für theatralische Effekte aber bewies er immerhin mit der allmählichen Steigerung der Peinlichkeit. Sie kulminierte tatsächlich am Schluß des rundherum peinlichen Abends, als das ganze Ensemble ein jiddisches Lied sang: »Das Schtedl brennt.« Hätten die Nazichargen gesungen: »Hurra, die Judenschule brennt!«, es hätte ebenso gut gepaßt.

Joachim Rohloff porträtierte in KONKRET 5/2000 Edmund Stoiber

Konkret 06/00, S. 48

Frank Schäfer

»Holz bildet, Eisen erzieht«

Über die Ausstellung »Deutsche Kunst 1933 bis 1945 in Braunschweig«

In Braunschweig, der Ortsname sagt es, hat man sich mit den Nationalsozialisten nie schwergetan. Hier wählte man sie, beteiligte sie erstmals an der Regierung, hier sah man gerne zu, wie Hitler 100.000 SA-Männer zur schneidigen Truppenschau aufmarschieren ließ, und gerne weg, wenn Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Juden »das Handwerk gelegt« wurde.

Fast schon unerwarteterweise sorgte vor knapp vier Jahren eine Werkschau des lokalen Nazi-Künstlers Paul Hähndel dann aber doch einmal für Aufregung, die sich dann sogar zu einen »lokalen Kunstskandal« (»Taz«) auswuchs. Schon die Vorgeschichte dieser Ausstellung ist nicht ohne Pikanterie: Die Witwe Hähndels hatte zwei Jahre zuvor den Nachlaß ihres Mannes, der schon 1941, mit 27 Jahren, an der Ostfront gestorben war, dem Städtischen Museum übergeben und in Zusammenarbeit mit Kulturbeamten der Stadt eine »Kunststiftung Paul Hähndel« ins Leben gerufen, die sie mit immerhin 100.000 Mark ausstattete – Geld, das dann für die Förderung von jungen Künstlerinnen und Künstlern verwendet werden sollte. Daß sich die Stadt auf ein solch dubioses Unterfangen einließ, die Förderung junger Kunst mit der Erinnerung an einen Lithographen und Maler zu verbinden, der seine Arbeit voll und ganz in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt hatte, an einen Blut-Boden-Maler aus Überzeugung, der bereits 1933 verkündet hatte, »daß die Kunst fortan keine Frage der Qualität, sondern allein der Weltanschauung« sei, der dann entsprechend von NS-Größen gefördert und dessen Werk gleich nach seinem Tod mit einem »Paul-Hähndel-Preis« und einer »Gedächtnis-Ausstellung« gewürdigt worden war – diese augenscheinlich der Größe der Geldsumme geschuldete Fahrlässigkeit war der erste Skandal, der aber noch nicht recht ruchbar oder einfach geschluckt wurde.

Der zweite folgte auf dem Fuß, als man der hochherzigen Spenderin eine Gedenkausstellung nicht abschlagen zu dürfen glaubte, die sich überaus rücksichts- und pietätvoll, freilich nur gegenüber den Hähndels, dem Andenken dieses Staffeleitäters widmete und ihn allenthalben als »Verführten«, also selbst als Opfer des Systems kennzeichnete. Auf eine kritische Kommentierung seiner Arbeiten, auf ihre politische, ideologische, kunsthistorische Einordnung verzichtete man gleich ganz bzw. lagerte das wenige, was man zusammengetragen hatte, in eine parallel erscheinende Studie aus, um die Witwe nicht zu verprellen. Als die Witwe zur Ausstellungseröffnung dann auch noch einen Blumenstrauß niederlegte vor dem von den Ausstellungsmachern degoutanterweise ins Zentrum gerückten Propaganda-Gemälde »Fertigmachen« und die Mitarbeiter des Museums »sich nicht in der Lage« sahen, »ihr den Strauß aus dem Raum zu tragen« (Kulturdezernent Conrady), war es mit der Braunschweiger Indolenz denn doch vorbei. Es hagelte Proteste.

Aber Braunschweig bleibt Braunschweig, und so meldete sich ein »Kunsterzieher, Jahrgang 1911« in der »Braunschweiger Zeitung« zu Wort: »Hier wird eine Zeit verurteilt, ohne sie gekannt zu haben.« Das Bild »Fertigmachen«, das eine Gruppe von stereotypisierten Wehrmachts-soldaten zeigt, die sich in stoischem Ernst und mit eherner Gewissenhaftigkeit schlachtfertig machen und dem Betrachter ebendiese Haltung als mustergültig vor Augen führen, wurde kurze Zeit später von Besuchern, die in denselben Räumlichkeiten die alljährliche Gedenkfeier für Nazi-Opfer aus der Braunschweiger Arbeiterbewegung veranstalteten, symbolisch abgehängt. Nach weiteren Protesten konzedierte die Stadt schließlich »den Mangel der Ausstellung an erkennbarer kritischer Auseinandersetzung mit dem Werk des im Nationalsozialismus verankerten Malers Paul Hähndel«, erklärte aber auch, daß sich die Museumsleitung außerstande sehe, dieses Defizit in der gebotenen Eile »durch eine didaktische Neukonzeption auszugleichen«. Also Schließung. Freilich mit der Ankündigung, in naher Zukunft Kunst und Kulturpolitik dieser Region von 1933 bis 1945 in einer breiter angelegten Ausstellung aufzubereiten.

Und da ist sie nun: großzügig, die Stadt hat sich ihren zweiten Versuch immerhin eine halbe Million Mark kosten lassen, und weiträumig verteilt auf gleich zwei Museen. Fatalerweise steht der zweite Teil im Braunschweigischen Landesmuseum in unmittelbarer Nähe zur »Abt. Jüdisches Museum«. Das Vorhaben, die »Kunst« des Nationalsozialismus »als Kunst ernst zu nehmen«, d. h. symptomatisch eben »als spezifische Ausformung deutscher Kunst im 20. Jahrhundert im Funktionszusammenhang eines totalitären Systems«, wie die wissenschaftlich Verantwortlichen Hans-Ernst Mittig und Heino R. Möller radebrechen, erscheint zunächst unverfänglich. Die Argumente, die dafür sprechen, liegen auf der Hand. Wenn man dem Vergessen und Verdrängen ernsthaft begegnen will, sollte man auf eine Auseinandersetzung mit Geschichtsdokumenten nicht verzichten, die es auf Suggestivität, auf Anschaulichkeit, auf die Spiegelung einer wie auch immer gearteten Realität abgesehen haben. Kunstwerke sind hervorragende Geschichtsquellen. Und gerade propagandistische Kunst läßt sich didaktisch besonders sinnvoll nutzen (vorausgesetzt natürlich, daß man sich um eine solche didaktische Konzeption auch bemüht), weil in der Übererfüllung des ideologischen Solls dieses selbst immer noch am deutlichsten aufscheint.

Das wurde nun in Braunschweig versucht und ist – alles in allem – auch gelungen. Bereits der Einstieg offenbart durchaus kompositorisches Geschick. Man dokumentiert zunächst eine hochrangige Avantgarde-Ausstellung der »Gesellschaft der Freunde Junger Kunst«, die trotz der zu erwartenden Konflikte noch am 26. Februar 1933 eröffnet werden konnte, aber nach wenigen Wochen bereits wieder geschlossen wurde, und gibt damit gleich die korrektiven Parameter vor. Präsentiert werden Werke des Bauhaus-Künstlers Josef Albers und des Konstruktivisten Rolf Cavael, die später beide mit Malverbot belegt wurden (Cavael wurde neun Monate im KZ Dachau inhaftiert), sowie die zwischen Expressionsmus und Neuer Sachlichkeit situierten Bilder des Braunschweiger Künstlerehepaars Karl Sommer und Hildegard Sommer-Peters.

So offen, urban, kosmopolitisch und weltgewandt sah eben die zeitgenössische Moderne aus – und dann, gleich im anschließenden Raum: der »Kuhstall des Fürsten Eulenburg-Liebenberg«, der »Betende Bauer«, Gegend, viel Gegend, Muff und Biedermeier, Traditionalität und Altmeisterlichkeit, und auch schon »Das Dorf an der Front«. In kontrastierender Absicht hat man hier nämlich eine weitere zeitgenössische Ausstellung partiell rekonstruiert, die nur zwei Monate später ebenfalls in Braunschweig eröffnet worden war: die von den Nazis initiierte und programmatisch gemeinte »I. Wanderausstellung deutscher Kunst« (die von der immer gehorsamst vorauseilenden »Braunschweiger Landeszeitung« auch sogleich als »Erste Wanderausstellung rein deutscher Kunst« annonciert wurde). Deutlicher läßt sich die ästhetische Restauration, der Rückfall in die Vormoderne nicht zeigen und besser nicht antizipieren, was den Betrachter in den nachfolgenden Ausstellungsräumen erwartet: ein durch und durch anachronistischer, traditionalistischer, das handwerkliche Können ausstellender Eklektizismus, der unter anderem auf Biedermeier, Romantik und den Symbolismus zurückgreift und dies als Innovation verkauft. Die immergleiche Feld-Wald-und-Wiesen-Malerei, gediegen, gemütlich. Exemplarisch etwa Adolf Wissels idyllenhafte Porträts der niedersächsischen Landbevölkerung, die züchtig-gepflegten »Kalenberger Bauernmädchen« oder das energisch dreinblickende »Jungmädel«, die harmlos anmuten, die aber den nordischen Menschen feiern und damit an den Nazi-Axiomen partizipiert und zur Harmonisierung der »Volksgemeinschaft« beigetragen haben.

Solche bäuerlich-rurale Genremalerei ließ sich selbstredend auch nach ‘45 noch verkaufen, so konnten einige der hier vorgestellten Künstler auch in der jungen Bundesrepublik reüssieren. Sogar alte Nazischinken wurden demokratietauglich gemacht, indem man verfängliche Details wie den Schlips und Knoten des BDM-Mädchens übermalte. Nicht nur Wissels tat das, auch Kurt Mohr, der als Modernist begann und auf dem Bild »Frl. Yellow« eine selbstbewußte lesende (!) Stadtschönheit abkonterfeite, sich dann aber auch der ästhetischen Stadtflucht anschloß und nur mehr die notorischen »Niedersächsischen Mädchen« malte. Die Schnelligkeit, mit der die »Selbstnazifizierung« der Künstler voranschritt, und die sofortige Akzeptanz dieser Restauration vornehmlich in den bürgerlichen Schichten offenbaren – auch das zeigt die Ausstellung – den gegen die ästhetische Moderne gerichteten volksgemeinschaftlichen Konsens. Der Nationalsozialismus ist eben auch in die deutsche Kunstszene nicht eingebrochen, sondern wurde begeistert empfangen.

Wie schmal der Grat ist zwischen dem pflügenden Bauern und der direkten, platten Agitationskunst, wird mehrfach augenfällig. Vor allem im Werk Walther Hoecks, dessen monumentales, mit NS-Symbolen und Insignien fast schon überdeterminiertes Wandbild »Das junge Deutschland« den Ankommenden auf dem Braunschweiger Bahnhof deutlich zu verstehen gab, daß sie ein Zentrum der »Bewegung« erreicht hatten (wenn auch kein künstlerisches, da blieb Braunschweig einmal mehr Provinz).

Ebenso interessant wie widerwärtig ist die Ausstellungseinheit »Künstler im Krieg«, in der dann auch Hähndels »Fertigmachen« inklusive Vor- und Nebenstudien Platz gefunden hat samt Walter Hoecks immer wieder variierter in verschiedenen Größen gemalter Öl-Apokalypse »Der Brand von Braunschweig«, die noch der totalen Niederlage Größe abzugewinnen und die Unterlegenen zu einer ehrfurchtgebietenden Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschweißen versucht.

Am Ende des oft belanglosen, oft schauderhaften Parcours muß der Besucher durch einen schmalen Durchgang – und hier werden dann, ebenfalls kontrastiv wie am Anfang, die andere Kunst und vor allem das Leid im Nationalsozialismus dokumentiert (durch die »Frau in Ruinen« von Karl Hofer und das »Dreierporträt« von Felix Nußbaum): »Der mit Berufsverbot belegte Hofer stellt den fassungslos leidenden Menschen in das Zentrum einer Ruinenlandschaft, ein Elend, das nicht vordergründig durch feindliche Bombenangriffe verursacht wurde, sondern Schlußpunkt der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ist. Der Jude Nußbaum thematisiert sein persönliches ›Fertigmachen‹: das ausweglose Warten auf den Tod in einem deutschen Vernichtungslager. Er wurde mit seiner Frau am 31. Juli 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.«

Die Bildkommentare sind fast immer gut, in der Regel knapp und zurückhaltend, nur da ausführlicher, wo die ideologische Botschaft nicht offenkundig oder nur latent vorhanden ist. Zudem informieren Tafeln recht konzis über die politische und kulturpolitische Entwicklung in der Region, über die Gleichschaltungen der musealen Institutionen, Vereine und Verbände, die einschlägigen Künstler-Biographien etc. Mit anderen Worten, die historisch-politische Kontextualisierung der Exponate ist bereits durch die Ausstellung gewährleistet, läßt sich jedoch ausführlicher, fußnotenreicher im Katalog nachlesen.

Vor gelegentlichen Peinlichkeiten ist man leider aber auch hier nicht gefeit. Wenn auf einer Stellwand geschwärmt wird: »In Holz schneiden bedeutet Kraft anwenden, Widerstand überwinden ... Ein Holzschnitt kann nie Augenwischerei sein ... Der Holzschnitt erscheint bodenständig, dem deutschen Wald verhaftet und damit der deutschen Seele« – dann ist da offenbar ein Museumsmitarbeiter dem Sog seines eigenen Anschauungsmaterials erlegen, dann gemahnt das an alte »Holz bildet, Eisen erzieht«-Sentenzen und zeugt von einer Kumpanei und Empathie, auf die man in dieser Ausstellung nicht hätte stoßen wollen.

Die Ausstellung ist noch bis zum 2. Juli im Städtischen Museum und im Braunschweigischen Landesmuseum zu sehen. Der Katalog (Georg Olms Verlag, Hildesheim 2000, 308 Seiten) kostet 39 (im Buchhandel 58) Mark

---

Frank Schäfer schrieb in KONKRET 5/2000 über Gutzkows Romanmonument »Die Ritter von Geiste«

Konkret 06/00, S. 50

Ale□ ander Bogner

Buch & Deckel

Wolfgang Men□ /Steffen Becker/Thomas Sablowski: Shareholder-Value gegen Belegschaftsinteressen. Der Weg der Hoechst-AG □ um □ Life-Sciences□ -Kon□ ern. VSA-Verlag, Hamburg 1999, 219 Seiten, 32,80 Mark

Das mit der Globalisierung ist schon eine tolle Geschichte. Für die einen ist sie pure Ideologie, nur dazu da, die Umverteilung von unten nach oben zu legitimieren, für die anderen ein knallharter Sachzwang, dem sich die Gedanken, Worte und Werke der Nation gefälligst unterzuordnen haben. Für alle aber ist sie eine prima Gelegenheit, endlich all das öffentlichkeitswirksam anzubringen, was man immer schon mal sagen wollte.

Von derartigem Geblubber, das kritischen Potentials entbehrt, aber die Verlage ernährt, hebt sich die empirische Studie der Frankfurter Soziologen Menz, Becker, Sablowski wohltuend ab. Sie bieten solides Handwerk. Den Weg des breit diversifizierten Traditionsunternehmens Hoechst zum schlanken »Life-Sciences«-Konzern zeichnen sie – das gibt es noch in der Soziologie! – als notwendige Konsequenz kapitalmarktorientierter Rationalisierung. Da werden zum Einstieg völlig unmodern mit Marx und Hilferding die Kapitalsorten sortiert, da wird die Globalisierung als ein Moment der Krise des Fordismus interpretiert, und die Konzernpolitik des Shareholder Value beschreiben die Autoren als instinktsicheren Reflex auf die aktuellen Erfordernisse des Finanzkapitals – und entgehen mit ihrer differenzierten Analyse der Gefahr, die tendenziell antisemitische Paranoia vom »raffenden« Kapital zu bedienen.

Die radikale Zerlegung des alten Hoechster Gemischtwarenladens, der von Farben und Lacken bis hin zu Feinchemikalien alles im Angebot hatte, in eine Reihe rechtlich selbständiger Tochterfirmen demonstriert dabei in ihren Konsequenzen für die Beschäftigten sehr schön, was von einer Gewerkschaftsstrategie zu halten ist, die sich auf die »sozialverträgliche« Abfederung des Unabänderlichen beschränkt: Drastischer Arbeitsplatzabbau, wachsende Beschäftigungsunsicherheit, aber auch erschwerte Bedingungen für die Mitbestimmung prägen heute die betriebliche Realität. Denn die Arbeiter und Angestellten in den verschiedenen Segmenten der vielarmigen Pharma-Krake sind – anders als zu Zeiten des integrierten Unternehmens – vielfältig differenziert und hierarchisiert. Der Mehrheitsbetriebsrat freilich – eingelullt von den standortkonsonanten Betriebsfriedensgesängen des Managements und ganz traditionell auf den gemeinschaftlichen Dienst am Unternehmen fixiert – trug bislang die Reorganisation wie auch die Fusion weitgehend mit. Und daran – »Rotfabrik« hin, Aventis her – wird sich auch im neuen Jahrtausend nichts ändern. Da darf man wetten und ganz entspannt dem nächsten Buch des Soziologentrios entgegensehen.

Konkret 06/00, S. 50

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Matthias Eckoldt: Moment of Excellence. Roman. Eichborn Verlag, Frankfurt/Main 2000, 227 Seiten, 34 Mark

Das hatte gerade nicht gefehlt: »eine pointenreiche Satire auf die trivialen Mythen der High-Tech-Welt«, Matthias Eckoldts literarisches Debüt, ein »hemmungslos absurder, wilder Roman-Cocktail«, in dem enthemmt unglaubwürdige »Welten aufeinanderprallen« und Figuren rhabarbern, die »nicht unbedingt zu dem alltäglichen Personal in der deutschen Literatur«, geschweige denn der Welt »gehören«.

Ein Professor Hauenstein faselt über hirnphysiologische Konsequenzen der TV-Dominanz, der dubiose Neurochirurg Dr. Korn referiert modernen Medizinhumbug aus »Bild«, die echt abgedrehte Kiffermechanikercrew (die »Pferdeärsche«) des Hauptakteurs, des Rennfahrers Marc Merkus (schöner fände ich: Markus Merk, den Zahnarztschiedsrichter, das Motto steuert nämlich Werner Hansch bei: »Er ging oft in sich, doch fand er dort selten jemanden vor«), dröhnt seitenlang (»Diese verfickte Eierfeile« – gemeint: Merkus' Sportvehikel – »spritzt rum wie 'n Achtzehnjähriger in

der Peepshow!«) und kultiviert einen Humor, der mit jenem der Schrauberkreise entfernte Unähnlichkeit hat: »Ich wette ein sequentielles Getriebe, daß die Tanköffnung direkt vor dem Literzähler steht.«

Rennfahrerfilme sind die zuverlässige Niederung der Gattung. Ich kenne acht Ferrariwissenschaftler, die sich auch des buchstäblichen Schmarrens enthalten. »Mit raffinierter Psychotechnik soll Merkus auf Erfolg getrimmt werden, und als er nach einem Unfall operiert werden muß, kommt ihnen die unschlagbare Idee: Sie lassen Merkus einen Chip ins Gehirn pflanzen«, auf daß er künftig noch schärfer zu sinnieren vermag: »Das Mädchen war da, es war niedlich, es war willig, und er würde es nach dem Rennen vernaschen.« Womöglich täte die Zerebralreparatur dem koksenden Streckensprecher nicht übel: Der Streckensprecher »lief am Morgen vor dem Rennen die Runde ab, er mußte die Strecke riechen ... Leo ordnete die einzelnen Gerüche, die von der Fahrbahn aufstiegen, nicht nach Bitumen, Teer oder Gummi, nein, er roch sich nach guter synästhetischer Manier in Höchstgeschwindigkeiten ein, in die maximalen Beschleunigungen, die Bremswege, er roch Unfälle, Favoritenstürze, auf Leben und Tod geführte Duelle und schließlich auch glorreiche Siege.«

Soweit der neue Riechrealismus des neuen viril viriliösen High-Tech-Neue-Medien-Neue-Medizin-Top-Speed-Romans. Eckoldts Up-date-Prosa stinkt nach faulem Überraschungsei.

Konkret 06/00, S. 50

Oliver Maria Schmitt

Buch & Deckel

Holger Rust: Die Revolution des Spießertums. Wenn Dummheit epidemisch wird. Quadriga Verlag, Berlin 1999, 240 Seiten, 29,90 Mark

»Die Republik hat fertig«, meint Holger Rust und weiß auch warum: Schuld ist ein um sich greifendes, ubiquitäres »Spießertum«, in dessen Definition und Dingfestmachung sich der gelernte Wirtschaftsjournalist, Unternehmensberater und Hochschullehrer in seiner revolutionären Abhandlung *Die Revolution des Spießertums* teils wortgewandt, teils halsbrecherisch ergeht: »Spießertum, das ist künstliche, gekünstelte, nicht so ganz ehrliche Mentalität, ist der Opportunismus, der nur jubelt, weil es der Situation entspricht, ist die Wahl der bequemen Option, die rüde Sexbesessenheit, der Prominentenwahn von beiden, der exhibitionistischen wie der voyeuristischen Seite, die Suche nach bequemen Schlängelpfaden, die goutierliche Opferlust, die einem jede Verantwortung abnimmt, die wachsende Esoterik, der gigantische Zeitaufwand, der hypochondrischen Selbstbeobachtungen gewidmet wird, andererseits die gargantueske Verfressenheit, die sich in siebentausend Kochbüchern niederschlägt, der Overkill an Trashkultur ...« usw. usf., da wird vieles, ja viel zuviel aufgefahren, in einen Löffel gesteckt und über den Sack balbiert.

Anstatt die penetrante mediale Präsenz von Nina Feldbusch, Verona Ruge etc. elegant zu schmähen, wie es derzeit ja viele machen, bejammert und beklagt er seitenweise deren Schein- bzw. »Halbprominenz« (als wenn es dagegen eine »echte« gäbe), schwelgt in Haßtiraden gegen die 68er (zu denen man ihn wohl zählen muß), gegen Journalisten (zu denen er sich zählt), gegen Hochschullehrer (dito), gegen Autofetischisten, Internetsexkunden und Bordeauxweintrinker. Spätestens ab Buchmitte gerät seine so endlose wie redundante Litanei schwerstens außer Form und Kontrolle, da nötigt uns Rust nämlich auch noch seine besserwisserischen bildungs- und wirtschaftspolitischen Ansichten auf. Sein Galimathias von »Spiegel«-Leserbrief versucht, so ziemlich alle kurrenten Idiotien und Alltagstorheiten als Auswuchs einer diffusen »Verspießerung« zu kennzeichnen, was ihm aber nicht gelingt, weil seine Ausgangsthese nicht stimmt. So verfällt Rust in die spießigste aller Kritiken – in die der vermeintlich verfallenden Gegenwart gegenüber der guten alten, letztlich aber doch nie besser gewesenen Zeit. Was möglicherweise darin begründet liegt, daß der Autor Helmut Schmidt für »einen der führenden Intellektuellen des Landes« hält.

Konkret 06/00, S. 52

Marion Oxfort

»Außerhalb unserer Produkte«

Wie versichere ich ein jüdisches Grab gegen Schändung? wollte unsere Autorin wissen und fragte bei deutschen Versicherungen nach. KONKRET dokumentiert den daraus entstandenen Briefwechsel

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht der heutigen Situation in Deutschland, erlaube ich mir anzufragen, ob in Ihrem Versicherungsangebot auch die Versicherung jüdischer Gräber gegen Schändung enthalten ist. Meine jüdischen Großeltern und meine jüdische Mutter sind hier in Deutschland beerdigt, und ich bin besorgt.

Sollten Sie für die Beantwortung dieser Anfrage nicht zuständig sein, bitte ich Sie, diese an die Leitung Ihres Hauses weiterzureichen.

M. O.

*

Agrippina Versicherung AG

Abteilung: Feuer-Betrieb

Sachbearb.: Herr Weigel

Sehr geehrte Frau Oxfort,

der von Ihnen gewünschte Versicherungsschutz fällt unter den versicherungstechnischen Begriff des Vandalismusschadens, der im Rahmen der Einbruchdiebstahlversicherung mitversicherbar ist. Voraussetzung hierfür ist, daß der oder die Täter gewaltsam in ein Gebäude eingedrungen sind. Der von Ihnen gewünschte Versicherungsschutz kann daher von uns nicht zur Verfügung gestellt werden.

Nach den vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in Berlin für alle in Deutschland zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherungsunternehmen verbindlichen Versicherungsbedingungen sind Vandalismusschäden ohne vorherigen Einbruch auch nicht versicherbar.

Wir bedauern, Ihnen keinen anderen Bescheid geben zu können.

*

An die

Agrippina Versicherung AG

z. Hd. Herrn Weigel

Sehr geehrter Herr Weigel,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben ... Leider verstehe ich Ihre Antwort überhaupt nicht. Da Vandalismusschäden nicht immer mit einem gewaltsamen Eindringen in ein Gebäude verbunden sind, erscheint mir Ihre Einlassung sehr willkürlich. Wie, sehr geehrter Herr Weigel, versichere ich nun die Gräber meiner Mutter und Großeltern gegen Grabschändung?

*

Agrippina Versicherung AG

Abteilung: Feuer-Betrieb

Sachbearb.: Herr Weigel

Sehr geehrte Frau Oxfort,

wie wir Ihnen schon mit unserer Nachricht vom ... mitgeteilt haben, muß, damit ein versicherter Vandalismusschaden vorliegt, der Täter zuvor in ein Gebäude eingedrungen sein. Der versicherbare Vandalismusschaden kann somit nur innerhalb eines Gebäudes eintreten. Hiervon zu unterscheiden ist der Vandalismusschaden, der ohne einen vorherigen Einbruch entsteht. Diese Schäden können nicht versichert werden.

Wir bedauern, Ihnen somit mitteilen zu müssen, daß die Gräber Ihrer Ahnen gegen Grabschändung nicht versicherbar sind.

*

Iduna/Nova-Gruppe

Abt. Individualgeschäft STHU

Mitarbeiter: Frau Brey

Sehr geehrte Frau Oxfort,

den Eingang Ihres ersten Schreibens ... in unserem Hause konnten wir leider nicht feststellen, so daß uns erst jetzt eine Beantwortung Ihrer Anfrage möglich ist.

Wir müssen Ihnen leider mitteilen, daß die Versicherung jüdischer Gräber (auch aller anderen Gräber) gegen Schändung nicht von uns angeboten wird. Auch ist uns keine andere Gesellschaft bekannt, die derartige Risiken zeichnet.

*

Allianz Versicherung AG

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

zunächst vielen Dank für Ihre Anfrage ... In unserer Produktpalette ist derzeit keine Versicherung enthalten, die das von Ihnen gewünschte Risiko – Versicherung von Gräbern gegen Schändung – abdeckt. Wir gestatten uns, Sie darauf hinzuweisen, daß in bestimmten Fällen die Friedhofsverwaltung haften kann. Darüber hinaus könnten Sie gegebenenfalls von einem Beerdigungsinstitut weitere Informationen über andere Schutz- und Sicherungsmöglichkeiten erfahren.

*

An die

Allianz Versicherungs AG

z. Hd. Frau / od. Herrn Heller

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre umgehende Antwort ... und bitte Sie höflich um eine Erklärung, warum dieser Versicherungsschutz nicht möglich ist. Sie sind einer der größten Versicherer Europas, ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie für einen doch so naheliegenden Versicherungswunsch kein Angebot haben. Liegen diesem Phänomen rechtliche oder versicherungswirtschaftliche Ursachen zu Grunde?

*

Allianz Versicherung AG

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

zunächst vielen Dank für Ihre erneute Anfrage ... Wie wir Ihnen bereits mitgeteilt haben, ist in unserer Produktpalette das Risiko Versicherung von Gräbern gegen Schändung nicht abgedeckt. Die Allianz bietet eine Vielzahl von Versicherungen an, die bei der Altersversorgung anfängt und bei Zusatzversicherungen aufhört. Dabei handelt es sich immer um Risiken, die in einer gewissen Breite vorhanden sind. Hier können wir eine entsprechend kundenorientierte Prämie anbieten.

Leider ist es der Allianz nicht möglich, für alle Vorkommnisse im Leben einen adäquaten Versicherungsschutz anzubieten. Individuelle Versicherungswünsche, die außerhalb unserer Produkte liegen, werden grundsätzlich nicht versichert, da es aus versicherungsmathematischen Gründen nicht gelingt, eine reale Prämie zu kalkulieren. Wir bedauern, Ihnen heute nicht weiterhelfen zu können.

*

Alte Leipziger Versicherung AG

Frau Gieseler

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

wir bestätigen den Eingang Ihrer Zuschrift ... und bedauern Ihnen mitteilen

zu müssen, daß wir Ihnen den gewünsch-

ten Versicherungsschutz nicht bieten können.

*

An die

Alte Leipziger Versicherung AG

z. Hd. Frau Gieseler

Sehr geehrte Frau Gieseler,

ich danke Ihnen für Ihre umgehende Antwort ... und bitte Sie höflich um eine Erklärung, warum dieser Versicherungsschutz nicht möglich ist. Wissen Sie zufällig, ob andere Versicherungen diesen Versicherungsschutz bieten?

*

Alte Leipziger Versicherung AG

Herr Piro

Oberursel

Sehr geehrte Frau Oxfort,

wie Ihnen bereits unser Berliner Haus ... mitgeteilt hat, bieten wir einen solchen Versicherungsschutz nicht an. Im Rahmen unserer Produkte können Vandalismusschäden nur in Zusammenhang mit einem Einbruchdiebstahl versichert werden. Leider ist uns keine Gesellschaft bekannt, die Ihnen den gewünschten Versicherungsschutz bieten könnte.

*

Gothaer Versicherungen

Peter Ebner, Generalagent

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens ... und haben Ihre Anfrage an unsere Zentrale weitergeleitet. Von dort erhielten wir jetzt die Nachricht, daß die Gothaer das von Ihnen angesprochene Risiko nicht zeichnet.

Auf dem deutschen Markt wird es zur Zeit kaum möglich sein, einen Versicherer zu finden. Möglicherweise besteht jedoch die Möglichkeit, eine entsprechende Versicherung über einen englischen Transportversicherer abzuschließen.

Wir bedauern, Ihnen keine andere Nachricht geben zu können und hoffen, daß Ihre weiteren Bemühungen erfolgreich sind.

*

An die

Gothaer Versicherungen

z. Hd. Herrn Peter Ebner

Sehr geehrter Herr Ebner,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben ... Sie schreiben, daß es z. Zt. auf dem deutschen Markt kaum möglich sein wird, einen Versicherer zu finden, der bereit ist, jüdische Gräber, in diesem Fall die Gräber meiner Mutter und Großeltern, gegen Schändung zu versichern. Heißt das »zur Zeit«, daß es sich möglicherweise schnell ändern kann und sich dann ein Versicherer findet? Gibt es aus Ihrer Sicht rechtliche oder versicherungswirtschaftliche Gründe, die ausschließen, daß deutsche Versicherer Gräber gegen Schändung versichern?

*

Gothaer Versicherungen

Peter Ebner, Generalagent

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

ich bestätige den Eingang Ihres o. g. Schreibens. Meiner Mitteilung, daß die Gothaer Versicherungen das von Ihnen gewünschte Risiko nicht zeichnet, kann ich leider nichts hinzufügen. Auch ob sich an dieser Tatsache in absehbarer Zeit etwas ändert, vermag ich nicht zu sagen. Sollten Sie weitere Fragen zu diesem Thema haben, bitte ich Sie, sich direkt an die Generaldirektion der Gothaer Versicherungsbank, Köln, zu wenden.

Ich bedauere es sehr, Ihnen in dieser Angelegenheit nicht behilflich sein zu können.

*

An die

Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG / DEVK Allgemeine Versicherungs-AG

Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem Schreiben vom ... erlaubte ich mir anzufragen, ob in Anbetracht der heutigen Situation in Deutschland in Ihrem Versicherungsangebot auch die Versicherung jüdischer Gräber gegen Schändung enthalten ist. Meine jüdische Mutter und meine jüdischen Großeltern sind hier in Deutschland beerdigt, und ich bin besorgt.

Sollten Sie für die Beantwortung dieser Anfrage nicht zuständig sein, bitte ich Sie, diese an die Leitung Ihres Hauses weiterzureichen. Es ist jetzt mehr als zwei Monate her, daß ich Sie um Auskunft gebeten habe, bis zum heutigen Tag liegt mir keine Antwort vor.

*

Hamburg-Mannheimer

Sachversicherungs-AG

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

mit Bezug auf Ihr (Schreiben vom ...) müssen wir leider mitteilen, daß eine Versicherung von Gräbern gegen Schändung nicht möglich ist. Wir bedauern, Ihnen nicht helfen zu können.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen neben unserem Vermittler auch unsere Servicestelle zur Verfügung. Wenden Sie sich bitte ggf. an Herrn Rühl ...

*

DEVK Allgemeine Versicherungs-AG

Ihr Ansprechpartner: Herr Bumke

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

Ihr o. g. Schreiben haben wir erhalten. Für die lange Bearbeitungszeit möchten wir uns entschuldigen. Zu Ihrer Anfrage müssen wir Ihnen mitteilen, daß es bei der DEVK keine Versicherungsmöglichkeit von Gräbern gegen Grabschändung gibt. Wir bedauern, Ihnen keinen günstigeren Bescheid geben zu können.

*

Albingia Versicherungen

Herr Dehnel

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

betreffend Ihrer Anfrage eines Versicherungsangebotes gegen die Schändung jüdischer bzw. anderer Grabstätten müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß es in unserer Produktpalette kein derartiges Angebot gibt. Ihre Besorgnis verstehend, bedauern wir es, Ihnen in dieser Angelegenheit nicht weiterhelfen zu können.

*

An die

Albingia Versicherungen

z. Hd. Herrn Dehnel

Sehr geehrter Herr Dehnel,

ich danke Ihnen für Ihre umgehende Antwort ... Offen gesagt, verstehe ich Ihre Antwort deshalb nicht, weil die Albingia als Sachversicherung doch für die Versicherung von Objekten gegen Sachbeschädigung, Diebstahl etc. zuständig ist. Weshalb Gräber aus Ihrer »Produktpalette« herausfallen, verstehe ich nicht. Sehen Sie rechtliche Schwierigkeiten, oder sind es versicherungswirtschaftliche Gründe?

*

Albingia Versicherungen

Herr Salzburg

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

tatsächlich stehen vor allem rechtliche Schwierigkeiten der von Ihnen gewünschten Absicherung von Gräbern gegen Schändung entgegen. Bevor ein bestimmtes Risiko abgedeckt werden kann, müssen die Bedingungen, nach denen der entsprechende Vertrag abgeschlossen werden soll, definiert werden. Es muß z. B. festgelegt werden, welche Gefahren gedeckt sein sollen, welche Sachen versichert sein sollen, welche Pflichten die Vertragspartner haben, unter welchen Umständen der Vertrag kündbar sein soll, wie eine eventuelle Entschädigung geleistet werden soll etc., etc.

Das Betreiben einer bestimmten Versicherungsart und die Verwendung der dazu vorgesehenen Bedingungen sind in der Regel genehmigungspflichtig, und das Genehmigungsverfahren nimmt Jahre in Anspruch. Die Versicherung von Gräbern »paßt« darüber hinaus in keine der von uns betriebenen Sparten bzw. der vorhandenen (und genehmigten) Bedingungskonzepte. Wir können Ihnen deshalb nicht behilflich sein.

Persönlich möchte ich anmerken, daß es mir widerstreben würde, ein Geschäft aus der Tatsache zu machen, daß es Menschen gibt, die Gräber schänden.

*

Gerling-Konzern

Herr Otto, Herr Zillmann

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort,

gegenwärtig bietet die Versicherungswirtschaft – so auch der Gerling-Konzern – für die Schändung von Gräbern keinen Versicherungsschutz. Auch wir beobachten die von Ihnen angesprochenen Vorgänge mit Sorge, bedauern allerdings sehr, Ihnen hier als Versicherer nicht weiterhelfen zu können. In Frage käme ggfs. eine Objektschutzberatung, wobei wir alle wissen, daß auch Vorsorgemaßnahmen nur begrenzte Sicherheit bieten können.

*

An den

Gerling Konzern

*z. Hd. Herrn Otto, Herrn Zi*llmann

Sehr geehrte Herren,

ich danke Ihnen für Ihr verständnisvolles Schreiben ... Sie schreiben, daß evtl. eine Objektschutzberatung für solche Fälle in Frage käme. Da ich mit solchen Dingen über keine Erfahrung verfüge, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir schreiben würden, wie man so etwas angeht. Mir wäre nach wie vor eine Versicherung lieber.

*

Neckura Versicherungen

Ansprechpartner: Herr Hiltmann

Oberursel

Sehr geehrte Frau Oxfort,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir für derartige Versicherungen keine Konzession besitzen.

*

An die

Neckura Versicherungen

z. Hd. Herrn Hiltmann

Sehr geehrter Herr Hiltmann,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben ... Kann man eine Konzession für die Versicherung jüdischer Gräber gegen Schändung beantragen? Wer ist für solche Konzessionen zuständig? Haben einige Versicherungen solche Konzessionen?

*

Neckura Versicherungen

Ansprechpartner: Herr Hiltmann

Oberursel

Sehr geehrte Frau Oxfort,

leider können wir Ihnen in dieser Angelegenheit nicht weiterhelfen. Uns ist nicht bekannt, ob irgendeine Gesellschaft eine derartige Konzession beantragt hat. Vielleicht kann Ihnen das Bundesaufsichtsamt in Berlin weiterhelfen.

*

An das

Bundesaufsichtsamt für das

Versicherungswesen

Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe verschiedene Versicherungen angeschrieben mit der Bitte, mir Angebote zum Versicherungsschutz gegen die Schändung und Verwüstung der Gräber meiner jüdischen Mutter und meiner jüdischen Großeltern vorzulegen, ein Anliegen, das Sie angesichts der sich häufenden Vorkommnisse in Deutschland sicher verstehen werden.

Die Versicherer, soweit sie überhaupt geantwortet haben, verhielten sich ablehnend; mag sein, daß Ihnen das Risiko zu unkalkulierbar schien. Was mich aber wundert, ist die in manchen ablehnenden Schreiben angedeutete Unzulässigkeit einer solchen Versicherung. Zum Teil wird vorgetragen, daß die betreffende Versicherung keine entsprechene Konzession besitze; andere Versicherer verweisen auf die Regelungen zum Vandalismusschaden, der einen vorhergehenden Einbruchdiebstahl voraussetze; teilweise wird behauptet, daß auf dem deutschen Markt kein Versicherer dieses Risiko abdecken kann.

Mich würde interessieren, ob es aus aufsichtsrechtlichen Gründen Hindernisse für eine solche Versicherung gibt oder ob es sich lediglich um Schutzbehauptungen handelt. Falls es solche Hindernisse gibt, wüßte ich gern, welche es sind und auf welchen rechtlichen Grundlagen sie basieren.

In der Hoffnung, bald von Ihnen eine Aufklärung zu erhalten, verbleibe ich ...

*

Bundesaufsichtsamt für das

Versicherungswesen

Bearbeiterin: Frau Ehr

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort!

Versicherungsschutz der von Ihnen gewünschten Art wird in Deutschland tatsächlich nicht angeboten. Dies dürfte, wie Sie zutreffend vermuten, auf das zumindest äußerst schwer zu kalkulierende Risiko zurückzuführen sein. Der Hinweis der Versicherungsunternehmen, daß sie keine Erlaubnis besitzen, den von Ihnen gewünschten Versicherungsschutz anzubieten, ist zutreffend. Eine solche Erlaubnis setzt allerdings einen entsprechenden Antrag eines Versicherungsunternehmens und die Vorlage – genehmigungsfähiger – Versicherungsbedingungen voraus. Mit einem entsprechenden Versicherungskonzept ist jedoch bisher kein Versicherungsunternehmen an mich herangetreten, so daß ich mich zur Frage der Genehmigungsfähigkeit nicht äußern kann. Für die Einführung und Veränderung von Versicherungsbedingungen gilt das Antragsprinzip. Das Bundesaufsichtsamt kann kein Versicherungsunternehmen zwingen, bestimmte Risiken abzusichern.

Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können.

*

Frau Ehr

Bundesaufsichtsamt für das

Versicherungswesen

Berlin

Sehr geehrte Frau Ehr,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben ... Ich hätte gern noch eine zusätzliche Auskunft. Da mir von einer Versicherung mitgeteilt wurde, daß nach den vom Aufsichtsamt zugelassenen Versicherungsbedingungen Vandalismusschäden nur im Rahmen von Einbruchdiebstahlversicherungen mitversicherbar sind, hätte ich gern Ihre Bestätigung. Ich kann mir das nicht so recht vorstellen, weil ja auch sonst Beschädigungen von außen (Glasscheiben, Autos) versichert sind. Könnten Sie so freundlich sein und mir die für die Versicherungsunternehmen zur Zeit verbindlichen Bedingungen zuschicken?

*

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen

Bearbeiterin: Frau Ehr

Berlin

Sehr geehrte Frau Oxfort!

Das Problem in der von Ihnen geschilderten Angelegenheit ist gerade, daß kein Versicherungskonzept für den von Ihnen gewünschten Versicherungsschutz existiert. Die von Ihnen erwähnten Versicherungsbedingungen für Kraftfahrzeuge, Glas oder auch Einbruchdiebstahlschäden, nach denen Vandalismusschäden mitversichert werden können, sind eben nicht geeignet, um in den von Ihnen gewünschten Fällen Versicherungsschutz zu bieten. Eine Versicherung nur gegen Vandalismusschäden existiert nicht, so daß die Aussage der Versicherer durchaus zutreffend ist.

Das Bundesaufsichtsamt verfügt nicht über Belegexemplare von Versicherungsbedingungen, die es interessierten Personen zur Verfügung stellen könnte. Ich kann Sie insoweit nur bitten, sich an Ihr Versicherungsunternehmen zu wenden.

Marion Oxfort ist freie Journalistin und lebt in Berlin

Konkret 06/00, S. 56

Andreas Pretzel

Kein Denkmal für Magnus Hirschfeld?

Replik auf eine Polemik von Peter Kratz (»Der Streicher des Sex«, KONKRET 4/2000)

Peter Kratz hat eine Kritik an Rosa von Praunheims Hirschfeld-Film benutzt, um nicht nur Film und Filmfigur zu beurteilen, er saß auch über Magnus Hirschfeld (1868-1935) als historischer Person zu Gericht. Die entstellenden Halbwahrheiten seiner Polemik, die ein Lebenswerk diffamieren und aus dem Gedächtnis zu tilgen suchen, sollen nicht unwidersprochen bleiben.

1897 gründete Hirschfeld mit einigen Mutigen das »Wissenschaftlich-humanitäre Komitee« (WhK), das sich für die Abschaffung des Paragraphen 175 einsetzte. Der Verein unter seiner Leitung bildete eine bedeutsame Initiative für die Entstehung der Homosexuellenbewegung in Deutschland. Sie verband sich mit seinem Namen, wenngleich seine Emanzipationsstrategie – »Durch Wissenschaft zur Gerechtigkeit« – , auch in der Homosexuellenbewegung nicht unumstritten war.

Hirschfelds wissenschaftliches Wirken zielte u. a. darauf, Homosexualität zu entstigmatisieren. Das hieß für ihn, sie vorurteilsfrei als »Spielart der Natur«, als vorherbestimmtes Schicksal des Einzelnen anzuerkennen und ihr einen neuen Platz in der biologischen Ordnung und einem neuen Wertesystem zuzuweisen. Der Mediziner Hirschfeld hat zu diesem Zweck an der Etablierung einer neuen Fachdisziplin, der Sexualwissenschaft, mitgewirkt. Er hat ihr eine »Zwischenstufentheorie« mitgegeben, die ein Universum sexueller Varietäten eröffnete und die als seine fachspezifische Hauptleistung angesehen werden kann. Danach gäbe es keine starre Geschlechtertrennung, weder »Vollweib« noch »Vollmann«, sondern »Zwischenstufen« als individuelle, »natürliche« Mischungsverhältnisse von körperlichen, psychischen, psychosexuellen und psychosozialen Eigenschaften. Homosexualität siedelte Hirschfeld im Übergangsfeld vom Männlichen zum Weiblichen (und umgekehrt) an. So befremdlich mitunter seine Klassifikationen und manche seiner mitschwingenden patriarchalen Wertungen heute erscheinen mögen, sie waren angesichts der am Anfang des 20. Jahrhunderts vorherrschenden Meinungen in Psychiatrie, Kriminologie, christlicher Ethik und einer rigiden Geschlechterhierarchie der wagemutige Versuch einer Neubestimmung und Neubewertung. Sein Vorsatz, dies auf einem objektiven, naturwissenschaftlichen Wahrheitsanspruch zu begründen, war bereits seinerzeit umstritten und stieß bei Fachkollegen wie bei Mitstreitern der Homosexuellenbewegung auf Skepsis bis hin zu schroffer Ablehnung. Dem Individualanarchisten Adolf Brand z. B., ausgesprochener Widersacher von Hirschfelds Emanzipationsstrategie, schien die Vorstellung, eine mann-weibliche »Zwischenstufe« zu verkörpern, schier unerträglich. Brand und der von ihm geleitete »Bund der Eigenen« – nicht aber Hirschfeld, wie Kratz suggeriert – bevorzugte im Anklang an Blühers Wandervogelschrift den »jugendlichen männlichen Helden«.

Der Biologismus nach der Jahrhundertwende war eine Antwort auf die christliche Bevormundung wissenschaftlicher Erkenntnis- und moralischer Wertungsmöglichkeiten. Hier liegt der Beweggrund, warum Hirschfeld zum Freidenker und zum Vertreter einer »Neuen Ethik« wurde, die sich naturwissenschaftlich-biologisch zu begründen suchte und in der zeitweiligen Modephilosophie des Monismus beredten Ausdruck fand. Darwin, Haeckel und nicht zuletzt Nietzsche wurden zu Leitfiguren einer neuen säkularen Weltanschauung bei einem Großteil bürgerlich-liberaler Intellektueller, wenngleich deren Denkansätze zu neuen problematischen Heilsversprechen führten.

In Kratz' Polemik ist allerdings von den zeitgenössischen Voraussetzungen für das Denken und Handeln keine Rede – vom Widerstreit der Anschauungen, von Entwicklungen, von der Gewinnung neuer Erkenntnisse wie der Überwindung von Irrtümern schon gar nicht. Mehr noch, Hirschfelds Lebensleistung wird von Kratz lediglich auf einen Aspekt seines Denkens – die eugenischen Auffassungen – reduziert, indem er sie zum »zentralen Inhalt von Hirschfelds Lebenswerk« erklärt. Zentrale Werkbelege dafür bleibt er schuldig. Statt dessen verweist er auf die eugenischen Auffassungen von Hirschfelds Mitstreitern und bringt sie in Zusammenhang mit eugenisch-rassehygienischen Auffassungen ihm fernstehender bzw. feindlich gesonnener Forscher. Selbst bei seinem Hauptthema, der Eugenik, weiß Kratz nicht zu differenzieren. Sein pauschales Verdikt verstellt ihm den historischen Blick. Gerade seine Perspektive auf Gesundheits- bzw. Bevölkerungspolitik hätte ihm bei mehr historischem Erkenntniswillen aber Einblick gewähren können in die vielfältigen Positionen und sozialpolitisch unterschiedlichen Bestrebungen, wie eine Vielzahl historischer Arbeiten der letzten Jahre belegen. Hirschfeld hat sich im Interesse einer eugenischen Gesundheitspolitik und Aufklärung entschieden gegen rassenhygienisch-bevölkerungspolitische, insbesondere rassistisch-wertende Bestrebungen gewandt.

Angesichts der wilden Fortpflanzungsspekulationen und Degenerationsängste im Kaiserreich und der mörderischen Konsequenzen, zu denen rassenhygienische Zielstellungen – zur Staatsdoktrin erhoben und in den Dienst einer Ausmerze gestellt – in der NS-Zeit führten, bedarf es der zeithistorischen Einordnung bevölkerungspolitischer Initiativen, um angemessene Wertungen zu treffen. Damit kein Zweifel aufkommt: Hirschfelds eugenische Auffassungen sind nicht zu relativieren. Aber wer Hirschfeld zum »Streicher des Sex« erklärt, relativiert die verbrecherische Gesinnung und

historische Verantwortung von NS-Tätern wie Julius Streicher. Es verstellt geradezu eine deutliche Kritik an den eugenischen Bestrebungen von Hirschfeld und anderen reformbewegten Bildungsbürgern. Wenn man geschichtliche Entwicklung und wissenschaftliche Forschung ernsthaft begreifen, deuten und bewerten will, insbesondere die Praxis der gesundheitspolitischen Einflußnahme im Kontext weltanschaulichen, sozialpolitischen und ethischen Widerstreits, dann gehört dazu eine Perspektive, die Gesellschaft und Politik im Weitblick erfaßt und nicht einen beschränkten Ausschnitt, wie Kratz ihn in bürgerlich liberalen Kreisen und am rechten Rand der Sozialdemokratie aufsucht. Bezeichnend dafür ist, daß Kratz führende Vertreter der Rassenhygiene, die den politisch rechten, christlich konservativen oder gar den explizit völkisch-rassistischen Flügel der Eugenik/Rassenhygiene vertraten, in seinem Text gar nicht nennt. Gerade bei ihnen aber läßt sich personelle und berufliche Kontinuität bis in die NS-Zeit (und darüber hinaus) belegen.

Von einem bedeutsamen theoretischen Beitrag oder gar einem herausragenden politischen Einfluß Hirschfelds kann, was die Entwicklung eugenischer Vorstellungen betrifft, nach den bekannten Quellen nicht die Rede sein. Auch hier zeigt sich Kratz' mangelhafte Sachkenntnis. Eine »Hirschfeld-Grotjahn-Gruppe« etwa hat es nie gegeben. Bekannt ist lediglich, daß Grotjahn 1913/14 Vorstandsmitglied der von Hirschfeld 1913 mitbegründeteten »Ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Eugenik« war (Kratz spricht fälschlich von einer »Ärztlichen Gesellschaft für Sexual*ethik* und Eugenik«), bis 1925 nahm Grotjahn dann an vier Vereinssitzungen teil. Hirschfeld verlor in der Ärztlichen Gesellschaft bereits 1920 weitgehend seinen Einfluß.

Hirschfelds publizistische und organisatorische Anstiftungen zur eugenischen Einflußnahme beschränkten sich im wesentlichen auf das Ende des Kaiserreichs, sie mündeten 1913 in die Gründung der genannten Ärztlichen Gesellschaft, nennenswert auch seine Teilnahme 1917 an der Diskussion zur Einführung von »Ehegesundheitsattesten« der »Gesellschaft für Rassenhygiene«. Das betrifft auch einige andere, die Kratz als angeblich zentrale Vertreter von Eugenik und Hirschfelds Mitstreiter vorführt. Auffassungen, Positionsbestimmungen und Bestrebungen erfuhren jedoch in der Weimarer Republik bedeutsame Änderungen und Korrekturen. Doch das verschweigt Kratz. Bereits sein Vorsatz, die von ihm Genannten vorrangig als Eugeniker wahrzunehmen, obgleich eugenische Themen lediglich einen zeitweiligen Aspekt ihrer Reformbestrebungen ausmachten, hat fatale Folgen: Das empörend Ärgerliche ist sein Rufmord an der Lebensleistung und den Lebensirrtümern bürgerlicher Gesellschaftsreformer, die unterschiedslos einer dubiosen »Tätergruppe« des späteren Nationalsozialismus zugeordnet werden.

Die Frauenrechtlerin und Philosophin Helene Stöcker z. B. wird von Kratz reduziert auf eine Propagandistin von »Aufartung« und der von ihr geleitete »Bund für Mutterschutz« – der damals radikale Flügel der bürgerlichen Frauenemanzipationsbewegung – zu ihrem Propagandainstrument herabgewürdigt. Ihre Bündnisbestrebungen, die zur Teilnahme des Bundes am Weimarer Kartell 1907/09 führten – auch Hirschfeld war übrigens dabei – erklärt Kratz schlechterdings zu einem »Zusammenschluß derjenigen Freireligiösen, die später Adolf Hitler zum Gott ausriefen«. Von Stöcker und Hirschfeld, deren Lebenswerk zerstört wurde und die im Exil starben, ist ein derartiger Unsinn nicht bekannt und kaum vorstellbar. Unvermittelt bringt Kratz Kaiserreich und NS-Regime in zeitlichen und personellen Zusammenhang. Analog entstellt er auch die Lebensreformbewegung, die er auf völkische Lebensreform reduziert, um ihr Hirschfeld fälschlich zuzuordnen. Kratz konstruiert willkürlich Zusammenhänge, er begreift Lebenswege als Standbilder. Seine Polemik ist exemplarisch ahistorisch.

Kratz' Argumentationsweise ist auch, was die Gegenwart betrifft, oberflächlich. Er spricht z. B. von »Verfälschungen« im Hinblick auf »die vielen Texte der einflußreichen Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft (MHG)«. Sie würde mit Hirschfeld »ein Denkmal konstruieren« wollen. Denkmale stehen bereits: Eines wurde in der Berliner Otto-Suhr-Allee vor jenem Haus aufgestellt, wo sich der Gründungsort des WhK befand, ein anderes erinnert am Spreeufer an das zerstörte Hirschfeld-Institut.

Kratz behauptet, Hirschfeld »taugt im Original nicht zum Mahnmal gegen die NS-Schwulenverfolgung« und unterstellt, in seinem Namen könnten daher Entschädigungsforderungen für die NS-Homosexuellenverfolgung nicht geltend gemacht werden. Dieser Bannspruch impliziert eine nachträgliche Selektion von Verfolgten. Eine solche Konstruktion »schuldiger Opfer« wird seit 50 Jahren dazu benutzt, Entschädigungsansprüche abzuwehren. Allein die Tatsache der NS-Verfolgung wegen Homosexualität verpflichtet unterschiedslos zur Entschädigung. Auch Kratz' Unterstellung – »Wer Entschädigungszahlungen und die Rückgabe der Grundstücke des Instituts will, wie die MHG, muß Hirschfelds Rolle in der Rassenhygiene herunterspielen« – ist abwegig. Oder will er ernsthaft Entschädigungsforderungen für enteigneten Besitz von der Persönlichkeit, der Gesinnung oder dem Lebenswerk der früheren Eigentümer abhängig machen?

Eine andere Frage ist die nach dem heutigen Umgang mit dem Erbe Hirschfelds und der Inanspruchnahme seines Namens wie seines Instituts. Auch hierzu hätte sich Kratz über Positionen der MHG und ihren kritisch-produktiven Umgang mit dem Erbe der Sexualforschung und Sexualreformbewegung sachkundiger machen können (http://www.in-berlin.de/user/hirschfeld). Oder sollten ihm die Veröffentlichungen entgangen sein, die sich mit Hirschfelds biologischer Theoriebildung, fragwürdigen Experimenten, seinen eugenischen Auffassungen oder seiner Rolle im Monistenbund

befassen, ferner zur »Ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Eugenik« bis hin zur Geschichte des bevölkerungspolitischen Diskurses auch im radikalfeministischen »Bund für Mutterschutz« um Helene Stöcker?

Prinzipiell ist zu fragen, warum Hirschfeld nicht auch mit seinen Irrtümern zum Gedenken und für eine kritisch-zeitgenössische Erbeaneignung taugt. Warum unterstellt Kratz, Hirschfeld müsse ein um Fehlleistungen bereinigtes Idol sein, um als Namensgeber gegenwärtiger Forschungseinrichtungen oder als Erinnerungsfigur zu fungieren? Hirschfeld gibt kein Heiligenbild ab, sein Wirken stellt vielmehr eine produktive Herausforderung dar. Mir scheint, es ist Kratz' Gestus der Entlarvung, der ihn in die Irre führt und an solider Recherche hindert – mit reflexhaften Zügen hat sich ein ideologiekritisches Muster bei ihm verselbständigt.

Andreas Pretzel ist Kulturwissenschaftler und Mitarbeiter der »Forschungsstelle zur Geschichte der Sexualwissenschaft« bei der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft in Berlin

Konkret 06/00, S. 58

Gerhard Scheit

Schwarzbuch für Anspruchsvolle

Nicht ganz gewollt ist dem Autor Gerd Koenen beim Unterfangen, den Stalinismus zu beschreiben, eine höchst brauchbare Analyse des NS-Systems gelungen

Das *Schwarzbuch des Kommunismus* hat für das, was ihm als Kommunismus gilt, den Begriff vom »Genozid am eigenen Volk« geprägt. Ist solcher volkseigene Genozid im Grunde nicht schlimmer als der Genozid zugunsten des eigenen Volks, den der Nationalsozialismus praktizierte? – So lautet die Suggestivfrage, die hinter diesem Begriff steht. Gerd Koenen beantwortet sie in *Utopie der Säuberung* mit einem ziemlich eindeutigen Ja: »Solche Massenverbrechen«, die im Namen des Kommunismus gegen das eigene Volk begangen würden, seien, »in vielem sogar noch schlimmer ..., als es ein Genozid jemals sein könnte.«

Dabei hält Koenen jedoch den Begriff des Genozids im Zusammenhang mit Kommunismus eigentlich für verfehlt, wie er überhaupt dem *Schwarzbuch* durchaus kritisch gegenübersteht. Aus der Kritik seiner begrifflichen Mängel versucht er selbst, so etwas wie eine Theorie des »Kommunismus« essayistisch zu entwerfen. Mit dem *Schwarzbuch* teilt die *Utopie der Säuberung* allerdings die Darstellung des Staatskommunismus als eines »Experiments«, unternommen in einer Laborsituation, d. h. Koenen abstrahiert von allen geschichtlichen Voraussetzungen in Rußland und von jedem gesellschaftlichen Zusammenhang, der über dessen Grenzen hinausreicht. Nur so kann er die Sowjetunion als »grausames, verfehltes Experiment am Leib lebender Gesellschaften« isoliert betrachten und bewerten. Stichdatum für die Versuchsanordnung ist der Erste Weltkrieg, über dessen Ursachen und Zusammenhänge sich der Autor nicht weiter den Kopf zerbricht: »Der Zusammenhang des Weltkrieges mit der Entstehung und dem Aufstieg der totalitären Bewegungen des Zeitalters ist durchaus schwierig« – das ist das einzige, was dem Historiker hierzu einfällt.

Die sogenannte ursprüngliche sozialistische Akkumulation, die Zwangskollektivierung und Industrialisierung des Landes seit dem Jahr des »großen Umschwungs« 1929, mit dem auch der Massenterror in vollem Ausmaß einsetzte, erscheint dann bereits als erster großer Fehlschlag der Praktikanten im sowjetischen Politlabor. Dabei gerät der Autor in ein Dilemma: Einerseits möchte er das Mißlingen beweisen – etwa: das Ergebnis wäre die Opfer nicht wert gewesen, die es gekostet hat – und verweist auf die »humanere« Industrialisierung in den USA, die auch in Rußland möglich gewesen sei (selbstverständlich ohne zu erwähnen, daß Nordamerika zunächst offenbar aus vorausschauender Humanität von den eingeborenen Nichtmenschen gesäubert werden mußte). Andererseits sieht sich Koenen doch genötigt festzustellen, daß die UdSSR Anfang 1936 zur stärksten Militärmacht aufgestiegen sei, und listet die enormen Zahlen ihrer Rüstungsproduktion auf. Die Gefahr, die vom Ausland, insbesondere von Deutschland, ausging, wird dabei heruntergespielt oder einfach ausgeblendet – Stalins Hinweise auf diese Gefahr, mit dem er seine terroristische Industrialisierung rechtfertigte, »mögen«, so der Autor, »hellsichtig erscheinen. Allerdings verkennt man dabei die Rolle, die die Sowjetunion selbst bei der Konstellation, die zum Weltkrieg führte, gespielt hat«. Kryptisch deutet Koenen damit an, daß die Sowjetunion am Krieg selbst die Schuld trägt. So weit, so schlecht: All das entspricht nur einem ausgewalztem Leitartikel der »FAZ« (wo übrigens André Brie Koenens Buch mit wenigen Abstrichen sehr gelobt hat).

Seltsam an diesem Buch aber ist, daß es dennoch einige wichtige Einsichten bereithält. In gewisser Weise bietet es mehr als jene neueren faktenreichen Untersuchungen, die sich auf seriösere Weise als das *Schwarzbuch* dem neu auftauchenden Quellenmaterial widmen und dennoch über den gesellschaftlichen Zusammenhang stalinistischer Herrschaft ebensowenig wissen wollen wie das *Schwarzbuch* mit all seinen zusammengelogenen Zahlen. So reicht etwa die Studie von Oleg W. Chlewnjuk über das sowjetische Politbüro der dreißiger Jahre kaum über den Begriff des ›Personenkults‹ hinaus, wenn sie nach Durchsicht der Aktenberge zu dem wahrhaft umwerfenden Ergebnis kommt: »Anhand der vorliegenden Dokumente kann vor allem Stalin als Initiator der verschiedensten Aktionen bezeichnet werden, die für die Richtung des politischen Kurses bestimmend waren ... Die Mehrheit der Politbüromitglieder leistete nicht nur keinen ernstzunehmenden Widerstand, sondern paßte sich durch erhöhte Wachsamkeit und demonstrative Treue gegenüber dem Führer eiligst dem neuen Kurs an.« Woraus diese Treue und diese Widerstandslosigkeit resultierten, worin die Wachsamkeit bestand und wovon sie motiviert war, darüber läßt sich nichts erfahren in solchen Studien.

Gerd Koenen macht sich nun gerade hierzu einige interessante Gedanken – nicht zuletzt, weil er den Vergleich mit dem Nationalsozialismus nicht scheut, ohne darum beide Herrschaftsformen gleichzusetzen. So bietet er etwa eine klare Differenzierung zwischen nationalsozialistischem und stalinistischem Terror: Letzterer »ließ keine Klasse und Gruppe der Gesellschaft aus. Buchstäblich jeder konnte im Frieden wie im Krieg ein ›Schädling‹ oder ›Feind des Volkes‹ werden. Jede soziale Schicht, jede Berufsgruppe, jede Nationalität, jede religiöse Gruppe oder sonstige Gemeinschaft wurde auf irgendeine Weise gespalten, atomisiert, radikal umgestaltet oder ›liquidiert‹.« »Die Führer des Dritten Reichs waren sowohl untereinander wie mit dem Gros ihrer Parteigenossen durch einen stabilen Außenfeind zusammengeschlossen. Dieser Feind hatte hinter all seinen Masken und Verkleidungen einen Namen und ein Gesicht. Ganz anders im Falle der Stalinschen Führung: Sie hatte nach allen Schlachten und Säuberungen das Bild ihres Feindes verloren. Es gab ihn nicht mehr, aber es

mußte ihn geben, solange so vieles schiefging. Dieser Feind war schon kein Klassenfeind mehr, sondern der Schatten eines ehemaligen Klassenfeindes, ein ... Subjekt, das überall und nirgends war, was nur bedeuten konnte, daß dieser Feind sich mehr drinnen als draußen verbarg und jede beliebige Gestalt angenommen haben konnte – am wahrscheinlichsten die des treuen Genossen und Kampfgefährten.«

Oder die eigene Gestalt – und hier liegt der Kern des Problems, den Koenen allerdings verfehlt. »Wir halten ihn nicht für ein eindeutiges Element«, hieß es immer wieder in den Berichten, die Partei- und Staatsapparat dazu dienten, jemanden zu verdächtigen. Niemand hielt sich im Innersten wohl selbst für ein eindeutiges Element der bürokratischen Staatsmaschine, jeder spürte in sich die Vieldeutigkeit in der Einschätzung der aktuellen Situation, der gerade ausgegebenen Losung, im Verhältnis zur geforderten Arbeitsdisziplin, in persönlichen Beziehungen zu bereits verdächtigten ›Elementen‹ ... Und darum eben entstand überall diese hektische Bemühung – »Wachsamkeit« genannt – , die als negativ empfundene Uneindeutigkeit auf andere zu projizieren, auf jene, die schließlich als feindliche, fremde Elemente stigmatisiert, ausgegrenzt, liquidiert wurden. Im Unterschied jedoch zur Welt des NS-Staats wurden diese uneindeutigen, fremden und feindlichen Elemente unter Stalin nicht systematisch rassistisch gekennzeichnet. (Selbst zu Legitimationstexten verbogen, boten die Schriften von Marx, Engels und Lenin hierzu keine wirkliche Handhabe.) Und gerade diese permanente, ja sich steigernde Unsicherheit in der Identifizierung des Fremden und Feindlichen, das rassistisch nicht eindeutig fixiert werden konnte (oder durfte), macht die eigentümliche Dynamik der stalinistischen Säuberungen aus: Jeder konnte prinzipiell ein solches Element sein, im nächsten Moment aus irgendeinem, kaum erkennbaren Grund von den anderen dazu gemacht werden – es gab keinen Ariernachweis. Darum konnte hier die Trennlinie zwischen Tätern und Opfern in ganz spezifischer Weise durch eine Person hindurchgehen.

In Koenens Buch jedoch werden diese inneren Voraussetzungen der Säuberung weitgehend rationalisiert, einer imaginierten Versuchsanordnung folgend, die Individuen eben immer nur als Material betrachten kann. So rekurriert der Autor selbst – ganz im Sinne der stalinistischen Auffassung vom Menschen – auf Pawlowsche Psychologie und signifikante organische Metaphern, wie sie schon in der Formulierung vom »Experiment am Leib der lebenden Gesellschaft« angeklungen sind: Koenen spricht – ganz Naturwissenschaftler – von »rattenhafter Wut, mit der die in die Enge Getriebenen aufeinander« losgegangen seien, und von einem »Muster archaischer Instinkte oder bedingter Reflexe, die im wesentlichen durch das politische ›Setting‹ bestimmt waren«.

Der Erkenntnisgewinn, den das Buch bietet, fällt denn auch weniger für den Begriff des Stalinismus als für den des Nationalsozialismus ab. Über den Stalinismus schreibend, benötigt der Autor als Negativ eine Analyse des Nationalsozialismus, die treffender ist als die meisten vorliegenden Faschismustheorien (einschließlich der marxistisch-leninistischen). Beinahe überrascht stellt er fest, »daß die Nationalsozialisten keinen Massenterror ausüben mußten, um das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit gleichzuschalten und auf den kommenden Krieg vorzubereiten«. Daraus ergibt sich auch Koenens Begriff des Totalitären, der sich offenbar daran mißt, in welchem Ausmaß eine Regierung gegen ›ihr Volk‹ vorzugehen bereit ist: »Wenn der Nationalsozialismus weniger totalitär war, dann weil er auf eine höhere Zustimmung, aktivere Beteiligung und größere Komplizenschaft der deutschen Gesellschaft rechnen konnte.« Während Koenen in der Säuberung das Schibboleth für den Stalinismus erkennt, begreift er die Selektion als Wesensmerkmal des Nationalsozialismus: »Der Nationalsozialismus war in allererster Linie ein Projekt der Eroberung von fremdem ›Lebensraum‹ und der vollständigen Neubegründung eines riesigen kontinentalen Rassenimperiums. Dessen ›gesunder‹ Kern, die großdeutsche Volksgemeinschaft, blieb vom politischen Massenterror weitgehend verschont, während die aus der Volksgemeinschaft Herausselektierten ... einer schrankenlosen Politik der Versklavung und Vernichtung unterworfen wurden.«

Koenen setzt den »gesunden Kern« der Volksgemeinschaft in Anführungszeichen, doch am Ende des Buchs hebt er diese Anführungszeichen auf, wenn er sich die »historisch bedeutsame« Frage stellt, warum sich die Bundesrepublik Deutschland – im Gegensatz zu den poststalinistischen Gesellschaften – »in ihrer Nachkriegsgeschichte so vergleichsweise undramatisch in eine zivile Gesellschaft verwandelt hat, obwohl sie rechtlich und materiell auf dem geschleiften Fundament des Dritten Reiches aufbaute«. Weit davon entfernt, in der Identität von Bevölkerung und Staat die eigentliche (und fortdauernde) Katastrophe der deutschen (und österreichischen) Geschichte zu sehen, entdeckt Koenen darin vielmehr die Voraussetzung der deutschen Zivilgesellschaft. Der Nationalsozialismus hat die Gesellschaft »als ›Arbeitsgesellschaft‹ – ... intakt« gehalten. Weil der Nationalsozialismus weniger totalitär gewesen sei als »der Kommunismus«, aber nicht weniger als offenbar nötig, habe er auch die besseren Voraussetzungen zum Aufbau einer Zivilgesellschaft geboten, während »der Kommunismus« eben nur alles ruiniert und immer nur zur Unterentwicklung der Gesellschaft beigetragen habe, so die Konklusion des Buchs – eine Rechtfertigung des Nationalsozialismus, wie sie schöner, zivilgesellschaftlicher, nicht sein kann, eine Rechtfertigung, die allerdings die Ideologie der Zivilgesellschaft auf den Punkt bringt, den diese stets zu verbergen sucht. Und für diese Klarstellung in Sachen Demokratie kann man dem Autor zuletzt nur dankbar sein. Demokratie und Wohlstand in Deutschland beruhen in der Tat auf Vernichtung, und es sind die Neonazis, die nicht aufhören, darauf hinzuweisen.

Oleg W. Chlewnjuk: *Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre.* Aus dem Russischen von Ruth und Heinz Deutschland. Edition Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1998, 422 S., 68 Mark

Gerd Koenen: *Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?* Alexander Fest Verlag, Berlin 1998, 456 S., 44 Mark, auch als Fischer Taschenbuch, 26,90 Mark

---

Gerhard Scheit beteiligte sich in KONKRET 3/2000 an einem Streitgespräch über Jörg Haiders Führungsqualitäten

Konkret 06/00, S. 60

Peter O. Chotjewitz

Binäre Artefakte

Die Werke des Computerkünstlers Kiwus haben kein Programm. Sie sind selber eines

Technopaigna – der Name klingt harmlos, irgendwas mit Technik, Bilderlyrik, auf einer Fläche mehr oder weniger hübsch angeordnetes Textmaterial, aber seien Sie vorsichtig. In seinen Apokryphen beichtet Kiwus die Idee, einem Bankdirektor ein Bild zu verkaufen, das zu seiner Tapete paßt, in sich aber einen biblischen Fluch oder das *Kommunistische Manifest* birgt. Sie verstehn.

Sie schaun sich die Bilder an, ganz hübsch, denken Sie, würde vielleicht sogar meinem Schwiegervater gefallen, vielleicht ’n bißchen zu abstrakt und verpfriemelt. Ein paar große Linien und Flächen könnten nix schaden. Aber Sie interessieren sich sowieso nicht groß für Kunst und schaun nur hin, weil die Dinger was mit Computern zu tun haben, oder Ihr Mann hat was mit Computern zu tun. Wenigstens nicht so wild, denken Sie, keine Farben, Gegenstände, Figuren und all der Quatsch, wo der Kunstfreund gleich merkt, paßt nicht zu meiner Krawatte. Keine nackten Frauen, abstürzenden Starfighter, onanierenden Herren, platzenden Atommeiler. Deshalb, noch einmal: Geben Sie acht! In diesem Blatt ist eine gotteslästerliche Sottise von Oskar Panizza verschlüsselt, in dem da ein Gewaltaufruf der RAF, aber jetzt rennen Sie bitte nicht gleich los, um das Bundeskriminalamt oder die päpstliche Kongregation für Glaubensfragen anzurufen.

Kiwus strebt die perfekte Verschlüsselung an, die durch niemand und nichts entschlüsselt werden kann, und ich gehe mal davon aus, daß er nur Werke ausstellt, die seinem Streben genügen. Meisterwerke eben. Er weiß alles über Kryptologie und den unknackbaren Code und besitzt sogar ein Buch darüber, und so müssen wir ihm wirklich glauben, wenn er im Untertitel zu einer Ausstellung behauptet, er habe nur Max Benses beliebten Aufsatz »Der geistige Mensch und die Technik« von 1947 in seinen Computer gehackt, und wie er auf den Knopf »Text ausdrucken« gedrückt habe, seien die merkwürdigen Zeichen rausgekommen, die er da an die Wände gehängt hat. Ich weiß, wovon ich rede. Ich schreibe zwar nur mit word perfect 4.1 und MS-DOS auf einem uralten 286er, aber mein Star LC 24-10, der noch älter ist, druckt auch manchmal Hieroglyphen aus, ohne zu wissen, warum.

An der Stelle könnte ich ansetzen: Verschlüsselung, biblischer Fluch, *Kommunistisches Manifest*. Was will Kiwus uns damit sagen? Ganz einfach: Er ist Kommunist, mißtraut jedoch den marxistischen Weissagungen und schleudert dem Kapital deshalb vorsorglich einen biblischen Fluch entgegen, der auch nichts helfen wird.

Was das Verschlüsseln betrifft, erweist Kiwus sich als Künstler. Alle Künstler verschlüsseln. Man kann direkt sagen, Kunst ist die auf allerlei Umwegen ans Ziel kommende Neigung eines Menschen, seine Gedanken, Gefühle und Absichten zu verbergen, in den meisten Fällen, sogar gar keine zu haben, vermischt mit der Chuzpe, das Ergebnis trotzdem der Öffentlichkeit zu präsentieren. Das heißt: Natürlich kann Kiwus klare Gedanken fassen und diese klar ausdrücken, aber diese Fähigkeit kommt nicht im Kunstwerk an ihr Ziel. Sie verflüchtigt sich irgendwo auf dem Wege dorthin, vielleicht im Gespräch mit mir. Im Kunstwerk manifestiert sie sich nur noch als Leuchten eines fernen Gewitters, als Glanz, der auf sich selbst verweist, oder meinetwegen als Code, als Folge oder Geflecht von Codes.

Ich habe oft mit Kiwus über seine Arbeiten gesprochen – er denkt sich viel, und er hat viel gelesen. Aber mir erklärt keiner, wie ein Computer funktioniert oder wie man ein Programm schreibt. Ich kann einen Programmierer nicht von einem ostafrikanischen Buschmann unterscheiden. Ich verstehe beide nicht. »Also gut«, sage ich zu ihm, »bevor ich mir die Mühe mache, zu verstehn, was du alles gelesen und dir gedacht hast, bevor du diese Grafiken gemacht hast, sage mir eins: Warum sehe ich dein Gedankengut nicht auf deinen Blättern? Ich sehe eine Menge Krakel, manches erinnert mich an bestimmte Zeichen, die ich vielleicht schon mal gesehen habe, rein assoziativ, ich ahne auch, daß du die Dinger nicht mit der Hand gezeichnet hast, du bist kein Masochist, aber ich kann wirklich nicht sagen, ob du zur Herstellung dieser Arbeit zum Beispiel das berühmten Theorem von Mao Tse Tung ›Entweder der Westwind siegt über den Ostwind oder der Ostwind siegt über den Westwind‹ verschlüsselt hast. Ich sehe es nicht.«

»Aber ich.«

»Du siehst es?«

»Ich sehe es.«

Auch an dieser Selbstbehauptung erkennen wir, daß Kiwus ein Künstler ist. Es gehört zum Wesen des Künstlers, daß er Dinge sieht, die ich als Nichtkünstler nicht sehe, vor allem, wenn ich mir seine Kunstwerke angucke.

Woran liegt das? An mir liegt es nicht. Es liegt daran, daß die ganze weltanschauliche Bildung und alles Wissen des Künstlers zwar in dem Sinne konstitutiv sind für sein Werk, als sie unerläßlich sind zur Formation der Persönlichkeit des Künstlers, die dann außerstande ist, bestimmte Dinge zu tun oder zu unterlassen, das Kunstwerk aber darüber hinauswächst.

Der Maler Wintersberger gab einmal Korrektur. Er nahm also einen Pinsel und pinselte etwas in das Bild. »Warum?« fragte der Schüler. Der Meister antwortete: »Das Bild will es so!«

Was will die Episode uns sagen? Das wahre Kunstwerk ist eigenwillig und schweigt sich aus über die Gedankenwelt seines Schöpfers. Der muß selber ausplaudern, was er sich gedacht hat, ist aber auch nicht verläßlich. Sie kennen vielleicht das jüdische Sprichwort: »Nicht einmal Gott selbst weiß, was er tut.« Wann immer sie also ein Artefakt bemerken, das zweifelsfrei zu erkennen gibt, was der Künstler sich dabei gedacht hat, wissen sie, daß es sich nicht um ein Kunstwerk handeln kann. Schon Bense sagte sinngemäß, die Theorie der Kunst tauge irgendwie nicht zur Herstellung von Kunstwerken, nur zu ihrer theoretischen Erörterung, und nicht mal das, denn wann immer ein paar Leute sich über Kunst unterhalten, kommen sie unweigerlich an den Punkt, wo sie zugeben müssen, daß sie nicht wissen, worüber sie reden.

Mir gefällt diese Definition der Kiwus'schen Kunstwerke, die ich hiermit entwickelt habe. Sie entmystifiziert den Herstellungsprozeß, indem sie als gegeben hinnimmt, daß die Werkzeuge, Materialien und Techniken der Künstler sich im Laufe der Kunstgeschichte immer wieder geändert haben, ohne daß man ex nunc einer künstlerischen Leistung bestimmter Werkzeuge wegen den Vorzug gegeben hätte. Sie betont dagegen die Tatsache, daß Kunst immer von Menschen mit dem Kopf und den Gefühlen gemacht wird, und die Maschinen und Programme auch heute nicht mehr sein können als ein Hilfsmittel. Das zu behaupten, erscheint mir sinnvoll. Manche Menschen halten Computer für höhere Wesen, die Dinge können, die die Menschen nicht können. Unser Zeitalter neigt ja dazu, technische Neuerungen zu verherrlichen, unsere natürlichen Fähigkeiten dagegen zu vernachlässigen. Man sieht das zur Zeit an den Kunsthochschulen, wo alle wild sind auf den neuen technischen Krimskram und auf die Leute herabschauen, die noch mit Pinsel und Farbe arbeiten.

Ich sah dieser Tage einen Kunststudenten, der ein unbedeutendes Bildchen gemalt hatte. Die Hochschule war gerade mit Computern ausgerüstet worden. Nun war er dabei, sein Bildchen einzuscannen, und ließ es ausdrucken. Sein Professor stand dabei, und beide hatten rote Köpfe und waren begeistert. Sie waren außerstande zu sehen, daß es noch immer ein armes kleines Bild war.

Nun stellt sich natürlich die Frage, warum, wenn das so ist, arbeitet Kiwus mit dem Computer? Warum kauft er sich nicht einfach eine Handvoll Bleistifte und einen Anspitzer? Oder ritzt Büffel in Felswände und koloriert sie mit roter Erde? Es ist im Prinzip die Frage, warum er überhaupt Kunst macht. Er hat Musik gemacht, Hörspiele geschrieben, Gedichte, Fernsehen gemacht, in der Fabrik gearbeitet, ich glaube zehn Jahre lang, aber er hat keine Kunst gemacht. Sein Freundeskreis bestand vorwiegend aus Musikern und Literaten. Max Bense, Helmut Heissenbüttel, Ludwig Harig, die Jungs vom Sozialistisch-Katholischen-Künstlerbund, Hans-Peter Breuer, Manfred Esser, Helmut Mader und Elmar Podlech. Der einzige Künstler von Rang in seinem Umkreis war der Maler Lambert Maria Wintersberger.

Er wäre, sagte Kiwus einmal, nicht auf den Gedanken gekommen, Kunst zu machen, ohne den PC. Es war das Werkzeug, das ihn darauf gebracht hat. Er versteht was von Mathematik, hat auch professionell Schach gespielt und schätzt Maschinen. Nicht alle, aber diejenigen, die den Menschen nützlich sein können. Auch in der Fabrik hat er an einer Maschine gestanden. Er sagt: Ich bin Instrumentalist. Ich stamme aus einer Musikerfamilie und habe schon als Kind Xylophon und Flöte gespielt. Mit Geräten hatte ich nie Probleme, nur mit dem Staubsauger.

Natürlich ist Kiwus keiner, der nur bedient und irgendwelche Programme lädt. Er ist Programmierer. Wenn er über Programmiersprachen und Programme spricht, kann er ins Schwärmen geraten. Er sieht überall Programme am Werk, nicht nur in den Computern. Von jeher, behauptet er, seien Maler Programmen gefolgt, und vielen musikalischen Kompositionen lägen Programme zugrunde. Was ihn also an der Kunst interessiert, ist ihre Programmierbarkeit mithilfe von Sprachen, die für Maschinen verständlich sind, so daß die Maschinen anfangen, die von ihm gewollte und geschaffene Kunst zu produzieren.

Kiwus ist keiner, der einen Käse beklatscht, nur weil er aus der Maschine kommt. Es wäre auch zu wenig zu sagen, er mache programmgesteuerte Kunst, denn er komponiert ja auch die Programme. Was mich interessiert an der Computerkunst, sagt er, ist die Programmierbarkeit des Schönen. Es sind also nicht die Apparate als solche, worum es ihm geht. Sein Maschinenpark ist alles andere als Glanz und Gloria, leistungsmäßig Low budget, und sein Zimmer sieht eher so aus wie diese kleinen Kfz-Werkstätten, wo ein bekiffter Bursche bekiffte Musik hört und aus einem Rasenmäher einen Boliden bastelt, der mindestens dreißig fährt, nur daß bei Kiwus keine Autowracks rumliegen, sondern ein paar tausend Bücher, und keine Radkappen voller Schrauben, sondern schmutzige Teller. Es stinkt auch nicht nach Motoröl, sondern nach Katzenpisse. Es scheint mir nicht untypisch, daß die Computer bei Kiwus nicht so dastehn wie im Film, wo Superhirne die Menschen bedrohen.

Ich war mal befreundet mit Leuten, denen die ehemalige Postkutschenstation in Neukirchen, Kreis Hünfeld, gehört, wo auf dem Dachspeicher eines Stalls während des Krieges Konrad Zuse an seinem Computer gebastelt hatte. Der erstaunlich kleine, niedrige Raum ähnelte einem Heuboden. Am Anfang standen also nicht das gestylte Ambiente und das schnieke Design der Hardware, lag der Zweck der Software nicht im öden Zeitvertreib, in der blöden Anwendung, und schon gar nicht in der Aussicht, viel Geld damit zu verdienen oder eine akademische Karriere zu machen. Natürlich wissen wir alle,

daß diese Maschinen und Programme momentan auch für chirurgisch genaue Eingriffe in die Bausubstanz einer dichtbebauten Stadt sorgen dürfen. Kiwus' Arbeit schätze ich, weil sie zeigt, daß man mit den Dingern auch erfreulichere Dinge machen kann. Im übrigen diskreditieren die Soldatenbilder von Padua auch nicht die Malerei. Das sage ich jetzt für diejenigen vom anderen Ufer, wo man Computer für Teufelszeug hält, mit dem man nur öde, repetitive, aber keine schöpferische Arbeit leisten kann. In Literatenkreisen ist es noch heute so, daß man mit dem Bleistift schreiben muß, um als Dichter zu gelten.

Hat Kiwus sich vielleicht auf Computer umschulen lassen, um seine Dichterfreunde zu brüskieren und ist nur dadurch zum Kunstmachen gekommen? Ist es denkbar, daß jemand Kunst macht, um unangenehm aufzufallen, und erst zu malen beginnt, wenn er in den Besitz von Farbe und Pinsel gelangt? Es ist der Normalfall. Viele Künstler haben so gehandelt. Das Werkzeug ist da, aber sie sehen es nicht, bis ihnen klar wird: Das ist es, was ich momentan brauche, um meinen Ruf als unberechenbarer Querdenker zu verteidigen. Kiwus kam zum Computer, weil er nach einem Hörsturz bei der Maschinenfabrik Werner & Pfleiderer aufhören mußte und das Arbeitsamt ihn umschulen ließ, aber statt ein Programm für eine Bartwickelmaschine bastelte er irgendwelche Permutationen. In seinem Falle kommt erschwerend hinzu, daß es bis vor einigen Jahren keinen PC gab und der Normalverbraucher nicht an die Maschinen kam. Noch heute ist es wohl so, daß die wirklich brauchbaren Apparate streng bewacht in den Abteilungen der Militärs, Geheimdienste, Großunternehmen und Forschungszentren stehen.

Mich wundert, daß dagegen noch nie eine BI protestiert hat. Es gibt in Berlin eine Behörde, deren 3.000 Mitarbeiter nichts weiter tun, als das Geheimwissen eines Geheimdienstes aufzuarbeiten. Revolten haben stattgefunden, Gebäude sind gestürmt worden, um an dieses Geheimwissen ranzukommen, das nur aus Informationen besteht, die jeder weiß und keinen Nutzen haben und nicht einmal schön sind. Die Kunst, die ein paar Autoren aus diesen Stasi-Akten gemacht haben, vor allem Zeitungsartikel und Romane, ist so trivial und langweilig wie die Akten und die Beamten, die sie programmiert haben. Für das Geheimwissen der Firmen und Behörden, die über die großen Computer verfügen und die Creme der Branche beschäftigen, scheint sich niemand zu interessieren. Aber auch das war schon immer so, daß die Artisten sich mit dem Sperrmüll behelfen mußten. Oder wie mein Vater zu sagen pflegte: Die einen machen aus Scheiße Geld und aus Geld Scheiße, aber was machen wir?

Peter O. Chotjewitz schrieb in KONKRET 2/99 über die Lage der Sexualmetapher bei Arno Schmidt

Konkret 06/00, S. 62

Martin B□ sser

Melodie & Rh□ thmus

Kai Degenhardt: Dekoholic; Plattenbau

Franz Josef Degenhardt: Café nach dem Fall; Polydor

Kai Degenhardt in der Rolle des unverstandenen Außenseiters: Vollmundig grenzt er sich im Pressetext zu seiner zweiten, auf dem eigenen »Plattenbau«-Label erschienenen CD gegen das »Gebrabbel der sogenannten Pop-Linken« ab, da alle in die Popkultur gesetzten Hoffnungen so verkommen seien, daß sich »zu den aktuellen Flat-Beats« Asylbewerberheime anzünden und Bomben abwerfen lassen. Wer dabei seine eigene Platte als »erfrischendes Gegengift« gegen alles falsch verstandene »Zeitgeist-Gekaspere« abgrenzt, setzt zugleich die Meßlatte sehr hoch. Wenn man daran denkt, daß sich BAP und die Scorpions als Segenspender für Nato-Bomben hervorgetan haben, gibt es an dem Befund, den Kai Degenhardt hier skizziert, wenig zu rütteln. Es bleibt allerdings fraglich, ob das von ihm als »Singer-Songwriter (deutsch)« benannte Genre in irgendeiner Weise dazu beitragen kann, linke Musik zeitgemäß zu positionieren.

Die Pop-Linke, wenn man sie denn so nennen will, kommt in Degenhardts Texten nur als Karikatur vor, etwa wenn er »Intellektuelles« aufschnappt »von Trainingsjacken gegenüber und schwarzen Andy-Warhol-Brillen« oder wenn er der zu Eltern gewordenen Generation X zuruft: »Ja, Mama, Mama, Mama / deine Kinder sind jetzt groß / und die ham□ die Schnauze voll / von euren albernen Piercings und Tattoos«. Was aber will einer, dem »Intellektuelles« ebenso verdächtig ist wie Trainingsjacken, Brillen und Tattoos? Er möchte wohl wie die neuen Kinder, die er im Song »Über den Ozean« besingt, »dahin, wo es wirklich weh tut, / wo die echte Tat was zählt. / Kämpfen, wo das Blut uns bindet.« Degenhardts Attacken gegen Pop als Ausdruck postmoderner Beliebigkeit werden nicht fruchtbar gemacht, sondern flüchten sich textlich in diffuses Geraune von »echten Gefühlen«, machen vor Blut-Metaphern nicht halt und verwechseln musikalisch auch noch das Regressive mit dem Authentischen. Weder in den Texten noch in der Musik ist hier eine Alternative in Sicht, die wenigen dezidiert politischen Stücke wie »Damit die Straße wieder brennt« vermitteln bloß pathetische Revolutions-Romantik. Dem Liedermacher Kai Degenhardt ergeht es wie dem Punk, der seine mit »Bullen raus«-Slogans bemalte Lederjacke als letzte authentische Form des Widerstands ansieht.

Degenhardt senior plagt sich mit ähnlichen Fragestellungen: Das »Café nach dem Fall« ist nicht nur der Titel seiner neuen CD, sondern auch ihr zweiundzwanzigminütiges Kernstück, Beschreibung einer Szenekneipe im Zeitalter des postmodernen Allerleis. Hier hängen Luther und Lennon, Che Guevara und Bill Gates an der Wand, als Gäste tummeln sich Adorno, Ernst Jünger und Gotthilf Fischer, Rudi Dutschke spielt Schach mit Hermann Löns. Die Aufzählung der Lebenden und Toten, die sich in dieser irdischen Hölle betrinken, ist etwas ermüdend, raubt der Nummer ihre an sich erfrischende Ironie. Degenhardt selbst wird in diesem Szenario ständig verwechselt, mal mit Reinhard Mey und mal mit Hannes Wader, alleine die Barfrau glaubt ihn von alten Straßenkämpfen her zu kennen □ er jedoch kann sich an nichts mehr erinnern. »Na ist ja egal«, antwortet sie: »Verloren haben wir ja sowieso immer.« Der Nummer gelingt es in angemessener Form, dieses Land »nach dem Fall« im Zustand hohler Geschwätzigkeit darzustellen □ und mittendrin ein bewußt senil murmelnder Degenhardt, der sich selbst auf die Schippe nimmt.

Der Trick von »Café nach dem Fall« besteht darin, daß Degenhardt keine Revolutionsromantik aufkommen läßt, sondern die Revolution über den Umweg schmackhaft macht, zu schildern, was passieren mußte, als niemand mehr an sie geglaubt hat. Die groovende, musikalisch geschmeidige Nummer endet mit dem Gelächter zweier Schulmädchen □ ob das Prinzip Hoffnung überhaupt noch gelten darf, bleibt offen. Insofern war es eine kluge Wahl, die CD mit diesem Stück enden zu lassen und nicht mit »Ich ging im letzten Mai«, einem eher konventionellen Degenhardt-Lied, das den hoffnungsvollen Ausblick doch nicht lassen kann: »Ja, ja, doch daß es möglich war / vielleicht daß es nochmal □ und besser dann gelingt.«

Und doch haben beide Degenhardt-Veröffentlichungen einen bitteren Unterton. Der eine stilisiert sich als Zuspätgekommener, der andere inszeniert die eigene Person als Fossil. Beide können und wollen die Linken nur noch als Außenseiter, als Tagträumer verstehen, eine Rolle, die wenig Mut macht.

Konkret 06/00, S. 62

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Wolf-Rüdiger Mühlmann: Letzte Ausfahrt Germania. Ein Phänomen namens Neue Deutsche Härte. Iron Pages Verlag, Berlin 1999, 288 Seiten, 34,90 Mark

Das »Phänomen namens Neue Deutsche Härte (NDH)«? Hui, da ist man gleich richtig gespannt. Ganz einfach: Darunter subsumiert wer auch immer solche Bands wie Die Allergie, Blutjungs, Das Ich, Drecksau, Forthcoming Fire, Hassmütz, In Extremo, Keilerkopf, Kind Tot, Knorkator, Letzte Instanz, Megaherz, Niederschlag, Oomph!, Rrrrrrrrrammstein, Richthofen, Rinderwahnsinn, Die Schinder, Schwanensee, Subway to Sally, Tanzwut, Totenmond, Weissglut etc. Klingt ziemlich gefährlich. Bibber! Grusel! Sodann ist auf dem Cover von einem »kalten, nationalen Krieg auf kultureller Ebene« zu lesen. Wat dat denn? Man kriegt ja nix mehr mit. Also fix anlesen. Nur um zu erfahren, daß ein ganz, ganz böser Alfred Schobert aus Duisburg gegen rechte und vermeintlich rechte Bands hetzt. Schlimm. Siegheilpraktiker fühlen sich dann als Opfer. Nichts Neues unter Deutschen, geschenkt.

Zwar wollen sich die interviewten Bands selten klar zum »Phänomen namens Neue Deutsche Härte« äußern, dafür fiebert man Seite für Seite mit dem Autor in seinem höchstpersönlichen Krieg gegen die gar nicht so neuen Härten der deutschen Schriftsprache: Phänomene namens Dativschwächen, erratische Kommata, abenteuerliche Konjugationen, verrutschte Konjunktive, lästige Wortwiederholungen, willkürliche Groß- und Kleinschreibungen, grobe Singular-Plural-Verwechslungen, naiv verbogene (Krawall-)

Schachtelsätze, Tautologien (»einstige DDR«, »bunte Paradiesvögel«, »das RTL2 der Minderbemittelten«), klebrigste Journalistenphrasen (»polarisieren«, »selbsternannt«, »verkrustete Strukturen«) und terminologische Schwammigkeiten (»Staat Deutschland« – gemeint ist das Land, »altdeutsche Schrift«), eine Riesenlatte an verbotenen Wörtern (»Kult«, »Zielgruppe«, »Identität«, »Realsatire«) und ein ganzer Planet Wortschrott (»verspüre kein Interesse an ein Gespräch«, »gegen die Person rächen«, »auf Distanz von ihm zu gehen«, »in hohe Verkaufszahlen katapultieren«, »von allen als Böhse Onkelz genannt«, »Tänzer aus Begabung«, »nationaltümelnd«) sind ihm beim Waffengang behilflich. Kurzum eine pastöse Didaktikerdiktion, die wir von permaadoleszenten Heavymetal-Feuilletonisten nie und nimmer erwartet hätten. Von der leidigen Apostroph-Frage ganz zu schweigen.

Aber was das Schlimmste ist: Man kann einfach nicht zu Ende lesen, beim besten Willen nicht. Schade. Wo doch angeblich »jede Menge Wissenswertes« über »das Phänomen namens Neue Deutsche Härte« drin steht. Man hätte ja gerne mehr darüber gewußt.

Konkret 06/00, S. 63

Klaus Smit

Melodie & Rhythmus

Oval: ovalprocess. Form & Function/Zomba
Funkstörung: Appetite For Disctruction. Stud!o K7/Zomba

»Jeder kann Oval sein, bzw. Oval ist ein Objekt, das so dasteht«, sagt Markus Popp, seit 1995 einziges Mitglied von Oval. Die originären Sounds seiner Platten, die vor allem um das inzwischen berühmte Hängen einer CD aufgebaut sind und immer auf die Herstellungsweise dieses Mediums verweisen, sind inzwischen eine Trademark, an dem sich Musiker von Japan (Neina, Susumu Yokota) bis Großbritannien (snd) abarbeiten und die von Armani in einem Werbespot verwendet wird. Erzeugt wurden die Klänge von Markus Popp auf unterschiedliche Arten: Erst wurden CDs mit Edding-Stiften bearbeitet und neu aufgenommen, später eine kleine Box entworfen, in der die Klänge entstanden.

Mit der neuen Audio-CD »ovalprocess« verläßt Popp nun die privaten Gemächer, in denen elektronische Musik gewöhnlich produziert wird, und stellt die Musik zur Verfügung und gleichzeitig zur Disposition. Bisher allerdings lediglich in Form eines hübsch anzusehenden Terminals, in dessen Innern sich ein Apple-G4-Rechner befindet und das bis vor kurzem in der sogenannten Music Box, eine Art musikalischer Unterhaltungspark, im Sony-Headquarter in Berlin stand. Popp geht es mit dem in Zusammenarbeit mit der Berliner Firma Skotoparc und der Kölner Grafikerin Frieda Luczak entstandenen Terminal um nicht weniger als, »Standards zur Evaluation von elektronischer Musik unter zeitgemäßen Bedingungen einzuführen«. Seine Ausgangsüberlegung ist, daß es sich bei den Produzenten solcher Musik um nichts anderes als »Beta-Tester« von Produkten handelt, deren Limitierungen bereits bei ihrer Markteinführung feststanden und an deren »Arbeitsumgebungen die Leute kollektiv eingearbeitet werden«.

Er verkennt damit nicht nur, daß auch solcherlei hochtechnisierte Instrumente über einen Werkzeugcharakter verfügen, den Menschen sich einerseits individuell erarbeiten, der aber andererseits auch »eine Tätigkeit (vermittelt), die den Menschen nicht nur mit der Welt der Dinge, sondern auch mit den anderen Menschen verbindet« (A.N. Leontjew: *Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit*). Er ignoriert auch die vielfältigen und unterschiedlichsten Arten von Kombinationsmöglichkeiten, sowohl in technischer als auch sozialer Hinsicht, und das sich daraus immer wieder jeweilig ergebende Kreativitätspotential – eine Kategorie, die Popp ablehnt und durch »productivity« ersetzt.

»ovalprocess« soll vollständig auf dem Terminal erzeugt worden sein, und wer sich selbst an dem Kasten versucht hat, mag das bezweifeln. Viel zu dicht sind die Texturen, die Popp in den elf namenlosen Stücken herstellt, als daß sie auf den wenigen Spuren, die das skotoDesk zur Verfügung stellt, produziert sein könnten. Die Musik, die bei Oval fast nur noch als Nebenbei-Produkt entsteht, bleibt damit ziemlich autonom, qualitativ hochwertig und immer wieder interessant, auch wenn sich an dem Sound-Ergebnis nach 1995 nichts Wesentliches geändert hat.

An anderen Parametern arbeiten sich hingegen die beiden Rosenheimer Chris De Luca und Michael Fakesch als Funkstörung ab, und das schon seit Jahren. Im Gegensatz zu Oval besetzen die beiden nämlich nicht ein eigenes Terrain, sondern sind deutlich beeinflußt von dem britischen Duo Autechre – auch wenn man das kaum noch erwähnen mag und es inzwischen für jeden zweiten in diesem Marktsegment werkelnden Musiker (die maskuline Form kommt hier nicht von ungefähr) gilt.

Einen Namen gemacht haben sich Funkstörung als Remixer vor allem durch ihre gelungenen Arbeiten für Björk und die HipHop-Crew Wu-Tang Clan. Wenig überraschend ist daher auf der (in Anlehnung an die Metal-Rocker Guns n' Roses) mäßig originell betitelten »Appetite For Disctruction« ihre Hinwendung zur Arbeit mit dem Rapper Triple H und den Sängerinnen Carin und Greenwood. Doch das will nicht so recht überzeugen. Wie verloren liegt der Gesang entweder neben ihren immer wieder mit weiteren 20 Effekten überzogenen Beat-Häckseleien, oder er determiniert deren Struktur zu deutlich. Die zerschredderten Sounds, die sie immer wieder neu aneinanderreihen und bei denen der Takt so angenehm wie beiläufig schon mal aus der Bahn rutscht, wirken alleine besser, da sie dann über mehr Freiraum verfügen und in beliebig viele Richtungen gelenkt werden können, die man bei Funkstörung, wenn's gut läuft, selten vorhersagen kann.

Und genau das ist es auch, was diese Musik als Musik so spannend macht: nicht die Limitierungen nur als Grenzen zu verstehen, sondern auch als Einladungen zum kreativen Umgang damit. Markus Popps Einwand, daß alles schon von den Ingenieuren dieser Geräte vorgedacht wurde, trifft da nicht, weil es eben immer wieder der Menschen bedarf, die sich der Maschinen bedienen, damit sie überhaupt Bedeutungen erlangen. Und diese werden im Bereich der Electronica nicht dadurch erzeugt, daß alles so schön harmonisch ineinander paßt, sondern daß sie wie in einem dekonstruktivistischen Bau kantig ineinander stehen. Da gibt es noch jede Menge Winkel und Verwendungsweisen zu entdecken.

Konkret 06/00, S. 63

Hartwig Vens

Melodie & Rhythmus

Searchlight (Hg.): White Noise. Rechts-Rock, Skinhead Musik, Blood & Honour – Einblicke in die Neonazi-Musik-Szene. Unrast, Münster 2000, 128 Seiten, 19,80 Mark

Rechts- oder Nazirock muß mittlerweile weniger als kulturelle Äußerung begriffen werden, denn als Versorgungsquelle der Bewegung mit monetärem und Human-Kapital. Selbst der aktuelle Verfassungsschutzbericht nennt Skin-Konzerte als wichtigsten Rekrutierungsweg, über den die braunen Gruppierungen Nachwuchs und Verstärkung beziehen. Aus der Skinheadbewegung gewachsene Netzwerke wie „Blood And Honour“ oder „Hammerskins“ gelten als die zur Zeit schlagkräftigsten Organisationsformen des Rechtsradikalismus; die professionelle Vermarktung von Skinheadmusik erzielt mittlerweile Millionenumsätze – das nötige Kleingeld für Ausbau und Perfektionierung der Apparate.

White Noise, der Oberbegriff für die verschiedenen Spielarten neonazistischer Popmusik, ist Thema des gleichnamigen Buches, das von der britischen Antifa-Organisation Searchlight herausgegeben wurde. Die jetzt erschienene deutsche Ausgabe ist keine bloße Übersetzung. Sinnvollerweise wurden die Berichte aus Großbritannien, Schweden, USA und Polen durch einen Beitrag zur deutschen Situation ergänzt. Die Autoren haben das Kapitel über Schweden angesichts der rechtsterroristischen Eskalation der letzten Monate aktualisiert sowie auf die verstärkte Präsenz von White Noise im Internet hingewiesen. Während die meisten Beiträge mehr historisch-deskriptiv denn analytisch gefaßt sind, stellt der hervorragende Beitrag von Dirk Weiss über Rechtsrock in Deutschland u. a. die heikle Frage, ob man die Skinheadszene angesichts der weitgehenden Übereinstimmung mit den Werten der Normalgesellschaft überhaupt noch als Subkultur bezeichnen könne, und demonstriert damit, wie sehr die Erkenntnisbestände der Poptheorie bis in die Niederungen der Begriffsdefinitionen vom Realphänomen Nazirock erschüttert wurden.

Der heterogene Gesamteindruck des Buches ist offensichtlich den sehr unterschiedlichen Arbeits- und Organisationsbedingungen geschuldet, denen die einzelnen Antifa-Gruppen in ihren Ländern unterliegen, und die deutschen Herausgeber verschweigen nicht, daß es zwischen diesen durchaus politische Differenzen gibt. Der Pragmatismus, der die Zusammenarbeit gewährleistet, hat wohl auch die Veröffentlichung des Buches in vorliegender Form ermöglicht. Dessen wichtigster, dringend zu unterstützender Anspruch ist es, nicht in die kulturalistische Falle zu tappen und das White-Noise-Phänomen als „Text“ zu analysieren, sondern seine politisch-ökonomische Basisfunktion für den Bestand der Nazibewegung zu begreifen.

Konkret 06/00, S. 65

Marit Hofmann

FilmTheater

Crazy

Regie: Hans-Christian Schmid; mit Kindern und Erwachsenen; Deutschland 2000 (Constantin); 95 Minuten; ab 8. Juni im Kino

»Laß uns einfach lesen. Aus Freude am Lesen ... Und laß uns nicht darüber nachdenken, ob es Literatur ist oder nicht.« So freute sich Elke Heidenreich im »Spiegel«, wohl aus tiefer Verbundenheit mit dem nicht sprachmächtigen 16jährigen Schulabgänger, über Benjamin Leberts Debütroman *Crazy*. Und wer lesen konnte, las – denn auch wenn das Buch, laut e-mail-Kommentar (hier: buchstabengetreu) einer Altersgenossin, »villeicht vom literarischen nicht ganz ausgefeihlt« ist, scheint es »aussagekräftig und beschreibt die Gefühle eines Teenagers in der Pupertät perfekt«. Inzwischen hat sich auch das Lesen erübrigt. Neue Devise: Laß uns einfach glotzen. Hans-Christian Schmid hat das Werk des Nachwuchsschreibers vom »SZ«-Jugendmagazin folgerichtig in ein zielgruppengerechteres Medium übertragen und den TV-Film zum Buch gedreht – der allerdings aus Marketingerwägungen zunächst im Kino laufen wird.

Nach dem gelungenen Antiverschwörungsfilm »23« war dem Regisseur offenbar nach einer Verschnaufpause. Er wäre besser einfach in den Urlaub gefahren, statt sich mit den wenig inspirierenden Internatsabenteuern herumzuquälen, die Benni, der fette »Kugli« und Janosch, der Draufgänger, im Kampf um die Mädchen und gegen den Mathelehrer durchzustehen haben.

Die Leidtragenden bleiben, da ist der Film ausnahmsweise einmal wie die Wirklichkeit, am Ende die Schüler. Sie müssen jetzt mit dem begeisterten Deutschlehrer ins Kino gehen, der *Crazy* längst zur Pflichtlektüre erklärt hat: »Wir haben den sogenannten ›Roman‹ in der Schule gelesen ... die Langeweile pur! ... Vielleicht sollte Lebert erst mal erwachsen werden, um ein Buch schreiben zu können« (Mel aus Paderborn).

Nach dem Kinobesuch schlagen wir unsere Aufsatzhefte auf: Wir erläutern den Konflikt des pubertierenden Benjamin mit seiner Umwelt und erörtern mögliche Lösungen unter Berücksichtigung der Maßgabe Heidenreichs: Bitte nicht nachdenken.

Konkret 06/00, S. 65

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Good Vibrations
Scream 3

Good Vibrations

Regie: Mike Nichols; mit Garry Shandling, Annette Bening, Ben Kingsley; USA 1999 (Columbia Tristar), 104 Minuten; ab 1.6. im Kino

Ein seniles Vergnügen: Wem das Exorgan verkümmert, läßt sich einen Vibrator implantieren, der auch als Samenspender funktioniert. Wenn's dann in der Hose vibriert, wird die Frau ohnmächtig oder geil, und die Herren hauen sich auf den Schenkel. Wollte sie doch, daß ich eine »Liebestüte« (Filmdialog) draufzieh! Und die ist explodiert!! Die Glühbirne zerplatzt!!! Und eine Scherbe jagt ihr ins Auge!!!! Sie muß ins Krankenhaus!!!!! Unsere Sexveteranen kriegen sich nicht mehr ein. Titten in Phoenix, Arizona. Titten, daß das die Polizei erlaubt?! Wenn eine keine hat, ist sie Lesbe und bei den Anonymen Alkoholikern.

Wie in »Good Vibrations« die Sau rausgelassen wird, sehen wir in prima professionellen Bildern von zwei hochberühmten Berlinern. Regisseur Mike Nichols (»Wolf – Das Tier im Manne«) war Ende der dreißiger Jahre emigriert. Fassbinder-Kameramann Michael Ballhaus (»Bram Stokers's Dracula«) übersiedelte vor zwanzig Jahren nach Hollywood. Die Versuche, den verbalerotischen Bemühungen eine gediegene Bühne zu geben, scheitern. Es fehlt an bühnenreifen Dialogen.

Die deutsche Synchronisation hat erkannt, was mit den Schweinigeltexten los ist. Sie setzt gnadenlos auf lautes Aufsagen der Anzüglichkeiten; genau das wäre der penetrante Tonfall des Moderators, der frontal in die Kamera spricht. Aber, um es gleich zu sagen, wir haben es nicht mit einem Harald Schmidt zu tun. Garry Shandling hat sich die Anmachzoten selbst geschrieben; er ist in »Good Vibrations« für das Drehbuch und für die Hauptrolle verantwortlich. In den USA machte er als Show-Master Quote (»It's Garry Shandling's Show«).

Brüll! Wieher! Die Kehrseite des prüden Amerika ist bekanntlich, daß verbal erlaubt ist, was im Bild nicht gezeigt wird. Aber macht man das ungestraft, sexistisch und frauenverachtend rumzurüpeln? – Das Spiel ist zwiefach abgesichert: 1. ist Garry Shandling vom andern Stern und daher als Ausländer (Alien) entschuldigt; 2. weiß der Mann von der galaktischen Ethnie, wie das bei uns auf Erden mit der salvatorischen Klausel geht. Im Lauf des Films konzentriert er daher seine Vibrationen auf a) Annette Bening, b) Kleinfamilie, c) Kinderaufzucht.

Applaus! Das ist vibrierend katholischer Sex und frauenachtend dazu. Regisseur Nichols erläutert die Botschaft des Films wie folgt: »Nach all den Veränderungen durch Feminismus und ähnliche Entwicklungen: nichts hat sich geändert zwischen Mann und Frau. Letztendlich findet man in der Familie und nur in der Familie Glück.« – Ja, damit ist alles verbale und szenische Rumgesaue abgesegnet. Ein Oberschlauer, dieser Vibrator-Autor, dieser Shandling.

Scream 3

Regie: Wes Craven; mit Neve Campbell, David Arquette, Courtney Cox Arquette; USA 2000 (Kinowelt); 121 Minuten; ab 22.6. im Kino

Wes Cravens »Scream«-Filme 1 + 2 sind inzwischen Medienwirklichkeit geworden; die kurvige Killermaske geisterte als Partyschreckartikel durch den Alltag der Slasher-Genre-Generation; Merchandising und serielle Produktion waren die Basis für die solide »Scream«-Film-Produktion gewesen. Welch schöner Einfall nun, die Produktion selbst zum Gegenstand eines Films zu machen (»Scream 3«). Wir sind in einem Hollywood-Studio und sehen Dreharbeiten zu einem Film, der sich mit den »Scream«-Greueltaten befaßt, die immer noch im Provinznest Woodsboro lähmendes Entsetzen verbreiten. Titel des Film-im-Film: »Stab 3: Return to Woodsboro«. Was im Tempel der Fiktion inszeniert wird, hebt die seriellen Morde in Teil 1 und 2 nachträglich in den Rang des Dokumentarischen. Das geht so: Sidney Prescott und die Darsteller von 1 und 2 werden in Teil 3 zu Dargestellten. Die einen spielen, die anderen werden gespielt. Da schauen sie einander an, und der Blick geht stumm herum, während in einer Gegenbewegung der »Scream«-Killer wie ein Virus ins Programm der Dreharbeiten schlüpft. Aufgepaßt, wenn dann der finale Schnitt erbeten wird: Der Final cut ist scharf.

Vom Stab, dem großen Messer, liegt gleich eine Serie auf den Tischen der Requisite, und das Masken-Kostüm hängt auf Kleiderständern wie in der Kaufhauskonfektion. Freilich schreien wir vorher auf, weil die Erkenntnis wie immer zu spät kommt. »Scream 3« treibt seinen Spott mit dem Publikum der »Scream«-Filme, und es verarscht das ganze Genre – mit Bedacht. Denn albern wird es dann doch nicht. Es ist etwas dran, wenn das Killen Sinn macht; es geht um Fassaden und

Karrieren und das Kosten/Nutzen-Verhältnis. Wer im Woodsboro-Haus hinten eine Tür öffnet und im Studio ins Leere fällt, hat sich im Realitäts-Level vertan. Und daß die grauenhaft ermordete »Scream«-Mutter in Teil 3 wiederkehrt, ist unbewältigter Vergangenheit geschuldet. Wie war das noch mit dem Porn acting? Aus Geldnot? Hatte Wes Craven selbst nicht seine Regielaufbahn mit einem Pornofilm angebahnt (»Together«), um Kohle für Freddy Krueger, seinen populären Kinderschreck, zu haben (»A Nightmare On Elm Street«)?

Konkret 06/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Hier rechnet für Sie der Franz Alt:

1,2 Milliarden Dicke und 1,2 Milliarden Hungernde – die Zahl der Übergewichtigen ist erstmals so hoch wie die Zahl der Hungernden.

Wie ich den Alt kenne, hat er die richtige Lösung dieses Problems gefunden: Wenn die 1,2 Milliarden Dicken ihr Essen mit den 1,2 Milliarden Hungernden teilen, wird die ganze Welt schlank und satt.

Springers »Welt«, früher ein Überlebenselixier für ganz alte Kameraden, hat sich durch Beimischung einiger Frankfurter Spontis um den »Autonomie«-Redakteur Thomas (»Wir wollen alles«) Schmid zu einer Cuvée aus Freys »Nationalzeitung« und Cohn-Bendits »Pflasterstrand« veredelt, aus der an einem Tag der alte Saft, am andern der neue Hautgout hervorsticht. Wenn die beiden aber so harmonieren wie in der Zeile

Geplante Erhöhung der Erbschaftssteuer ist vom Tisch,

hört man die Pflastersteine plumpsen, die den einen wie den andern, den Erblassern wie ihren Erben, seit dem 68er Jahrgang auf der Seele gelegen haben. Das ist den Uralten einen Asbach wert, und den andern eine ganze Seite 3 unter dem Titel:

Ein linkes Projekt wird beerdigt

Den Jubel der Frankfurter vom Mainstrom (engl.: Mainstream) dämpft, gegenüber, auf der Seite 2, die Klage über die Stimmung beim Besuch des Präsidenten Havel beim Präsidenten Rau:

Nur die Benesch-Dekrete stören die Harmonie

Das heißt: Eigentlich waren es nicht die Benesch-Dekrete, die ja wegen Altersschwäche zu Störern längst nicht mehr taugen, sondern jene politischen Erben, die als Sudetendeutsche Landsmannschaft den völkischen Krakeel der Henlein-Nazis fortsetzen und sich dabei nicht nur die Liebe der alten Untermenschenrechtler bewahrt, sondern auch Zuneigung unter den Menschenrechtlern des neuen Deutschland gewonnen haben, die gelassen einer Zukunft entgegenblicken, in der ein rückerstattetes Gut im Sudetengau von höherer Erbschaftssteuer verschont bleibt.

Hans-Peter von Kirchbach, mit vier Sternen dekorierter Generalinspekteur der Bundeswehr, wurde gefragt: Wer ist Ihr Lieblingsschriftsteller? Und hat geantwortet:

Erich Loest.

Der fehlende fünfte Stern bedeutet: Kennt keinen, der lesen kann.

Die Schwimmerin Franziska von Almsick entwickelt sich fort:

Früher habe ich nur meinen Sport gesehen. Heute höre ich zu, wenn in den Nachrichten von einer Überschwemmungskatastrophe in Mosambik berichtet wird, und mache mir meine Gedanken.

Über Wasser in verschiedenen Mengen. Früher war es besser.

Franz Müntefering, den die Sozialdemokratie als Generalsekretär beschäftigt, hat die Arbeitslosen aufgefordert, bei der Wahl eines Arbeitsplatzes nicht zimperlich zu sein.

Es muß auch Menschen geben, die den Müll abfahren, und auch das ist anständige Arbeit,

sagte er der Illustrierten »Focus«.

Jede ehrlich verdiente Mark ist eine, für die man sich nicht schämen muß.

Aber das geht vielleicht gegen seinen Parteifreund Hombach, den man gerne manch Klo schrubben sähe, während ich den Müntefering, wenn seine Partei die Löhne erst unzimperlich dereguliert hat, für Einsfünfzig die Stunde engagieren werde, das Gras hinterm Haus abzufressen, denn für irgendeine anständige Arbeit ist jeder zu gebrauchen und sogar ein sozialdemokratischer Generalsekretär.

Wenn seine Partei wieder einmal nicht nett zu ihm war, wirft der Gregor Gysi sich weinend an die Brust seiner Freunde von der »Bildzeitung«:

Ich habe mir zu viel bieten lassen. Wir hätten einigen lautstarken Sprechern z. B. der Kommunistischen Plattform frühzeitig klarmachen müssen, ... daß das Recht einer Minderheit nicht darin besteht, die Mehrheit zu tyrannisieren,

oder was man so sagt, wenn man Freunden sein Herz ausschüttet. Keiner liebt ihn, keiner versteht seine Sorgen so gut wie die Genossen von Springer:

Die PDS muß aufpassen, daß es ihr nicht ergeht wie Goethes Zauberlehrling: »Die Geister, die ich rief, ward ich nicht mehr los.«

Arm in Arm mit Gysi fordern sie ihr Jahrhundert vor die Schrankwand – nicht ohne zuvor den Goethe, dessen Zauberlehrling dort verstaubt (Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los), umzudichten wie der den Sozialismus (Das Schwein bestimmt das Bewußtsein).

Ernst ist das Leben, heiter die Kunst:

Nach der geplatzten Fusion zwischen Dresdner und Deutscher Bank rollen weitere Köpfe. Schon vor einer Woche hatte Dresdner-Chef Bernhard Walter seinen Hut genommen. Gestern nun warfen drei weitere Vorstandsmitglieder das Handtuch.

Wenn einer ein Handtuch wirft, und zwar auf einen Hut, den er von einem rollenden Kopf genommen hat – was, werte Redaktion des »Hamburger Abendblatts«, hat das zu bedeuten? Daß Ihr Redakteur in der Schüssel, mit der er offenen Arsches gegen den Bus gelaufen ist, einen Quantensprung hat?

Die Korrespondentin der »Frankfurter Allgemeinen« macht im Feuilleton einen Witz über Londons neuen Bürgermeister Ken Livingstone, den »roten Ken«, der nach Ansicht des Blattes »für alle die Übel der Labour-Linken steht, die die Wähler so lange abgeschreckt hatten«, und der deshalb bei der Wahl zum Bürgermeister von London nur 58 Prozent der Stimmen erhielt:

Sie befinden sich in einem Raum mit Saddam Hussein, Oberst Gaddafi und Ken Livingstone. Sie haben eine Pistole, aber nur zwei Kugeln. Was würden Sie tun? Die Antwort lautet: Zwei Mal auf Livingston schießen, um sicher zu sein.

Ich kann mir Witze schlecht merken. Hat wer was dagegen, wenn ich es in der Besetzung: Scharping, Thaci, Schirrmacher versuche?

Ein Nachrichtensprecher des Zweiten Deutschen Fernsehens, W. von Lojewsky, spricht:

Wir Deutsche, mit denen die Polen in diesem Jahrhundert so viel Kummer hatten.

Dafür müßte es was geben. Den Grimme-Preis und den Bambi hat er gewiß schon. Auch ein paar an die Backen?

Michael Brie, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied der Programmkommission der PDS, begründet den Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der PDS, der den Vorsitzenden Bisky, sehr schön, eine »Mehrwegflasche« und Gysi, etwas verzwungen, eine »Eitelbeule« genannt hatte:

Warum aber wiegt nun die öffentliche Beleidigung von Führungspersönlichkeiten der PDS so schwer? Warum ist ›Majestätsbeleidigung‹ besonders ernst zu nehmen? Bei den beleidigten Personen handelt es sich um demokratisch gewählte Repräsentanten der Gesamtpartei. Deshalb müssen sie unter besonderem Schutz der Partei vor persönlicher Beleidigung stehen.

Rosa (i.V.) locuta, causa finita. Einer der wöchentlich zweihundert Fälle, in denen Freuds Wort, daß der Verlust von Scham zur Verblödung führe, wahr wird. Die Folgen sind hier aber nicht weiter schlimm, weil einem vernunftbegabten Wesen ja nichts gleichgültiger sein könnte als der Ausschluß aus einem Verein, der sich dem Ehrenschutz für sozialistische Majestäten widmet. Schlimmer war, daß dieser Rächer der Vorgesetzten einst in die SED aufgenommen worden ist und an der Humboldt-Universität historischen Materialismus gelehrt hat. Das mußte schiefgehen.